

ao

aktuelle ostinformationen

Ereignisse und Entwicklungen

35. Jahrgang ISSN 0939-3099

1/2 2003



AUS DEM INHALT

BEITRÄGE

DIE BALTISCHEN STAATEN – POLITISCH UND SOZIAL
DREI FRÖHLICHE BALTISCHE TIGER?

DIE WIRTSCHAFTLICHE TRANSFORMATION IN POLEN
DIE DEUTSCH-POLNISCHEN BEZIEHUNGEN

DIE ÄRA HAVEL 1989-2003

DIE KLEINSTADT MIR IN BELARUS

SCHULENTWICKLUNG DURCH SCHULPARTNERSCHAFT

O-Ton Forum „Junges Europa“

Studentenleben in Deutschland

Berichte

SCHÜLER, LERNEN, UNTERRICHT, SCHULE

POLENS KIRCHE VOR DEM SCHISMA?

Buchreport

ZEITGENÖSSISCHE EUROPÄISCHE LITERATUR

GROSSER REZENSIONSTEIL

GESAMTEUROPÄISCHES STUDIENWERK e.V.

Impressum

Liebe Leserinnen und Leser,

im vorliegenden Heft der „aktuellen ostinformationen“ beschäftigen wir uns zunächst mit den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen in den drei baltischen Staaten. Dies ist unter anderem der Tatsache geschuldet, dass sowohl Estland als auch Lettland und Litauen in absehbarer Zeit Mitglieder der NATO und der EU sein werden. Zum anderen ergibt sich die Veröffentlichung dieser kurzen Überblicksartikel aus dem Umstand, dass wir Ende Februar 2003 im GESW die Fachtagung „Russland, die baltischen Staaten und das Kaliningrader Gebiet“ durchgeführt haben, bei der auch die nach dem 11. September 2001 veränderte Rolle Russlands gegenüber dem Baltikum sowie die Zukunft des Kaliningrader Gebiets beleuchtet wurde.

In den sich anschließenden Beiträgen setzen sich zwei Gastautoren mit der Rolle der Sozialen Marktwirtschaft im Transformationsland Polen sowie den unterschiedlichen Wahrnehmungen der deutsch-polnischen Beziehungen auseinander.

Drei weitere Beiträge beschäftigen sich mit Fragestellungen, in deren Mittelpunkt Tschechien, Weißrussland sowie die gegen das GESW gerichteten Aktivitäten der Stasi stehen.

In zwei Berichten und einem Buchreport gehen wir alsdann auf ein im Studienwerk durchgeführtes Seminar mit Lehrerinnen aus Ostmitteleuropa und den GUS-Staaten ein, dokumentieren einen in der katholischen Kirche Polens virulenten Konflikt und reflektieren aktuelle literarische Neuerscheinungen in mehreren ostmitteleuropäischen Staaten.

Wie gewöhnlich findet sich auch in diesem Heft der „aktuellen ostinformationen“ ein großer Rezensionsteil.

Zbigniew Wilkiewicz

Bildnachweis: Titelseite: Tallinn, Estland; Tartu, Estland; Kurische Nehrung, Litauen; S. 4,16,99: Riga, Lettland, S. 34: Prag, Tschechien (alle Michael Walter); Warschau, Polen (Gerhard Schüsselbauer); Policka, Tschechien (Matthias Dörr); Layout Rückseite: Jan-Eric Reuß.

Jahresabonnement „aktuelle ostinformationen“: € 8,00 (inkl. Porto) Einzelheft: € 4,00 (inkl. Porto)

Wir bitten Sie, den Abonnementsbetrag für die „aktuellen ostinformationen“ auf folgendes Konto zu überweisen: Postbank NL Hannover (BLZ 25010030), Konto-Nr. 177400305.

Diese Publikation wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bezuschusst.

Inhalt

Beiträge

Zbigniew Wilkiewicz

Die politische und gesellschaftliche Lage in den baltischen Staaten.....1

Gerhard Schlüsselbauer

„Drei fröhliche baltische Tiger?“.....10

Józef Lobocki

Der Transformationsprozess der polnischen Wirtschaft.....18

Ewa Musiałowska

Die deutsch-polnischen Beziehungen: Gesellschaftliche Ebene und Eliten-Perspektive.....26

Matthias Dörr

Ein Fazit der Ära Havel 1989-2003. Oder: Dichterpräsident traf Parteienpolitik.....33

Roland Scharff

Mir - Historisch-soziales Porträt einer Kleinstadt in Belarus.....42

Hubert Luszczynski

Schulentwicklung durch Schulpartnerschaften.....50

O-Ton: Forum „Junges Europa“

Jana Teneva

Das Studentenleben in Deutschland mit den Augen einer bulgarischen Studentin.....54

Berichte

Michael Walter

„Schüler, Lehrer, Unterricht, Schule“57

Zbigniew Wilkiewicz

Steht die katholische Kirche Polens vor dem Schisma?.....62

Buchreport

Gerhard Schlüsselbauer

Streifzug durch die zeitgenössische europäische Literatur.....72

Rezensionen

Michael Günther (Hg.): Werner Rietz. Ein Leben für die politische Bildung.....78

Alfons Nossol: Brücken bauen. Wege zu einem christlichen Europa von Morgen.....79

Johnny Erling (Hg.): China – der große Sprung ins Ungewisse.....82

Ursula Weber: Der Polenmarkt in Berlin.....86

Helmut Schaller: Der Nationalsozialismus und die slawische Welt.....88

Charles W. Sydnor, Jr.: Soldaten des Todes. Die 3. SS-Division „Totenkopf“ 1933-1945.....90

Kathrin Behrens: Die Russische Orthodoxe Kirche. Segen für die neuen Zaren?.....92

Caroline Milow: Die ukrainische Frage 1917-1923 im Spannungsfeld der europäischen Diplomatie.....96

Michael Garleff: Die baltischen Länder. Estland, Lettland, Litauen vom Mittelalter bis zur Gegenwart.....98

Ferdinand Seibt: Die Begründung Europas. Ein Zwischenbericht über die letzten tausend Jahre.....103

Beiträge

Zbigniew Wilkiewicz

Die politische und gesellschaftliche Lage in den baltischen Staaten

Anstelle einer Einleitung möchte ich ein längeres Zitat des Baltikum-Experten Konrad Meier an den Anfang meines Beitrags stellen. Es stammt aus einer aktuellen Veröffentlichung und macht deutlich, dass die baltischen Staaten nach über einem Jahrzehnt der Transformation und trotz eines baldigen NATO- und EU-Beitritts noch immer einen steinigen Weg vor sich haben, der ihnen auch in den nächsten Jahren einschneidende wirtschaftliche und soziale Opfer abverlangen wird.

„Der Transformationsprozess in den baltischen Staaten ist zwar in Ansätzen vergleichbar, doch stellt er sich in unterschiedlichem Ausmaß dar. Gemeinsam ist jedoch allen drei Ländern die Kluft zwischen Reich und Arm, zwischen Stadt und Land, zwischen Jung und Alt, zwischen Siegern und Verlierern als Ergebnis der letzten zehn Jahre baltischer Unabhängigkeit. In der Zukunft können sich disparate Entwicklungen einzelner Bevölkerungsschichten vertiefen und soziale Sprengkraft entwickeln. Neben Estland ist auch in Lettland das Auseinanderklaffen der sozialen Schere unübersehbar, und Litauen, das bei Fragen der nationalen Minderheiten im Lande keine Problemfelder aufweist, reiht sich in dieses Bild sozialer Disparitäten als Schlusslicht ein. Diese Polarisierung kann ein politisches System zum Schwanken bringen, das jedoch – in allen drei baltischen Staaten – bislang nicht gefährdet scheint.“¹

Wir wollen diese zusammenfassende Einschätzung anhand dreier übergeordneter Themen differenzieren und sie auf ihre Richtigkeit überprüfen. Dabei handelt es sich erstens um den Komplex der politischen Institutionen, zweitens um die Frage nach den

sozio-ökonomischen Prozessen sowie um das Problem der nationalen Minderheiten und der jeweiligen Minderheitenpolitik.

Politische Institutionen

Die Staatspräsidenten

Die baltischen Staatspräsidenten erfreuen sich in der Regel einer sowohl nationalen als auch internationalen Popularität. Entweder stammen sie aus den Kreisen der früheren (nationalen) Opposition, waren Reformkommunisten oder kommen gar aus dem amerikanischen bzw. kanadischen Exil. Dies ist eine Besonderheit, die nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, dass alle drei baltischen Staaten durch Krieg und sowjetische Okkupation hinsichtlich ihrer politischen Eliten besonders hohe Verluste hinzunehmen hatten. Insofern bildet sich die neue politische und wirtschaftliche Elite in Estland, Lettland und Litauen erst noch heraus. An dieser Stelle wollen wir kurz auf die wichtigsten Persönlichkeiten eingehen, schon alleine deshalb, weil deren Namen in Westeuropa nur wenig bekannt sind.

Der Schriftsteller und Historiker Lennart Meri wurde 1992 erster Staatspräsident Estlands. Er verstand sich als überparteilich und erwarb sich aufgrund seiner besonnenen Politik im Hinblick auf den Abzug sowjetischer Truppen und hinsichtlich des Staatsbürgergesetzes hohes Ansehen. Im Herbst 2001 folgte ihm der bereits 73-jährige Ex-Kommunist Arnold Rüütel, der von 1983 bis 1992 Vorsitzender des estnischen Parlaments war und sich während des estnischen Freiheitskampfes großer Popularität erfreuen konnte. Zuvor war Rüütel zweimal erfolglos gegen Lennart Meri angetreten.

In seiner ersten Amtszeit erwarb sich der lettische Staatspräsident Guntis Ulmanis, Großneffe des autoritären Staatspräsidenten aus der Zwischenkriegszeit, Karlis Ulmanis, großes

¹ Konrad Maier: Die politische Entwicklung der seit 1991 wieder souveränen baltischen Staaten. Die soziale Schere klafft trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs weiter auseinander. In: Das Parlament, 14.10.2002, S. 5.

Ansehen. Dem Präsidenten kommt in Lettland – angesichts schwieriger Mehrheitsverhältnisse und einer starken Parteienzersplitterung - aufgrund seiner Initiativrechte hohe Bedeutung zu. Ulmanis wurde 1996 wieder gewählt. Ab 1999 wurde mit Vaira Viike-Freiberga zum ersten Mal in Ostmitteleuropa eine Frau zum Staatsoberhaupt gewählt, zudem eine kanadische Exillettin.

In Litauen wurde der ehemalige Parteichef der KP Litauens und spätere Führer der Reformkommunisten, Algirdas Brazauskas, 1993 in Direktwahl zum Staatspräsidenten bestimmt. Seit 2001 ist der Sozialdemokrat Brazauskas Ministerpräsident Litauens. Auch er konnte sich international und national Ansehen erwerben. Ähnlich wie in Lettland hatte mit Valdas Adamkus, der sich als Vertreter der konservativen Kräfte versteht, ein Politiker aus dem (amerikanischen) Exil von 1997 bis Dezember 2002 das Amt des Staatspräsidenten inne. Allerdings wurde er Anfang Dezember abgewählt. Zum Staatspräsidenten wurde mit etwa 55 Prozent der Stimmen (vor allem der Landbevölkerung) Rolandas Paksas, der Führer der Liberaldemokratischen Partei, der einen populistischen Wahlkampf führte, in welchem er seine Person sehr geschickt in Szene setzte, harte Verhandlungen mit Brüssel versprach und eine „saubere“ Law and Order-Politik in Aussicht stellte.²

Parlamente und Parlamentswahlen

Bei den Wahlen zum estnischen Parlament gab es 1992, 1995 und 1999 jeweils wechselnde Mehrheiten. Zunächst hatten die Konservativen die Nase vorn, dann die gemäßigt

² Hannes Gamillscheg: Mit Steilkurve ins Präsidentenamt. In: Basler Zeitung, 7.1.2003. Reinhard Veser: Aggressiv, aber berechenbar. Der neue litauische Präsident Paksas verkörpert einen neuen Typ osteuropäischer Populisten. In: FAZ, 8.1.2003; U. Sd.: Überraschungssieg Paksas` in Litauen. Der Liberaldemokrat besiegt den Amtsinhaber Adamkus. In: NZZ, 7.1.2003; Reiner Gatermann: Der Kunstflieger: Litauens neues Staatsoberhaupt Rolandas Paksas. In: Die Welt, 7.1.2003.

liberalen Gruppen, schließlich wieder die Konservativen zusammen mit reformorientierten Kräften. Die wechselnden Wählerorientierungen sowie der Rückgang der Wahlbeteiligung bei den Parlaments- und Kommunalwahlen verdeutlichen, dass sich die Wähler von den nicht eingehaltenen Versprechungen der jeweiligen Regierungskoalitionen enttäuscht fühlen.

Zuletzt zerbrach im Dezember 2001 die konservativ-reformorientierte Koalition. Momentan besteht die Regierung aus der Reformpartei und der populistischen Zentrums- partei (Edgar Savisaar), verfügt im Parlament über keine Mehrheit, wird aber von der Landvolkpartei toleriert. Ministerpräsident ist der ehemalige liberale Wirtschaftsminister Sim Kallas.

Ministerpräsident:

Sim Kallas, seit 22.1.2002, Reformpartei

Parteien (Wahlergebnis vom 7.3.1999):

Zentrum (linkspopulistisch)	23,4 %
Vaterland (rechtskonservativ)	16,0 %
Reformpartei (liberal)	16,1 %
Gemäßigte (sozialdemokratisch)	15,2 %
Sammlungspartei (bürgerlich)	7,6 %
Landvolkpartei (bäuerlich)	7,3 %
Partei der russischen Minderheit	6,1 %

Sozio-ökonomische Situation und politische Kultur

Bis 1995 herrschte in Estland eine relative Stabilität in der Regierungspolitik, anschließend gab es wegen sich häufender Skandale auch mehrere Regierungswechsel. Seit März 1999 war die auf wirtschaftliche Reformen orientierte Regierung unter Mart Laar am Ruder. Laars Partner waren der Vorsitzende der liberalen Reformpartei, Sim Kallas sowie der konservative Vorsitzende der kleinen Bauernpartei Toomas Hendrik Ilves. Laar hatte mit seiner Partei „Pro Patria“ und einer anderen ähnlichen Gruppierung eine hauchdünne Mehrheit vor dem Linkspolitiker Edgar Savisaar (Zentrumspartei) verteidigen können. Die Regierung unter Laar

scheiterte allerdings im Januar 2002. Ausgelöst wurde dieser Rücktritt der gesamten Regierung durch den Frontwechsel der Reformpartei, die in Tallinn ein Bündnis mit der Zentrumspartei eingegangen war.³ Tallinn spielt mit seinem Bürgermeister natürlich eine überragende Rolle, da hier ein Drittel der Bevölkerung lebt und über 50 Prozent der Wirtschaftsleistung des Landes produziert werden.⁴

Der schnelle und entschiedene Übergang zur Marktwirtschaft, verbunden mit steigenden Lebenshaltungskosten, brachte mit sich, dass Rentner, Pensionäre und kinderreiche Familien als Verlierer der Reformen einzustufen sind. Ähnlich wie in den beiden anderen baltischen Staaten gibt es erhebliche regionale Unterschiede zwischen den prosperierenden Zentren Tallinn, Tartu und Pärnu und dem unterentwickelten Südosten des Landes. Aufgrund des sehr niedrigen Steueraufkommens des Staates wird sich an der sozialen Situation der Transformationsverlierer mittelfristig aber nicht viel ändern können. Die Kluft zwischen Jungen und Alten, Reichen und Armen scheint sich eher zu vertiefen.⁵

Trotz einer deutlichen Erhöhung der realen Durchschnittseinkommen und großer Wirtschaftsdynamik sind die sozialen Spannungen gewachsen. Neben den Rentnern sind auch die Arbeitslosen, die Landbevölkerung sowie die russischsprachige Minderheit zu den sozialen Verlierern des Transformationsprozesses zu zählen. Das durchschnittliche Einkommen auf dem Lande beträgt nur 40 Prozent des Einkommens der Ballungsgebiete. Die Arbeitslosenunterstützung ist niedrig, und viele der Arbeitslosen bleiben von ihr ausgeschlossen. Darüber hinaus beträgt die durchschnittliche Altersver-

sorgung nur das 1,2-fache der staatlich definierten Armutsgrenze.⁶

Die aktuellen Probleme innerhalb der Bevölkerung ergeben sich paradoxerweise aus den so sehr angestrebten NATO- und EU-Beitritten des Landes. Die von der NATO vorgegebene Aufstockung des Verteidigungsbudgets auf zwei Prozent des BIP würde bedeuten, dass der Verteidigungshaushalt im Jahre 2002 um 35 Prozent erhöht werden müsste. Überdies hat die EU zum Zwecke der Harmonisierung eine Erhöhung der Verbrauchssteuern (Tabak, Alkohol, Kraftstoffe) angemahnt. Dies führt zu politischem Unmut in der Bevölkerung, und kann sogar die Herausbildung eines Schwarzmarktes begünstigen.⁷

Bei den Parlamentswahlen in Lettland 1993, 1995, 1998 und 2002 gab es in der Parteienlandschaft starke Verschiebungen. Die knappen Mehrheiten erwiesen sich als wenig stabil, und so kam es vor, dass eine der Regierungsparteien gegen Gesetzesvorlagen stimmte, während eine Oppositionspartei ihnen zustimmte (z.B. beim Gesetzentwurf zur Erleichterung des Sprachgesetzes im Dezember 1999). Bisher gab es deshalb Koalitionen aus zwei bis drei Parteien, aber auch eine recht heterogene Regenbogenkoalition.

Regierungschef war seit Mai 2000 der bisherige Bürgermeister Rigas, Andris Berzins. Er leitete eine Koalition aus vier Parteien, die gemäßigt liberal orientiert war.

³ Rücktritt der Regierung in Estland. Ministerpräsident Laar zum zweiten Mal gescheitert. In: NZZ, 9.1.2002.

⁴ Jörg-Dietrich Nackmayr: Zum Gründungsparteitag der ÜVE-Res Publica. In: <http://www1.kas.de/publikationen/2001/laenderberic/hte/estland01-12.html>, S. 2.

⁵ Michael Garleff: Die baltischen Länder. Regensburg 2001, S. 187-189.

⁶ Andreas Polkowski, Peter Plötz: Anhaltendes Wirtschaftswachstum in Estland, Lettland und Litauen. In: HWWA-Forum. Wirtschaftsdienst 2002, 10, S. 627-633, S. 632.

⁷ Jörg-Dietrich Nackmayr: Nach dem Rücktritt der Regierung Mart Laar: Koalitionswechsel in Estland. In: <http://www.kas.de/publikationen/2002/773/dokument.html>, S. 2-3.

Die Parlamentswahlen vom 4. Oktober 2002 brachten eine totale Änderung. Neu gegründete Parteien kamen auf zwei Drittel der Stimmen. Ministerpräsident wurde der die Korruption anprangernde jung-dynamische „Saubermann“



Einars Repse, einstiger Chef der lettischen Nationalbank, der mit seiner konservativen Partei „Neue Zeit“ auf Anhieb 24 Prozent der Stimmen erreichte. Stimmenverluste musste „Für Vaterland und Freiheit“ hinnehmen (5,3 Prozent) sowie die rechtsliberale „Volkspartei“ (16,6 Prozent), die nur drittstärkste Kraft wurde. „Lettlands Weg“, die Partei des bisherigen Ministerpräsidenten Berzins, scheiterte sogar an der Fünfprozent-Klausel. Auch die gespaltenen Sozialdemokraten kamen nicht mehr über fünf Prozent hinaus.

Stark verbessert hat sich dagegen als neue linke Kraft das Parteienbündnis „Für Menschenrechte und ein vereintes Lettland“, das mit 19 Prozent zweitstärkste Kraft wurde. In den Großstädten wurde diese Partei in erster Linie von der russischen Minderheit unterstützt. Die Partei kam deshalb wohl auch für eine Regierungskoalition nicht in Frage. Die Gegner eines EU-Beitritts wählten in erster

Linie die Grünen/Bauernpartei, die immerhin zehn Prozent der Stimmen erreichte. Die christlich konservative „Latvijas Pirmia Partei“ (Lettlands Erste Partei) erreichte ebenfalls etwa zehn Prozent.

Ministerpräsident: Einars Repse, November 2002

Ergebnisse der Wahlen vom 4. Oktober 2002

Neue Zeit (Repse)	24 %
Für Vaterland und Freiheit	5,3 %
Volkspartei	16,6 %
Für Menschenrechte	19 %
Grüne/Bauernpartei	10 %
Lettlands Erste Partei	10 %
Lettlands Weg (Berzins)	<5 %
Sozialdemokraten	<5 %

Insofern kann man dem Kommentar von Reinhard Wolff beipflichten, wenn er das Ergebnis wie folgt kommentiert:

„Nach den jetzigen Wahlen kann man den LettInnen eines nicht vorwerfen: nicht experimentierfreudig zu sein. Bei den vergangenen drei Parlamentswahlen waren immer Parteien, die nicht älter als ein Jahr waren, die Sieger. Regelmäßig 50 bis 60 Prozent aller ParlamentarierInnen wurden ausgewechselt. Diesmal setzten die LettInnen eine neue Rekordmarke. Mehr als zwei Drittel der Stimmen entfielen auf Parteien, die es vor vier Jahren noch gar nicht gab.“⁸

Allerdings ist ungewiss, ob die Koalition aus „Neue Zeit“, „Lettische Erste Partei“ und „Union der Grünen und Bauern“, die über 55 der 100 Mandate im Parlament verfügt, lange halten wird, denn letztere Gruppierung ist gegenüber der EU skeptisch eingestellt, was im Wider-

⁸ Reinhard Wolff: Die Letten lieben das Neue. Die Parlamentswahlen in dem baltischen Staat führen zu einem völligen Umbau der Parteienlandschaft. Neu gegründete Parteien kommen auf zwei Drittel aller Stimmen. Ein „Mister Clean“ wird vermeintlich der nächste Ministerpräsident. In: taz, 7.10.2002.

spruch zu der westorientierten Politik Repses steht.⁹

Es sind vor allem zwei gesellschaftliche Konflikte, die die lettländische Gesellschaft sehr stark polarisieren: Gestritten wird um die Form der Marktwirtschaft, wobei neoliberale Forderungen nach einer totalen Deregulierung der Wirtschaft mit staatsinterventionistischen Positionen konkurrieren. Ein weiteres Problem bildet der Streit um die Staatsbürgerrechte und den Schutz der „nationalen Kultur“. Lettischer Nationalismus steht hier gegen einen, besonders von der russischen Minderheit geforderten, Multikulturalismus.¹⁰

Sozio-ökonomische Situation

Die Ursachen sind in der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der sozio-ökonomischen Situation zu suchen. Zwar wurde Lettland 2001 Europameister im Wachstum des BIP, aber mit 30 Prozent des EU-Durchschnitts-BIP ist es Schlusslicht aller Beitrittsländer. Der Durchschnittslohn beträgt nur 159 Lat (269 Euro), die Durchschnittsrente nur 58 Lat und die Arbeitslosenrate liegt bei zehn Prozent. Innerhalb des Landes gibt es ein auffälliges Wirtschaftsgefälle zwischen dem prosperierenden Riga, den Küstenstädten Ventspils und Liepaja und dem nur wenig entwickelten Osten und Süden des Landes, der an Russland und Belarus grenzt. Dies gilt zum Beispiel für die zweitgrößte Stadt Lettlands Daugavpils, die mit hoher Arbeitslosigkeit (offiziell 11,7 Prozent) und Standortproblemen zu kämpfen hat. Auch die ethnischen Verhältnisse sind hier

atypisch: Insgesamt leben in Daugavpils zwanzig Nationalitäten, darunter 58 Prozent Russen, 14 Prozent Letten, 13 Prozent Polen und acht Prozent Belorussen. Zwar haben 70 Prozent der Einwohner die lettische Staatsbürgerschaft, es ist aber eine enge Verbundenheit zu Russland und der russischen Kultur spürbar.¹¹

Im März 2002 betrug die Arbeitslosenrate landesweit 8,2 Prozent, allerdings gibt es auch hier erhebliche regionale Unterschiede: So lag sie in Riga bei vier, in der Region Rezekne bei 27,6 Prozent. Zwar hat sich die Situation im Bereich der Reallöhne in den letzten Jahren verbessert, gleichzeitig ist aber auch die Zahl derjenigen, die in Armut leben, erheblich angestiegen. Bis 2015 will die Regierung die Zahl der Armen auf zehn Prozent der Gesamtbevölkerung senken, momentan beträgt sie über zwanzig Prozent. Zudem gehört das Land zu den korruptesten Staaten in Europa. Insofern ist der Wahlsieg des 39jährigen Repse, der als Chef der lettischen Nationalbank einen erfolgreichen Konsolidierungskurs vertrat, nur folgerichtig.¹² Die Litauer hatten in den Jahren 1992, 1996 und 2000 Parlamentswahlen.¹³ Typisch war auch hier eine recht große Wählerwanderung. Immerhin gab es in den letzten zwölf Jahren auch zwölf verschiedene Regierungen, so dass von einer Konsolidierung der Parteienlandschaft nicht die Rede sein kann. Ein Ausdruck dafür sind die extrem niedrigen Mitgliedszahlen der Parteien,

⁹ Einars Repse. Lettischer Saubermann. In: NZZ, 6.11.2002. Hannes Gamillscheg: Ein Kabinett voller Anfänger. Regierungsbildung in Lettland. In: FR, 6.11.2002.

¹⁰ Steven Arons: Die Pubertät der lettischen Politik. Saeima-Abgeordnete im Gespräch. In: Manfred Sapper (Hg.): Litauen, Lettland und die Europäisierung Europas. Eine Reise zur Osterweiterung des europäischen Denkens. Januar 2000. Sonderveröffentlichung des FKKS (Forschungsschwerpunkt Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa an der Universität Mannheim), S. 77-82, S. 78.

¹¹ Christina Gehrlein/Manuel Sichling: Homogene Heterogenität? Auf post-sowjetischen Spuren in Daugavpils. Wie Fußnote 10, S.47-49, S. 47.

¹² Reinhard Wolff: Unzufriedene Letten gehen wählen. Bei den Parlamentswahlen am Samstag stehen die Korruption und die Haltung zur EU im Mittelpunkt. Die Regierungspartei glaubte sich siegessicher, könnte jetzt aber an der Fünfprozenthürde scheitern. In: taz, 2./3.10.02. Hannes Gamillscheg: Weiße Ritter im politischen Sumpf. Die Letten wählen wieder einmal ihre Spitze ab und bekommen doch keine neue Politik. In: FR, 5.10.2002. Robert von Lucius: Repses Stunde. Bei den Wahlen in Lettland gilt ein politisch Unbefleckter als Favorit. In: FAZ, 4.10.2002.

¹³ Michael Walter: Everybody gets a second chance – Ein Rückblick auf die Wahlen in Slowenien und Litauen. In: aktuelle ostinformationen. 1-2 (2001), S. 15-24, S. 19-24.

wobei lediglich die postkommunistischen Parteien mit ihren besseren Organisationsstrukturen eine Ausnahme bilden.¹⁴ Nach den letzten Wahlen wird die Politik von einer liberalen Orientierung bestimmt, allerdings stellen die Sozialdemokraten die stärkste Fraktion im Parlament. 1999 gab es eine große Regierungskrise, die durch den Konflikt zwischen dem Staatspräsidenten Adamkus und dem damaligen Ministerpräsidenten Vagnorius ausgelöst wurde. Es schlossen sich mehrere Regierungsumbildungen an, bis der Staatspräsident schließlich Brazauskas als Ministerpräsidenten mit der Regierungsbildung beauftragte. Im Moment haben wir es in Litauen mit einer stabilen Mitte-Links-Regierung zu tun. Der Journalist Jakob Lemke beurteilt die Arbeit der Regierung Brazauskas im Oktober 2002 überaus positiv, wenn er schreibt:

„Beobachter haben in den vergangenen Monaten gestaunt: Brazauskas gelang es, auch sensible Themen wie die von Brüssel verlangte Abschaltung des Atomkraftwerkes Ignalina oder den Landverkauf an Ausländer zu regeln. Koalitionsstreitigkeiten dringen selten an die Öffentlichkeit. Bis zu den nächsten regulären Wahlen im Herbst 2004 dürfte die Brazauskas-Regierung so auch die Früchte der außenpolitischen Arbeit der vergangenen zwölf Jahre einfahren. Das politische Litauen wirkt im Herbst 2002 so stabil wie nie zuvor seit 1990, auch Präsident Adamkus würde den Umfragen zufolge bei erneuter Kandidatur bestätigt werden.“¹⁵ Im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen erwies sich diese Einschätzung, wie sich mittlerweile herausgestellt hat, allerdings als falsch.

Ministerpräsident: Algirdas Brazauskas, seit 2001

Parteien (Wahlergebnis von 2000):

Sozialdemokratische Partei	31,1 %
Neue Union (NS, sozialliberal)	19,6 %
Liberales Union Litauens (liberal)	17,3 %
Vaterlandsunion (konservativ, Partei von V. Landsbergis)	8,6 %
Christlich-demokratische Union	4,2 %
Bauernpartei (LVP)	4,1 %
Zentrale Union (LCS)	2,9 %
Wahlaktion Litauischer Polen (LLRA)	1,9 %

Sozialdemokraten, NS, LVP und LCS bilden die Regierungskoalition.

Politische Kultur und sozio-ökonomische Situation

Die Frage, inwiefern eine demokratische Streitkultur in Litauen Fuß gefasst hat, wird recht kontrovers diskutiert. Dabei sind es nicht nur ausländische Experten, die sich in diesem Zusammenhang kritisch zu Worte melden, es gibt auch in Litauen selbst Kritiker der bisher entwickelten politischen Kultur. Zu ihnen gehört der bekannte und umstrittene Publizist und Philosoph Arvydas Juozaitis, der davon ausgeht, dass die litauische politische Kultur durch monolithische und zentralistische Tendenzen geprägt sei. Dabei sei es in erster Linie die litauische nationale Identität, die die Gesellschaft gegen jede Art von Kritik immunisiere. Es herrsche ein starker Irrationalismus und eine nationale Mythenbildung vor.¹⁶ Dies stehe mit der Rolle der katholischen Kirche in Litauen in direktem Zusammenhang, und deshalb gebe es offensichtlich auch die starke Neigung, an einen politischen Heilsbringer zu glauben. Dies hätten die Erfahrungen mit der Wahl des aus dem amerikanischen Exil stammenden Staatspräsidenten, Valdas Adamkus gezeigt, den man mit

¹⁴ Jakob Lemke: Zwölf Jahre, zwölf Regierungen. Akteure, Ereignisse, Spezifika der litauischen Politik. In: osteuropa, 9/10 (2002), S. 1236-1249.

¹⁵ Ibidem, S. 1247.

¹⁶ Michael Damboer: Politische Kultur in Litauen – irrational und antidemokratisch? Wie Fußnote 10, S. 11-12, S. 11.

einem „Weißen Ritter“ aus Übersee verglichen habe.¹⁷

Auch wenn die meisten litauischen Politiker dem widersprechen und grundsätzlich von einer Konsolidierung der politischen Parteienlandschaft in Litauen ausgehen, ist unübersehbar, dass es nach der Wende zu zahlreichen Wechseln hinsichtlich des Wählerwillens gekommen ist.¹⁸

Im Hinblick auf die sozio-ökonomische Situation muss in erster Linie die hohe Arbeitslosenrate beunruhigen. Das Arbeitsmarktklima in Litauen blieb trotz eines für die Jahre 2001 bis 2002 aufgelegten Beschäftigungsprogramms der Regierung weiterhin schlecht. Die offizielle Arbeitslosenquote erhöhte sich bis Ende des Jahres 2001 auf 12,9 Prozent und stieg im Jahr 2002 auf 17 Prozent an. Da der Bezug von Arbeitslosengeld auf maximal sechs Monate begrenzt ist, lassen sich zahlreiche Beschäftigungslose erst gar nicht registrieren. Die Arbeitslosigkeit gering Qualifizierter steigt, dagegen erhöht sich die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften. Fast 90 Prozent der Arbeitslosen fühlen sich den Anforderungen des Arbeitsmarktes kaum bzw. nicht gewachsen.¹⁹

Diese Lage hat sich auch nach dem Kopenhagener Gipfel vom 13. Dezember 2002 eher verschlechtert, denn verbessert. Dazu ein Fragment aus einem Bericht der NZZ vom 16. Dezember 2002:

„Jaroslaw mag nicht der repräsentative Litauer sein, aber eine Ausnahme ist er beileibe nicht. Über 30 Prozent der zwischen 15- und 24 Jährigen sind arbeitslos; die Arbeitslosigkeit insgesamt liegt bei 17 Prozent, Tendenz steigend. Pensionäre erhalten etwas mehr als 300 Litas (knapp 90 Euro) im Monat. Laut offizieller Statistik verdient das Gros der Litauer monatlich nicht viel mehr als Jaroslaw, etwa 600 Litas (gut 170 Euro), und damit kann

man sich gerade mal einen der billigen Pullover kaufen, die in den Luxusläden im Zentrum von Vilnius zwischen echten Tannenzweigen ausliegen.“²⁰

Minderheiten und Minderheitenpolitik in den baltischen Staaten

In Estland ging es nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit in diesem Zusammenhang vor allem um die starke russische Minderheit, die einen klaren Rechtsstatus benötigte. Nach der Volkszählung von 1989 waren von den insgesamt 1,6 Millionen Einwohnern Estlands 61,5 Prozent Esten, 30,35 Prozent Russen und 4,9 Prozent Ukrainer und Weißrussen. Revanchistische Akte – wegen der langen sowjetischen Dominanz in Estland – sollten ausgeschlossen bleiben. Viele Russen bekannten sich darüber hinaus zum estnischen Staat und seiner Regierung.

Das erste restriktive Ausländergesetz brachte zunächst massive Probleme. Die russische Regierung setzte Estland unter Druck (Gaslieferungen, Kredite), denn sie befürchtete enorme Nachteile für die russische Bevölkerung. Estland verbat sich die Einmischung in innere Angelegenheiten und fürchtete um seine Reputation als junger Staat, dem man Menschenrechtsverletzungen vorwarf.

Die OSZE wurde aktiv und der Hohe Kommissar für Nationale Minderheiten, Max van der Stoep, erarbeitete Kompromissvorschläge. Ihm gelang es, durch Anhörung beider Seiten, die Lage zu entschärfen. Russland sollte von seinen Drohungen absehen, Estland sein Ausländergesetz neu überdenken. Also ging man von estnischer Seite von dem Prinzip der Staatenlosigkeit ab, und begann ein Regime der abgestuften Einbürgerung einzuführen. Der russischen Minderheit sollte ermöglicht werden, im Laufe der Zeit eine Loyalität zum estnischen Staat zu entwickeln. Allerdings sollte die estnische Mehrheit natürlich auch ihre Kultur

¹⁷ Ibidem.

¹⁸ Sabina Wölkner: Litauen – eine konsolidierte Demokratie? Der Stellvertretende Parlamentsvorsitzende Ozolas zum Parteiensystem. Wie Fußnote 10, S. 29-33.

¹⁹ wie Fußnote 6, S. 633.

²⁰ U. Sd.: Spannungsvolle Übergangszeit in Litauen. Hinwendung zum Westen trotz Wirtschaftsschwierigkeiten. In: NZZ, 16.12.2002, S. 5.

und Sprache bewahren können. Deshalb wurde von den Russen verlangt, zumindest ein einfaches Gespräch (1500 Wörter) auf Estnisch führen zu können. Auch dachte man an einen Test zu Verfassungsfragen. Das neue Ausländergesetz wurde schließlich 1995 beschlossen. Verpflichtend sind seitdem Sprach- und Verfassungstest. Die EU stellte in diesem Zusammenhang für die Bezahlung von Lehrkräften 1,4 Millionen ECU aus dem Phare-Programm zur Verfügung.

Obwohl viele Russen diese Gelegenheit wahrnahmen und begannen, sich allmählich zu integrieren, gibt es weiterhin noch russischsprachige Ghettos abseits von der estnischen Mehrheitsbevölkerung.²¹

Bewährt hat sich das Instrument des runden Tisches, bei dem Vertreter der Minderheit und der Mehrheit sowie Vermittler dafür sorgten, dass tragfähige Kompromisse geschlossen wurden. Extrem nationalistische und auf Isolation der Minderheit drängende Gruppen hatten so keine Chance. Deshalb gilt das Baltikum hinsichtlich der Konfliktprävention heute als beispielhaft.

Allerdings bleibt die Haltung Russlands weiterhin wenig kalkulierbar, denn bis heute gibt es zwischen den Nachbarn keinen ratifizierten Grenzvertrag. Auch proklamiert die russische Seite noch immer die Politik des nahen Auslandes mit entsprechenden Einwirkungs- und Mitspracherechten. Schließlich stellt die große russische Minderheit immer wieder ein Mittel dar, um politischen Druck auszuüben.

In Lettland stellt(e) sich die Situation ähnlich dar. Nach der Volkszählung von 1989 waren von den 2,5 Millionen Bewohnern Lettlands 52 Prozent Letten, 34 Prozent Russen und acht Prozent Weißrussen und Ukrainer.

Die in Lettland ursprünglich vorgesehene Quotenregelung (Einbürgerung von jährlich 0,1 Prozent der lettischen Bevölkerung) stieß

auf den Protest Moskaus. Allerdings wurde sie auch von der EU, der KSZE und vom Europarat kritisiert.

Man verzichtete im Juli 1994 darauf und entschied sich für eine gestaffelte Regelung.

Die Einbürgerungen sahen bis 2000 folgende Stichdaten und Bevölkerungsgruppen vor:

Ausländische Partner lettländischer Staatsbürger

16 bis 20jährige, die in Lettland geboren sind

21 bis 25jährige

26 bis 30jährige

über 30 Jahre

Ab 2000 gab es dann eine Einbürgerungsmöglichkeit für alle Übrigen, auch für diejenigen, die nicht in Lettland geboren wurden.

Diese Regelung wurde von Jelzin scharf kritisiert, von der EU aber begrüßt. Dies erleichterte sicherlich die Aufnahme Lettlands in den Europarat (Februar 1995).

Den Schlüssel zur Integration bildet für die russischsprachige Minderheit diesbezüglich natürlich die lettische Sprache. Dabei gibt es wechselseitige Altlasten, die durchaus noch nicht beseitigt sind:

„Viele Russischsprachige wiederum schleppen ideologische Altlasten der Sowjetzeit mit sich herum. Jahrzehntlang apostrophierten sie das Lettische als „Hundesprache“, die Letten galten mit ihrer Nähe zum westlichen Kulturkreis als „Faschisten“ oder zumindest als suspekt, auf jeden Fall als minderwertig.“²²

Nach der Volkszählung von 1989 waren von den 3,7 Millionen Einwohnern Litauens 79,6 Prozent Litauer, 9,4 Prozent Russen und 7 Prozent Polen. Hier gab es keine größeren Probleme, denn allen Einwohnern wurde die litauische Staatsbürgerschaft gewährt.

In Litauen existieren auch keine gravierenden Grenzprobleme mit Russland, da man nur in der Form der Enklave Kaliningrad an Russland grenzt. Anfang der 1990er Jahre gab es Irritationen, als litauische Nationalisten einen Anspruch auf das als „Klein-Litauen“ bezeichnete

²¹ Silke Kettig: Eine Region gelungener Konfliktprävention. Minderheitenschutz in Estland, Lettland und Litauen. In: Das Parlament, 14.10.2002, S. 14.

²² Matthias Knoll: Babylonische Verhältnisse in Riga. Die Feuerwehr rufen – aber wie? In: Das Parlament, 14.10.2002, S. 14.

Gebiet Kaliningrad erhoben. Auch die im November 1994 erhobene Forderung der baltischen Versammlung, das Kaliningrader Gebiet zu entmilitarisieren, stieß auf den erbitterten Protest Russlands. Mit dem bevorstehenden Beitritt des Landes erhöht sich allerdings der Druck der EU hinsichtlich der Grenzsicherung gegenüber Weißrussland. Zumal es sich hierbei um einen politisch unberechenbaren Partner handelt, der auch nicht davor zurückschreckt, mit der Einschleusung von illegalen Migranten nach Litauen zu drohen. Einer Lösung zugeführt werden muss auch das Problem der russischen Enklave Kaliningrad, die an Litauen grenzt, und bei der es um die Transitrechte russischer Staatsbürger geht. Auch erwartet Russland – angesichts der Verschärfung des Tschetschenien-Konflikts – ein entschiedenes Vorgehen Litauens gegenüber tschetschenischen Flüchtlingen und Asylbewerbern, wobei betont werden muss, dass die Abschiebepaxis der litauischen Regierung den russischen Wünschen bisher entgegengekommen ist.²³

Ausblick: Souveränität, Transformation und Risikofaktoren

Weiterhin gibt es drei Risikofaktoren für die Entwicklung in den baltischen Staaten: die heterogene Struktur der Bevölkerung, besonders hinsichtlich der russischen Minderheiten in Estland und Lettland, die schwache Position zivilgesellschaftlicher Institutionen (Parteien, Gewerkschaften) sowie die Gefahr von Provokationen seitens Russlands.²⁴

Während man in der Minderheitenfrage erhebliche Fortschritte erzielen konnte, hat sich

das Parteiensystem in allen drei baltischen Staaten nur in Ansätzen institutionalisiert und konsolidiert. Häufige Regierungswechsel und Neugründungen waren an der Tagesordnung. Konzidiert man aber, dass es in ganz Europa Probleme mit dem Selbstverständnis politischer Parteien gibt – von Programmparteien zu medienabhängigen Personenparteien – so mag dieser Umstand weniger wiegen. Eine ganz andere Brisanz hat freilich die soziale Lage der Bevölkerung. Hier kann man nur hoffen, dass der NATO- und der EU-Beitritt der baltischen Staaten neue Möglichkeiten eröffnen werden, zum Beispiel durch noch höhere Direktinvestitionen aus dem westlichen Ausland.

Was die Haltung Russlands angeht, so bleibt diese weiterhin wenig kalkulierbar. In einer Zeit der allgemeinen Bedrohung durch den global operierenden Terrorismus sind die Töne nicht mehr ganz so schrill. Andererseits gibt es zwischen Russland und den drei baltischen Staaten noch immer keine bindenden Grenzverträge und die Frage der großen russischen Minderheiten in Estland und Lettland als Faustpfand und Druckmittel Moskaus ist weiterhin aktuell. Insofern bleibt der Westen nach wie vor ein sehr gefragter Partner in Estland, Lettland und Litauen. Vielleicht können die baltischen Staaten auf mittlere Sicht in der Tat von Spielbällen zu Mitspielern in Europa werden.

Insgesamt ist allerdings der anfänglich zitierten These von Konrad Meier zuzustimmen, dass es die soziale Frage sein wird, die über das Gelingen der wirtschaftlichen und politischen Transformation sowie die europäische Integration des Baltikums entscheidet.

²³ U. Sd.: Litauen als Wächter der EU-Ostgrenze. Vilnius zwischen den Wünschen Brüssels und Moskaus. In: NZZ, 11.12.2002, S. 7.

²⁴ Ernst Benz: Die Baltischen Staaten – keine Spielbälle mehr, sondern Mitspieler in Europa? In: Berthold Meyer, Bernhard Moltmann (Hg.): Neuer Osten – alter Westen. Die europäischen Staaten zwischen Annäherung und Distanz. Frankfurt/M. 1996, S. 132-147.

Gerhard Schüsselbauer

„Drei fröhliche baltische Tiger“ ? – Erfahrungen nach mehr als einem Jahrzehnt Wirtschaftstransformation in den baltischen Ländern

*Die Überschrift dieses Beitrags lehnt sich an den Titel des Romans „Drei traurige Tiger“ des kubanischen Schriftstellers Guillermo Cabrera Infante.

Die ökonomische Entwicklung der drei baltischen Volkswirtschaften wird häufig mit dem Aufschwung der ostasiatischen Tigerstaaten¹ in den letzten Jahrzehnten verglichen. Tatsächlich charakterisiert beide Entwicklungen, dass ein exportorientiertes Wachstum bei niedrigen Lohnkosten im Verein mit radikalen ökonomischen Umstrukturierungsmaßnahmen einen stetigen Aufholprozess einleitete. Die Rolle des staatlichen Einflusses unterscheidet jedoch die Entwicklungspfade beider Regionen erheblich, zumal die baltischen Wirtschaften den Staatsdirigismus und –interventionismus sowjetischer Prägung in den vergangenen zwölf Jahren radikal zurückgedrängt haben. Im Fall der baltischen Länder fand in weniger als einem Jahrzehnt eine beinahe vollständige Handelsumorientierung in Richtung EU statt. Russland dient allerdings nach wie vor als wichtiger Rohstofflieferant. Zudem führten handelschaffende Effekte, kombiniert mit einem raschen Zustrom an ausländischen Direktinvestitionen dazu, die Zwangs- und Mangelwirtschaft planwirtschaftlichen Zuschnitts grundlegend zu reformieren.

Hintergrund und wirtschaftsgeographische Voraussetzungen

Aus einer typisch deutschen Perspektive betrachtet gleichen sich die drei baltischen Länder auf den ersten flüchtigen Blick und werden sehr leicht als eine homogene, in sich geschlossene Region betrachtet. In Wirklichkeit handelt es sich bei den Ostseeanrainern hinsichtlich der sprachlich-kulturellen und ethnisch-heterogenen Zusammensetzung um

höchst unterschiedliche Gebilde. Nicht einmal die wirtschaftsgeographischen Voraussetzungen stimmen überein, auch wenn alle drei Wirtschaften die Erblast des Zentralverwaltungssystems strenger sowjetischer Prägung und komplexe Transformationsprozesse von planwirtschaftlichen zu marktwirtschaftlichen Ordnungsstrukturen gemein haben. Verglichen mit anderen Beitrittskandidaten des östlichen Mitteleuropa, wie Polen oder Ungarn, setzten unternehmerische Lern- und Aufholprozesse sowie konkrete, radikale Anpassungs- und Modernisierungsmaßnahmen durch die Wirtschaftspolitik erst verspätet Anfang der 1990er Jahre ein. Insofern kann trotz der massiven negativen Transformationsercheinungen – Verarmung weiter Teile der ländlichen Bevölkerung bei hoher Arbeitslosigkeit sowie soziale Spannungen bei den so genannten Verlierern des wirtschaftlichen Umgestaltungsprozesses – von einer beispiellosen Abkehr von der „finalen“ Einbahnstraße des Kommunismus gesprochen werden. Demokratische Kultur und marktwirtschaftliche Ordnungsstrukturen sind längst fest verankerte Prinzipien des gesellschaftlichen und individuellen Lebens.

Erstaunlich verlief der marktwirtschaftliche Reformpfad Estlands in den letzten zehn Jahren. Die Wirtschaft befreite sich schnell mit radikalen, oftmals unpopulären Anpassungsschritten vom Erbe der sowjetischen Planwirtschaft und schaffte es innerhalb weniger Jahre, die Strukturen zunächst vor allem auf der makroökonomischen Ebene umfassend zu modernisieren und eine stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik durchzusetzen. Stärker noch als die baltischen Nachbarn vermochte es Estland, konsistente wirtschaftspolitische Konzepte (Geld-, Fiskal-, Lohn- und Wettbewerbspolitik) in die Realität

¹ Vgl. Konrad Maier, Estland: Tiger im Baltikum, Aus Politik und Zeitgeschichte 37/1998, S. 17-26 sowie Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9.12.2002, S. 14.

umzusetzen. Der Lohn dafür war die Aufnahme der konkreten EU-Beitrittsverhandlungen bereits Ende 1998, während Litauen und Lettland erst nach dem Helsinki-Gipfel im Jahr 1999 eine Einladung zu den Verhandlungen über die „berühmten“ 31 Kapitel ausgesprochen wurde. Nichtsdestoweniger muss die Leistung der zwei anderen baltischen Länder umso höher eingestuft werden, vermochten sie es doch in einem kürzeren Zeitraum, die Verhandlungen über praktisch alle gesellschaftlich, politisch, ökonomisch und sozial relevanten Themen bis Ende 2002 abzuschließen.

Estland²

Mit 68 Prozent hat der Dienstleistungssektor den größten Anteil am Bruttoinlandsprodukt. Die Industrie ist mit 27 Prozent, die Landwirtschaft mit knapp fünf Prozent beteiligt. Damit zeigt sich, dass für die ca. 1,4 Mio. Esten der sektorale Übergang (nach dem Modell von Fourastié) zu einer post-industriellen Dienstleistungsgesellschaft schon weitgehend fortgeschritten ist. Im Gegensatz zu den baltischen Nachbarn spielt die Landwirtschaft nur eine untergeordnete Rolle. Diese Tatsache hatte während der EU-Beitrittsverhandlungen positive Rückwirkungen auf den Verlauf der Gespräche über das heikle Thema des schrittweisen Zugangs zum Direktzahlungssystem der EU-Agrarpolitik (sog. „Phasing in“).

Die wichtigsten Wirtschaftszweige und Exportsektoren sind der Maschinenbau, die Elektrotechnik und die Holzindustrie. Von Bedeutung ist nach wie vor die Hochseefischerei. In der Landwirtschaft sind Viehzucht und Forstwirtschaft prägend. Jährlich werden 125 Quadratkilometer aufgeforstet. In den letzten Jahren entwickelt sich der Tourismus zu einem ernst zu nehmenden Wirtschafts-

faktor. Estland verfügt über Rohstoffe wie Ölschiefer (als Basis für die Energiegewinnung), Torf, Holz und Phosphorit. Wirtschaftsgeographisch betrachtet ist Estland eher zweigeteilt. In der Hauptstadt Tallinn lebt ein Drittel der Gesamtbevölkerung. Sie liegt nur drei Stunden Fährpassage von Helsinki entfernt und erhält den Löwenanteil der Auslandsinvestitionen in Industrie und Dienstleistungen (Transport und Handel), während der Süden um die Stadt Tartu eher unterentwickelt bleibt und daher mit strukturellen Härten kämpfen muss.

Rolle der Landwirtschaft in den baltischen Staaten

	Estl.	Lettl.	Lit.
Anteil der Landwirtschaft am BIP (EU-Ø 2,0 Prozent)	4,7	4,0	6,9
Beschäftigungsanteil in der Landwirtschaft (EU-Ø 4,3 Prozent)	7,6	13,5	19,6
Landwirtschaftlich genutzte Fläche (EU-Ø 40,6 Prozent)	19,7	38,5	53,4

Quelle: Fortschrittsberichte der EU-Kommission für Estland, Lettland und Litauen vom 9.10.2002.

Lettland

Der bevorstehende EU-Beitritt und der enorm ehrgeizige Aufholprozess Lettlands wirkt sich schon heute positiv auf die Wirtschaft aus. Den größten Anteil am Bruttoinlandsprodukt weisen Handel, Tourismus und Finanzdienstleistungen, aber auch die verarbeitende Industrie auf. Erzeugt werden von den gut 2,3 Mio. Letten in der Industrie vornehmlich Eisenbahnausrüstungen und Verbrauchsgüter, besonders Haushaltsgeräte und Textilien. Lettland exportiert Holz- und Möbelprodukte, Maschinen, Geräte, Lebensmittel und Textilien. Anbauprodukte der Landwirtschaft sind Futterpflanzen, Getreide, Kartoffeln, Flachs, Gemüse und Zuckerrüben. Lettland verfügt inzwischen ähnlich wie Estland über ein gut

² Vgl. im Folgenden zu den jeweiligen Ländern www.mehr-europa.de/laenderprofile sowie F.A.Z. Institut, Mittel- und Osteuropa Perspektiven, Jahrbuch 2001/2002, S. 69 ff., 97 ff., 107 ff.

ausgebautes Infrastrukturnetz und kann in der Ausstattung mit Kommunikationstechnik einen raschen Aufholprozess vorweisen.

Litauen

An der Entstehung des Bruttoinlandsprodukts des flächen- und bevölkerungsmäßig größten baltischen Landes (3,5 Mio. Bewohner) sind Industrie und Bauwesen mit 27 Prozent, Land- und Forstwirtschaft mit sieben Prozent beteiligt, während etwa zwei Drittel in den verschiedenen Dienstleistungssektoren erwirtschaftet werden. Allerdings arbeitet noch fast ein Fünftel der erwerbstätigen Bevölkerung bei einer sehr niedrigen Arbeitsproduktivität in den landwirtschaftlichen Sektoren. Die Privatisierung der früher staatlich gelenkten Wirtschaft ist weitgehend abgeschlossen. Wichtigste Branchen sind der Maschinenbau, die Metallverarbeitung sowie die Textil-, Chemie-, Holz- und Papierindustrie. Neben Mineralien und Textilien werden auch Maschinen und Ausrüstungen sowie zunehmend Hightech-Produkte der Kommunikationstechnik und Elektronik exportiert. Ein Spezialzweig des Kunsthandwerks ist die Bernsteinverarbeitung. In der Landwirtschaft steht die Schweine- und Rinderhaltung im Vordergrund. Des weiteren werden ähnlich wie in Lettland Futterpflanzen, Getreide, Kartoffeln, Flachs und Gemüse angebaut. Neben der begrenzten Küstenfischerei spielt die Hochseefischerei eine wichtige wirtschaftliche Rolle.

Wirtschaftliche Aufholprozesse und Transformationsschwierigkeiten

Ohne Zweifel konnten die baltischen Staaten, allen voran Estland, nach dem Zusammenbruch der sowjetischen Zwangsverwaltungswirtschaft einen durchgreifenden und radikalen Aufholprozess in die Wege leiten, der vor allem auf die jeweiligen ehrgeizigen Anpassungsprogramme zurückzuführen ist. Makroökonomische Stabilisierung durch den

„Stabilitätsimport“ mittels einer festen Wechselkursbindung oder eines Currency Board³ (im Fall Estlands und Litauens), der weitgehende Abschluss der Privatisierungsverfahren bei gleichzeitiger radikaler Öffnung des Kapital- und Anteilmärktes für ausländische Investoren sowie eine konsequente exportorientierte Außenhandelspolitik führten nicht nur zu einer verstärkten Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen mit dem europäischen Kernraum, sondern auch zu einer rasanten Beschleunigung der realen Integration und Umstrukturierung der baltischen Wirtschaften. Alle drei Länder können aufgrund der makroökonomischen Konsolidierung in der Inflationsentwicklung (auch niedrige Inflationserwartungen), Nettoneu- und Gesamtverschuldung sowie im langfristigen Zinsniveau damit rechnen, zwei bzw. drei Jahre nach dem konkreten Beitritt zur EU die Gemeinschaftswährung, die längst als Ankerwährung fungiert, zu übernehmen.

Auch an Kennziffern für den gestiegenen materiellen Lebensstandard (PKW-Dichte je 1.000 Einwohner, Telefon- und Internetanschlüsse und Mobilfunkteilnehmer) lassen sich die Früchte der ökonomischen Umgestaltung ablesen, auch wenn diese Indikatoren für Estland und Litauen auf der einen Seite und das etwas zurückhängende Lettland auf der anderen Seite leicht differieren⁴.

Auf den ersten Blick ragen die positiven Entwicklungen der makroökonomischen

³ Ein Currency Board (Währungsrat) sieht vor, dass die umlaufende Geldmenge vollständig durch Devisenreserven gedeckt sein muss. Die Zentralbank hat so nur einen eingeschränkten Gestaltungsspielraum in der Geldmengenversorgung der inländischen Wirtschaft. Eine akkommodierende Geldpolitik der Notenbank, etwa ein Staatshaushaltsdefizit finanzierend, ist somit ausgeschlossen. Entscheidend für die Stabilisierung wird daher eine stabilitätsorientierte Fiskalpolitik, was am Beispiel Argentiniens überdeutlich wurde. Vgl. darüber hinaus aus wirtschaftstheoretischer Sicht N. Gregory Mankiw, Makroökonomik, 3. Aufl., Stuttgart 1998, S. 329 ff.

⁴ Vgl. die jeweiligen Fortschrittsberichte der EU-Kommission für Estland, Lettland und Litauen, Oktober 2002, statistische Anhänge.

Indikatoren heraus (siehe Tabelle). Doch bei genauerem Hinsehen zeigen sich die Schattenseiten des Transformationsprozesses, der sich nicht nur in einer offenkundigen Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation manifestiert, sondern auch sozio-ökonomische Disparitäten mit sich bringt. Nicht nur die deutlich angestiegene Einkommensungleichheit innerhalb der jeweiligen Einkommensgruppen (gemessen am Gini-Koeffizienten für die Einkommensverteilung), sondern auch der problematische Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit (zwischen 46 und 59 Prozent der arbeitslosen Erwerbspersonen sind länger als zwölf Monate beschäftigungslos) verdeutlichen die strukturellen Defizite der wirtschaftlichen Transformation im Baltikum. Durch den dramatischen Einbruch Anfang der 1990er Jahre und zunächst verschleppte Reformen in Litauen und Lettland ist die Rate der Arbeitslosigkeit sprunghaft angestiegen. Auch sehr hohe reale Wachstumsraten und Zuwächse des Handelsvolumens können die strukturellen Schwächen vieler Branchen und Regionen nicht ausgleichen. Während in den Boomstädten Tallinn und Riga Knappheitslöhne gezahlt werden, ist die Arbeitslosigkeit in vielen ländlichen Gebieten sehr hoch. Damit zeigt sich in allen baltischen Wirtschaften auch auf kleinem Raum ein Muster von regionalen Disparitäten, das die staatliche und EU-weite Arbeitsmarktpolitik vor zukünftige große Herausforderungen stellt.

Darüber hinaus verdeutlichte der Ausbruch der Russlandkrise 1998, wie anfällig kleine offene Volkswirtschaften für externe Einflüsse und Schocks sind. Vor allem die Lebensmittelindustrie Litauens war von der Krise massiv betroffen. Dem negativen Wachstum des BIP im Jahr 1999 folgte jedoch schon im Jahr 2000 eine beachtliche reale Steigerung um über vier bis fast sieben Prozent, die insbesondere auch vom gestiegenen inländischen Konsum getragen wurde. Die Integration in den Ostseeraum sowie das rasant angewachsene Handelsvolumen mit den skandinavischen Nachbarländern und mit Deutschland legen nahe, dass

auch Länder, die vermeintlich an der Peripherie Europas liegen, durchaus nicht mit einem komparativen Wettbewerbsnachteil ausgestattet sein müssen.

Wichtige Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung in Estland, Lettland und Litauen

	Estl.	Lettl.	Lit.
Reales BIP-Wachstum			
BIP (in Prozent)			
2001	5,4	7,7	5,9
2002 (Schätzung)	4,4	5,0	4,8
BIP/Kopf der Bevölkerung Ende			
2001			
im EU-Ø in Prozent	42	33	38
in Kaufkraftstandards (in €)	9.800	7.700	8.700
Inflationsrate 2002 (Schätzung)	3,5	1,5-2	1-2
Arbeitslosenquote 2002 (ILO-Methode)	10,5	12,5	12,1
Haushaltsergebnis 2001 (in Prozent/BIP)	+0,2	-1,8	-1,5

Quellen: Eurostat – European Economy, April 2002, S. 17 ff.; Neue Zürcher Zeitung vom 4.4.2002; Fortschrittsberichte der EU-Kommission für Estland, Lettland und Litauen vom 9.10.2002.

So bleibt das Zwischenfazit zweigeteilt: Der klassischen Hypothese der Wirtschaftsgeographie „Geography matters!“ setzen die geographisch auf den ersten Blick durch die periphere Randlage benachteiligten baltischen Staaten eine engagierte, mutige Wirtschaftspolitik vor dem Hintergrund der realen Integration in den Binnenmarkt der EU entgegen. Andererseits bestimmen externe konjunkturelle Einflüsse das Beschäftigungs- und Kapazitätsauslastungsniveau nachhaltig, so dass externe Schocks nur schwer absorbiert werden können. Regionale und sektorale Ungleichgewichte tragen zu einer starken strukturellen Komponente der Arbeitslosigkeit bei, die sich auch bei hohem Wachstum der realen Wertschöpfung im zweistelligen Bereich hält. Darüber hinaus wird ähnlich wie

in anderen Transformationswirtschaften das Dilemma deutlich, dass eine sozialpolitisch orientierte Umverteilungspolitik in den ersten Jahren des Übergangs zur Marktwirtschaft wegen der immensen Stabilisierungs- und Umstrukturierungsaufgaben kaum möglich ist. Zunächst geht es entscheidend darum, das monetäre und realwirtschaftliche Gerüst der Wirtschaft in Ordnung zu bringen. Dieses Dilemma führt dazu, dass das vorhandene Wirtschaftswachstum nicht alle Bevölkerungsteile gleichermaßen erreicht⁵.

Steuerpolitik und Direktinvestitionen - Oasen an der Ostsee?

Die neuen Steuerparadiese für Unternehmen werden nach dem Abschluss der größten Erweiterungsrunde der EU Estland, Lettland und Litauen heißen. Um wegen der mangelnden inländischen volkswirtschaftlichen Ersparnis ausländische Direktinvestitionen anzulocken, gehen die drei baltischen Wirtschaften den Weg der verschärften Steuerkonkurrenz im internationalen Standortwettbewerb. Damit versuchen sie, dem irischen Vorbild zu folgen, das sich in den letzten Jahrzehnten nach dem Beitritt zur EG 1973 durch eine radikale Vereinfachung der direkten Besteuerung, vor allem der Unternehmensbesteuerung von einem einstigen rückständigen EU-Mitgliedsland zu einer Wirtschaft entwickelt hat, deren durchschnittliche Wirtschaftsleistung (BIP pro Kopf) mittlerweile über dem EU-Durchschnitt liegt (im Jahr 2002: 110 Prozent). Dass die drei baltischen Volkswirtschaften von diesem Niveau noch sehr weit entfernt sind, steht außer Frage. Die Richtung der Steuerregelungen stimmt jedoch, denn durch niedrige und einfache Steuersätze wird es möglich, Investitionsanreize in

produktive Bereiche der Allokation weiter zu leiten, um so einen langfristigen wirtschaftlichen Aufholprozess in die Wege zu leiten.

Estlands Körperschaftssteuerrecht ist im Vergleich zu anderen europäischen Ländern geradezu bahnbrechend: Im Unternehmen einbehaltene (thesaurierte) Gewinne werden nicht besteuert. Erst wenn im Zuge des Gewinntransfers zur ausländischen Mutterunternehmung die volle Steuerpflicht eintritt, wird ein offizieller Steuersatz von 35 Prozent relevant, der jedoch durch verschiedene legale Steuererleichterung auf effektiv bis zehn Prozent absinken kann. Auch Lettland und Litauen nähern sich mit einer effektiven Unternehmensbesteuerung von 15 Prozent diesem niedrigen Niveau an. Im Vergleich zu den jetzigen EU-Staaten bedeutet dies weniger als die Hälfte der steuerlichen Belastung. Darüber hinaus gibt es einen einheitlichen Einkommensteuersatz von 25 (Lettland) bzw. 26 (Estland) ohne jegliche Progression, was besonders für unternehmerisch Tätige hervorragende wirtschaftliche Anreize schafft⁶. Damit haben die baltischen Staaten Vorschläge vorweggenommen und umgesetzt, die seit Jahren die wirtschaftswissenschaftliche Diskussion um die „optimale Besteuerung“⁷ und die Optimierung von steuerlichen Leistungsanreizen in einer Volkswirtschaft dominieren. Gleichwohl sind die baltischen Staaten im Rahmen der Beitrittsverhandlungen im Bereich des schwierigen Kapitels „Steuern“ gezwungen, das Niedrigniveau im Körperschaftssteuerrecht bis 2009 anzupassen. Der Steuerwettbewerb führt im Ostseeraum auch dazu, dass viele lohnkostenintensive Fertigungszweige von Schweden und Finnland ins Baltikum umgezogen sind, zumal sich neben

⁵ Dazu äußert sich der frühere estnische Präsident Lennart Meri in einem Gespräch mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 9.12.2002, S. 14 so, dass man sich in der Sozial- und Wirtschaftspolitik jetzt jenen zuwenden müsse, die sich vom wirtschaftlichen und politischen Wandel überrollt fühlen.

⁶ Dazu der ehemalige Ministerpräsident Estlands Mart Laar: „Die EU soll sich selbst mit ihren Steuern nach unten bewegen, anstelle uns zu Erhöhungen zwingen zu wollen“; vgl. taz vom 17.12.2002.

⁷ Vgl. Heinz Grosseketler, Öffentliche Finanzen, in: Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Bd. 1, München 1999, S. 575 ff.

den steuerlichen Vorteilen auch immense Lohnkostenvorteile ergeben. Gerade das Beispiel Estland zeigt, dass niedrige Steuersätze mit einem ausgeglichenen Staatshaushalt bzw. sogar mit einem Überschuss (+0,2 Prozent im Jahr 2001) korrespondieren. Dies steht ganz im Einklang mit der neoliberalen ökonomischen Theorie, nach der nicht Steuererhöhungen, sondern langfristig betrachtet niedrige und einfache Steuersätze bei einer breiten Bemessungsgrundlage hohe Leistungsanreize implizieren und bei einer soliden Kontrolle der Staatsausgaben zu einem ausgeglichenen Haushalt führen.

Alle drei baltischen Wirtschaften weisen einen rasanten Zustrom an ausländischen Direktinvestitionen auf, wobei zunächst Estland eindeutig von ausländischen Investoren bevorzugt zu sein schien. Mittlerweile konnte aber auch Litauen in den letzten zwei Jahren stark aufholen. Im Vordergrund stehen in Estland und Lettland Investitionen in den Bereichen Finanzsektor, Transportwesen und Handel, während in Litauen der Lohnveredelung in der verarbeitenden Industrie eine tragende Rolle zukommt. Für Lettland, das mit einem hohen Leistungsbilanzdefizit aufgrund hoher Importe und struktureller Exportschwächen und daher mit einem latenten Gefahrenpotenzial kämpft, sind ausländische Direktinvestitionen die entscheidende Quelle des dringend benötigten Kapitalimportes. Mittelfristig wird das Land gezwungen sein, sowohl sein Haushalts- als auch das Leistungsbilanzdefizit durch restriktive Maßnahmen zu reformieren, um eine schmerzhaft Sanierungspolitik, wie sie Tschechien Ende der 1990er Jahre betreiben musste, zu vermeiden. Bei den Herkunftsländern ausländischer Direktinvestitionen ragt neben den skandinavischen Ländern Schweden und Finnland auch Deutschland heraus. Erstaunlich ist, dass sich Estland mittlerweile aufgrund seiner ökonomischen Entwicklung zum zweitwichtigsten Herkunftsland für Direktinvestitionen in den baltischen Nachbarländern Lettland und Litauen entwickeln konnte. Vergleicht man die ausländischen

Direktinvestitionen mit Ostasien, so ergibt sich eine außerordentliche Erkenntnis: China, das als „Weltmeister“ im Anziehen von ausländischen Direktinvestitionen gilt, erhält gemessen am Zustrom von Direktinvestitionen pro Kopf der Bevölkerung etwa 300-mal weniger Kapitalzuflüsse als Litauen und Estland⁸.

EU-Beitritt, Problembereiche und Stimmung in der Bevölkerung

Auch nach Beendigung der Beitrittsverhandlungen und dem erfolgreichen Abschluss des Kopenhagener Gipfels im Dezember 2002 sehen sich die baltischen Länder mit einer Reihe von schwierigen Anpassungsproblemen konfrontiert, da es im Kern des Beitrittsprozesses um die volle Übernahme des Rechtsapparates (EU-Verträge, Richtlinien und Binnenmarktregelungen) geht⁹.

In Estland zeigen sich gewaltige Schwierigkeiten in der Administration und im Justizwesen bei der Übernahme und konkreten Übersetzung des Gemeinschaftsrechts in die estnische Sprache. Mehr als 20.000 Gesetze und Verordnungen müssen für 900.000 Muttersprachler übernommen werden, was die bestehenden Verwaltungskapazitäten bei weitem übersteigt.

Lettland weist unter den baltischen Staaten aufgrund der Siedlungspolitik der Sowjetunion den höchsten Anteil einer russischsprachigen Minderheit von ca. 35 Prozent auf. Während in den ersten Jahren der staatlichen Unabhängigkeit die Letten nicht gewillt waren, dieser Bevölkerungsgruppe die vollen Staatsangehörigkeitsrechte einzuräumen, musste das Land auf Druck der EU-Institutionen das Staatsbürgerschaftsrecht liberalisieren, was zu einer steigenden Zahl an Einbürgerungen führte. Kaum verwunderlich ist, dass gerade bei den jungen lettischen Russen die

⁸ Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 15.1.2003, S. 10.

⁹ Vgl. dazu Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.12.2002, S. 7.

Zustimmung zum EU-Beitritt besonders hoch ist.



Ein „Schreckgespenst“ der Beitrittsverhandlungen war die Reaktorsicherheit (siehe auch die Diskussion um das tschechische Atomkraftwerk Temelin nahe der österreichisch-tschechischen Grenze). Etwa drei Viertel des litauischen Stroms wird in den Reaktoren des Kraftwerks Ignalina produziert. Da es sich um Reaktoren vom Tschernobyl-Typ handelt, die nicht mehr nachgerüstet werden können, drängt die EU wegen vielfach geäußerter Sicherheitsbedenken auf die Abschaltung des ersten Blocks bis zum Jahr 2005, während der zweite Block 2009 auslaufen soll. Aufgrund der Verhandlungsergebnisse stellen sowohl die Deckung der Folgekosten als auch die zukünftige Energieversorgung Litauen vor „außergewöhnliche finanzielle Belastungen“¹⁰. Damit ist der Weg vorgezeichnet in notwendige Finanzhilfen größeren Umfangs aus den Strukturfonds des EU-Haushalts.

Von beinahe kulturhistorischer Bedeutung war folgender Streit, der erst Ende 2002 beigelegt werden konnte: Das EU-Recht sieht für den Fang und Verzehr von Heringen eine bestimmte Mindestgröße vor. Balten haben

jedoch seit Jahrhunderten die Angewohnheit, kleine Heringe für besonders schmackhaft zu halten. Um dieser kulturellen Tradition gerecht zu werden, einigte man sich nach zähen, vielleicht auch „grätigen“ Verhandlungen trotz des Widerstands der skandinavischen Länder auf einen Mittelweg bei der Festlegung der Mindestfanggröße.

Anders als in Ungarn oder in der Slowakei zeigen sich die Balten in der Frage der uneingeschränkten Zustimmung zum EU-Beitritt von ihrer eher spröden Seite. Große Ungeduld macht sich vor allem in der estnischen Bevölkerung breit, die nach wie vor dem EU-Beitritt mit nordischer Skepsis gegenübersteht. In vergangenen Frühjahr ergaben Umfragen¹¹, dass zwischen 46 und 50 Prozent der Wähler die EU-Mitgliedschaft ablehnen, während bestenfalls bis zu 39 Prozent diese befürworten. Etwas günstiger sehen die Zustimmungswerte in Litauen (51 Prozent Zustimmung zum EU-Beitritt) und in Lettland (47 Prozent) aus.

Die EU-Verdrossenheit ist in allen drei Ländern zum einen auf Vorbehalte gegen die Aufgabe der staatlichen Souveränität zurückzuführen, da die Länder lange genug einer „Zwangsunion“ angehört haben. Der Wunsch nach dauerhafter Eigenstaatlichkeit, Autonomiestreben und die Bedeutung des nationalen Stolzes eines vergleichsweise „kleinen“ Landes sind keineswegs unerhebliche Faktoren im Abstimmungsverhalten der Balten. Zum anderen verstärken hausgemachte Krisen (bspw. drastisch gestiegene Korruption) einerseits und mangelnde Transparenz in der Europäischen Union sowie befürchtete Preiserhöhungen nach einem Beitritt andererseits die ablehnende Haltung. Dass Esten, Letten

¹⁰ Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Regelmäßiger Bericht 2002 über die Fortschritte Litauens auf dem Weg zum Beitritt, S. 168 f.

¹¹ Vgl. die Ergebnisse dokumentiert in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.6.2002, S. 23.

und Litauer allerdings den Fehler begehen sollten, auf den EU-Beitritt zu verzichten, gilt als eher unwahrscheinlich. Betrachtet man sich allerdings die vorangegangenen Wahlen, vor allem die in Litauen, dann zeigt sich, dass eine zuverlässige demoskopische Einschätzung für die im Herbst 2003 anstehenden Referenden à la westeuropäischem Muster nicht möglich ist und Überraschungen eingeplant werden

müssen. Optimismus verbreitet hingegen eher die These, dass die „kleinen“ baltischen Länder schließlich zum ersten Mal die Gelegenheit innehaben, an zukünftigen Entscheidungen über ihr Schicksal direkt zu partizipieren. Dies sollte Anlass genug sein, von einer positiven Volksentscheidung auszugehen.

Józef Loboeki

Maria Curie-Sklodowska-Universität (Lublin)

Der Transformationsprozess der polnischen Wirtschaft und die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft

Die zwölf Jahre des Umbaus des polnischen Wirtschafts- und Sozialsystems ermöglichen eine Beurteilung vom Gesichtspunkt des Verfassungsartikels Nr. 20. Dieser besagt Folgendes: "Die Soziale Marktwirtschaft, gestützt auf die Freiheit wirtschaftlicher Aktivität, Privateigentum und Solidarität, Dialog und Zusammenarbeit sozialer Partner, bildet die Grundlage des Wirtschaftssystems der Republik Polen."¹

In der Fachliteratur gibt es keine eindeutige Definition der Sozialen Marktwirtschaft. In unterschiedlichen Zeitspannen und an verschiedenen Orten wurden dieser Bezeichnung verschiedene Inhalte unterlegt, wobei diese in ständiger Evolution begriffen sind. Im System, das als Soziale Marktwirtschaft bekannt ist, kommt, so der polnische Ökonom Z. Sadowski, der Sozialpolitik des Staates eine große Bedeutung zu. Diese richtet sich gegen die negativen sozialen Erscheinungen, die sich aus der Marktallokation ergeben, also gegen Massenarbeitslosigkeit und allgemeine Armut. Der Staat verpflichtet sich, die Interessen der schwächsten Gruppen zu sichern, indem er ihnen angemessenen Zugang zu öffentlichen Gütern (darunter Gesundheitsschutz, Schulwesen und Kultur) ermöglicht sowie ihnen finanzielle Hilfe in Form von verschiedenen Leistungen, Steuerermäßigungen und andere Transfers zukommen lässt. Der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft steht – nach Meinung dieses Autors – dem Begriff des Sozialstaates nahe.²

Die Gründer der Sozialen Marktwirtschaft sprachen von Bemühungen zur Verbesserung marktgerechter Lösungen, um die Harmonie

zwischen dem Interesse des Einzelnen und dem der Allgemeinheit zu gewährleisten. Sie waren der Meinung, der Staat solle die Funktionen einer Aufsichtsbehörde wahrnehmen, und die Wirtschaft sollte sich auf ethisch-moralische Prinzipien stützen, sonst bliebe nur der aggressive Kapitalismus.³

Es lassen sich viele gemeinsame Eigenschaften beim Vergleich des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft mit der katholischen Soziallehre finden. Beide Theorien gehen davon aus, dass die Grundform des Eigentums das Privateigentum sein soll, das dem Eigentümer gestattet, Nutzen daraus zu ziehen. In beiden Theorien wird darauf hingewiesen, dass dieses Eigentum zur Realisierung des Allgemeinwohls beizutragen hat (jedenfalls darf es ihm nicht zuwiderlaufen). In der Soziallehre der Kirche dagegen wird im Unterschied zur Sozialen Marktwirtschaft die Unabhängigkeit jeder Aktivität, darunter auch der wirtschaftlichen, vom Staat streng beachtet. Die Kirchenlehre macht, indem sie von Sozialisierung spricht, diesen Prozess von der Sicherung des Subjektivismus der Gesellschaft abhängig. Diese realisiert sich in der Freiheit, unterschiedliche Organisationsformen zu schaffen, die sich wahrer Autonomie gegenüber der öffentlichen Macht erfreuen. Sie alle streben bei loyaler gegenseitiger Zusammenarbeit nach ihren Zielen, wobei sie sich den Erfordernissen des Gemeinwohls unterordnen.

Die Soziallehre der katholischen Kirche bewertet das Wirtschaftssystem nicht unter dem Aspekt der wirtschaftlichen Effizienz, sondern unter dem Aspekt seiner Wirkung auf die Lebensqualität der Menschen. Wir dürfen uns hier auf die Autorität eines Repräsentanten der Kirche berufen, der sagt: "Wir sind

¹ Verfassung der Republik Polen, im Wortlauf am 2. April 1997 vom Parlament verabschiedet.

² Z. Sadowski, *Spoleczne aspekty systemu rynkowego w Polsce (Soziale Aspekte des marktwirtschaftlichen Systems in Polen)*, PTE, Wiss. Heft Nr. 2/2002, S. 5.

³ W. Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, Tübingen 1955, S. 175-179.

berufen, uns dem Kriterium zu widersetzen, welches den Wert eines Systems nur unter dem Aspekt seiner Produktivität einschätzt, nicht aber der Lebensqualität, die es kreiert".⁴

Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft setzt einen positiven Einfluss des Staates auf Wirtschaft und Gesellschaft voraus, und zwar in Form von Korrekturen ungünstiger Marktergebnisse. Es berücksichtigt aber nicht die Kosten des Eingreifens des Staates in Form von externen Effekten, die gewöhnlich die Folgen seiner Tätigkeit sind.

Regierungen der Linken (und nicht nur sie) greifen - indem sie sich auf zu große Ungleichheiten in Einkommen und Vermögen berufen - zu verschiedenen Instrumenten der Umverteilung, weil sie diese für am ehesten gerecht halten. Abgesehen von der Gerechtigkeit des Systems müssen jedoch die ungünstigen sozialen Folgen zu großer Einkommensunterschiede erwähnt werden, denn diese rufen viele soziale und wirtschaftliche Pathologien hervor, bis hin zur Störung des sozialen Friedens. Daher kann das Ausgleichen der Unterschiede in der Einkommensverteilung als "Kauf" der sozialen Ruhe bezeichnet werden. Eine Rechtfertigung für die Senkung der wirtschaftlichen Funktionsfähigkeit des Systems um den Preis des sozialen Friedens ergibt sich aus der Ansicht, dass der Friede in jeder Gesellschaft ein öffentliches Gut sei.

Der Marktmechanismus, verstanden als wirtschaftliches System, erfordert, um richtig zu funktionieren, das, was auf politischer Ebene Bürgergesellschaft genannt wird. Im Zusammenhang damit kann man sagen, dass ein solches System auf der Schaffung gegenseitiger Beziehungen beruht. Die Sphäre aller denkbaren Freiheiten soll möglichst groß sein, damit eine möglichst große Anzahl von Subjekten dieses Systems die ihnen zugänglichen Freiheiten möglichst intensiv nutzen kann.

Die Erfahrungen der polnischen Transformation zeigen, dass sich der Bereich der

Freiheit relativ schnell vergrößert, zugleich aber wird eine gegensätzliche Erscheinung beobachtet, wenn es um den Anteil der einzelnen Individuen an Entscheidungen geht. Gemeint ist vor allem die Entscheidungsfreiheit bei der Erwerbstätigkeit und der Entscheidungsrahmen, der die Selbstständigkeit des Konsumenten betrifft.

Die polnische Wirtschaft unterlag in den letzten zehn Jahren verschiedenen Prozessen, die ihr Funktionieren intensiv veränderten. Der bedeutendste ist unbestritten der Einfluss der für Mittel- und Osteuropa spezifischen Systemtransformation, in der - wegen der Größe des Wirtschaftspotenzials und Fortschreitens dieses Prozesses - Polen führend ist. Parallel, obwohl mit gewisser Verzögerung, verläuft der Prozess der Anpassung der Rechtsnormen, also institutionellen und wirtschaftlichen Strukturen, an die Standards der Europäischen Union. Die stark liberalisierte und privatisierte Wirtschaft wird zugleich von universalen Globalisierungsprozessen beeinflusst.

Diese drei parallelen Mega-Prozesse bringen eine ganze Reihe von Nebenwirkungen mit sich, die die Gesellschaft belasten und die den weiteren Verlauf der durchgeführten Reformen mitbestimmen. In einem niedrigeren Grade als bei den anderen Bürgern der mittel- und osteuropäischen Staaten sind in der polnischen Gesellschaft egalitäre Tendenzen lebendig. Auch im alten System wurden sie nur verbal verkündet. Unter den Nebenwirkungen scheinen zwei höchst gefährlich zu sein, nämlich die Arbeitslosigkeit und die Vermögens- und Einkommensdifferenzierung. Bei einer hohen Arbeitslosenquote und einem niedrigeren Grad an sozialer Sicherheit sind solche Ungleichheiten allerdings unvermeidlich.

Die Umstrukturierung der Betriebe ist und bleibt weiterhin ein sehr wichtiges Problem in jeder sich entwickelnden Wirtschaft. Die Betriebe, die umstrukturiert werden, nutzen jedoch nicht die zum Aufbau einer ökonomisch funktionierenden Marktwirtschaft notwendigen Bedingungen. In Gesellschaften, die eine

⁴ Kardinal Carlo Maria Martini, Pastoralbrief zum Tag der Solidarität, Mailand 1985.

evolutionäre Entwicklung durchmachen, ergeben sich die Nachfrage und deren Struktur aus langfristig gebildeten sozialen Präferenzen. Diese bestehen aus vielen verschiedenen Faktoren, sowohl rationalen als auch irrationalen. Da sich Geschmack, Mode und Vorlieben ändern und der Markt auf die Konsumenten einwirkt, bildet sich ein Modell ihres Verhaltens heraus. In einer Gesellschaft hingegen, die durch revolutionäre Veränderungen das Marktssystem übernimmt, müssen Anpassungsprozesse an dieses System stattfinden. Allgemein gesprochen geht es um die Änderung des vorherigen Konsummodells und die Akzeptanz oder Herausbildung einer positiven Haltung zum Markt. Diese Erscheinung ist nicht nur bei einer sprunghaften Änderung des Wirtschaftssystems bekannt, sie ist auch bei Gesellschaften zu beobachten, die eine beschleunigte Entwicklung durchmachen. Das zeigt sich vor allem in einer ungenügenden Nachfrage, die sich daraus ergibt, dass ein Großteil der Gesellschaft auf einem niedrigen Niveau der Wirtschaftsaktivität verharret.

Im Falle eines sprunghaften, revolutionären Übergangs zur Marktwirtschaft haben wir es mit einer mangelnden positiven Haltung zum Markt zu tun, allerdings wird die gesamte soziale und institutionelle Struktur den neuen Erfordernissen nicht gerecht. Daher müssen tiefgreifende soziale und institutionelle Änderungen vorgenommen werden, damit keine Dissonanz zwischen dem Angebot der Unternehmen und der Nachfrage der Konsumenten aufkommt.

Ein synthetisches Bild der Restrukturierung der polnischen Wirtschaft ergibt sich aus den

Änderungen in der Exportstruktur wegen der unterschiedlichen Entwicklungsniveaus der Länder. Wurden vor 1990 ca. 80 Prozent des Exports in wirtschaftlich schwach entwickelte Länder realisiert (hauptsächlich im Rahmen des RGW), so entfiel im Jahr 2000 ein ähnlicher Anteil des Exports auf hoch



entwickelte Länder. Das zeugt davon, dass sich die Herstellung auf die in den hoch entwickelten Ländern akzeptierte Produktion umgestellt hat.

Aus der Analyse des Transformationsprozesses in Polen geht hervor, dass von Anfang an die Notwendigkeit einer Restrukturierung der Unternehmen erkannt wurde, und dass dieser Prozess mehr oder weniger rasch realisiert wird. Wenn es aber um die Gesellschaft im Sinne von Konsumenten geht, wurde angenommen, dass sie Fähigkeiten und Kenntnisse über das Funktionieren von Marktmechanismen erwerben und ihre Konsumententscheidungen an die neuen Marktbedingungen anpassen würden.

In der ersten Etappe der Transformation schien es, dass die bis dahin in der Staatswirtschaft funktionierende Gesellschaft zum vollwertigen Subjekt der Marktwirtschaft geworden ist. Es war die Zeit der schnellen Privatisierung, des Straßenhandels, der rasch zunehmenden Nachfrage sowie des Kredits, der wirtschaft-

liche Bedeutung gewann. Heute lässt sich sagen, dass der Teil der Gesellschaft, der besser ausgebildet, reicher und mit gewissen Auslandserfahrungen ausgestattet ist, in der Regel unternehmungslustige und jüngere Personen, sehr schnell seinen Platz in der neuen Wirklichkeit gefunden hat. Aber ein großer Teil der Gesellschaft hat „den Zug der Marktwirtschaft verpasst“. Solange die einfachen Effekte der Transformation sichtbar wurden, das Wirtschaftswachstum hoch war und der Staat die schnell wachsenden Ausgaben decken konnte, war dieses Problem von sekundärer Bedeutung.

An der Wende des Jahres 2002/2003 sind folgende Probleme der polnischen Wirtschaft am wichtigsten:

1. Hohe Arbeitslosenquote mit deutlich wachsender Tendenz,
2. Schwaches Wirtschaftswachstum,
3. Hohes Haushaltsdefizit.

Wegen der sehr hohen Arbeitslosenquote in der polnischen Wirtschaft wird intensiv diskutiert, wie dieser für die Wirtschaft so wichtigen Erscheinung entgegengewirkt werden kann, ist sie doch auch sozial sehr gefährlich. Die Ansicht überwiegt, dass als Mittel gegen die immer weiter zunehmende Arbeitslosigkeit ein schnelles Wirtschaftswachstum herbeigeführt werden muss. Das Ziel der erwünschten Veränderungen ist, dass ein höheres Tempo des Wirtschaftswachstums zur Senkung der Arbeitslosigkeit beiträgt, und indirekt durch Kürzung der Ausgaben für die Arbeitslosen und Zunahme von Steuereinkünften das Haushaltsdefizit verringert. Bei dem hohen Haushaltsdefizit werden die meisten Mittel für soziale, also laufende Bedürfnisse bestimmt; die Möglichkeiten, stärker für die Zukunft zu finanzieren – also in Bildung, Wissenschaft, Gesundheit, Ökologie, Infrastruktur u.a. – sind dagegen sehr begrenzt.

Gleichzeitig werden Meinungen laut, nach denen die Arbeitslosenquote in der polnischen Wirtschaft zurückgehen wird, wenn das Tempo

des Wachstums 5 Prozent erreicht.⁵ Für solch einen Anstieg gibt es aber derzeit keine Chance. Die optimistischen Prognosen der Regierung nennen allerdings das Jahr 2004 als frühesten Termin für ein Wachstum von fünf Prozent.

Die Analyse der Konsumnachfrage in Polen lässt keine optimistische Einschätzung ihres Wachstums zu. Dafür gibt es mehrere Gründe, die sich sowohl aus der ökonomischen Lage ergeben, als auch aus der vom früheren System ererbten institutionellen Struktur und Mentalität der Gesellschaft. Zu den wichtigsten Blockaden des Nachfragewachstums zählen derzeit:

Die Anspruchshaltung eines großen Teils der Gesellschaft; sie ergibt sich aus der Gewohnheit, möglichst viele soziale Leistungen und Transferzahlungen in Empfang zu nehmen, was das typische Marktverhalten und den Erwerb von Gütern für zuvor verdiente Geldmittel nicht begünstigt.⁶

Ein hoher Anteil von Rentnern und Erwerbsfähigen, die oft Leistungen beziehen, die unter dem sozialen Niveau, ja sogar unter dem Existenzniveau liegen.⁷ Ein hoher Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten bewirkt, dass viele Dorfbewohner in Armut und ohne Chance auf höheres Einkommen leben.

Die geringe Nachfrage von Stadtbewohnern, die kleine Wohnungen im Zentrum oder in so genannten neuen Wohnsiedlungen haben, was das Marktverhalten nicht stimuliert.

Die hohe Arbeitslosenquote, die noch weiter steigt.

Die zahlenmäßig kleine und unvermögende Mittelschicht, die keinen Einfluss auf den

⁵ Red. Jan Winiecki u. a., *Któredy do wzrostu zatrudnienia. Raport dla Stowarzyszenia Obywatele dla Rzeczypospolitej (Welcher Weg führt zum Anstieg der Beschäftigung? Bericht für Vereinigung "Die Bürger für die Republik Polen"*, Warszawa, Januar 2002.

⁶ A. Lawina, *Przyjazne państwo (Ein wohlwollender Staat)*, Rzeczypospolita 21(6098) vom 25.01.2002.

⁷ E. Szot, *Zwyczajna polska bieda (Gewöhnliche polnische Armut)*, Rzeczypospolita 20 (6097) vom 24.01.2002.

Anstieg der Nachfrage.

Das fortschreitende Auseinanderklaffen der Gesellschaft durch die Konzentration der Mittel bei einer kleinen finanziellen Elite (Eigentümer großer Unternehmen, Mitglieder der Vorstände von Gesellschaften, Führungskader der Banken, Makler und Berater), was die Nachfrage nicht bedeutend steigern kann. Die Nachfrage dieser Gruppe wird vorwiegend im Ausland gedeckt.

Die auf dem Markt fehlenden Institutionen mit flexibler Kreditpolitik. Dies macht ein rasches Wachstum der Nachfrage mit Hilfe von Krediten unmöglich.

Das zu beobachtende Auseinanderklaffen der Gesellschaft muss negativ bewertet werden, da dies ein guter Nährboden für allerlei Populisten ist. Ihm entgegenzuwirken ist Sache der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Es scheint jedoch, dass die ersten fünf Blockaden beim Anstieg der Nachfrage von etwas Tiefgründigerem und Gefährlicherem zeugen, nämlich von der ökonomischen Marginalisierung eines bedeutenden Teils der Gesellschaft. Die Konsequenzen dieser Erscheinung gewinnen an Bedeutung, weil sie sich zu verfestigen beginnt.

Man könnte meinen, dass der menschliche Faktor hoch mobil und in der Lage ist, sich den neuen Regeln rasch anzupassen. Die Erfahrung zeigt aber das Gegenteil. Menschen, insbesondere ältere, deren Mentalität noch in der sozialistischen Wirtschaftsordnung geprägt wurde, zeichnen sich durch einen starken Konservatismus aus. Sie sind vorwiegend auf Forderungen eingestellt, verbunden mit der Sehnsucht nach dem einstigen System. Man kann ihre Haltung folgendermaßen definieren: "Arm, aber gleich". Demzufolge fehlt jegliches Interesse an der Verbesserung der eigenen materiellen Lage durch einen größeren Arbeitseinsatz. Dabei ist es sehr schwer, die Frage genau zu beantworten, ob das eher die Folge der alten Mentalität oder des Mangels an Vorstellungsvermögen (ganz bestimmt auch an Wissen) ist; beides hemmt jede Tätigkeit, die eine Verbesserung der materiellen Lage

herbeiführen könnte. Diese defätistische Haltung wird der jüngeren Generation von den älteren Menschen vermittelt. In gewissem Grade bestätigen dies die Ergebnisse der Umfrage mittels SMS, an der bedeutend jüngere Menschen als die Vertreter der mittleren Altersgruppe teilgenommen haben. Auf die Frage: Hast du Sehnsucht nach der Zeit Volkspolens? – antwortete etwa ein Viertel der Befragten, (27 Prozent), bejahend.⁸

Die Anspruchshaltung ist zum Teil auch ein Ergebnis der Praxis des vorherigen Systems. Bezeichnend ist hier der Vergleich mit anderen, die mehr Güter oder sogar ein großes Vermögen besitzen, ohne dabei darüber nachzudenken, wie sie dazu gekommen sind. Die in der Gesellschaft tief verwurzelte Demagogie "der gleichen Mägen" hindert die Menschen daran zu verstehen, dass man zuerst arbeiten muss, um später etwas zu besitzen. Dies hängt zweifellos mit dem unterentwickelten Arbeitsethos im Sinne einer Quelle von Vermögen und Wohlstand zusammen. Die Arbeit wurde eher als feste Anstellung verstanden, nicht aber als nutzvollere Aktivität, in deren Ergebnis die erwünschten Werte zu erhalten sind. Häufig wurde die Arbeit mit körperlicher Anstrengung identifiziert. Diese Anspruchshaltung ist das Symptom für eine soziale Krankheit, die einer langwierigen Heilung bedarf.

In jeder Gesellschaft wird ein Teil ihrer Angehörigen durch das soziale System finanziert. Problematisch wird es aber dann, wenn die Zahl der Sozialhilfe-Empfänger in einem ungünstigen Verhältnis zu den Erwerbstätigen steht. In Polen hat der hohe Anteil von Rentnern und Arbeitsunfähigen einerseits natürliche Gründe: Die Gesellschaft altert, die medizinische Betreuung ist schlecht oder die Arbeit wird unter schwierigen Bedingungen geleistet. Andererseits gibt es aber auch situationsbedingte Ursachen: Viele haben sich aus Angst, entlassen zu werden, soziale Unterstützung "beschafft". Die großen Aus-

⁸ <http://sondaz.wp.pl/>

maße dieser Erscheinung verursachen, dass diese Kategorie von Menschen angesichts geringer Unterstützung mehrheitlich auf der Stufe des sozialen Minimums, ja sogar des Existenzminimums lebt, und den Markt so nicht stimulieren kann. Begründete Furcht weckt nicht allein das Ausmaß der Problematik, sondern vielmehr seine rasche Zunahme. Nach A. Padowicz wuchs von 1990 bis 2002 die Zahl der Rentner und Arbeitsunfähigen von 7,1 auf 9,8 Millionen.⁹ Wenn man bedenkt, dass die Unterstützung dieser Gruppe auch Quelle des Unterhalts für andere Familienmitglieder ist, so erhält man ein Bild von der ökonomischen Marginalisierung der Gesellschaft.

Das Konsumniveau der Landbevölkerung konnte vor der Transformation nicht als hoch bezeichnet werden, obwohl sie in bedeutend höherem Grade an der Verteilung des Bruttoinlandsprodukts partizipierte. Einen Teil ihres Einkommens bestimmte sie für die Entwicklung ihrer Bauernhöfe. Die marktwirtschaftliche Transformation bewirkte in der Landwirtschaft, dass alle Arten der bäuerlichen Nachfrage stark zurückgingen. Es sanken sowohl die Privatinvestitionen als auch die individuelle Konsumtion. Letztgenannte wird teilweise durch Eigenversorgung ausgeglichen. Das ändert aber nicht viel an der Tatsache, dass es eine große soziale Gruppe gibt, die eine sehr niedrige Nachfrage generiert. Die Markt-marginalisierung dieser Gruppe scheint die dauerhafteste zu sein, denn in absehbarer Zeit bestehen keine Chancen auf größere Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft. Ohne diese ist aber kein Einkommenswachstum zu erwarten, weder unter den Bauern noch in der übrigen Landbevölkerung, weil hier enge Abhängigkeitsverhältnisse bestehen. Die Verbesserung der Lage der Landbevölkerung ist wegen ihres hohen Anteils (38,4 Prozent) an

der sozialen Struktur besonders wichtig.

Die Wechselwirkungen zwischen der Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem Wirtschaftswachstum sind in der Wirtschaftstheorie dargestellt worden. Diskutieren kann man nur über die Abhängigkeit zwischen dem Änderungstempo der Nachfrage und dem Wirtschaftswachstum je nach Typ und Charakter der Wirtschaft. Den Einfluss der Arbeitserträge auf die durch sie angeregte Konsumnachfrage stellte H. Ford bereits vor über hundert Jahren fest. Im Schrifttum finden wir Beispiele für die Tätigkeit des Handelssektors zur Beschleunigung der Konsumnachfrage. Die Nachfrageblockade, die sich in den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts eingestellt hatte, ließ die Theorie des Marketings und eine schnelle Entwicklung der Marketingpraxis entstehen. Während eines Jahrzehnts siedelten - vor allen unter dem Diktat der Mode - über sieben Millionen amerikanische Familien aus städtischen Mietshäusern in Einfamilienhäuser in Vororten über.¹⁰ Eine wichtige Rolle bei der Umgestaltung der Amerikaner in Konsumenten spielte auch die Institution des Kredits. Im Jahre 1929 wurden in den USA 60 Prozent der Haushaltsgeräte und Autos auf Kredit gekauft.¹¹ Dies sind Beispiele für Tätigkeiten, die zeitlich lange vor dem Staatsinterventionismus von Keynes lagen.

Die Verlangsamung der wirtschaftlichen Aktivität zwischen 1999 und 2000 wurde von den Autoren des Berichts über den Stand des Sektors kleiner und mittelgroßer Betriebe in Polen durch eine etwa sich verdoppelnde Verlangsamung des Anstiegstempos von inländischer Konsum- und Investitionsnachfrage verursacht.¹²

¹⁰ 11 G. Gross, *Time and Money. The Making of Consumer Culture*, New York, Routledge 1993, S. 169.

¹¹ R. Marchand, *Advertising the American Dream, Making Way for Modernity*, University of California Press, Berkeley 1985, S. 4 u. 5.

¹² Red. W. Dzierzanowski, A. Sztetyllo, *Raport o stanie sektora malych i srednich przedsiebiorstw w Polsce w latach 1999-2000* (Bericht über den Stand kleiner und mittelgroßer Betriebe in Polen 1999-

⁹ W. Padowicz, *Rosnace bezrobocie i kryzys zatrudnienia w Polsce* (Fortschreitende Arbeitslosigkeit und Beschäftigungskrise in Polen). [in:] *Praca i Zabezpieczenie Społeczne* Nr. 1 PWE, Warszawa 2002, S. 5.

Das in Polen in der Ära des allgemeinen Defizits herrschende Konsummodell enthielt alle das Marktdefizit einschränkenden Elemente. Die Realisierung des Modells war unter Stadtbedingungen einfacher, denn sie hing mit dem schnellen Anstiegstempo der Bauvorhaben in den Städten zusammen. Gebaut wurden kleine Wohnungen in Wohnblocks, die nur eine begrenzte Menge von Geräten und Möbeln fassen konnten. Die Realisierung dieses Modells hatte zur Folge, dass die meisten Stadtbewohner bis jetzt eben in solchen Wohnungen leben. Sie erwarben die Fähigkeit, ihre Bedürfnisse selbst einzuschränken, was auch keine Impulse gibt, die Erwerbstätigkeit zu intensivieren. Die in großen Siedlungen durchgeführten sozialen Untersuchungen weisen auf bisher unbekannte und gefährliche soziale Syndrome hin. Bei jungen, ideenlosen und passiven Menschen, die man „Blockbewohner“ nennt, treten massive Probleme auf. Alles deutet darauf hin, dass wir Zeugen der Entstehung von Ghettos sind, in denen – infolge der allgemeinen Apathie und des Mangels an Perspektiven – die Einwohner ihre Bedürfnisse minimalisieren. Dabei unterlassen sie jeden Versuch, ihre materielle Lage durch Intensivierung der Erwerbstätigkeit zu verbessern.

Die mehr als drei Millionen registrierten Arbeitslosen, die eine Quote von über 18 Prozent bilden, stellen eine enorme Größenordnung dar; hinzu kommt noch die versteckte Arbeitslosigkeit. Die ansteigende Arbeitslosigkeit und die Schwierigkeiten, Arbeit zu finden, beschränken die Möglichkeit, aus Arbeit Einkünfte zu erzielen. Leider besteht kein merkliches Interesse, die Einkünfte auf andere Weise aufzubessern. Gedacht ist hier an eine marktgebundene Wirtschaftsaktivität, indem eigene Firmen gegründet werden oder man sich selbstständig macht. Die Flucht in die vorzeitige Verrentung und Erwerbsunfähigkeit bedeutet bei den sehr niedrigen Leistungen den

Rückzug vom Markt, sowohl vom Arbeits- als auch vom Konsumgüter- und Dienstleistungsmarkt. Solche Personen und ihre Familien bewegen sich am Rande der Wirtschaft. Eine Wirtschaft, in der die Mehrheit der Bürger von der arbeitenden Minderheit unterhalten werden, ist aber keine Marktwirtschaft mehr, sie wird zur Sozialwirtschaft.

Die Bedeutung der Mittelschicht für die Wirtschaft wird sowohl von der Theorie als auch von der wirtschaftlichen Praxis bestätigt, insbesondere im Kontext der wachsenden Bedeutung von kleinen und mittelgroßen Betrieben. Aber diese Schicht bildet sich in einem komplizierten und langwierigen Prozess heraus. Die heutigen sozialen Erwartungen richten sich auf die Situation zu Beginn der neunziger Jahre, als ein großer Teil der aktivsten Individuen, die die verschiedenen Formen der Privatisierung, verbunden mit einer guten Marktkonjunktur, nutzen und relativ leicht zu großem Vermögen kamen. In der Gesellschaft fehlt es gegenwärtig an Interesse für Unternehmen, die zwar dem Eigentümer und eventuell seiner Familie Arbeit geben könnten, aber keinen großen Gewinn garantieren.

Gerade der Mangel an Risikobereitschaft, auf eigene Rechnung wirtschaftlich tätig zu werden, ist eine der Ursachen für die enorme Arbeitslosigkeit. Bei einer raschen technischen Umstrukturierung, angeregt durch die Entwicklung von Informatik, Elektronik, Telekommunikation und anderer Branchen, wird eine schnelle Abnahme der Arbeitsplätze beobachtet. Deren Zunahme ist grundsätzlich nur im Sektor kleiner und mittelgroßer Betriebe möglich. Gibt es keine Entwicklung der kleinen Unternehmungen, dann gibt es auch keine Chancen auf den Rückgang der Arbeitslosenquote.

Es scheint, dass auch die Massenmedien einen negativen Einfluss ausüben, wenn sie defätistische Szenarien und Rezessionsprognosen veröffentlichen. Das ist vermutlich das Gegenteil der Erfolgspropaganda des früheren Systems. In der Wirtschaft entsteht eine

Erscheinung der sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Wenn man den Menschen dauernd einredet, dass eine Krise kommt, und sie mit dem Verlust ihrer Arbeitsplätze rechnen müssen, dann verhalten sie sich rational, wenn sie ihre Ausgaben beschränken. So wird durch die Verbreitung pessimistischer Prognosen die Nachfrage noch geringer, was die Unternehmer zwingt, Investitionen zu stoppen und Arbeitsplätze abzubauen.

Der dauerhafte Charakter der ökonomischen Marginalisierung eines so großen Anteils der Gesellschaft wirkt sich auf die aggregierte Nachfrage negativ aus. Das gestattet die Feststellung, dass in nächster Zeit eine Blockade der Nachfrage auftreten wird, und zwar als größtes Hemmnis für die polnische Wirtschaft. Es gibt keinen Grund für die Erwartung, dass sich eine rasche Erhöhung der Nachfrage wieder einstellen könnte. Damit hatten wir es zu Beginn der Transformation zu tun, als der "ausgehungerte" Markt alles verschlang, was sich deutlich von den Einfachprodukten der Planwirtschaft unterschied.

Deshalb taucht die eher rhetorische Frage auf: Kann diese Wirtschaft als Soziale Marktwirtschaft bezeichnet werden? Wenn über die Hälfte der Gesellschaft am Rande der Wirtschaft lebt und keine für die Subjekte der Marktwirtschaft typischen Entscheidungen trifft? Bei solchen Zweifeln über den Marktcharakter der polnischen Wirtschaft kann die Antwort nach ihrem Sozialcharakter nur negativ ausfallen.

Vom extrem liberalen Standpunkt aus ließe sich sagen, dies sei Sache des Marktes, und der Markt werde dieses Problem schon lösen.

Selbstverständlich bleibt noch der humanitäre Aspekt und die Frage der zur Problemlösung benötigten Zeit. Aber auch wenn der extrem liberale Standpunkt eingenommen würde, wären die Folgen dieses langfristig existierenden Zustands nicht zu übersehen. Das neue Jahrhundert ist ein Jahrhundert des Wissens, und das Wissen ist bereits zum wichtigsten Faktor der Entwicklung geworden, ein Faktor, der aber zugleich immer mehr der Kommerzialisierung unterliegt, wie das zu erwerbende Wissen auch. Wenn nun jungen Menschen der Zugang zum Wissen verwehrt wird (wegen der finanziellen Lage ihrer Angehörigen), dann wird die gegenwärtige junge Generation zur Marginalisierung für das nächste halbe Jahrhundert verurteilt, denn so lange wird ihre berufliche Aktivität währen. Vom wirtschaftlichen Standpunkt ist das ein Verlust einer ganzen Generation als Arbeitsressource, bei eingeengter demographischer Reproduktion, und zugleich eine Belastung der übrigen arbeitenden Angehörigen der Gesellschaft mit Unterhaltskosten der ungebildeten (unproduktiven) Menschen.

Der Staat und die Selbstverwaltung könnten sicherlich eine positive Rolle bei der Beschleunigung der sozio-ökonomischen Entwicklung spielen, obwohl ihre Möglichkeiten im demokratischen System viel geringer sind, als die Gesellschaft erwartet. In diesem konkreten Fall ist der Staat leider voll verantwortlich, denn er hat im allgemeinen sozialen Interesse die Pflicht, alles zu tun, um der jungen Generation den Erwerb von Wissen als strategische Entwicklungsressource zu ermöglichen.

Ewa Musialowska

Die deutsch-polnischen Beziehungen: Gesellschaftliche Ebene und Eliten-Perspektive

Bei näherer Betrachtung scheinen die deutsch-polnischen Beziehungen voller Asymmetrien zu sein. Polen und Deutsche werden durch eine Kluft getrennt, die grundsätzlich zwar flacher geworden ist, aber weiterhin gefährlich bleibt. Aus gegenseitiger Unkenntnis entstanden, vertieft sie sich bisweilen auch aus Desinteresse und Abneigung gegenüber dem Nachbarn.

Im Folgenden werden vor allem drei Aspekte der deutsch-polnischen Beziehungen behandelt. Erstens wird die gegenseitige Wahrnehmung von Polen und Deutschen untersucht. Davon ausgehend, dass diese Analyse die Makroskala der bilateralen Kontakte widerspiegelt, richtet sich zweitens der Blick der deutschen und der polnischen Eliten auf die Ebene der Zusammenarbeit. Ein abschließendes drittes Kapitel vergleicht die gesamtgesellschaftliche und die Eliten-Perspektiven miteinander.

Anna Niewiadomska-Frieling entwickelt eine interessante Hypothese¹, die auf Platons Höhlengleichnis zurückgeht. Diese Hypothese bezieht sich auf Stereotype und wird am Verhalten der in einer Höhle gefangenen Menschen exemplifiziert. Sie nehmen alles, was außen ist, nur als Schatten der Wirklichkeit wahr. Die Gefangenen, die als Symbol der menschlichen Erkenntnis dienen, kreieren ihr Weltbild entsprechend der Meinungen verschiedener "Lehrer der Öffentlichkeit". Nach ihrer Befreiung fällt es den Häftlingen deshalb sehr schwer, andere Menschen adäquat wahrzunehmen.

Diese Hypothese weist auf drei wichtige Probleme hin. Erstens bildet sich der Mensch eine Vorstellung von dem Anderen. Zweitens prägt sich das Bild, das der Mensch in seiner Vorstellung erzeugt, mit der Zeit immer stärker

und deutlicher als Stereotyp ein. Drittens ist der Abbau von Vorurteilen später oft nicht mehr möglich. Man könnte sagen, dass sie in einer latenten Form funktionieren und erst unter bestimmten Bedingungen deutlich hervortreten.

Stereotype sind in den deutsch-polnischen Beziehungen tief verwurzelt². Der bekannte polnische Publizist Adam Krzeminski schreibt hinsichtlich deutscher Vorurteile gegenüber Polen unter anderem: "Der Pole ist ein schlauer ‚Allesklauer‘, der dem gutherzigen und fleißigen Deutschen schadet. Nach 1918 hat er den ‚polnischen Korridor‘, nach 1945 Schlesien und nach 1989 wenigstens ein Auto geklaut"³. Die Deutschen sind in den Augen zahlreicher Polen auch nicht viel besser, und die Vorurteile scheinen auf alte Zeiten zurückzugehen, als die Polenkönigin Wanda keinen Deutschen heiraten wollte und deshalb den Tod in der Weichsel suchte. Heutzutage ist es wahrscheinlich so, dass auch der Deutsche mit Wanda nichts mehr zu tun haben möchte. Er hat aufgehört, sie zu lieben.

Da durch stereotype Vorstellungen ein schiefes Bild von der Wirklichkeit entworfen wird, sollte man eine andere Frage stellen, nämlich: Wie gestalten sich die deutsch-polnischen Beziehungen de facto und wie wird der wechselseitige Dialog von den Gesellschaften Polens und Deutschlands empfunden?

Die Behauptung, dass die Perzeption der Polen in Deutschland durch ein relativ stabiles Gleichgewicht gekennzeichnet wird, scheint wohl berechtigt zu sein. Weiterhin dominieren Unwissenheit und Mangel an Interesse die deutsch-polnischen Beziehungen. Das spiegelt sich in den Ergebnissen von Umfragen wider, die im Laufe der letzten zehn Jahre durchgeführt wurden. 1991 veröffentlichte "Der Spiegel" eine Umfrage zu den deutsch-

¹ Niewiadomska-Frieling, Anna, Die deutsch-polnischen Beziehungen auf gesellschaftlicher Ebene: Die öffentliche Meinung in den neunziger Jahren. In: Eberwein, Wolf-Dieter/Kerski, Basil (Hrsg.), Die deutsch-polnischen Beziehungen 1949-2000. Eine Werte- und Interessengemeinschaft? Opladen 2001.

² Siehe dazu: Orłowski, Hubert, Polnische Wirtschaft, Wiesbaden 1996.

³ Krzeminski, Adam, Wszystokrady i najezdzy, Polityka, 26.1.2002, S. 73.

polnischen Beziehungen in Vergangenheit und Gegenwart und fragte nach der Zukunft⁴. Bemerkenswert ist die deutliche Dichotomie zwischen den Antworten der deutschen und denen der polnischen Befragten. Die Polen werteten nur drei negative Eigenschaften als "typisch deutsch". Positive Merkmale (immerhin 13) bildeten die absolute Mehrheit. Die Schlussfolgerungen der deutschen Befragten sahen ganz anders aus. Westdeutsche wiesen den Polen zwölf negative Eigenschaften (der Pole ist vor allem faul, provinziell und disziplinos) und nur vier positive Attribute zu. Die Umfrage ergab, dass das Sympathieniveau für Polen unter Null gesunken war. Noch suggestiver war die im "Spiegel" veröffentlichte Prognose, dass die Polen die „neuen Türken“ werden könnten.

Hierbei ist anzumerken, dass sich die Antworten der Ostdeutschen durch eine geringere Dosis Kritik auszeichneten. Dies ist wesentlich darauf zurückzuführen, dass zwei Drittel der DDR-Bevölkerung Polen besucht und deswegen die Gelegenheit hatte, sich ein eigenes Urteil zu bilden. Dagegen kannten in Westdeutschland nur zehn Prozent aller Befragten Polen aus eigener Anschauung. Daher lässt sich die These aufstellen, dass die Darstellung des Nachbarn in diesem Fall entstellend ist, weil sie nur die im Bewusstsein funktionierenden Stereotype widerspiegelt.

Der kritische Blick auf Polen dominierte auch in den folgenden Jahren, was durch zahlreiche Untersuchungen bestätigt wurde. Beispielsweise lieferte die 1994 vom "Spiegel", durchgeführte Umfrage⁵ folgende Ergebnisse: 47 Prozent der jungen deutschen Befragten im Alter von 14 bis 29 Jahren waren überzeugt, dass Deutsche manche (45 Prozent) oder alle anderen (2 Prozent) Völker übertreffen. Von diesen 47 Prozent der Befragten nannten wiederum 87 Prozent vor allem die Polen. Die Daten des Eurobarometers aus dem Jahr 1996

ergaben ähnliche Resultate⁶. Bei der Frage nach dem Vertrauen zu anderen Völkern wurde Polen eine entschieden negative Note gegeben. Geringeres Vertrauen besaßen nur noch Russen und Türken.

Das negative Bild Polens in der deutschen Gesellschaft ist relativ stabil. Polen besetzt weiterhin die letzten Plätze auf der Präferenzskala. Nicht viel besser wird Polen auf wirtschaftlichem Gebiet beurteilt. „Hinsichtlich der Wirtschaftsbeziehungen“ - so Adam Krzeminski – „wird Polen von Deutschland immer noch als kalorienarmer Partner angesehen.“⁷ Eine grundlegende Wende lässt noch auf sich warten. Die beide Völker trennende Distanz kommt in der unbegründeten Angst der deutschen Gesellschaft vor der Invasion ganzer Scharen polnischer Arbeiter (nach dem EU-Beitritt) zum Ausdruck, als ob Divisionen von Polen schon jetzt an der Oder-Neiße Grenze mit Schraubenziehern bei Fuß stünden und bereit wären, den deutschen Arbeitsmarkt zu demontieren⁸.

Im Zusammenhang damit stellt sich die Frage: Wie gestalten sich die Beziehungen in den Grenzgebieten? Eine von Wissenschaftlern der Viadrina kürzlich durchgeführte Studie liefert interessante Ergebnisse⁹. Detlef Pollack und Susanne Pickel haben eine Umfrage unter 1.547 Personen im Alter von 18 bis 26 Jahren durchgeführt. Unter den Befragten waren 606 Deutsche, die in Frankfurt/Oder leben, 459 Polen aus Slubice und 482 Studierende der Viadrina. Ziel der Studie war es, herauszufinden, welches Verhältnis zu Ausländern herrscht. Die Fragen wurden bewusst so formuliert, dass sich der Begriff "Ausländer" hauptsächlich auf Polen bezog, denn bei vielen Fragen wurde ganz offen von der polnischen Nationalität gesprochen. Die Untersuchungen

⁶ Ebd.

⁷ Krzeminski, Adam, Partnerzy niepelnokaloryczni, *Polityka*, 21.7.2001, S. 41.

⁸ Ebd.

⁹ Centrum Stosunków Miedzynarodowych, www.csm.org.pl, Raporty i Analizy Nr. 8/00, Cichocki, Marek A. (Hrsg.), Dlaczego Niemcy obawiają się rozszerzenia UE o Polskę i inne kraje Europy Środkowo-Wschodniej? S. 15.

⁴ Der Spiegel 34/1991. Spiegel-Umfrage in Polen und Deutschland über die Einstellung der beiden Völker zueinander: Furcht, Neid und Respekt.

⁵ Garsztecki, Stefan, Polen - ein Projekt für Eliten? *Dialog* Nr. 3/4 (1998), S. 22.

ergaben, dass nicht weniger als 83 Prozent der Deutschen die zukünftige Grenzöffnung mit einer Zunahme der Kriminalität in Verbindung bringen, während 40,2 Prozent der deutschen Befragten einen Anstieg der Arbeitslosenquote fürchten¹⁰. Natürlich liefern diese Ergebnisse nur ein unvollständiges Bild.

Ganz anders fielen die Antworten aus, wenn es um die Offenheit gegenüber Ausländern ging. 82,1 Prozent der Deutschen halten die Polen für freundschaftlich gesinnt, und mehr als 74 Prozent glauben, dass die multikulturelle Gesellschaft eine wünschenswerte Erscheinung ist¹¹. Pollack kommt zum Ergebnis, dass viel davon abhängt, ob ein echter Kontakt zwischen den Nachbarn besteht. Dort, wo es eine Bindung gibt, sind Meinungen und Vorstellungen entschieden positiver. Pickel fügt hinzu, dass der Grund für die freundlichen Äußerungen der Polen auf die Tatsache zurückzuführen ist, dass sie einen authentischen Kontakt zu den Deutschen haben und an ihrem Alltagsleben teilnehmen.

Das ändert aber nichts daran, dass das Bild Polens in Deutschland weiterhin ungünstig ist. Man könnte sagen, dass es keinen Platz für einen Sympathieausbruch gab, nachdem die Periode der großen Worte und Gesten vorbei war und sich die Prosa des Alltags einstellte. Diese Prosa ergibt sich auch durch die polnischen Bemühungen um den EU-Beitritt. Und gerade hier scheinen die Deutschen ziemlich skeptisch zu sein.

Die deutsche Skepsis lässt sich jedoch über die Ebene der Stereotype hinaus noch tiefer begründen. Die Erfahrung der ungeheuer hohen finanziellen Belastung, die sich aus der Transformation der ehemaligen DDR ergab, hat negative Konsequenzen für die Einstellungen hinsichtlich der EU-Erweiterung. Für die Mehrheit der deutschen Gesellschaft bedeutet der Beitritt Polens zur Europäischen Union vor allem riesige Ausgaben.

Zudem fehlt in Deutschland eine ernsthafte Debatte zum Thema EU-Erweiterung. Der

Bundesregierung wird bisweilen sogar vorgeworfen, eine Diplomatie im Stile des 19. Jahrhunderts zu betreiben und keine Rücksicht auf die öffentliche Meinung zu nehmen. Diese Stimmung bildet bei den Bundestagswahlen zweifellos ein kostbares politisches Kapital. "Hinsichtlich der mit der EU-Erweiterung verbundenen Befürchtungen und Vorteile herrscht in Deutschland also ein doppelter Mechanismus. Einerseits werden die Ängste generalisiert und zu einer öffentlichen Tatsache, die sich nur schwer überprüfen lässt, andererseits können die Vorteile nur selten von den Menschen individuell und auf ihre Situation bezogen werden"¹².

Die Aufnahme Polens in die EU bedeutet konkret die Fortsetzung des europäischen Einigungsprozesses, gleichsam den Fall einer zweiten Berliner Mauer. Diese Analogie zwischen der Vereinigung Deutschlands und der Erweiterungspolitik der Europäischen Union steckt tief im Bewusstsein der Deutschen. Die Vereinigung ist „als ein Prozess der einseitigen und sehr teuren Modernisierung im Gedächtnis haften geblieben, und so wird auch der Charakter der EU-Erweiterung heute von vielen in Deutschland betrachtet. Diese Perspektive geht vom Transfer riesiger Finanzmittel für die neuen Mitgliedsländer sowie von deren totaler Passivität aus"¹³. Das Verhältnis der Deutschen zu Polen ist demnach Ergebnis einer Massenangst. Damit verbunden ist auch ihre Beziehung zur Brüsseler Bürokratie, die – gelinde ausgedrückt – nicht besonders positiv ist.

Nicht ohne Bedeutung für diese Resultate sind stereotype Vorstellungen. Aktuelle Ereignisse lassen den eisernen Fundus an Vorurteilen immer wieder hervortreten: die Angst vor dem Ausverkauf polnischer Erde durch die Deutschen, die Angst vor Autodiebstählen in Polen, die Problematik der Prostitution, das sehr lange anhaltende Problem der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Die Polen revanchieren sich dafür in erster Linie mit

¹⁰ Ebd., S. 16.

¹¹ Ebd.

¹² Ebd., S. 7.

¹³ Ebd., S. 8.

einem Sarkasmus, der mit dem Begriff des "Drangs nach Osten" verbunden ist. Auf Karikaturen kann man Wehrmachtspanzer und Neusiedler erblicken, die mit ihrem ganzen Hab und Gut – inklusive der Kühe - gen Osten rollen. Die Furcht vor dem "samtenen Revisionismus" ist aber unbegründet. Nur eine unbedeutende Minderheit der Deutschen, nämlich drei Prozent, geben an, in den kommenden Jahren Immobilien oder Land im Ausland erwerben zu wollen. Und die große Mehrheit aus dieser Gruppe, das heißt 89 Prozent, denkt eher an Investitionen in Spanien oder Frankreich¹⁴.

Es stellt sich natürlich die Frage, wie man überhaupt gegen Stereotype ankämpfen kann. Das Lachen scheint ein wirksames Antidotum zu sein. Offensichtlich aber lachen Polen und Deutsche unterschiedlich. Wenn man sich deutsche Karikaturen anschaut, wird deutlich, dass viele davon „wortwörtliche Kommentare“ zu konkreten Ereignissen sind. Dies ist auf die Tradition deutscher Blätter zurückzuführen, denn fast jede größere Tageszeitung veröffentlicht täglich eine Rubrik mit satirischen Bildern sowie eine redaktionelle Glosse zu aktuellen Themen¹⁵. In Polen entwickelt sich diese Tradition erst. Der Zeichner Henryk Sawka bemüht sich zwar, die Kultur der Karikatur und Glosse zu propagieren, aber das ändert nichts an der Tatsache, dass polnische Karikaturisten mit Andrzej Mleczko an der Spitze eher den Paradoxien unserer Gegenwart und den uns umgebenden Unsinnigkeiten nachjagen.

Die Deutschen schauen weiterhin recht ungern nach Polen. Das Land bleibt für viele eine Terra incognita, ein weißer Fleck. In diesem Zusammenhang ist erfreulich, dass die psychologischen Wandlungen zugunsten gutnachbarlicher Beziehungen in Polen schneller verlaufen. In der letzten Dekade ist die Sym-

pathie der Polen für die Deutschen allmählich gewachsen.

Sowohl der Fall der Berliner Mauer als auch die Perspektive einer schnellen Vereinigung Deutschlands riefen Ängste bei den Polen hervor. Diese Tendenzen waren auch in der zuvor erwähnten Spiegel-Umfrage aus dem Jahr 1991 deutlich geworden. Die Polen halten die Deutschen nicht für ein besonders freundliches Volk. Auf der Skala von -5 bis +5 befinden sich die Ostdeutschen unter Null (-0,8), während die Westdeutschen einen Wert von 0,9 erhalten¹⁶. Es ist interessant, dass die Ostdeutschen die Polen positiver beurteilen als die Westdeutschen. In Polen ist dies, wie bereits erwähnt, gerade umgekehrt. Allerdings haben sich die deutschen "Notierungen" von Jahr zu Jahr verbessert.

Dies ist sicherlich auch auf den im Juni 1991 abgeschlossenen deutsch-polnischen Vertrag zurückzuführen. Damals formulierte Krzysztof Skubiszewski zusammen mit Hans-Dietrich Genscher die bis heute tragfähige Formel der "deutsch-polnischen Interessengemeinschaft". Sie bedeutete in der Praxis einen radikalen und entschiedenen Paradigmenwechsel in den wechselseitigen Beziehungen.

Analysiert man die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen, so ist festzustellen, dass die gegenüber Polen betriebene Politik seit 1701, das heißt seit der Krönung des ersten Königs von Preußen, bis in die Ära des so genannten „Dritten Reichs“, immer negativ war. Ihr Ausdruck waren Bündnisse Deutschlands und Russlands auf Kosten Polens. Deswegen kann man den Vertrag vom 17. Juni 1991 über gutnachbarliche Beziehungen und freundschaftliche Zusammenarbeit als eine mutige Vision tapferer Architekten der neuen Ordnung bezeichnen.

Dass sich die Perzeption der Deutschen im Jahr 1998 vorübergehend verschlechterte, hing wesentlich mit dem Regierungswechsel in Deutschland zusammen. Es wurde damals

¹⁴ Krzeminski, Adam, Partnerzy niepelnokaloryczni, Polityka, 21.7.2001, S. 41.

¹⁵ Ders., Wszystkokradzy i najezdzy, Polityka, 26.1.2002, S. 74.

¹⁶ Der Spiegel 34/1991. Spiegel-Umfrage in Polen und Deutschland über die Einstellung der beiden Völker zueinander: Furcht, Neid und Respekt.

behauptet, dass die neue Koalition dazu beitragen könnte, das Tempo der EU-Erweiterung zu verlangsamen. Adam Krzeminski konstatiert: "Da sich die SPD-Politiker zugleich im Namen eines ‚neuen Realismus‘ recht zurückhaltend über die Chancen einer zügigen Osterweiterung der EU äußerten, nahm man das an der Weichsel als ein Zeichen sozialdemokratischer Kühle auf"¹⁷. Man darf jedoch nicht übersehen, dass sowohl Joschka Fischer als auch Gerhard Schröder gleich nach ihrer Amtsübernahme Polen besuchten und den Willen zur Vertiefung der Zusammenarbeit erklärten.

Dennoch bleibt viel zu wünschen übrig. Die 1998 durchgeführten Untersuchungen zeigen, dass die Deutschen nicht zu den beliebtesten Völkern der Polen gehören. Sie platzierten sich nach US-Amerikanern, Franzosen, Italienern, Engländern, Österreichern, Schweden, Ungarn, Tschechen, Japanern, Slowaken und Litauern erst an zwölfter Stelle¹⁸. Sicherlich verschlechterten sich die deutschen "Notierungen" in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre aufgrund der Unruhe um den Bund der Vertriebenen. Klaus Bachmann, ein scharfer Beobachter der deutsch-polnischen Beziehungen, kommentiert dies so: „Es gelang dem Bund der Vertriebenen, in Polen fast so gefürchtet zu werden wie zu Zeiten, als Polens Kommunisten hinter jeder deutschen Eiche einen Revanchisten suchten, um die Opposition zu Hause erschrecken zu können."¹⁹ Mit Hilfe polnischer Medien wurde die BdV-Vorsitzende Erika Steinbach deshalb auch besonders bekannt. Zugleich wurde die für die polnische Gesellschaft so charakteristische Sympathie für Helmut Kohl erschüttert. Sarkastisch wurde zu Kohl angemerkt: "Seit Jahren nimmt er Delegationen der aufeinanderfolgenden polnischen Regierungen in Bonn entgegen wie ein

Tatarenkhan Abordnungen tributpflichtiger Völker."²⁰

Welche Perspektiven besitzt die deutsch-polnische Versöhnung? Vor ein paar Jahren prägte Klaus Bachmann die Formel vom "Versöhnungskitsch". Es scheint, dass die Praxis einige seiner Befürchtungen bestätigt hat. Die gebetsmühenhaft wiederholte Behauptung, dass die bilateralen Beziehungen sehr positiv seien, verbirgt oft die Angst vor der Erörterung anspruchsvollerer Themen oder den Mangel an gründlicheren Kenntnissen. Besonders wichtig erscheint deshalb die Hervorhebung von zwei Problemen. Die Hauptaufgabe des gegenwärtigen Dialogs ist nicht nur die mit dem Schreckbild des Zweiten Weltkriegs verbundene Versöhnungsarbeit, sondern sie besteht auch darin, Stereotype abzubauen. Erstens geht es um eine Aussöhnung, die sich vor allem als eine Aufgabe für diejenigen Generationen versteht, die den Krieg selbst überlebten oder in seinem Schatten aufwuchsen. Zweitens sollten die jüngeren Generationen nicht nur in Kategorien der Versöhnung denken, sondern eher in Kategorien der Überwindung von Antagonismen. Das eine wie das andere ist komplizierter als man vermuten könnte. Die Brücke, die Polen und Deutsche verbinden sollte, darf nicht das Ziel an sich sein. Und wenn schon gebaut wird, so muss man sich dessen bewusst sein, denn beide Seiten müssen diesen Weg als attraktiv empfinden. Sonst werden die Menschen nach anderen Wegen suchen. Dabei sollte man allerdings immer nach einem Kompromiss streben. Gerade diese Tendenz macht sich innerhalb der polnischen wie der deutschen Eliten bemerkbar.

Die von Matthias Ecker-Ehrhardt durchgeführte Studie soll eine Antwort auf die Frage geben, ob die Ansichten der Eliten Polens und Deutschlands in der Tat den Begriff einer Werte- und Interessengemeinschaft widerspie-

¹⁷ Krzeminski, Adam, Weder Rapallo noch Mitteleuropa, Dialog Nr. 3/4 (1998), S. 8.

¹⁸ CBOS-Untersuchung: Einstellung der Polen gegenüber anderen Nationen. In: Niewiadomska-Frieling (2001), S. 193.

¹⁹ Bachmann, Klaus, Das Schlimmste kommt erst noch, Dialog Nr. 2 (1998), S. 10.

²⁰ Ebd.

geln²¹. Diese Umfrage erfasste sowohl einen Kreis von Entscheidungsträgern aus verschiedenen großen Organisationen und Institutionen, als auch Abgeordnete, Minister, Unternehmer, im Medienbereich Tätige sowie Gewerkschaftsfunktionäre. Diese Gruppe repräsentierte also die Eliten des jeweiligen Nachbarlandes und stand für die Meinungen von Menschen, die einen großen Einfluss auf wichtige Entscheidungen haben.

Bei der Aufstellung der Liste der deutschen Befragten war die zuvor durchgeführte Potsdamer Elitenstudie sehr nützlich. Die Auswahl der polnischen Befragten wurde dagegen durch das Meinungsforschungsinstitut „Demoskop“ durchgeführt.

Aus dem umfangreichen Katalog seien hier die Ergebnisse der Befragungen hinsichtlich der NATO-Erweiterung vorgestellt. Die Liste der künftigen potenziellen Beitrittskandidaten ist im Fall der befragten Führungskräfte sehr ähnlich. Die einzige, recht große Asymmetrie ergab sich beim Thema Ukraine. Die Umfragen zeigten deutlich, dass die polnischen Eliten dem potenziellen Nato-Beitritt der Ukraine viel positiver gegenüberstehen als die deutschen Befragten²². Deswegen sollten die polnischen Führungskräfte eine komplexe Strategie erarbeiten, um das Know-how über ihre östlichen Nachbarn in den europäischen Kontext einzubringen. Die Ukraine könnte zusammen mit den Ländern des Weimarer Dreiecks zum vierten Bridge-Spieler werden.

Auch die Antworten auf die Frage nach einem polnischen EU-Beitritt fallen deutlich aus. Wenn es um die Vorteile der EU-Erweiterung geht, so nannten die deutschen Eliten unter anderem das Entstehen neuer Wirtschaftsmärkte (82,3 Prozent), die Sicherheit an der Ostgrenze Deutschlands (61,4 Prozent) sowie den politischen Einfluss der Deutschen in Osteuropa²³. Polnische Kreise hoben dagegen stark hervor, dass der EU-Beitritt die volle

Anerkennung Polens als gleichberechtigten Teil Europas bedeute (92,4 Prozent). Genannt wurde auch die Absicherung vor russischer Einmischung²⁴. Erwähnenswert ist auch, dass nur 40,7 Prozent der polnischen Befragten auf die Unterstützung durch EU-Fonds eingingen²⁵. So wird die These bestätigt, dass sich die polnischen Eliten dessen bewusst sind, dass die EU nicht nur Nutzen sondern auch Verpflichtungen bringt, und dass das ständige Einfordern europäischer Geldmittel eine verfehlte Taktik darstellt.

Die deutschen Führungskräfte (48,8 Prozent) unterstrichen, dass negative Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft Polens im Anstieg der Arbeitslosigkeit in Deutschland zum Ausdruck kommen könnten²⁶. Solche Befürchtungen brauchen schon deshalb nicht zu verwundern, weil Polen nach Deutschland, England, Frankreich, Italien und Spanien zu den bevölkerungsreichsten Staaten Europas zählt. Zudem kennzeichnet sich die polnische Bevölkerung durch eine hohe Zahl von Menschen in erwerbsfähigem Alter (mehr als 50 Prozent). Eine Minderheit der deutschen Befragten hob dagegen auf zu hohe Kosten bei der Aufnahme Polens in die EU ab (28,2 Prozent). Für die polnischen Eliten lag das Kostenproblem mit 29,8 Prozent hingegen auf dem ersten Platz²⁷.

Bei der Frage nach weiteren Beitrittskandidaten ergab die Elitebefragung wie im Fall der NATO-Umfrage große Differenzen bei der Beurteilung der Ukraine²⁸.

In der Förderung der Zusammenarbeit stimmen die Meinungen der Eliten überein und zeichnen sich durch ein sehr hohes Niveau an Kohäsion aus. Die wichtigsten Bereiche, die von beiden Seiten genannt wurden, sind die Sicherheits-, die Einwanderungs- und die Umweltpolitik. Nur bei der gemeinsamen Außenpolitik zeigte sich, dass die Meinungen gespalten sind, da sich nur 68 Prozent der polnischen, hingegen

²¹ Ehrhardt-Ecker, Matthias, Die deutsch-polnischen Beziehungen auf der Elitenebene: Interessen, Werte, Gemeinschaftssinn. In: Eberwein/ Kerski (2001).

²² Ebd., S. 157.

²³ Ebd., S. 159.

²⁴ Ebd.

²⁵ Ebd.

²⁶ Ebd.

²⁷ Ebd.

²⁸ Ebd., S. 160.

90 Prozent der deutschen Führungskräfte dafür aussprachen²⁹.

Die Analyse der Antworten auf die Frage nach der Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen legt einen interessanten Schluss nahe. Unter den deutschen Befragten scheint Optimismus zu herrschen, wobei unterstrichen wird, dass sowohl die kulturellen (91,9 Prozent) als auch die wirtschaftlichen (98,2 Prozent) und politischen (94,2 Prozent) Beziehungen intensiviert werden sollten³⁰. Der Optimismus der polnischen Eliten ist dagegen zurückhaltender: Eine Belebung der Wirtschaft wird von 91,4 Prozent der Befragten erwartet, intensivere politische Beziehungen aber nur von 80 Prozent³¹. Bei der Frage, was Deutsche und Polen bei einer Intensivierung ihrer Beziehungen gewinnen könnten, wurde von den drei möglichen Antworten „nichts“, „etwas“, „viel“ am häufigsten die Antwort "etwas" gewählt. Nur 36 Prozent der polnischen Führungskräfte waren der Meinung, dass die wirtschaftlichen Kontakte "viel" bringen werden. In Deutschland ist dieser Anteil mit 39 Prozent nicht viel höher³².

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass es hinsichtlich der deutsch-polnischen Beziehungen eine wesentliche Dissonanz zwischen der öffentlichen Meinung und der Einstellung der Eliten gibt. Die häufig wiederholte und durchaus populäre Behauptung, dass die EU-Erweiterung ausschließlich eine Privatangelegenheit der Regierungskreise ist, stellt deshalb keine Überraschung dar. Es muss aber betont werden, dass sich die Meinungen der Eliten und der Gesellschaft in Fragen der Sicherheit ähneln. Vielleicht sollte man auch danach fragen, inwiefern die Einstellung der Eliten ein Symptom von "political correctness" ist und inwiefern sie tatsächlich die Ansichten einflussreicher Kreise zum Ausdruck bringt.

Die Zukunft wird zeigen, ob sich die freundlichen Deklarationen der deutschen Führungskräfte nach den Bundestagswahlen abkühlen werden oder nicht. Die Frage nach der Beurteilung der Polen durch die deutsche Gesellschaft und die deutschen Eliten ist in gewissem Sinne die Frage nach der künftigen Gestalt Europas.

Das europäische Haus hat bekanntlich viele Etagen. Im Dachgeschoss debattieren die Technokraten und lassen sich über die Einheit, die Quellen der europäischen Kultur und den Anthropozentrismus aus. In den 15 Stockwerken darunter schlendern Politiker umher und plauschen diskret über Fragen nationaler Identität. Im Erdgeschoss sitzt Polen im Gästezimmer und beschwert sich über das langsame Tempo der Beitrittsverhandlungen. Schließlich befindet sich die Ukraine im Keller und geht manchmal auf den Hof, um sich die Vision von der EU anzusehen und um gleichzeitig zu prüfen, ob vielleicht schon ein freundlicherer Wind aus dem Osten weht.

Die Deutschen könnten im europäischen Haus die Rolle eines guten Gastgebers spielen. Es bleibt die Hoffnung, dass auch die deutsche Gesellschaft mit der Zeit aktiv an der Beseitigung von Hindernissen teilnimmt, indem sie die in Berlin Regierenden dabei unterstützt

²⁹ Ebd., S. 161.

³⁰ Ebd., S. 163.

³¹ Ebd.

³² Ebd. Vgl. hierzu Eberwein, Wolf-Dieter/ Ecker-Ehrhardt, Matthias (Hrsg.), Deutschland und Polen. Eine Werte- und Interessengemeinschaft? Die Eliten-Perspektive. Opladen 2001.

Matthias Dörr

Ein Fazit der Ära Havel 1989-2003. Oder: Dichterpräsident traf Parteienpolitik

„Für das internationale Image Tschechiens ist der Führer der ‚samtenen Revolution‘ und einer der letzten Ex-Dissidenten, die in Ostmitteleuropa noch vorderste politische Ämter halten, unersetzlich“¹, konstatierte der Journalist Petr Brod im Jahr 1999. 13 Jahre nach den revolutionären Veränderungen in Mittel- und Osteuropa war Havel Anfang 2003 der letzte Präsident der ersten postkommunistischen Generation, der als „Überlebender“² ins Amt kam. Am 2. Februar 2003 endete nun die Präsidentschaft Havels, dessen erneute Wiederwahl nach der Verfassung nicht mehr möglich war. Nun muss sich zeigen, ob Havel für Tschechien wirklich unersetzbar ist.

In diesem Beitrag soll ein Fazit der „Ära Havel“ 1989 bis 2003 gezogen werden. Hierzu werden die Biografie Václav Havels herangezogen, ein Blick auf den verfassungsrechtlichen Rahmen des Präsidentenamtes geworfen, eine Einbettung des Präsidentenamtes in die politische Kultur der Tschechoslowakei/Tschechischen Republik vorgenommen und Havels Wirken als Präsident im politischen Geschehen dargestellt.

Vom Dissidenten zum Präsidenten

Die revolutionären Umbrüche in der Tschechoslowakei begannen im Verhältnis zu

den anderen Staaten Mittel- und Osteuropas erst spät, vollzogen sich allerdings sehr rasch. Nachdem am 17. November 1989 eine Demonstration von Studenten noch blutig niedergeschlagen worden war, überschlugen sich in den nächsten Wochen die Ereignisse. Am 10. Dezember 1989 trat auf Druck des Oppositionsbündnisses Občanské fórum Gustáv Husák vom Präsidentenamt zurück und machte somit den Weg frei für Václav Havel, der am 29. Dezember 1989 noch durch die alte Bundesversammlung zum tschechoslowakischen Präsidenten gewählt wurde.³

Václav Havel wurde am 5. Oktober 1936 als Sohn einer zur großbürgerlichen Elite der Ersten Tschechoslowakischen Republik (1918-1938) gehörenden Familie geboren.⁴ Aufgrund seiner Herkunft blieb ihm nach der kommunistischen Machtübernahme 1948 ein angestrebtes geisteswissenschaftliches Studium verwehrt. In den 1950er Jahren begann seine literarische Tätigkeit, durch die er Kontakt zu oppositionellen Kreisen bekam. Während er zunächst als Kulissenschieber, dann als Dramaturg in einem Prager Theater arbeitete, verfasste er Theaterstücke, die ihn auch im Ausland bekannt machten. Als einer der ersten Sprecher der Charta 77 trat er als Dissident verstärkt in Erscheinung, weshalb er Bespitzelung, Verhöre und mehrmals Haft ertragen musste. Beruflich verdiente er sich in dieser Zeit als Hilfsarbeiter sein Geld. Zusammen mit dem Führer des Prager Frühlings Alexander Dubček wurde Havel zum Wortführer und zur Symbolfigur der Samtenen Revolution 1989 und konnte sich vom „elitären Dissidenten zum Volkstribun“ entwickeln. Von Seiten der

¹ Brod, Petr: Die Mauer im Reich des Märchenkönigs. Weil die Tschechen den Moralisten Havel zum Präsidenten haben, fällt Unmoral besonders auf. In: SZ, 25.11.1999, S. 4.

² Pradetto und Weckmüller unterteilen die postkommunistischen Präsidenten in die Gruppe der Überlebenden (Oppositionelle und Dissidenten), Reformer, Konvertiten („gewendete Kommunisten“) und Fachleute. Dabei zeigen sie in ihrem Beitrag einen Zusammenhang zwischen den unterschiedlichen Präsidententypen und jeweils unterschiedlichen Regionen auf. Vgl. Pradetto, August/Weckmüller, Carola: Die neue Präsidentengeneration im Postkommunismus. In: Luchterhandt, Otto (Hg.): Neue Regierungssysteme in Osteuropa und der GUS. Berlin 2002, S. 205-253.

³ Vgl. Horský, Vladimír: Die sanfte Revolution in der Tschechoslowakei 1989. In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 14 (1990).

⁴ Eine Kurzbiografie findet sich u.a. bei Ramadan, Ortwin: Václav Havel. München 1991, S. 85-106. Ausführlicher: Keane, John: Václav Havel. Biographie eines tragischen Helden. München 2000.

tschechischen Bevölkerung wurde ihm besonders hoch angerechnet, dass er das Exillieben als Option ausschloss und trotz gravierender Nachteile als Dissident gegen das kommunistische Regime kämpfte.

Moral als Fundament der Politik

In seinem Handeln als Präsident wurde Havel von seinem persönlichen Politikverständnis geleitet. Dieses versteht eine Bürgergesellschaft als wichtiges Bindeglied zwischen Politik und Gesellschaft. Aus dieser zivilgesellschaftlichen Vorstellung heraus ergibt sich bei Havel eine kritische Haltung gegenüber den Parteien, vor deren



„unangemessen großem Machteinfluss“⁵ er mehrmals warnte. In vielen seiner Reden prangerte er das Fehlen von Moral in der Politik an, da er der Meinung ist, dass Moral und Politik nicht zu trennen seien und Politik ohne Moral und Gewissen eine schlechte Politik sei. Als Vertreter eines anderen Konzeptes von Gesellschaft und Politik entwickelte sich Václav Klaus zu einem innenpolitischen Kontrahenten Havels. Havels Parteienskepsis, sein moralischer Anspruch an politisches Handeln und sein Plädoyer für die Bürgergesellschaft ziehen sich wie ein roter Faden durch die Reden des Präsidenten.⁶

⁵ Havel, Václav: Sommermeditationen. Berlin 1992, S. 50.

⁶ Hierzu ist besonders lesenswert: Havels Rede zur Verleihung des Internationalen Katalanischen Preises im Mai 1995: Über Moral und Politik. In:

Die Institution des Präsidenten, die Havel mit seinem Ansehen und seiner Autorität ausfüllte, welche sich zum großen Teil aus seiner Biografie und seinem Grad an Intellektualität speiste, lässt sich heute nicht mehr von der Person Havel trennen. Aber auch einige Amtsvorgänger von Havel prägten das Amt durch ihre Persönlichkeit, so dass sich Havel 1989 mit hohen Erwartungen konfrontiert sah.

Politische Kultur und Präsidentenamt

Betrachtet man die historische Vorprägung des Präsidentenamtes, so stechen besonders zwei Tatsachen hervor, die für die heutige politische Kultur, verstanden als objektiv-geistigen

Strukturzusammenhang im Sinne Karl Rohes⁷, von Bedeutung sind. Einerseits entstand um das Präsidentenamt der Mythos des Befreierpräsidenten. Dieser bezog sich zunächst auf Tomáš G. Masaryk, der als erster Präsident der Tschechoslowakei von 1918 bis 1935 wegen seiner Verdienste um die Entstehung des tschechoslowakischen Staates als „prezident-osvobitel“

[Befreierpräsident] wie ein Monarch verehrt wurde.⁸ Dieser Befreiermythos wurde später auch auf den Präsidenten Edvard Beneš, der die Bevölkerung 1945 von den deutschen Besatzern, und auf Havel, der 1989 die Tschechen von den Kommunisten befreite, übertragen. Andererseits ist bei der Betrachtung des Präsidentenamtes in den böhmischen Ländern im 20. Jahrhundert auffällig, dass dies

Havel, Václav: Moral in Zeiten der Globalisierung. Reinbek bei Hamburg 1998, S. 161-170. – Havel, Václav: Sommermeditationen. Berlin 1992.

⁷ Rohes Konzept von politischer Kultur ist dargestellt in Rohe, Karl: Politische Kultur. Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts. In: Beyme, Klaus/Niedermayer, Oskar (Hg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland. Berlin 1994, S. 1-21.

⁸ Vgl. Seibt, Ferdinand: Deutschland und die Tschechen. München 1993, S. 296.

trotz gravierender Einschnitte, wie der deutschen Besatzung von 1939 bis 1945 und der kommunistischen Machtübernahme 1948, zumindest nominell immer Bestand hatte. Diese beiden Aspekte sind für die heutigen grundlegenden Ordnungsvorstellungen der Mitglieder der tschechischen Gesellschaft in Bezug auf das Präsidentenamt prägend.

Untersucht man die aktuellen Einstellungen der Bevölkerung gegenüber dem Amt des Präsidenten und seinem Amtsinhaber so ist auffällig, dass dem Präsidenten unter den zentralen Verfassungsinstitutionen über den gesamten Zeitraum seit 1993 das höchste Vertrauen entgegengebracht wird. Dieses sank zwar von 82 % im Dezember 1994 auf 58 % im Dezember 2002, dennoch konnte der Präsident immer das Vertrauen einer Mehrheit der Bevölkerung genießen.

Regierung und der politischen Parteien äußern sollte.

Für die politische Kultur lassen sich zwei zentrale Punkte im Hinblick auf das Präsidentenamt hervorheben. Erstens: Das Präsidentenamt sowie sein Amtsinhaber Havel genießen sowohl als Institution als auch als Person ein hohes Vertrauen. Zweitens: Dem Präsidenten wird die Rolle des überparteilichen Kommentators zugeschrieben.

Diese Einstellung der tschechischen Öffentlichkeit bestand auch mit Blick auf den neuen Amtsinhaber. Demnach erwartete die Bevölkerung, dass der künftige Staatpräsident repräsentativ, kultiviert und gebildet sein soll und gleichzeitig einen entsprechenden Abstand von den Problemen der Alltagspolitik haben und auch mit keiner politischen Partei verbunden sein sollte.¹⁰ An diesem Präsidentenprofil zeigt

„Vertrauen Sie folgenden Institutionen?“⁹

(Anteil der Antworten sicher ja + eher ja in Prozent)

Institution	94/12	97/04	97/12	98/03	98/12	99/04	99/11	00/02	00/10	01/02	01/09	12/02
Präsident	82	76	70	58	58	58	56	52	60	57	58	58
Abgeordnetenhs.	45	40	25	34	49	34	30	27	41	33	40	36
Regierung*	65	37	21	49	51	35	21	24	39	37	35	51
Scnat			21		20	16	19	18	23	25	27	22

Quelle: STEM, Trendy 1994-2001, *-94/12, 97/12, 98/03, 98/12 Regierung

Betrachtet man die Erwartungen der Bevölkerung an den Präsidenten, so sticht hervor, dass man sich einen überparteilichen Präsidenten wünscht. Diese Ansicht vertrat bei einer Untersuchung⁹ im November 2002 mit 92 % der Befragten eine überwältigende Mehrheit. Weiter meinten 73 %, dass sich Havel kritisch gegenüber den Aktivitäten der

sich, wie stark die Vorstellungen vom Präsidentenamt durch seine historische Vorprägung und den ersten Amtsinhaber nach der Revolution geprägt wurden.

Tschechoslowakisches Vorspiel

Bis zum staatlichen Ende der Tschechoslowakei zum 1. Januar 1993 wurde in einem Verfassungsprovisorium regiert, das durch eine lange Reihe mosaikartiger Änderungen der kommunistischen Verfassung entstand.¹¹ Die verfassungsrechtliche Unsicherheit in dieser

⁹ Pressemitteilung des Zentrums für empirische Forschungen (STEM): *Vetšina lidí soudí, že prezident by se měl kriticky vyjadřovat k činnosti vlády a stran* [Die Mehrheit der Leute urteilt, dass der Präsident sich kritisch zu den Aktivitäten der Regierung und der Parteien äußern soll]. Informationen aus der Forschung des Trends 11/2001, STEM.

¹⁰ Vgl. Konkrete Vorstellungen über den neuen Präsidenten. In: *Nachrichten Radio Prag*, 27.12.2002.

¹¹ Vgl. Slapnicka, Helmut: *Das tschechoslowakische Verfassungsprovisorium*. In: *Osteuropa Recht* 37 (1991), Heft 4, S. 257-285.

Phase erlaubte es Havel, kraft seiner Autorität direkt in die Arbeit der Regierung einzugreifen. Auf der Prager Burg, dem Amtssitz der Präsidenten, hatte sich hierfür ein enger Kreis von Vertrauten und Beratern um Havel gebildet.¹² Nach den Neuwahlen zur Bundesversammlung erfolgte am 5. Juli 1990 die Wiederwahl Havels, dessen Amtszeit durch ein Verfassungsgesetz auf 24 Monate festgelegt war.¹³

Das Auseinanderbrechen des tschechoslowakischen Staates stellte für Havel eine empfindliche Niederlage dar, die seine politische Stellung in der neuen politischen Landschaft der Tschechischen Republik untergraben sollte. Im Sommer 1992 musste er einsehen, dass sein Versuch, den föderativen Staat von Tschechen und Slowaken gegen die mächtigen Befürworter einer Auflösung zusammenzuhalten, gescheitert war. Gegen Klaus und Meciar konnte er sich nicht durchsetzen, und es misslang ihm, die Bevölkerung in einem Referendum über das Ende der CSFR entscheiden zu lassen. Als Konsequenz aus dieser Entwicklung trat Havel vom Amt des Präsidenten der Tschechoslowakei am 20. Juli 1992 resigniert zurück. Das Präsidentenamt blieb vakant, nachdem die Wahl eines neuen föderativen Präsidenten gescheitert war und Havel sich zurückgezogen hatte.¹⁴

Neue Bedingungen: Die Verfassung von 1992

Welche Kompetenzen besitzt der tschechische Präsident nach der Verfassung und wie hat Havel von diesen während seiner Amtszeit Gebrauch gemacht? Mit Jahresbeginn 1993 entstand die Tschechische Republik als souveräner Staat. Bereits am 16. Dezember 1992 hatte der Tschechische Nationalrat die

Verfassung des neuen Staates verabschiedet.¹⁵ Der Verfassung nach lässt sich das Regierungssystem eindeutig den parlamentarischen Systemen zuordnen. Sie beschränkte und formalisierte den Wirkungskreis des Präsidenten im Vergleich zu der verfassungsrechtlichen Situation bis 1993. Insgesamt kommen dem Präsidenten vor allem repräsentative und zeremonielle Funktionen zu.

Die Wahl des Präsidenten erfolgt auf einer gemeinsamen Sitzung beider Kammern des Parlaments, wobei bis zu drei Wahlgänge mit unterschiedlichen Mehrheitshürden möglich sind (Art. 58). Die Amtsperiode beträgt fünf Jahre (Art. 55). Zum Präsident gewählt werden kann jeder tschechische Staatsbürger, der das vierzigste Lebensjahr vollendet hat, wobei nur eine einmalige Wiederwahl zulässig ist (Art. 55, 57). Die Wahl Havels zum ersten Präsidenten der Tschechischen Republik erfolgte am 26. Januar 1993 mit deutlicher Mehrheit bereits in der ersten Runde, da neben ihm nur von den Kommunisten und den rechtsextremen Republikanern Kandidaten nominiert wurden. Diese Wahl erfolgte lediglich durch das Abgeordnetenhaus, da sich die zweite Kammer des Parlaments, der Senat, zu diesem Zeitpunkt noch nicht konstituiert hatte.

Im ersten Amtsjahr 1993 zeigte sich zunächst, dass Havel, der sich mit einer bereits profilierten Parteienlandschaft und einer klaren politischen Krätekombi-
 position zugunsten der bürgerlich-konservativen Parteien mit Václav Klaus als Ministerpräsident konfrontiert sah, nach einer optimalen Wirkungsmöglichkeit für seine Person suchte, wobei er sich in Kompetenzstreitigkeiten verwickelte. Offen ausgetragen wurde dieser Konflikt beispielsweise mit Außenminister Josef Zieleniec. Dieser betrachtete Äußerungen Havels, in denen er sich für eine Militärintervention in Bosnien und für Luftangriffe gegen serbische

¹² Vgl. Schwarz, Karl-Peter: Tschechen und Slowaken. Der lange Weg zur friedlichen Trennung. Wien 1993, S. 211.

¹³ Vgl. Slapnicka, S. 260 f.

¹⁴ Vgl. hierzu: Brokl, Lubomír/Mansfeldová, Zdenka: Die letzten Wahlen in der CSFR 1992 und die Lage danach. In: Berichte des BIOST 1993, Heft 2.

¹⁵ Eine deutsche Übersetzung der Verfassung ist erschienen in: Collegium Carolinum: Berichte zu Staat und Gesellschaft in der Tschechischen und Slowakischen Republik. Jahrgang 1993 Heft 1, S. 27-48. Zu finden auch im Internet: www.collegium-carolinum.de.

Stellungen aussprach, als einen Eingriff in seine eigenen Kompetenzen. Im zweiten Halbjahr 1993 trat Havel häufiger und selbstbewusster auf, was nach Brokl und



Mansfeldová darauf zurückzuführen war, dass er seine Position im politischen Kräftespiel der Tschechischen Republik gefunden hatte. Auf die Direktheit seiner Urteile verzichtete er nicht, allerdings ging er damit bedachter um, als dies in seiner früheren Amtsperiode der Fall war.¹⁶

Von sich aus gestalterisch tätig werden kann der Präsident bei der Regierungsbildung. Dieser ernennt nach Art. 68 den Vorsitzenden der Regierung, der sich innerhalb von dreißig Tagen einer Vertrauensabstimmung im Abgeordnetenhaus stellen muss. Wird diesem das Vertrauen nicht ausgesprochen, so kann der Präsident erneut eine Person seiner Wahl ernennen. Scheitert dieser allerdings erneut, ist er verpflichtet, dem Vorschlag des Vorsitzenden des Abgeordnetenhauses zu folgen. Diese Ernennungskompetenz gibt dem Präsidenten eine relativ starke Stellung, wobei er sich, um erfolgreich zu sein, am Wahlergebnis orientieren muss.

Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Juni 1996 brachten der bisherigen Regierungskoalition aus ODS, KDU-CSL und ODA keine

Mehrheit. Havel übernahm in dieser schwierigen Regierungsbildung selbstbewusst die Rolle des Maklers zwischen den Parteien auf Basis seiner Interpretation der Regierungsbildung. Durch bedächtiges Vorgehen und massiven Druck konnte er die Sozialdemokraten zu einer Tolerierung der Mitte-Rechts-Regierung von Klaus bewegen, der widerwillig den Sozialdemokraten als stillem Vierten hinter dem Kabinetttisch Zugeständnisse machen musste.¹⁷ Durch die erfolgreiche Vermittlung bei der Regierungsbildung ist

Havel „in den Ring zurückgekehrt“¹⁸ und konnte auf Kosten von Klaus und dessen bürgerlicher Partei ODS seine Position stärken. Auch in den folgenden Jahren brachte er sich als überparteilicher Moderator ein und vermittelte mehrmals zwischen der Koalition der Minderheitsregierung und den oppositionellen Sozialdemokraten. Diese Phase stellte einen innenpolitischen Höhepunkt seiner Amtszeit dar.

Krisenmanagement 1997/1998

Ende des Jahres 1997 kam es in Tschechien zu einer schweren Regierungskrise. In einer Phase wirtschaftlicher Schwierigkeiten wurde durch Presseberichte bekannt, dass die ODS über ein geheimes Auslandskonto verfügte. Aus Protest gegen den Führungsstil von Klaus traten hohe Funktionsträger und Politiker aus der ODS aus. Havel forderte daraufhin die Regierung zum Rücktritt auf. Der Rückzug der Minister der

¹⁶ Vgl. Brokl, Lubomír/Mansfeldová, Zdenka: Bilanz der tschechischen Innenpolitik im Jahre 1993. In: Berichte des BIOST 1995, Heft 2.

¹⁷ Beispielsweise musste Klaus den Koalitionspartnern und den Sozialdemokraten bei der Regionalisierung und der Einrichtung des Amtes eines Ombudsmannes entgegenkommen. Beide Themen waren auch persönliche Anliegen Havels. Vgl. SZ, 5.6.1996, 13.7.1996 und 25.7.1996.

¹⁸ Kohler, Berthold: In den Ring zurückgekehrt. In: FAZ, 5.10.1996.

Koalitionsparteien KDU-CSL und ODA bedeutete das Ende der Regierung Klaus. Nach der Verfassung lag die Initiative bei der Suche nach einem neuen Regierungschef beim Präsidenten. In dieser schwierigen Situation nutzte Havel seine moralische Autorität, um eine kritische Bestandsaufnahme der Situation der tschechischen Gesellschaft, der ökonomischen Transformation und der politischen Kultur darzulegen. Dies geschah in einer vielbeachteten und in Tschechien umstrittenen Rede am 9. Dezember 1996 vor beiden Kammern des Parlaments im Prager Rudolfinum.¹⁹ In dieser griff er die Überheblichkeit der politischen Klasse an, kritisierte in unübersehbarer Anspielung auf die ODS das „politische Joch der Parteien“ und sprach sich gegen die Vernachlässigung des gesellschaftlichen und kulturellen Sektors aus, der sich nicht aus wirtschaftlichen Indikatoren ablesen lasse. Diese Rede konnte, auch wenn keine Namen genannt wurden, als Generalabrechnung mit dem zu dieser Zeit noch amtierenden Ministerpräsident Klaus und seiner neoliberalen Politik verstanden werden. Dieser setzte sich im Anschluss an die Rede zur Wehr und warf Havel vor, eine konfrontative Rede gehalten zu haben, die die politische Lage weiter verschärfe.²⁰

Nachdem der Vorsitzende der Christdemokraten Josef Lux, den Havel mit der Regierungsbildung beauftragt hatte, bereits in der Sondierungsphase auf Ablehnung stieß, ernannte der Präsident den parteilosen Notenbankchef Josef Tošovský zum Premier mit dem Auftrag, eine Übergangsregierung zu bilden, die die Zustimmung des Abgeordnetenhauses erwarten könne. Havel nutzte in dieser Situation in Verhandlungen mit den Parteien seine politische Autorität und seine geteilte Kompetenz der Ausschreibung von Wahlen,

indem er in Absprache mit dem Ministerpräsidenten einem Kompromiss der Parteien folgte und den Termin für die Neuwahlen des Abgeordnetenhauses für den Juni 1998 festlegte. Dieses Agieren Havels sicherte der Übergangsregierung unter Tošovský einen Erfolg in der Vertrauensabstimmung und sorgte somit für eine Stabilisierung der politischen Situation.

Die Amtszeit der Interimsregierung Tošovský, die in einem deutschen Pressekommentar als „Expertenregierung unter verdeckter Leitung des Präsidenten“²¹ bezeichnet wurde, war für Havel ein vorübergehender Aufstieg in das Zentrum des politischen Geschehens.

Abrechnung und Machtlosigkeit

Die Wiederwahl Havels zum Präsidenten im Januar 1998 stand durch seine nicht unbedeutende Rolle beim Sturz der Regierung Klaus und durch seine Rede im Rudolfinum unter ungünstigen Vorzeichen. Im ersten Wahlgang verpasste Havel durch Enthaltungen einer hohen Anzahl von Abgeordneten und Senatoren die erforderliche Mehrheit, obwohl nur die Kommunisten und die Republikaner je einen Gegenkandidaten nominiert hatten. Selbst im zweiten Wahlgang, in dem Havel der einzige Kandidat war, erzielte er nur knapp die ausreichende Zahl der Stimmen. Kommentatoren bezeichneten das Ergebnis als „ein Abbild der zerfahrenen inneren Situation in Tschechien und der Rachsucht einzelner Politiker“²².

Die vorgezogenen Parlamentswahlen 1998 und die sich daran anschließende Regierungsbildung stellen den Beginn einer neuen Phase der Präsidentschaft Havels dar, in der er für seine Politik weniger Kooperationsbereitschaft von den Parlamentsparteien erfuhr. Die Sozialdemokraten gingen als Sieger aus den Wahlen hervor, wobei sie allerdings für die Regierungsbildung auf Koalitionspartner angewiesen

¹⁹ Der Wortlaut der Rede: Havel, Václav: Address by President of the Czech Republic before the Members of Parliament, 9.12.1997. In: www.hrad.cz/president/Havel/speeches/1997/0912_uk.html. 9.11.2001.

²⁰ Vgl. FAZ, 10.12.1997, SZ, 11.12.1997, NZZ, 12.12.1997.

²¹ SZ 16.4.1998, S. 16.

²² Vgl. u.a. Knappe Wiederwahl Präsident Havels in Tschechien. Parteiinteressen vor politischer Weitsicht. In: NZZ 21.1.1998, S. 1.

waren. Havel, der bereits im Wahlkampf erkennen ließ, dass er eine Rückkehr von Klaus auf den Sessel des Premiers nur ungern sehen würde, beauftragte den Vorsitzenden der CSSD Miloš Zeman mit der Regierungsbildung. Obwohl sich der Präsident aktiv an der Sondierungsphase beteiligte und mit Vertretern der KDU-CSL und der Freiheitsunion, einer Abspaltung der ODS, Gespräche führte, scheiterte die erste Runde. Zur Überraschung aller kam es zu einer Annäherung zwischen der ODS, die gegenüber den Sozialdemokraten einen konfrontativen Wahlkampf geführt hatten, und der CSSD, die in einem Tolerierungspakt zwischen Zeman und Klaus, dem so genannten Oppositionsvertrag, Niederschlag fand. Trotz Skepsis und verfassungsrechtlicher Bedenken ernannte Havel Zeman zum Ministerpräsidenten. Havel konnte durch die Zusammenarbeit der beiden großen Parteien bei der Regierungsbildung nur anfangs eine aktive und gestalterische politische Rolle spielen. Mit dem Einlenken von Klaus und der Einigung auf den Oppositionsvertrag zeigte sich, wie eingeschränkt die Rolle des Präsidenten bei der Regierungsbildung letztlich ist, wenn er als Vermittler nicht erwünscht ist. Nach Einschätzung von politischen Kommentatoren wurde dieser Vertrag auch geschlossen, „um Präsident Havel daran zu hindern, die beiden Parteichefs aus dem Machtspiel auszuschließen“²³. Im Rahmen des Oppositionsvertrages einigten sich zudem die beiden stärksten Parlamentsparteien auf eine Beschneidung der Kompetenzen des Präsidenten. Dieses Vorhaben wurde in einer gemeinsamen Kommission der CSSD und der ODS, die im September 1999 ihre Ergebnisse präsentierte, konkretisiert. Demnach sollte der Präsident bei der Ernennung der Regierung, bei der Berufung des Zentralbankrates und der Begnadigung von Straftätern durch Verfassungsänderungen weniger Handlungsspielraum

erhalten.²⁴ Nach einem langwierigen parlamentarischen Verfahren mit mehreren Lesungen im Abgeordnetenhaus und im Senat verfehlten die Änderungsanträge im März 2001 die für die Verabschiedung notwendige Dreifünftelmehrheit im Senat endgültig. Dort verfügten die Parteien des Oppositionsvertrages seit einer Nachwahl 1999 und nach zwei Fraktionsaustritten nicht mehr über die Verfassungsmehrheit.

Die Regierungsbildung nach den Wahlen zum Abgeordnetenhaus 2002 gestaltete sich vergleichsweise unkompliziert. Havel favorisierte ein Mitte-Links-Bündnis aus CSSD und der Koalice aus Christdemokraten und Freiheitsunion. Havel beauftragte den Spitzenkandidaten der CSSD Vladimír Špidla, dem nach langwierigen Verhandlungen das Schmieden der Regierungskoalition gelang.²⁵ Havel trat dabei nicht so stark und aktiv wie in den bereits beschriebenen Fällen in Erscheinung.

Weitere Kompetenzen

Der Schwerpunkt bei der Betrachtung der Rolle des Präsidenten Havel lag bisher auf seinem Beitrag zur Regierungsbildung. Nun sollen weitere Kompetenzen des tschechischen Präsidenten Beachtung finden, wobei deren Anwendung durch Havel kurz beleuchtet wird. In den Gesetzgebungsprozess kann der Präsident nur durch ein suspensives Veto eingreifen, das allerdings vom Abgeordnetenhaus durch die Mehrheit aller Abgeordneten überstimmt werden kann (Art. 50, 1 u. 2.). Explizit ausgenommen vom Vetorecht sind Verfassungsgesetze. Das Veto des Präsidenten ist schwach und scheint daher kaum mehr zu sein als eine öffentliche Bekanntgabe der Unzufriedenheit mit einem Gesetzesbeschluss des Abgeordnetenhauses. Als weitaus erfolgreicher

²³ Žák, Václav: Manch einem wird das Lachen noch vergehen. In: Prager Zeitung, 30.11.2000, S. 2.

²⁴ Vgl. Pehe, Jiri: Bald nur noch eine Marionette. Poker um die Kompetenzen des Präsidenten. In: Prager Zeitung, 9.9.1999, S. 2.

²⁵ Vgl. FAZ, 17.6.2002, 19.6.2002 und 10.7.2002 sowie Walter, Michael: Hoffnung auf Lärmreduzierung: die Parlamentswahlen in Tschechien 2002, in: aktuelle ostinformationen 3-4 2002, S. 13-24.

zur Verhinderung von Gesetzesvorhaben hat sich das Recht, das Verfassungsgericht anzurufen, erwiesen. Als Beispiel hierfür kann die Novelle des Wahlgesetzes von 2000, die Änderungen zugunsten der großen Parteien vorsah, dienen. Nachdem ein Veto des Präsidenten vom Abgeordnetenhaus überstimmt wurde, reichte er beim Verfassungsgericht eine Klage ein. Havel erhielt in allen wesentlichen Punkten Recht.²⁶

Weitere politische Kompetenzen, wie beispielsweise die Auflösung des Abgeordnetenhauses (Art. 35, 1), sind an festgeschriebene Bedingungen geknüpft, die dem Präsidenten kaum Handlungsspielräume geben.

Zu den zeremoniellen Befugnissen zählen die Einflussmöglichkeiten auf die Rechtsprechung. Diese kann mit Gegenzeichnung der Regierung Amnestien verkünden (Art. 63, 1j), was Havel zu Beginn seiner zwei Amtszeiten 1993 und 1998 auch tat. Eigenmächtig kann er nach Art. 62g vom Gericht verhängte Strafen erlassen oder mildern, die Nichtaufnahme von Strafverfahren, oder falls ein Strafverfahren bereits aufgenommen wurde, dessen Einstellung anordnen und Schuldsprüche aufheben. Von diesem Recht machte er bis Ende des Jahres 2001 in 1266 Fällen Gebrauch. Während eine Vielzahl dieser individuellen Begnadigungen nur wenig Beachtung fand, führten Einzelfälle zu kontroversen Diskussionen. So gelang es dem Präsidenten durch diese Kompetenz politische Signale zu setzen²⁷, auf Missstände im Rechtssystem aufmerksam zu machen²⁸ und

²⁶ Vgl. Lidové noviny 18.6.2000, 11.7.2000, 15.7.2000 und 25.1.2001.

²⁷ Dies war zum Beispiel bei der Begnadigung zweier Roma der Fall, die im Mai 1998 auf einer Wahlkampfveranstaltung den Vorsitzenden der rechtsextremen Republikaner Sládek tätlich angriffen, nachdem dieser gegen die Roma-Minderheit Stimmung gemacht hatte. (Vgl. SZ, 13.5.1998 und NZZ, 13.5.1998).

²⁸ Im Zusammenhang mit der Aufdeckung der „Olovo-Affäre“ wurden zwei Journalisten angeklagt, da sie die Quelle ihrer Informationen nicht preisgeben wollten. In diesem Fall setzte Havel ein Zeichen für die Pressefreiheit und wies darauf hin, dass in Tschechien entgegen der Europäischen Menschenrechtskonvention das Strafrecht über dem

so bestimmte Themen auf die Tagesordnung der politischen Diskussion zu setzen. Die Grenzen für so genannte prozedurale Kompetenzen, u.a. die Unterzeichnung von Gesetzen, die Ausschreibung von Wahlen, die Entgegennahme von Amtseiden, sind verfassungsrechtlich eng gesteckt, so dass sich daraus kaum politische Handlungsspielräume ergeben. Zudem verleiht der Präsident nach Art. 63, 1h staatliche Auszeichnungen.

Neben seinem Einfluss auf die Regierungsbildung stehen dem Präsidenten weitere Ernennungskompetenzen zu. So ernennt er mit Zustimmung des Senats die Verfassungsrichter (Art. 62e u. Art. 84, 2) und mit Gegenzeichnung der Regierung die weiteren Richter (Art. 63, 1i). Heftig umstritten war das eigenständige Recht des Präsidenten, die Mitglieder des siebenköpfigen Bankrates der Tschechischen Nationalbank zu ernennen (Art. 62k). Bei der Ernennung von Zdenek Tuma zum Gouverneur der Zentralbank im November 2000 spitzte sich die unterschiedliche Auffassung von Regierung und Präsident zu. Die Entscheidung lag beim Verfassungsgericht, das die Ernennung Tumas bestätigte und die Einwände Havels gegen eine Novelle des Zentralbankgesetzes unterstützte und für verfassungswidrig erklärte.²⁹

Ein selbstbewusster Akteur

Havel gebrauchte seine Befugnisse sehr selbstbewusst und stieß daher des Öfteren wegen Ernennung von Richtern und Mitgliedern der Zentralbankführung wie auch wegen der Verleihung von Staatsauszeichnungen und Begnadigungen auf heftige Kritik von Regierungsmitgliedern. Daher stehen diese verfassungsrechtlichen Möglichkeiten des tschechischen Staatsoberhauptes auch nach der gescheiterten Initiative der CSSD und der ODS

Presserecht stehe. (Vgl. Lidové noviny, 4.10.2000, SZ, 5.10.2000 und NZZ, 6.10.2000).

²⁹ Vgl. Beushausen, Reiner: Konflikte zwischen Staatspräsident und Parlament. In: Collegium Carolinum (Hg.): Berichte zu Staat und Gesellschaft in der Tschechischen und Slowakischen Republik. 2000, Heft 4, S. 5-6.

zur Zeit des Oppositionsvertrages noch immer zur Diskussion. Dies zeigte sich erneut in einer tschechischen Fernsehdiskussion am Neujahrstag 2003, in der sich sowohl der Vorsitzende der Sozialdemokraten Špidla als auch derjenige der ODS Topolánek für eine Beschränkung bei der Erteilung von Begnadigungen und bei der Ernennung bestimmter Organe aussprachen.³⁰

Ein Fazit

In seiner letzten Neujahrsansprache, in der sich der Präsident traditionell über Rundfunk und Fernsehen an die Bevölkerung wendet, zog Havel eine überwiegend positive Bilanz seiner Amtszeit. Als wichtigste Schritte der Entwicklung des Landes unter seiner Präsidentschaft nannte er den Beitritt zur Nato 1999 und die bevorstehende Erweiterung der EU.³¹ Zur Westbindung seines Landes wollte und konnte Havel einen wichtigen Beitrag leisten. Dieser bestand unter anderem darin, dass er durch

seine Rolle bei den Regierungsbildungen einen wichtigen Beitrag zur politischen Konsolidierung der Tschechischen Republik leistete.

Allerdings zeigte sich spätestens mit dem Abschluss des Oppositionsvertrages 1998, der einen Einschnitt in der Präsidentschaft Havels darstellte, dass der Präsident als politischer Akteur nur erfolgreich sein kann, wenn ihm diese Rolle von den Parteien zugestanden wird. Und so kann man für die gesamte Präsidentschaft Havels etwas wehmütig urteilen, wie es Adam Michnik bereits 1995 tat: „Er [Havel] ist derjenige, der das Wunder vollbracht hat, er ist derjenige, der die Diktatur niederriss und die Freiheit brachte. Dennoch verblasst jenes Charisma unter den Verhältnissen demokratischer Prozeduren. Es folgt kein Wunder mehr, und der betreffende Führer einer antikommunistischen Bewegung verwandelt sich zu einem normalen Menschen mit seinen normalen menschlichen Schwächen.“³²

³⁰ Vgl. Nachrichten Radio Prag, 1.1.2003.

³¹ Vgl. ebda.

³² Adam Michnik in einer Rede vor der Friedrich-Naumann-Stiftung, Berlin 1995.

Roland Scharff

Mir - Historisch-soziales Porträt einer Kleinstadt in Belarus

Das weißrussische Städtchen Mir liegt im Verwaltungsbezirk Grodno an der Strecke von Minsk nach Brest, der Grenzstadt zu Polen, also in südwestlicher Richtung der Landeshauptstadt und etwa 100 Kilometer von ihr entfernt. Hinter dem Neubaugürtel um Minsk breiten sich unmittelbar Felder und Weideflächen von Kolchossiedlungen aus, unterbrochen von bewaldeten Abschnitten. Nach weniger als einer halben Stunde Fahrt, am Abzweig nach Dzeržinsk, überquert die Autobahn den schmalen Fluß Uša. An seinem Ufer liegt einige Kilometer nördlich die Siedlung Navasiolki. Inmitten einer parkähnlichen Anlage zum Fluß hin findet sich dort ein Herrenhaus aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Sein Porticus mit einem dreieckigen Giebelfeld ruht auf vier dorischen Säulen. Nach dem Krieg diente das Gebäude als Waisenhaus, heute ist darin eine Klinik für die umliegende Landbevölkerung untergebracht. Wenige Meter entfernt erstreckt sich ein weiterer Gebäudeteil der Anlage, ohne Dach und dem Verfall preisgegeben. Dies war einstmals Sitz der Kastrawickis und hier verbrachte die Mutter von Guillaume Apollinaire ihre Jugendzeit. Folgt man dem Fluß nach Süden hin, stößt man in Stankava auf den ehemaligen Landsitz der Familie Czapski, die in Minsk ein Stadthaus im gothisch-flämischen Stil, später Sitz des Gentleman's Club, unterhielt. Ihr stattliches Vermögen bezog die Familie aus dem Braugewerbe. Marat Kazej, als 15-jähriger 1944 im Partisanenkampf gefallen und im Minsker Stadtpark mit einem Denkmal in Kämpferpose geehrt, liegt in Stankava begraben.

Mir, das Ziel der Reise, liegt noch etwa 60 Kilometer weiter. Namentlich wird der Ort erstmals 1395 in den Annalen des Deutschritterordens erwähnt, als dieser von Ostpreussen aus unter der Führung des Hochmeisters Konrad von Jungingen in Richtung Nowogródek vorstieß. Auf der Mercatorkarte

von 1600 ist der Ort selbst noch nicht vermerkt, doch die von Nikolaus Chr. Radziwill in Auftrag gegebene Karte des Litauischen Großfürstentums aus dem Jahre 1613 (*Magni Ducatus Lithuaniae, Caeterarumque Regionum Illi Adiacentium Exacta Descriptio*) zeigt Mir zwischen den Flüssen Neman und Uša. Ein Blick auf eine Karte von heute deutet bereits eine Besonderheit des Ortes mit seinen knapp 3000 Einwohnern an: Acht Straßen laufen sternförmig auf ihn zu, deren Anordnung und Vielzahl seine ursprüngliche Rolle als ein regionales Wirtschaftszentrum andeuten. In einem Reiseführer, dem "Malerischen Rußland" (*Živopisnaja Rossija*) aus dem Jahre 1882, ist zu lesen, dass sich die jetzige Ortsbezeichnung von der alten Namensgebung "Myrch" (ausdrücklich kursiv in lateinischen Buchstaben geschrieben) herleite. Leider wird weder dessen Bedeutung näher erläutert, noch werden Vermutungen über dessen Herkunft angestellt. Der Ort sei berühmt (gewesen) für seinen Pferdemarkt, der jeweils zum Namenstag des heiligen Nikolaus am 9. Mai und dem 6. Dezember stattfand. Der Jahrmarkt habe sich bis zu vier Wochen hingezogen. Aus allen Himmelsrichtungen - es werden Ortsnamen aufgezählt - sei man dorthin gefahren, geritten oder gewandert. Heute, so vermerkt bereits eine kurze Chronik aus dem 19. Jahrhundert, seien Markt und Siedlung im Niedergang begriffen. Als sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts das Eisenbahnnetz nach Weißrußland hinein ausbreitete, liefen die Strecken fernab von Herrschaftssitzen und Magnatenresidenzen wie Mir und Njaswisch (polnisch: Nieswiez). Im Abseits verkümmerte deren wirtschaftliche Bedeutung. Doch weist der Zensus von 1897 für Mir immerhin noch 5401 Einwohner aus.

Der Marktflücken ist von der Autobahn aus in Richtung Norden nach zehn Kilometern erreicht. An der Ortseinfahrt führt die Straße

leicht abwärts an einer Berufsschule für Kunst und Handwerk vorbei, strebt auf die Talmulde mit einem kleinen Flüsschen, der Miranka, hin. Kurz davor gabelt sich der Weg. Scharf links führt er auf die wehrhafte Schlossanlage zu, rechts zum Eingangstor des hangwärts gelegenen orthodoxen Friedhofs und geradeaus steigt er über eine kurze Brücke hin wieder leicht in Richtung des eigentlichen Ortskerns an. Dort gruppieren sich um einen baumbestandenen, rechtwinkligen Marktplatz einige aus Stein errichtete Häuser. Bescheiden in den Ausmaßen verfügt keines über mehr als zwei Stockwerke. Schon in den nächstfolgenden Siedlungsreihen schließen sich Holzhäuser mit großen, umzäunten Gartenparzellen an. Auf der westlichen Hälfte des Platzes weiden zur Sommerzeit einige Ziegen zwischen den Bäumen, die östliche Hälfte dient als Parkfläche und Marktplatz. Hier hält einmal am Tag der Linienbus von Minsk nach Nowogródek, dem Ort, in dessen Nähe die Geburtsstätte von Mickiewicz, dem Dichter des polnischen Nationalepos "Pan Tadeusz", liegt. Die beiden langen Enden des Platzes werden von jeweils einer Kirche für die orthodoxe Gemeinde und einer für die katholische, ehemals vorwiegend polnische Gemeinde beherrscht. Bereits am Zustand der Gotteshäuser läßt sich die Verfassung der jeweiligen Kirchengemeinde erahnen. Die orthodoxe Dreieinigkeitskirche ist strahlend in Weiß und Blau herausgeputzt und von einer säuberlich getünchten Mauer umgeben. Ursprünglich im 16. Jahrhundert als Klosterkirche erbaut, wurde sie nach einem Brand im Jahre 1865 im russisch-retrospektiven Stil wieder aufgebaut. Zwischenzeitlich hatte sie auch den Unierten als Gotteshaus gedient. Auf einem großen Gartengrundstück schließt sich an der Ostseite ein stattliches, aus Holz errichtetes und in bunten Farben gefasstes Haus an. Hier wohnt die Familie des Popen. Auf der gegenüberliegenden Seite zeugt der bauliche Zustand der Nikolauskirche von der finanziellen Not der katholischen Glaubensgemeinde. Von der Straßenseite her macht die

Kirchhofmauer noch den Eindruck einer schützenden Umfriedung. Hinter dem Eingangstor breiten sich mehr oder weniger sorgfältig geschichtete Baumaterialien aus, und um das ursprünglich einschiffige Kirchengebäude rankt sich ein hölzernes Baugerüst, das offensichtlich schon längere Zeit kein Handwerker mehr bestiegen hat. Teile der Außenwand liegen unverputzt frei. Die Kernteile des Renaissancebaus mit seinem stattlichen Glockenturm und einer Grablege im Untergeschoss waren von 1599 bis 1605 an der Stelle eines Vorläuferbaus auf Geheiß der Familie Radziwill errichtet worden. Wenige Jahre später folgten dem Gotteshaus nebenan noch zwei weitere feste Gebäude: eine Schule und ein - St. Äskulap gewidmetes - Spital. In der Südost-Ecke des umgebenden Kirchhofs liegt ein schmuckloses Grab. Auf der betonartigen Abdeckung sind die Namen gefallener polnischer Soldaten aus der Zeit von 1919/20 eingraviert, überragt von einem Holzkreuz, das in seiner Schlichtheit nicht an den Jagiellonischen Traum erinnert, für dessen vergebliche Wiederbelebung sie ihr eigenes Leben gelassen hatten. In der kleinen Vorhalle unter dem Glockenturm stapeln sich links und rechts Überbleibsel vom Kirchengestühl und ein Eimer mit Besen. Das Hauptschiff mit zwei Reihen von wenigen Gebetsstühlen ist wohl vor einiger Zeit restauriert worden, doch schon machen sich an der Seite zum Turm hin wieder große Wasserflecken breit. In den beiden schmalen Seitenschiffen ist der Boden zum Teil noch nicht fertig verlegt und der Seitenaltar linkerhand mit grobem Tuch verhängen. Er dürfte in dem nämlichen Zustand sein wie der Hauptaltar in der Apsis, um dessen Bild mit dem Namenspatron alle ehemals schmückenden Beigaben fehlen. Unter der Kanzel sammeln sich tagsüber ältere Frauen in kleinen Grüppchen, um zu beten oder ein Schwätzchen zu halten; alle in ärmlicher Kleidung. Auf dem sonnigen Platz vor der Kirchhofmauer öffnet sich nach Süden über die flache Talmulde hin der Blick auf das wehrhafte

Schloß. Es gehört in den Reigen der großen Festungsanlagen Osteuropas und wurde im November des Jahres 2000 zum Weltkulturerbe erklärt. Ein wenig Weltgeschichte streifte Mir im Jahre 1812, als das napoleonische Heer auf seinem Wege nach Moskau durch weiß-russisches Gebiet zog. Am 27. und 28. Juni schlugen Kosakeneinheiten des russischen Generals Platov bei Mir eine Kavalleriedivision des napoleonischen (polnischen) Generals Roznecki, der mit seiner Nachhut ein Hauptkorps zu decken hatte. Während dieser Auseinandersetzungen beschädigte eine Explosion die Festungsanlage, in die sich polnische Einheiten zurückgezogen hatten. Heute werden Teile des Schlosses restauriert oder in Anlehnung an historische Vorlagen wieder rekonstruiert. Der Ort Mir befand sich vormals im Besitz der Familie Illinic. Jurij Illinic ließ wohl als Reaktion auf die wiederholten Überfälle und Belagerungen durch Verbände der Krim-Tataren zu Beginn des 16. Jahrhunderts den festungsartigen Bau aufführen (1506-1510). 1555 wurden Ort und Umgebung zur Grafschaft erhoben und fielen 1569 auf dem Erbwege an die Radziwills (1568), deren Stammsitz Njaswisch etwa dreißig Kilometer südlicher liegt. Nikolaj-Christoph Radziwill ("Sierotka"; 1549-1616) stattete als Wojewode von Wilna die Siedlung Mir mit einigen Privilegien städtischer Selbstverwaltung aus (1579) und gab den Ausbau des Schlosses mit Wällen und Bastionen im Stile der Renaissance in Auftrag. Das großenteils in Ziegeln aufgeführte Mauerwerk der quadratisch angelegten Festung lässt auf reichliche Lehmvorräte vor Ort schließen. Als Töpfereizentrum war Mir bereits im 15. Jahrhundert bekannt. Zusätzlich hat man in den Bollwerken die auf weiter Flur herumliegenden Findlinge vermauert, herangebracht auf den Gletscherzungen der letzten Eiszeit. Die Anlage wechselte mehrfach den Besitzer. So gelangte die Festung Mir in die Hände der Wittgensteins (1828) - der größten Latifundienbesitzern der Region - und in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts fiel sie an

das Fürstenhaus Sviatopolk-Mirski, dessen Mitglieder am Zarenhofe als hochrangige Militärs oder Minister dienten. Unter der Ägide dieses Hauses wurden erstmals Restaurationsarbeiten an den Gebäuden durchgeführt, um das Ensemble als Kulturdenkmal zu erhalten. Im abwechslungsreichen Dekor des Schlosses prangt am Hauptturm ein Hammelkopf, der als heidnisches Symbol und Talisman die Anlage vor einem bösen Schicksal bewahren soll. Solange dieser Kopf existiert, wird der Legende nach auch Schloß Mir überdauern. Ein Seitenpfad führt zwischen der westlichen Festungsmauer (dort findet jährlich ein kleines Volkskunstfestival statt) und dem angrenzenden Teich auf die Rückseite der Anlage mit einem offenen Parkgelände zu. Auf dem Weg dorthin läuft vor mir ein älteres Ehepaar, das einen kleinen Schlitten hinter sich herzieht. Einige Habseligkeiten sind darauf gepackt, vielleicht die Einkäufe vom Marktplatz jenseits der Flussmulde. Ich überhole sie auf dem ausgetretenen Schneepfad und wende mich dabei an den Mann, um von ihm zu erfahren, ob weiter hinten im Park eine Kirche zu finden sei. Er bejaht und weist dabei um die Ecke der Festungsmauer. Gleichzeitig fragt er zurück, ob ich aus Polen käme. Ich verneine und erwidere: "Aus Deutschland". "Der Herr kommt aus Deutschland", gibt er an seine Frau weiter. "Wissen Sie, mein Vater war in Deutschland als Kriegsgefangener. Er arbeitete bei einem Ludwig. Gott segne ihn!" Neugierig geworden, wollte ich von ihm wissen, ob er denn von hier aus Mir stamme. Ja, er sei hier geboren. "Dann sprechen Sie vielleicht auch Polnisch?" Oh ja, und er erklärt in Polnisch, daß er vor dem Kriege noch zwei Jahre die polnische Schule hier am Ort besucht habe. Seine Mutter sei Polin gewesen. Der Vater war damals eingezogen worden (offensichtlich zum polnischen Militär), in Kriegsgefangenschaft geraten und wieder heil zurückgekehrt. Die Mutter habe man damals mit den Kindern nach Rostow am Don evakuiert und alle hätten sich später wieder in Mir zusammengefunden. Währenddessen sind wir weitergegangen und

zwischen den Bäumen wird jetzt auf dem ansteigenden Parkgelände die Kirche mit ihrem campanileartigen Turm sichtbar. Mein Begleiter weist auf eine Kerbe im oberen Mauerteil des Turmes. Dort hatte ein Panzergeschoss eingeschlagen, wohl um Scharfschützen aus diesem Ausguck zu vertreiben. Darunter prangt unbeschädigt das in Stein gehauene Familienwappen der Svjatapolk-Mirski. Die Anlage war von einem Architekten namens Marfeld als letzte Ruhestätte für die Fürstenfamilie geplant (1904). Auf der Westseite, dem Teich zugewandt, prangt über dem Eingangsportal ein byzantinisch anmutender Christuskopf in Mosaiktechnik. Goldene Einsprengsel gleißen im Sonnenlicht. Von Außen ist durch Gitterstäbe die leere Krypta im Untergeschoss einzusehen. Auf dem Steinboden zeichnen sich noch die Postamente für die (verschwundenen?) Sarkophage ab.

Der Name "Mir" berührt allein schon durch seinen symbolischen Gehalt. Nimmt man ihn, ethymologisch wohl unkorrekt, in wortwörtlicher Übersetzung, so bedeutet er: Frieden, Welt, Dorfgemeinde. Die beiden Gotteshäuser verweisen bereits auf ein friedvolles Nebeneinander. Sie stehen stellvertretend für zwei Nationalitäten und Glaubensbekenntnisse, deren steingewordene Zeugnisse sich hier im alten Kulturgrenzland mit seinen wechselseitigen Überschneidungen häufig in unmittelbarer Nachbarschaft finden. Gleichzeitig zeugen sie vom wechselnden Wohlergehen ihrer Gemeinden. So präsentiert sich im benachbarten Njaswisch (poln. Nieswiez) die katholische Barockkirche mit der Grablege der Radziwills im Inneren und Äußeren aufwendig renoviert, während sich die orthodoxe Gemeinde in einem unscheinbaren Bauwerk versammelt, das auf den ersten Blick gar nicht als Sakralbau erkennbar ist. In Mir selbst kommen aber noch weitere Gemeinschaften hinzu. Von 1805 bis 1941 befand sich hier eine berühmte höhere Talmudschule, eine Jeschiwa, mit Tochterhäusern in Jerusalem und Brooklyn. Außerdem residierte hier im 19. Jahrhundert ein "cyganskij baron", ein

Zigeunerkönig. Auf einer älteren Skizze des Straßennetzes ist ferner der Hinweis auf eine "Tatarskaja ulica" (Tatarenstraße), heute "vulica tankistau" (Straße der Panzersoldaten), zu lesen. Alle diese ethnischen Gruppierungen finden sich in der jüngsten Volkszählung von 1999 wieder. Danach leben in ganz Belarus neben 8.159 Millionen Weißrussen 395.700 Polen, knapp 28.000 Juden, 9.900 Zigeuner und etwas über 10.000 Tataren, von denen 3.200 das Tatarische als Muttersprache pflegen.

Nach Urkunden und Inventarverzeichnissen zu schließen, siedelten Zigeuner bereits im 17. Jahrhundert in der sogenannten Slonimer Vorstadt von Mir. In den Aufzeichnungen fällt immer wieder der Name einer begüterten Familie, Marcinkiewicz, als Bürger des Städtchens. Karol Radziwill (1734-1790), bekannt auch unter dem Beinamen "Panie Kochanku" (mit dieser Anrede soll er sich einstmals an den König gewandt haben), stellte 1778 für den in Mir ansässigen Zigeuner Jan Marcinkiewicz einen eigenen Schutzbrief aus: "Oznaymuje tym moim protekcyjnym listem, iz Jana Marcinkiewicza Cygana starszego, Mieszczanina y Obywatela miasta mojego Mira z cala kompania jego w tymze miescie osiadla y domy swoje majaca, biore w moja protekcyja jako wlasnych mieszczan y poddanych moich." Der Erwähnte verfügte zudem über besondere Rechte: Ihm oblag die Entscheidung über die Zulassung von Wander-Zigeunern zum Jahrmakkt von Mir und das Recht zur Bestrafung. Um seinen eigenwilligen Patron aus dem Magnatengeschlecht mit dem vollen Namen Karol Stanislaw Onufry Jan Nepomucen i Justus ranken sich allerlei Anekdoten, selbst im "Pan Tadeusz" von Mickiewicz wird er erwähnt. Qui Radzivilliorum ignorat, Poloniam ignorat. Als Zeitgenossen sahen die Juden Litauens (die sogenannten Litwaks) das Treiben derartiger Originale aus einer menschlicheren Perspektive: "Radziwiles – szalawiles" ("Du hast Dich wie ein Radziwill benommen, du Tagedieb") lautete ein bündiges

Urteil, verbunden mit einem bedeutungsvollen Fingerzeig an die Stirn.

Karol Stanislaw, dieser "tragische Sarmate" hatte wohl einen Narren an dem Völkchen der Zigeuner gefressen und nahm als geselliger Zecher mit (verbürgten) Tagesrationen von etwa vier Litern Wein auch an den Gelagen seines Schützlings teil. Fürst Karol, der Falstaff von Njaswisch, hatte sich offensichtlich ganz der Sinnbildlichkeit seines Familienwappens hingegeben, das drei speichenartig zueinander gestellte Trinkhörner zeigt. Wie erhaltene Schuldbriefe und Quittungen belegen, genossen Zigeuner bereits vor dieser Phase feudaler Liberalitas den Status durchaus anerkannter und begüterter Bürger. Der Pferdehandel zu Sankt Nikolaus im Dezember bot einträgliche Verdienstmöglichkeiten. Einzelne Familien gingen einem Handwerk nach und gründeten Manufakturen für Tücher, Leinen und Leder. Ihre Produkte, besonders das Leinen, sollen von guter Appretur und haltbar gewesen sein, auch wenn die Weißrussen zu spotten wußten: "Master iz Mira, gde ni kosnis', tam i dyra" (etwas frei übersetzt: "Ein Meister aus Mir, wo es hinten und vorne fehlt."). Bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts erhielt sich auf den Besitztümern der Radziwills dieser besondere Status, den Zigeuner andernorts nicht genossen. In Mir ist heute auf den ersten Blick von dieser Art gewerblicher Betriebsamkeit nichts mehr zu sehen. Eine Kunstgewerbeschule an der südlichen Zufahrt von Mir erinnert noch an die unter der Ägide der Radziwills betriebene Manufaktur zur Herstellung von Fayencen und Gobelins. Zigeuner leben keine mehr am Ort. Weiter südlich, im Städtchen Stolbcy, soll heute noch eine kleine Gruppe siedeln.

Im Großfürstentum Litauen herrschte bereits im 16. und 17. Jahrhundert ein traditionelles Nebeneinander unterschiedlicher Glaubensgruppen, die selbstbewusst ihre Freiheitsrechte wahrnahmen: "Jestesmy gens libera, narodem wolnym et nemini unquam servivimus..." (Auszug aus einer calvinistischen Broschüre in Litauen aus dem Jahre 1597). Die rechtliche

Grundlage hatte für diesen Religionsfrieden die sogenannte Konfederacja warszawska aus dem Jahre 1573 gelegt. Ein ergänzendes, allerdings gescheitertes Gesetzesprojekt aus dem Jahre 1606 ("konstytucja o tumultach") sah sogar Strafen für Pogrome vor. Mit dem Ende der Rzeczpospolita (1795) verlor die libertas als suprema lex ihren institutionellen Garanten.

Folgt man in der flachen Talsohle dem Lauf des Flüsschen Miranka in Richtung Osten, so öffnet sich rechterhand das Tor zum hangwärts gelegenen orthodoxen Friedhof mit seinen gitterbewehrten Gräbern zwischen vereinzelt Bäumen. Die Straße geht ab dem Friedhof in einen unbefestigten Feldweg über, der im Bogen von der äußeren Siedlungszeile wegstrebt und in zwei Kilometer Entfernung vor einem Wäldchen endet. Zur Rechten erstreckt sich entlang des Weges ein weitläufiges Kolchosfeld, linkerhand ist der zum Flüsschen geneigte Wiesengrund mit Granitfindlingen gesprenkelt. Da und dort hat man sie zu kleinen Haufen geschichtet, wohl um das Schneiden des Grases zu erleichtern. In den lichten Öffnungen des Mischwaldes breitet sich der Friedhof der Tataren aus. Hart am abschüssigen Rande zum offenen Feld hin finden sich Gräber neueren Datums, in ihrer Gestaltung ähnlich jenen, wie sie auch auf dem orthodoxen Friedhof zu sehen sind. Schon wenige Meter in den Wald hinein lösen behauene Granitbrocken die Steinmetzware der Gegenwart ab. Sie ragen ungestalteten grauen Eiern gleich bis zu einem Meter aus dem Waldboden, mit schlichten Ornamenten und Schriftzügen in Kyrillisch und Arabisch versehen. Man hatte sie wohl draußen auf der offenen Flur eingesammelt. Der älteste mit noch lesbarer Aufschrift trägt das Jahresdatum 1834. Mit jedem weiteren Schritt zur dunkelnden Mitte des Hains hin versinken die Erinnerungsmale tiefer und tiefer im Waldboden, meist ohne jede erkennbare Aufschrift, um schließlich ganz unter modrigem Laub zu verschwinden. Ein frisches Grab am Waldrand neben einem weiteren aus dem Jahre 1992, -

alle anderen weisen Daten vor diesem Zeitpunkt auf - lassen darauf schließen, daß diese islamische Glaubensgemeinde wohl nicht mehr viele Mitglieder zählt (2155 in der gesamten Oblast' von Grodno). Vor dem Krieg stand im Ort noch eine kleine Moschee (neben 18 weiteren im westlichen Belarus), doch können sich befragte Passanten nicht mehr an deren genauen Standort erinnern. Der erste Bau war 1795 vollendet worden, zwanzig Jahre nachdem in der Verfassung der Rzeczpospolita den Tataren ausdrücklich die Errichtung neuer Moscheen zugebilligt worden war, vorausgesetzt die Glaubensgemeinde umfasste mindestens 150 Hofeinheiten. Im Herbst 1809 wandte sich die muselmanische Gemeinde des Städtchens Mir an Fürst Dominik Hieronim Radziwill um die Überlassung eines Grundstücks für den erneuten Bau einer Moschee. Der Fürst kam der Bitte nach und die Bürger errichteten aus eigenen Mitteln das Gotteshaus.

Seit dem Einfall der Goldenen Horde (14. Jh.) vollzog sich die Ansiedlung von Tataren im Raum des Litauischen Großfürstentums in mehreren Etappen. Sie kamen teils als Krieger, teils als Emigranten. 1506 war eine Horde Perekoper Tataren von der Krim erneut in die Gegend südlich von Mir eingefallen und bei der Stadt Kleck am "Dunklen See" von Verbänden unter Führung von Michail Glinkij vernichtend geschlagen worden. Das Gewässer hieß danach der "Rote Teich". Hunderte tatarischer Krieger gerieten in Gefangenschaft. Ihre Horde sagte sich von ihnen los und dachte nicht daran, die Landsleute zurückzukaufen. So blieben sie in Kleck und einigen benachbarten Orten. Die letzte Einwanderungswelle erfolgte in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts, als die Khanate von Kasan und Astrachan der russischen Krone unterlagen. Erstmals schriftlich erwähnt werden die Tataren als Mitstreiter in der Chronik von Jan Dlugosz anlässlich der Schlacht von Grunwald. Heute erinnern noch Straßenbezeichnungen - wie in Mir - an die zugewiesenen Siedlungsplätze: "Tatarskaja sloboda" (Tatarenvorstadt).

Ihren Lebensunterhalt bestritten sie vor allem als Gerber und geschickte Gemüsebauern. In Mir waren sie von Steuerzahlungen für ihre Gärten befreit. Sprachlich passten sie sich bereits im 16. Jahrhundert der weißrussischen Umgebung an. Im Glauben hielten sie dagegen am Koran fest und verrichteten ihre Gebete in Arabisch und Tschagataj. Mullahs und Muezzins wählten sie aus den Reihen korankundiger Mitbürger. Als ihr geistiges Oberhaupt betrachteten sie bis Ende des 18. Jahrhunderts den Sultan des Osmanischen Imperiums, an dessen Mufti sie sich bei strittigen Glaubensfragen zu wenden pflegten. Während der Zarenherrschaft wechselte die geistig-religiöse Betreuung zu Beginn des 19. Jahrhunderts administrativ zunächst nach Orenburg (!), dreissig Jahre später verlagerte man die Zuständigkeit - wohl in Erinnerung an die Herkunft der Tataren - in den taurischen muselmanischen Kreis (Krimregion). Keine der Lösungen fand Zustimmung bei den Tatarengemeinden von Belarus. Im näheren Umkreis von Mir siedeln auch heute noch weitere Angehörige dieser ethnischen Minderheit, so in Nowogródek (mit einer Moschee, deren ursprüngliche Gründung auf ein königliches Privileg vom 29. Mai 1792 zurückgeht), in Lida und Iv'e. Ihre Anwesenheit als eine fremde Glaubensgemeinschaft war allerdings in der Rzeczpospolita nicht immer unumstritten. So tauchten zu Beginn des 17. Jahrhunderts - in einer Zeit erneuter kriegerischer Auseinandersetzungen mit den Türken - Pamphlete auf, die den Abriss der Moscheen, Landkonfiskationen und Zwangschristianisierung forderten (siehe die Schrift "Alfurkan tatarski" aus dem Jahre 1616). Der Wilnaer Bischof, Benedikt Wojna (1600-1616) verbot den Tataren nicht nur den Bau von Moscheen, sondern untersagte selbst deren Erneuerung.

Hinter der ehemaligen Minsker Vorstadt, am östlichen Rand der Siedlung, öffnet sich zur Rechten das weite Areal des jüdischen Friedhofs. Am Ende einer von kleinen Holzhausern gesäumten Straße, der "Moskauer

Straße", stößt man neben einer vernachlässigten Holzkate auf einen Parkplatz von wenigen Quadratmetern. Der Besucher sieht sich vor einer weiß gekalkten Umfriedung, deren geschwungenes Eingangstor im oberen Mauerfeld ein schlichter Davidsstern ziert. Nach Durchschreiten des Bogens führt der Pfad unmittelbar über eine mannshohe Böschung und danach öffnet sich die Sicht auf ein mehrere Hektar großes Gelände, das rundum von einer mit Eisenstäben bewehrten Mauer eingefasst ist. Die gesamte Fläche ist damit zum Mahnmal erhoben. Es gibt hier keine ausgetretenen Pfade, Besucher scheinen nur selten den Weg hierher zu finden. Zwischen dem hohen Gras ragen Reste von Grabsteinen hervor, zuweilen sind Reihen auszumachen. Kaum ein Dutzend Steine trägt noch erkennbare Aufschriften. Alles andere ist zerstört, verschwunden. Deutsche Besatzer pflegten die Steine für den Straßenbau zu nutzen. Dem Ausmaß dieser Begräbnisstätte nach dürfte mindestens ein Drittel der Einwohnerschaft aus jüdischen Mitbürgern bestanden haben. Die Statistik weist am Vorabend des Ersten Weltkriegs in städtischen Siedlungen um Grodno einen Anteil der jüdischen Bevölkerung von 50 bis 60 Prozent aus. Während der zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts genoss das Jiddische, neben drei weiteren Sprachen, den Status als Staatssprache. Zwischen 1941 und 1943 lebten im Ghetto von Mir ungefähr sechstausend Menschen, heute sind es im gesamten Bezirk Grodno, dem Mir angehört, weniger als eintausend. Im 14. Jahrhundert vom polnisch-litauischen Adel willkommen geheißen, prägte ihre Lebensform gerade städtische Siedlungen wie Mir. Auf Geheiß der zaristischen Verwaltung war unter Katharina der Großen den Mitgliedern jüdischer Gemeinden der Broterwerb aus der Landwirtschaft und das Siedeln auf dem flachen Lande untersagt worden. So konzentrierten sie sich auf Marktflecken und Städte, in denen sie eine Gemeinde (Kehilla) mit einem eigenen Verwaltungsorgan (Kahal, kagal) bildeten, das politische wie religiöse

Macht in sich vereinigte. In den Augen (westlicher) jüdischer Aufklärer galten sie in ihrer ghettohaften Existenz als orthodox und rückständig. Die Angehörigen einer Kehilla gingen Handwerksberufen nach, einige betrieben Handel und Geldverleih. In Mir hatten sie für einen Stand auf dem Handelsplatz dreifach höhere Abgaben als die übrigen Bürger zu bezahlen. Obschon der Ort nach einer Beschreibung von 1886 über sieben Synagogen verfügte, vermochte hier keiner der Passanten die Frage nach dem Standort der Gotteshäuser zu beantworten; das Straßenverzeichnis enthält auch keine weiteren Hinweise. Es bleiben Vermutungen: An der nördlichen Seite des Marktplatzes erstreckt sich hinter der ersten Häuserreihe ein Steinbau, der als Synagoge oder Rabbinerschule, die erwähnte Jeschiwa, gedient haben könnte. Sie gehörte zu einem Reigen von Talmudschulen mit hohem Ansehen: Lida, Slonim, Sluzk, Radun und nicht zuletzt Waloschyn als dem Zentrum traditioneller jüdischer Religiosität. Die Jeschiwa in Mir, gegründet 1815, gilt als Wiege der chassidischen Bewegung "Chabad" und spielte eine entscheidende Rolle bei der Verbreitung des Chassidismus.

Antoni Slonimski schrieb in seiner "Elegia miasteczek zydowskich":

"Juz nie ma tych miasteczek, gdzie szewc byl poeta, Zegarmistrz filozofem, fryzjer trubadurem..."

Noch außerhalb der Slonimer Vorstadt, in westlicher Richtung, liegt der katholische Friedhof, Zeugnis einer ehemals starken Präsenz polnischer Mitbürger. Die Straße führt stadtauswärts in Richtung der Stadt Slonim. Dort unterhielt in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts der kunstverliebte Fürst Michal Kazimir Oginski (Ahinski) ein eigenes Orchester, komponierte selbst, errichtete ein Theater und unterhielt ein Opernensemble. So erwarb er seinem Hof in Westeuropa den Ruf eines Musenpalastes. Zwischen den letzten Häusern, die hier bereits in weiteren Abständen voneinander stehen, zweigt ein Feldweg ab, der hügelanwärts an einem Wäldchen

entlang führt. Nichts deutet zunächst auf einen Friedhof hin. Zwischen den ersten Baumreihen neben einem Kartoffelacker zeichnen sich vereinzelt Grabsteine mit polnischen Aufschriften ab. Nur wenige verraten Zeichen der Pflege. Nach und nach gewinnt der Wald über alles die Oberhand, Laub und Moos überdecken die Namenszüge auf gestürzten Grabsteinen.

Am Rande des Wäldchens bietet sich zwischen den Bäumen nach Osten über die Holzhäuser und Gärten der Slonimer Vorstadt hin ein unverstellter Blick auf die Festungsanlage. Ausmaß und Gestaltung demonstrieren feudalen Herrschaftsanspruch und Willen zum Widerstand auf der einen Seite der Miranka, das Städtchen auf der anderen zeugt von einer *Communitas*, die aus der historischen Distanz und vor dem aktuellen Hintergrund kulturell-zivilisatorischer Dissonanzen zu einer nostalgischen Überzeichnung einstmals praktizierter multikultureller Toleranz verführt. Aus den verbliebenen Spuren und Zeugnissen tauchen die Konturen einer vormodernen Gesellschaft auf, in der verschiedene ethnisch-religiöse Gruppen in komplementären Hierarchien unter dem Schutz eines Souveräns jeweils angeeignete oder zugewiesene Nischen besetzten. Damit war nicht unmittelbar eine Gleichberechtigung verbunden, doch blieb zumindest der Respekt vor den Grundlagen der geistigen und materiellen Existenz des Siedlungsnachbarn gewahrt. Mit der ethnischen Definition von Nation und deren politischen Umsetzung innerhalb Europas war dieser symbiotischen Gemeinschaft schließlich die Grundlage jeder weiteren Entwicklung entzogen.

Literaturhinweise:

- Beyrau D., Lindner R. (Hg.): Handbuch der Geschichte Weißrußlands. Göttingen 2001.
- Haumann, H.: Geschichte der Ostjuden. 5. Aufl., München 1999.
- Historia Europy Śródkowo-Wschodniej. T. 1, 2. Lublin 2000.
- Johnson, L.R.: Central Europe. Enemies, Neighbors, Friends. New York, Oxford 1996.
- Islam i umma (obščina) tatar-musul'man Belarusi, Litwy i Pol'si na rubeże tysjaceletij. Materialy VI medunarodnoj naucno-prakticeskoj konferencii. Minsk 2001.
- Kraucevic, A.K., Jakšuk, G.M.: Stary Mir. Minsk 1993.
- Królikowski, B.: Wśród Sarmatów. Radziwillowie i pamiennikarze. Lublin 2000.
- Mróz, L.: Dzieje Cyganów-Romów w Rzeczpospolitej XV-XVIII w.. Warszawa 2001.
- Širjaev, E.E.: Rus' belaja, Rus' cernaja i Litva v kartach. Minsk 1991.
- Špilevskij, P.M.: Putešestvie po Poles'ju i belorusskomu kraju. SPb. 1853 - 1855. Neuauflage Minsk 1992.
- Tysykiewicz, J.: Tatarzy na Litwie i w Polsce. Warszawa 1989.
- Warminska, K.: Tatarzy Polscy. Tożsamość religijna i etniczna. Kraków 1999.

Hubert Luszczyński

Schulentwicklung durch Schulpartnerschaften

Es ist meine tiefe Überzeugung, dass jenseits der Gräber, der Ruinen und der Verbrechen Franzosen, Deutsche, Belgier, Italiener, Engländer - Europäer - nur eine gemeinsame Zukunft haben. Diese gemeinsame Zukunft wird uns nicht geschenkt: Es liegt an uns, sie zu schmieden. (Raymon Aron, 1947)

Wer Schulpartnerschaften koordiniert, gehört zu den wenigen Lehrkräften einer Schule, die an einem ganz besonderen, weil ebenso wichtigen wie schwierigen Thema arbeiten. Jeder weiß das und jeder glaubt daher, sein besonderes friedenspädagogisches und europapolitisches Engagement mit verschiedenen Anmerkungen begleiten zu können. Die Palette positiver Kommentierungen am Ende eines Schüleraustauschs ist meistens sehr breit. Sie reichen vom ernst zu nehmenden Dankeschön der beteiligten Eltern bis zur förmlichen Anerkennung von Vorgesetzten. Je größer aber der Abstand zum letzten Treffen ist, desto mehr werden - bei genauem Hinhören - diffuse Stimmen laut, die dieses oder jenes sehr kritisch anmerken; und nicht selten beeinflussen solche Stimmen sehr negativ die Bedeutung der Schulpartnerschaft in einer Schule oder haben eine abschreckende Wirkung auf Schülerinnen und Schüler.

Das muss nicht so sein, wenn man zum einen die Schulpartnerschaft zum gemeinsamen Projekt von Schüler- und Lehrerschaft macht und zum anderen nach jedem Treffen der Schüler- und Lehrergruppe eine systematische Auswertung der gemeinsam verbrachten Tage vornimmt.

Wie man mit Schulpartnerschaften unter den Bedingungen von Schulentwicklung umgehen kann und wie dadurch aus Partnerschaften zwischen einzelnen Lehrkräften Partnerschaften zwischen möglichst allen Mitgliedern von Schulen werden können, möchte ich in diesem Beitrag zeigen - einmal ganz abgesehen von den vielen Nebenfolgen, die sich hieraus ergeben für die Schule, für die Lehrerinnen und Lehrer und letztlich für das Renommee der Schulpartnerschaft als einem unverzichtbaren Bestandteil des jeweiligen Schulprofils.

Was sollten daher Lehrerinnen und Lehrer, die Schulpartnerschaften koordinieren, beachten, damit sie und letztlich Eltern- und Schülerschaft wirklich zufrieden sein können mit der Gestaltung ihrer Partnerschaftsprogramme?

Denn erst dort, wo auf diese Fragen überzeugend und nachvollziehbar geantwortet werden kann, werden Schulpartnerschaften zu einem wichtigen Element der Entwicklung einer Schule und damit zu ihrem konstitutiven Bestandteil ihres internationalen pädagogischen Profils, weil die Förderung der jeweiligen Auslandskompetenz der auf beiden Seiten teilnehmenden Schülerinnen und Schüler einen zentralen Stellenwert einnimmt.

Ich möchte daher Schulpartnerschaften unter Nutzung der drei Grundelemente von erfolgreicher Schulentwicklung darstellen und dazu ermutigen, Schulpartnerschaften auf diese Weise aufzubauen bzw. dort, wo sie bereits bestehen, zu einer immer wiederkehrenden Bestandsaufnahme zu ermutigen, die Ihnen eine ehrliche und konkrete Rückmeldung in der Frage ermöglicht, ob auch etwa Ihr diesjähriges Austauschprogramm erfolgreich war oder nicht.

Faktoren der Schulentwicklung

Die bekannten drei Hauptelemente schulischer Entwicklungsprozesse sind Unterrichts-, Organisations- und Personalentwicklung. Übertragen auf die zu veranstaltenden Begegnungsprogramme bei uns und/oder im Ausland werden Sie sehen, dass alle drei Elemente eine wichtige Funktion haben bei der systematischen Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung einer Begegnungsmaßnahme. Sie will ich nachstehend kurz skizzieren, bevor ich dann an einem Praxisbeispiel Möglich-

keiten zu ihrer gemeinsamen und interaktiven Evaluation darstelle und erläutere.

Unterricht und Schulpartnerschaften

Ganz gleich, ob ich als wichtige Programmelemente gemeinsame binationale Studienfahrten vorsehe, erlebnispädagogische Veranstaltungen initiere oder ein gemeinsames Projekt geplant habe: Wichtig ist ein Abgleich der Motive, Sinnhorizonte oder Ziele zwischen allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern vor Beginn des gemeinsamen Schüler-Lehrer-Projekts „Begegnungen mit fremden Menschen“. Dieses gemeinsame Projekt sollte nach allen Regeln der Kunst einer Projektmethode organisiert und abgeschlossen werden. Dazu zählen nach den Vereinbarungen über die Zielstellung vor allem die Sammlung von Programmelementen und die Benennung der Programmverantwortlichen ebenso wie die notwendige Präsentation anlässlich eines Elternabends vor und nach der Fahrt. Projekte sind Unterricht - eben in anderer Form.

Bei diesem Thema sind wir bereits bei dem Aspekt

Organisation und Schulpartnerschaften

Nach der Festlegung von Sinn und Zweck der Begegnung gibt es eine ganze Menge zu organisieren: Angefangen von der letzten Konferenz der Projektteilnehmer zur Verabschiedung aller Organisationsmaßnahmen, von den Terminen über die Bestellung von Bussen bis hin zur wirklich freundlichen oder sogar würdigen bis angemessenen Gestaltung der Begrüßung und Verabschiedung der Gäste. Wer daran teilnimmt, übernimmt eine wichtige Aufgabe, weil sie über Erfolg oder Misserfolg von Programmaktivitäten entscheidet.

Personal und Schulpartnerschaften

Dass im Mittelpunkt von Schulpartnerschaften Menschen stehen, die begeisterungsfähig,

fremdenfreundlich und offen sind, ist nach allen Erfahrungen eine Binsenweisheit. Dass diese Menschen, da sie sich zusammenfinden wollen und sollen, auch persönlich gefordert, begleitet und bestärkt werden müssen, das entdecken erfahrene Koordinatoren von Schulpartnerschaften sehr schnell. Darum ist eine personale Begleitung besonders wichtig, so wie wir sie aus der Personalentwicklung kennen. Wer als Lehrerin oder Lehrer selbst weiß, wie motivierend solche Gespräche als Formen der aktiven Zuwendung und Bestärkung sein können, wird sie gern auch mit Schülerinnen und Schülern führen.

Wo bleibt die Entwicklung?

Bis hierhin wird man sicherlich noch gut nachvollziehen können, dass diese systematische Dreiteilung von Vorteil ist. So richtig wird das aber erst dann einleuchten, wenn der Entwicklungsaspekt eingeführt wird.

Und das bedeutet Folgendes:

Alle Maßnahmen, die sich auf den „Unterricht“, die Organisation und das Personal beziehen, lassen sich so beschreiben, dass die wünschenswerten Ergebnisse jedem deutlich vor Augen geführt werden können. Ob ich nun als Maßstab für die Projektmethode maximale Mitbestimmung einführe oder bei der Organisation von Abschiedsfeiern musikalische Beiträge auszuwählen habe, die z.B. die Abschiedssituation emotional aufgreifen oder ob ich Schülerinnen und Schüler während der Organisation aufgelöst an der Grenze des Scheiterns wahrnehme - immer gewinne ich aus diesen Zielen Maßstäbe für eine aktive Bestandaufnahme der Stärken und Schwächen einer Programmsequenz oder eines personalen, verantwortlichen Handelns. Erst wo ich diese Bestandaufnahmen einer Programmsequenz aktiv einfordere und sie mit der gesetzten Zielstellung vergleiche, werde ich gemeinsame Erfolge genießen können oder zur Verbesserung in Teilbereichen aufs Neue motiviert.

Start in die Schulpartnerschaft als Teil der Schulentwicklung

Wenn eine Schulpartnerschaft von vornherein als wichtiges Element der Schulentwicklung vorgesehen ist, ist es besonders notwendig, dass man den richtigen Einstieg in den Aufbau der Partnerschaft im eigenen Kollegium wählt. Wenn in diesem Prozess auf Prozessschritte verzichtet oder diese bewusst übersprungen werden, droht eine schulpartnerschaftliche Entwicklung früher oder später in einer Sackgasse zu verlaufen. Wie das unter dem Aspekt der Organisationsentwicklung aussehen kann, sei nachfolgend skizziert.

Evaluationsschritte (Qualitätsmessung):

1. Jeder Teilnehmer erhält zwei Klebepunkte und verteilt sie auf der Skala von 1 bis 6 (Kumulation ist möglich)
2. Es könnte nun sein, dass z.B. die meisten Klebepunkte bei „3“ angebracht werden.
3. Dann hat jedes Gruppenmitglied die Aufgabe auf je zwei (z.B. roten) DIN-A-6- Karteikarten plakativ zu sagen, warum diese Sequenz so gut gelungen ist, bevor jedes Gruppenmitglied auf einer zwei weiteren, am besten andersfarbigen (z.B. blauen) Karteikarten festhält, was noch getan werden müsste, um das Prädikat „voll erreicht“ zu vergeben.
4. Diese Karten werden zugeordnet und fixiert.
5. Die Ergebnisse dieser Evaluation wird am Ende in die **positive** Gesamtdokumentation aufgenommen.
6. Oder: Teile der Gesamtdokumentation werden zum Bestandteil des schulischen Qualitätsprogramms sowie mit der Zielstellung und den das nächste Mal geplanten Maßnahmen der Schulbehörde mitgeteilt.

Fazit

Kommen wir zum Ausgangspunkt zurück:

Schulpartnerschaften wünschen wir aus vielen Gründen jeden erdenklichen Erfolg. Wir wünschen ihnen - und hier ähneln sie unseren persönlichen Partnerschaften - eine lange Dauer. Sie bedürfen daher der Offenheit und der Pflege. Das gilt für die Lehrerinnen und Lehrer, die sie verantwortlich begleiten, ebenso wie für die Schülerinnen und Schüler oder für ihre Eltern. Wer hier als Verantwortlicher unüberlegt handelt, wird dazu beitragen, dass Partnerschaften dicht an die Grenze ihrer Existenz herangeführt werden oder sich auflösen. Manchmal entscheidet sogar der oft unterschätzte, aber besonders wertvolle Familienaufenthalt bei den Gastgebern über die Fortsetzung der Schulpartnerschaft. Wo immer wir auch damit verantwortlich umgehen: Bestandsaufnahmen durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer objektivieren den Grad des Erfolgs, sichern nachvollziehbar ehrliche Zufriedenheit und motivieren zur Erweiterung und Vertiefung der Partnerschaftsidee in einer Schule.

Wenn in diesem Prozess die zusammenarbeitenden Lehrerinnen und Lehrer einen Grad der Kooperation erreicht haben, der Begegnungen zum wirklich gemeinsamen kognitiven und emotionalen Anliegen hat werden lassen, dann ist die Zeit reif, aus den bisher erfolgreichen Beziehungen zwischen zwei oder drei Lehrerinnen und Lehrern den Ausbau zu einer Partnerschaft zu wagen, die das Wort Schulpartnerschaft wirklich verdient hat.

Idealtypisches Programm für eine Erstbegegnung in Deutschland

Aufenthaltsdauer 10 Tage (An- und Abreise = 1 Tag)

Tag/ Zeit	mögliche Aktivitäten	mögliche Zielstellung
Do. ab 18.00	Begrüßung der Gäste am Portal der Jugendherberge MITTEL: 1. Begrüßung durch den dt. Koordinator im Bus 2. Entdecken der Partnerschüler 3. Überreichen eines symbolischen Willkommengeschenks 4. Gäste werden in gemeinsame Zimmer geführt. 5. Offizielle Begrüßungsrunde durch die/den Schulleiter/in (Thema der Ansprache?) 6. Brot und Salz werden den Gästen gereicht (Wie?) 7. Ein/e Schüler/in der Gastgebergruppe begrüßt und stellt das Programm vor; macht deutlich, dass Teilelemente gemeinsam noch geändert werden könnten	?? Vertrauen schaffen ?? Wohlfühlen ?? heimisch werden ?? Freude aufkommen lassen
20.00 - 23.00	?? Gemeinsames Abendessen ?? Schülerinnen und Schüler finden zusammen ?? Kennenlernspiele ?? Küchendienste einteilen	?? Festliche Atmosphäre ?? Offen sein füreinander ?? Empathie zeigen ?? Freundschaften zulassen ?? Zusammenarbeit vereinb.
Fr. 09.00 h 10 – 12.00 h 12.00 h 14 – 14.30 h	Gemeinsames Frühstück Gemeinsame Wanderung unter ... Gesichtspunkten Picknick Rückkehr in Jugendherberge anschl.: Erlebnisse wahrnehmen (Pantomime, Bilder, Erinnerungen) anschl. Freizeit	?? Vereinbarungen über gem. ?? Aktivitäten treffen ?? erfolgreich sein wollen ?? Ziele gemeinsam erreichen ?? gemeinsam Sachliches und Emotionales bewusst machen
Sa.	Pantomime: I.ein Wochenende in einer Familie der Gäste II.ein Wochenende in einer dt. Familie; Gespräch in Gruppen: Eigene Realität oder Übertreibung? Moderationstechnik	

In einer nächsten Phase nehme ich eine Sequenz zum Zwecke der Selbstevaluation durch die gesamte Gruppe heraus:

EVALUATION EINER ORGANISATIONSEQUENZ

Tag/ Zeit	mögliche Aktivitäten	mögliche Zielstellung
Do. ab 18.00 h	Begrüßung der Gäste am Portal der Jugendherberge MITTEL: 8.Begrüßung durch den dt. Koordinator im Bus 9.Entdecken der Partnerschüler 10.Überreichen eines symbolischen Willkommengeschenks 11.Gäste werden in gemeinsame Zimmer geführt. 12.Offizielle Begrüßungsrunde durch die/den Schulleiter/in (Thema der Ansprache?) 13.Brot und Salz werden den Gästen gereicht (Wie?) 14.Ein/e Schüler/in der Gastgebergruppe begrüßt und stellt das Programm vor; macht deutlich, dass Teilelemente gemeinsam noch geändert werden könnten	?? Vertrauen schaffen ?? Wohlfühlen ?? heimisch werden ?? Freude aufkommen lassen

Sequenz: **Begrüßung der Gäste**

	Grad des Erreichens					
	voll erreicht		erreicht		nicht erreicht	
Begrüßung der Gäste	1	2	3	4	5	6
			X			
	← schon erreicht, weil...			→ noch nicht erreicht, weil..		

O-Ton: Forum „Junges Europa“

Jana Teneva

Das Studentenleben in Deutschland mit den Augen einer bulgarischen Studentin

15.20 Uhr: Ich lese die Fragestellung der Aufgabe 5 meiner Klausur in Wirtschaftsinformatik für das Sommersemester 2002: "Modellieren Sie mit Hilfe einer EPK (Ereignisgesteuerte Prozesskette) den unten beschriebenen Geschäftsprozess". Eine dreiviertel Seite Text folgt. Nach etwa 40 Minuten fleißigen Zeichnens und Radierens habe ich endlich die Endversion des Modells auf Papier und noch ein paar Sekunden Zeit, um die Lösungen der anderen Aufgaben kurz zu überfliegen.

16.01 Uhr: Ich gebe als letzte im ganzen Saal meine Arbeit ab und atme tief ein: Ja, kaum zu glauben, aber ich habe FERIEN... Auf dem Weg aus dem Hörsaal der Uni stelle ich plötzlich fest, dass dies schon das Ende meines vierten Semesters in der Bundesrepublik ist. Ich habe nun bereits drei Semester an der Universität des Saarlandes in Saarbrücken studiert und ein Praxissemester in München bei der Unternehmensberatung KPMG Consulting AG absolviert.

Nach vier Semestern Studium der Betriebswirtschaftslehre auf Deutsch an der Universität Sofia, Bulgarien, kam ich September 2000 mit einem (Austausch)-programm des Deutschen Akademischen Austauschdienstes DAAD für ein Jahr nach Saarbrücken. Dank der langjährigen Partnerschaft zwischen den beiden Universitäten wurden mein Vordiplom sowie einige von mir in Sofia bestandenen Diplomprüfungen anerkannt, und ich konnte in Saarbrücken Veranstaltungen aus dem Hauptstudium der Betriebswirtschaftslehre besuchen. Was mich als erstes an meiner deutschen Universität fasziniert hat, war und ist immer noch die Möglichkeit, den eigenen Lernplan selbst zusammenstellen und aus einem breit gefächerten Lehrangebot, das sich von Personalmanagement über Wirtschaftsprüfung

bis hin zu Banken und Arbeitsrecht erstreckt, die Fächer auswählen zu können. An meiner Universität in Sofia gibt es ein vorgeschriebenes Lernprogramm vom ersten bis zum abschließenden achten Semester. Man kann in Bulgarien beispielsweise eine Veranstaltung im Bereich Finanzen leider nicht mit einer aus dem Bereich Kommunikation tauschen, wenn man seine Kenntnisse im Marketingbereich vertiefen will. Die Gelegenheit, noch während des Studiums Schwerpunkte in bestimmten Gebieten zu setzen, finde ich durchaus sinnvoll und kann sogar aus eigener Erfahrung bestätigen, dass damit auch die Lernmotivation der Studenten steigt.

Ein weiterer Pluspunkt der deutschen Hochschulausbildung ist für mich die Schilderung von Beispielen und echten Problemsituationen aus dem realen Leben. Dieses ist in vielen Studiengängen an zahlreichen deutschen Universitäten eine bewährte und viel genutzte Methode, von der ich persönlich an der Universität des Saarlandes profitieren konnte. Die meisten Professoren leiten nebenbei auch eigene Firmen, Forschungsinstitute oder Softwareunternehmen und verkörpern bzw. vermitteln damit die wertvolle Mischung von Theorie und Praxis, die in Bulgarien noch nicht so oft im Hochschulsystem vorhanden ist. Die Umstellung des Lernplans an den bulgarischen Universitäten nach der Wende 1989 sowie die Einführung von neuen Feldern und Fächern stellte und stellt immer noch eine große Herausforderung dar.

Begeistert von der Umgebung und den neuen Methoden beschloss ich, mein Studium in Deutschland zu beenden. Also bewarb ich mich nach zwei Semestern als Austauschstudentin um einen Vollzeitstudienplatz. Neben den oben erwähnten Gründen bewog mich dazu auch der Gedanke, ein auf der

ganzen Welt anerkanntes Diplom zu erwerben und damit international wettbewerbsfähig zu sein.

Während des darauffolgenden Praxissemesters lernte ich den Projektalltag einer Unternehmensberatung kennen. In einem gemeinschaftlich orientierten und professionellen Team erfüllte ich nach kurzer Einarbeitungszeit interessante und besonders herausfordernde Aufgaben, wie z. B. das Erstellen von Schulungsunterlagen über die Software SAP R/3. Natürlich gehörten zum Berufsalltag auch manche weniger spannende Aufgaben. Für mich ist somit ein solches Praxissemester die ideale Form, um einen bestimmten Beruf noch in der Studienzeit hautnah mit seinen Schokoladen- und Schattenseiten kennen zu lernen. Dabei findet man schnell heraus, ob der vermeintliche Traumberuf zum persönlichen Beruf der Zukunft taugt.

Ich war wirklich sehr angenehm überrascht, wie verbreitet Praktika bei den meisten Unternehmen in Deutschland sind. Wenn ich an Bulgarien denke, würde ich gern die Situation auf dem Praktikanten- und Absolventenmarkt von 1998 bis 2000 schildern. Als Public Relations Manager der Studenteninitiative an der Wirtschaftsfakultät der Sofia Universität musste ich mit meinen Kommilitonen selbst die bulgarischen und ausländischen Unternehmen kontaktieren, nach Praktika, Teilzeitjobs und Stellenangeboten suchen sowie die Qualifikationen und Vorteile der Studenten unserer Fakultät vorstellen. In diesem Sommer stellte ich erfreulicherweise fest, dass sich die Situation wesentlich verändert hat, denn die Unternehmen schicken nun selbst ihre Stellenanzeigen und Praktikumsangebote an die Studentenorganisation, von wo aus die Informationen an die Studenten weitergeleitet werden.

Die so genannte Hiwi (die Bezeichnung für studentische Hilfskraft) an den deutschen Universitäten stellt ein anderes Musterbeispiel dar, das ruhig auch von anderen Ländern übernommen werden soll. Die Mitarbeit an einem Lehrstuhl als Hilfskraft für Professoren

und Assistenten bietet das wertvolle "Hineinschnuppern" in bestimmte Forschungsbereiche und vorhandene Projekte. Diese Tätigkeit ermöglicht nicht nur das kontinuierliche Bekanntwerden mit wichtigen und aktuellen Büchern, Zeitschriften und Artikeln aus dem Fachbereich, sondern auch das Zufriedenheitsgefühl, zum Arbeitsergebnis eines Projektteams beigetragen zu haben.

Nun aber zur zwischenmenschlichen Ebene: Als erstes werde ich normalerweise immer wieder gefragt, wie ich die Leute finde. Wo sind die größten Unterschiede, auf die ich gestoßen bin? Dazu möchte ich an dieser Stelle von einem Partysamstagabend erzählen. Etwa zwei Monate nach meiner Ankunft in Deutschland wollte ich mit einem deutschen Nachbarn aus meinem Studentenwohnheim an besagtem Abend zwei Samstagspartys besuchen, da jeder von uns auf einer eingeladen war. Die erste war eine deutsche Geburtstagsparty, wo wir uns nach etwa einer Stunde des gemütlichen Weintrinkens, Clementinenessens sowie Rum-sitzens auf dem Sofa verabschiedeten und zur bulgarischen Party ins „Nachbardorf“ gingen. Da waren alle Stühle im Partykeller frei, denn die Tanzfläche war überfüllt. Nach etwa einer Viertelstunde tanzten wir auch und sangen zusammen mit allen.

Abgesehen von den unterschiedlichen Partygewohnheiten stellte ich fest, dass mein Land für viele deutsche Studenten ein nahezu unbeschriebenes Blatt ist. So musste ich am Anfang oft erläutern, dass Prag oder Budapest nicht in Bulgarien liegen, unsere Hauptstadt Sofia heißt und wir eine Schwarzmeerküste haben. Eine andere wenig bekannte, aber sehr interessante Einzelheit aus der Geschichte ist die Tatsache, dass nicht die Bulgaren mit den (lustigen) kyrillischen russischen Buchstaben schreiben, sondern genau umgekehrt.

Ich habe beobachtet, dass je weniger die Menschen hier über mein Land, unser Leben und unsere Kultur wissen, desto größer ihre Angst ist, das Land zu besuchen - einfach deshalb, weil wir zu Osteuropa gehören, womit viele auch heute noch den Ex-Ostblock

verbinden. Dabei lassen die meisten Leute außer acht, dass Bulgarien als eine ruhige Insel auf dem Balkan bezeichnet wird und sehr oft auch die Rolle des Friedensstifters übernommen hat.

Ich werde nie vergessen, wie eine Reisebüroangestellte einem deutschen Freund vor einer Reise nach Bulgarien abgeraten hat, als dieser mich vor zwei Jahren im Sommer besuchen wollte. Sie hatte ihm, ohne jemals im Land gewesen zu sein, schreckliche Geschichten erzählt. Deshalb freue ich mich umso sehr, wenn ich von Kommilitonen, Bekannten und Kollegen (nicht nur Deutsche, sondern auch Engländer und andere Nationalitäten) höre, dass sie schon in Bulgarien waren, und ganz tolle Erinnerungen nach Hause mitgenommen haben.

Was die Integration mit anderen Studenten in Deutschland betrifft, möchte ich hier näher auf die Besonderheit meiner Universität in Saarbrücken eingehen, die wegen zahlreicher Austausch- und Förderprogramme über einen

hohen Anteil ausländischer Studenten verfügt. In meinem Heim wohnen 50 % Deutsche und 50 % Ausländer. Die Integration zwischen den Ausländern ist immer intensiver als die mit den deutschen Nachbarn. Vielleicht beruht das auch darauf, dass jeder ausländische Student versucht, einen Ersatz für sein fernes Zuhause aufzubauen, da alles neu für ihn ist. Für viele meiner deutschen Kommilitonen ist das nicht notwendig, so dass ihr Bedürfnis nach Integration wohl ein anderes ist.

Manchmal beobachte und spüre ich unterschiedliches Verhalten der Mitmenschen gegenüber Ausländern mit verschiedenen Nationalitäten (z.B. gegenüber EU-Bürger und Nicht-EU-Bürger) Das stimmt mich traurig. Deshalb möchte ich mir zu guter Letzt für die Zukunft eine tolerantere und offenere Welt wünschen, in der Sprache, Religion, Hautfarbe und Nationalität eines Menschen ebenso wie die politische und ökonomische Lage seines Heimatlandes von nicht so großer Bedeutung sind.

Berichte

Michael Walter

„Schüler, Lehrer, Unterricht, Schule“

Bericht über einen Fortbildungskurs für Lehrerinnen und Lehrer des Faches Deutsch aus MOE- und GUS-Staaten im GESW e.V. Vlotho

Nachdem in den vergangenen Jahren mehrfach einwöchige Seminare zu landeskundlichen Themen durchgeführt worden waren, war das Gesamteuropäische Studienwerk e.V. Vlotho erstmals auch Veranstalter eines in Kooperation mit dem PAD durchgeführten zweiwöchigen Fortbildungskurses „Schüler, Lehrer, Unterricht, Schule“ für Lehrerinnen des Faches Deutsch aus MOE- und NUS-Staaten. Das Seminar begann am Sonntag, 6. Oktober 2002, und endete am Samstag, 19. Oktober 2002, mit der Abfahrt der Teilnehmerinnen in ihre Heimatländer.

Teilnehmende

Die Gruppe bestand aus insgesamt 14 ausschließlich weiblichen Lehrkräften, vier weitere aus Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Polen hatten in den Wochen vor Seminarbeginn teils aus gesundheitlichen Gründen abgesagt, nachdem sie zunächst angemeldet worden waren. Je eine Teilnehmerin kam aus Estland, Jugoslawien, Kasachstan, Litauen, Moldawien, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und der Ukraine, fünf aus der Russischen Föderation (Moskau, St. Petersburg, Saratow). Da auch die Teilnehmerinnen aus den ehemaligen nichtrussischen Sowjetrepubliken russisch beherrschten, entstand eine gewisse sprachliche Dominanz des Russischen in der unterrichtsfreien Zeit. Anders als in vergleichbaren Seminaren früherer Jahre schadete dies jedoch nicht der insgesamt sehr guten Gruppenatmosphäre. Obwohl die Altersspanne (von 26 bis 49 Jahren) relativ groß war, wirkte sich dies ebenfalls nicht negativ aus. Insgesamt war der Altersdurchschnitt wesentlich niedriger als bei vergleichbaren Seminaren in den Vorjahren.

Seminarablauf

Inhaltliche Schwerpunkte des Seminars waren die Themenbereiche schulische und außerschulische Bildung, Kultur, Wirtschaft, Politik und Alltag in einer deutschen Kleinstadt sowie aktuelle übergreifende gesellschaftliche, literarische, politische, wirtschaftliche und soziale Fragen. Den Auftakt bildete eine ausführliche Vorstellungsrunde mit den Teilnehmerinnen, in der diese nicht nur eine erste Gelegenheit zum gegenseitigen Kennenlernen erhielten, sondern bereits in einer kleinen Ideen-Börse mit Hilfe des kollektiven Erfahrungsschatzes Anregungen zur Bewältigung spezifischer Schulprobleme in den Heimatstädten austauschen konnten. Ein Empfang im Vlothoer Rathaus, Gespräche mit dem ehemaligen Bürgermeister, eine Stadtführung, die Vorstellung einer „Stadtrallye“, Prospekte und Folder sowie Exkursionen nach Bad Oeynhausen, Bielefeld und Hameln vermittelten den Teilnehmenden die Möglichkeit, sich ein eigenes Bild von der Geschichte und der Gegenwart der Region Ostwestfalen zu machen. Zusätzlich bot der bereits in den vergangenen Jahren sehr beliebte "Abend in deutschen Wohnzimmern" Gelegenheit, sich mit zufällig ausgewählten Gastgeberinnen und Gastgebern aus unterschiedlichen Altersgruppen, Bevölkerungsschichten und sozialen Zusammenhängen in privater Atmosphäre intensiv über das Alltagsleben in der Bundesrepublik zu unterhalten.

Hospitationen

An insgesamt vier Tagen hospitierten die Teilnehmerinnen in verschiedenen, nach Interessenschwerpunkten (Altersgruppe oder Fachbereich) ausgewählten Klassen des Weser-Gymnasiums sowie der Realschule

Vlotho. Nach einführenden Referaten der stellvertretenden Schulleiter über das deutsche bzw. das nordrhein-westfälische Bildungssystem und die unterschiedlichen Schultypen sowie über die spezifische Situation ihrer Schule besuchten die Gäste jeweils zu zweit oder zu dritt verschiedene Unterrichtsstunden ihrer Wahl. Einige der deutschen Lehrkräfte und der Schüler stellten sich anschließend zur Verfügung, um offene Fragen zu beantworten. Außerdem wurden die in den Schulen gewonnenen Eindrücke intensiv im Plenum ausgetauscht, diskutiert und mit der Situation in den jeweiligen Heimatländern verglichen. Im Gegensatz zu früheren Seminaren wurde in diesem Jahr nicht der Wunsch nach weiteren Treffen mit den deutschen Lehrkräften und Schülern am Nachmittag und nur von einer Teilnehmerin der Wunsch nach weiteren Hospitationen geäußert. Die überwiegende Mehrheit gab an, in den vier Tagen ein im Rahmen des Möglichen umfassendes Bild gewonnen zu haben. Fast schon obligatorisch war dagegen die von Teilnehmerinnen erbetene offizielle Schulpartnerschaft zwischen der eigenen und einer Vlothoer Schule.

Universitäre Bildung

Den Themen „Neue fachdidaktische Ansätze im Deutschunterricht – Deutsch als Fremdsprache“ (Prof. Dr. Claudia Riemer) sowie „Das Lehrangebot Germanistik an deutschen Universitäten“ (Prof. Dr. Seiler) waren zwei Programmpunkte an der Universität Bielefeld gewidmet. Die beiden Referenten erläuterten ausführlich die entsprechende aktuelle Situation, beantworteten zahlreiche Fragen und stellten eine Reihe von Informationsmaterialien zur Verfügung. Eine Führung durch die Universität, einer für die deutsche Bildungslandschaft typischen Hochschule, rundete diese Unterrichtseinheit ab.

Landeskundeunterricht

Breiten Raum nahm der Themenbereich "Landeskunde im Deutschunterricht" ein. Die Gäste gaben an, diverse methodisch-

didaktische Anregungen für den eigenen Unterricht übernehmen zu wollen. Entsprechend der zu Seminarbeginn von den Teilnehmerinnen geschilderten schlechten materiellen Situation an vielen Schulen in MOE- und GUS-Staaten wurde dabei weitgehend auf den Einsatz teurer Medien verzichtet. Stattdessen erhielten die Teilnehmenden beispielsweise Vorschläge für die Behandlung der weltweit bekannten Rattenfängersage in verschiedenen Jahrgangsstufen, besuchten ein Märchenmuseum, gestalteten selbst ein "Deutschland-Museum" und näherten sich unterschiedlichen Themen auf vielfältige methodische Weise (Literatur, Bild, Musik, Spielfilm, Quiz, Statistik u.a.) an. Ein „Lernzirkel Deutschland“ wurde ebenso positiv auf seine Verwendbarkeit im Unterricht getestet wie die neu für den Unterricht konzipierten Demo-Cards der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und die „Methodenkiste“ der Bundeszentrale für politische Bildung. Von den Teilnehmerinnen selbstständig ausgewählte deutsche Spiel- und Dokumentarfilme ergänzten die landeskundlichen Unterrichtseinheiten. Besonders großes Interesse fand dabei der Film "Sonnenallee", den das GESW in Zusammenarbeit mit der Vlothoer „Kulturfabrik“ vorführte.

In weiteren Unterrichtseinheiten behandelten die Teilnehmerinnen - wiederum in Verbindung mit einem Methodentraining – die Themen „Jugend, Szenesprache und Subkulturen“, "Jugend in Deutschland: Werte und soziale Bedingungen", „Ausländer in Deutschland – Probleme der Integration“, „Gibt es den deutschen Michel? – Übungen zum Deutschlandbild“ sowie die „Rechtschreibreform“. Weniger geglückt scheint der Versuch, die Teilnehmerinnen in eine in anderem Kontext geplante Diskussion mit einem deutschen Europaabgeordneten (Dr. F.-W. Graefe zu Baringdorf) über die bevorstehende EU-Osterweiterung einzubeziehen. Der Politiker setzte zuviel Fachwissen voraus, so dass die Gäste ab einem bestimmten Gesprächspunkt nicht mehr folgen konnten.

Auf besonderen Wunsch der Lehrerinnen bildete erstmals das Thema „Generation @ - Lehren und Lernen mit den neuen Medien“ einen eigenen Programmpunkt. Allerdings wurde deutlich, dass der Kenntnisstand der Teilnehmerinnen und ihre Möglichkeiten, neue Medien im Unterricht zu verwenden, sehr unterschiedlich waren. Daher bot der verantwortliche Trainer sowohl Einführungen in das Thema einschließlich der Problematik der Medienkompetenz von Schülerinnen und Schülern als auch eine PowerPoint-Schulung für die Fortgeschrittenen an. Für eigene Übungen standen während der gesamten unterrichtsfreien Zeit internetfähige Rechner zur Verfügung, die von etwa einem Drittel der Teilnehmerinnen auch intensiv genutzt wurden.

Ein abschließender Vortrag mit Diskussion erläuterte die Entwicklung Deutschlands nach 1945 sowie aktuelle innen- und außenpolitischen Herausforderungen der Bundesrepublik nach der Bundestagswahl. Hierbei stieß vor allem die verwendete Museumsmethode als Alternative zu visuellen und auditiven Lern-techniken auf großes Interesse (vgl. die Abschlusskommentare im Anhang).

Kultur

Zum Schwerpunkt Kultur zählten die Lesung des Buchautors Eitel Riefenstahl („Requiem für einen Gestapo-Mann – Hommage an meinen Vater“) sowie ein Überblick über das Thema „Frauen in der deutschen Literatur vom Kriegsende bis heute“ mit anschließender Lesung einiger Gedichte und Prosatexte durch die Schriftstellerin Irma Hildebrandt. In Gesprächen in der autonomen Kulturfabrik Vlotho (Friedel Lindemann), im Kultur- und Kommunikationszentrum Hameln (Herr Komerik), mit dem Leiter der musikpädagogischen Initiative "Musica Curiosa", den Organisatoren des experimentellen Festivals PerSonanzKonSonanz (Peter Ausländer und Tina von Behren-Ausländer) sowie den Veranstaltern des Großfestivals Umsonst & Draußen (Lars Schulz) wurde darüber hinaus

deutlich, dass auch in der Bundesrepublik vorhandene finanzielle Probleme bei der Organisation kultureller (Jugend-)Angebote durchaus durch Kreativität und ehrenamtliches Engagement zumindest teilweise kompensiert werden können.

Obwohl die Unterstützung mit kostenlosen Materialien durch das Goethe Institut/Inter Nationes u.a. insgesamt leider stark zurückgegangen ist, konnten die Teilnehmenden neben den üblichen Buchgeschenken und Materialien weitere umfangreiche Lehrmaterialien und Unterrichtshilfen mitnehmen.

Mit einem gemütlichen „Kneipenabend“ endete das Seminar.

Bewertung aus Sicht des GESW

Aus Sicht der MitarbeiterInnen des GESW verlief das Seminar sehr erfolgreich. Mitverantwortlich dafür war zweifellos, dass seitens des PAD aus der Erfahrung vergangener Jahre mehrere Bitten der Seminarveranstalter aufgegriffen worden waren, insbesondere mit Blick auf die Deutschkenntnisse, die mindestens befriedigend, oft aber auch ausgezeichnet zu bewerten wären. Es stellte für keine der Teilnehmerinnen ein Problem dar, dem Seminarprogramm zu folgen und sich selbst einzubringen. Besonders erfreulich war auch, dass relativ viele junge, hochmotivierte Lehrerinnen die Chance zur Teilnahme an diesem Programm erhalten hatten – keine Selbstverständlichkeit angesichts der normalen Vergabepraktiken hinsichtlich solcher Stipendien, wie uns mehrfach versichert wurde.

In der Seminarkritik kommentierten die Teilnehmerinnen das abwechslungsreiche und informative Programm mit viel mündlich und schriftlich geäußertem Lob (s. Anlage). Dementsprechend ziehen auch die beteiligten wissenschaftlich-pädagogischen Mitarbeiter des GESW eine sehr positive Bilanz, zumal es auch keinerlei Anlass für Kritik am Verhalten von Seminarteilnehmenden gab. (So gab es weder die fast schon gewohnten Bitten einzelner, Programmtagen fernzubleiben, um

privaten Interessen nachzugehen, noch die in der Vergangenheit häufig vorgetragenen Forderungen nach „mehr Freizeit“, „Einkaufsmöglichkeiten“ oder „Erholung“.) Relativ gut geklappt hat die weitgehend pünktliche Anreise aller TeilnehmerInnen: Die ersten Gäste kamen Samstagmorgen, mehr als die Hälfte der Gruppe war bei Seminarbeginn am Sonntagabend anwesend, während die letzte Teilnehmerin schließlich am Montag ankam. Diskussionsbedarf besteht aus unserer Sicht allenfalls noch beim Thema "Auswahl der Teilnehmenden". Zum Teil hatten TeilnehmerInnen offenbar bereits an ähnlichen Programmen teilgenommen. Dennoch stimmt die Linie nun: eher junge Lehrkräfte mit entsprechenden Maßnahmen zu fördern als ältere mit Deutschlandreisen zu "belohnen". Insgesamt zeigten die Teilnehmenden großes Interesse am Seminarprogramm, schlossen Freundschaften und wuchsen ungewöhnlich rasch zu einer kollegialen Gruppe zusammen. Alle Beteiligten würden sich daher freuen, auch in den kommenden Jahren Kooperationsseminare mit dem PAD in Vlotho durchzuführen.

Anhang

Zum Seminarabschluss wurden die Teilnehmenden gebeten, verschiedene Satzanfänge zu vervollständigen (Originalschreibung wurde beibehalten):

**Schüler, Lehrer, Unterricht, Schule
Fortbildungskurs vom 6.-19.10.2002
für Lehrerinnen und Lehrern des Faches
Deutsch aus Mittel- und Osteuropa
in Kooperation mit dem Pädagogischen
Austauschdienst, Bonn
Seminar Nr. 41-42.02**

Leitung: Dr. Michael Walter

Mitarbeit: Dr. Gerhard Schüsselbauer,
Jörg Stemmer, Dr. Zbigniew Wilkiewicz,
Daniela Werning u. a.

Auswertung („stummer Schreibtisch“; anonym; Originalschreibweise)

Ich habe gelernt...

- ?? neue Methoden im Unterricht
- ?? viel Neues über andere Länder
- ?? wie viel ich noch nicht weiß
(Methoden usw.)
- ?? Gruppenarbeit zu veranstalten
- ?? wie man verschiedene Materialien im
Deutschunterricht verwenden kann
- ?? das Land und die Leute, deren Sprache
ich unterrichte kenne gelernt, weil das meine
erste Reise war
- ?? kreatives Umgehen mit den
Materialien zu verschiedenen Thema
- ?? Teamarbeit, neue Methoden und viel
Interessantes
- ?? wie man die Schüler im Unterricht
motivieren kann
- ?? Teamarbeit, Museumsmethoden, neue
Prinzipien des Lernens
- ?? Im Team arbeiten, Museumsmethode
und viel Interessantes in Bezug auf
Landeskunde

In Zukunft werde ich...

- ?? die Museumsmethode verwenden (3x)
- ?? versuchen, die neuen Methoden und
Materialien in meinem Unterricht zu
verwenden
- ?? mehr über Geschichte und Politik
lesen
- ?? neue Materialien über Jugend in D. zu
verwenden
- ?? den Schülern viel mehr über
Deutschland erzählen und zeigen können
- ?? meinen Schülern meine neue erlebte
Landeskundekenntnisse beibringen
- ?? versuche, alles, was ich erfahre, zu
verwenden
- ?? Stundenreihe über meine Reise und
mein Deutschland (wie ich jetzt fühle) machen
- ?? Teamarbeit, Museumsmethoden und
Aufgaben in Stationen werde ich verwenden!
- ?? die Erfahrungen die ich hier
gesammelt habe; praktisch anwenden

?? den Schülern beibringen, was ich Neues erfahren habe

?? ich werde unbedingt einen Videofilm in einer Deutschstunde drehen, in der ich die Museumsmethode zeigen werde und die Videokassette nach Vlotho schicken

Ich habe einen Verbesserungsvorschlag:

?? Mehr Vorlesungen und nicht so viel Hospitationen

?? Mehr Hospitation und nicht so viele Vorlesungen

?? Man muß nichts verändern

?? nicht so viel Essen, sonst...

?? mehr Süßigkeiten und mehr Ausflüge

?? mehr Paararbeit und Gruppenarbeit

?? Workshop zum Thema „Phonetik“

?? noch Besser wird`s schlechter , so meine ich

?? laden Sie uns so schnell wie möglich wieder ein!!! (4x)

?? Ich würde Nichts verändern

?? mehr Vorbereitungszeit für die Gruppenarbeit

?? Alles war super

Das Beste war:

?? informatives, abwechslungsreiches Programm (2x)

?? das neue moderne Material über das Leben in D

?? viel neues aus der Methodik erfahren

?? Alles, weil mir das Programm gut gefallen hat

?? dass wir uns besser verstehen können

?? eine angenehme freundliche Atmosphäre, die viele Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern Osteuropas vereinigt hat

?? die Lehrenden, Mitstudierenden, Unterrichten, Wetter auch

?? die Lehrenden, Unterrichtenden und Studierenden, die an diesem Seminar teilgenommen haben

?? mir hat alles gefallen

?? neue Methoden, z.B.: Museumsmethoden, von denen ich früher nicht gewußt habe (2x)

?? neue Freundschaften zu machen und die Sprache weiter zu verbessern

?? das ich mich nie gelangweilt habe

Ich möchte Ihnen noch sagen:

?? Vielen Dank für neue Ideen!

?? Vielen Dank für die Reise ins heutige Deutschland

?? Vielen, vielen Dank, es hat mir sehr gefallen

?? Herzlichen Dank, für unvergessliche Tage in Vlotho!

?? Es war toll! Riesengroßes Dankeschön allen Mitarbeitern vom GESW

?? Besten Dank! Alle und alles waren toll und unvergesslich (oder unvergesslich)!

?? Dieses Seminar werde ich nie vergessen und ich würde gerne noch mal kommen.

?? Ihr habt das Seminar toll vorbereitet!

?? Ich habe viel weniger erwartet, darum bin ich auch so begeistert von den 15 Tagen hier!

?? Viele junge Kollegen aus meinem Land solche Seminare besuchen sollen.

?? Herzliche Dank, ich komme nach Hause begeistert und möchte sofort neue Methoden verwenden

?? Ich bin sehr begeistert! Vielen Dank!

Zbigniew Wilkiewicz

Steht die katholische Kirche Polens vor dem Schisma?

In der vorliegenden Dokumentation beschäftigen wir uns mit zwei Texten, in denen einige grundlegende Veränderungen innerhalb der katholischen Kirche Polens, aus recht unterschiedlicher Sicht, rekonstruiert werden. Während Boguslaw Mazur den Aufstieg des fundamentalistischen Redemptoristen Pater Tadeusz Rydzyk und seines berühmt-berüchtigten Senders Radio Maryja behandelt, beschäftigt sich Edyta Metel mit der neuen Religiosität der Polen, die in ihrer Mehrzahl den politischen Einfluss der Kirche, ihr Machtstreben sowie die moralische Einmischung in ihr Alltagsleben ablehnen. Der Widerspruch zwischen dem Programm Rydzyks, der sich gegen die polnische Amtskirche auflehnt und einen polnischen Sonderweg postuliert, sowie den Voten der Mehrheit der polnischen Katholiken ist dabei offensichtlich. Umso erstaunlicher ist die Tatsache, dass der Sender Millionen von Zuhörern erreicht und Rydzyk – besonders auf dem Lande und in Kleinstädten – in hohem Maße respektiert und verehrt wird. Ob es ihm aber tatsächlich gelingen kann, die polnische Kirche zu spalten, wie von einigen besorgten Beobachtern behauptet wird, scheint indessen fraglich. Denn weder die Mehrheit des polnischen Episkopats noch das Gros der polnischen Katholiken streben einen fundamentalistischen Gottesstaat an.

Boguslaw Mazur: Rozlam w Kosciele. Kosciól torunskokatolicki kontra Kosciól rzymskokatolicki [Spaltung der Kirche. Die Thorner katholische Kirche gegen die römisch-katholische Kirche], in: Wprost, 15.9.2002, S. 16-31.

„Ihr seid das echte Gottesvolk. Niemand soll euch sagen, wie ihr seid und betet, wie ihr eure Kinder erziehen und die Erlösung anstreben sollt. Christus sagt: Meine Kirche ist da, wo es wenigstens zwei Menschen im Glauben gibt.“

So sprach Pater Tadeusz Rydzyk zu seinen Anhängern. Fast die gleichen Worte hatte im Jahre 1517 Martin Luther gesprochen.

Die Welt gemäß Rydzyk

„Das Volk ist klug, aber es wird verdummt.

Lieber Gott, bewahre Polen vor dem Liberalismus, vor der liberalen Ideologie, die schlimmer ist als das totalitäre, kommunistische oder nazistische System.

Gegenwärtig vollzieht sich vor unseren Augen die nächste Teilung Polens. [...]

Auf der Welt wird systematisch eine Anti-Evangelisierung durchgeführt, gelenkt von einer Zentrale, die anonym bleibt. Die schrecklichen Folgen bekommen wir in unserem Vaterland und in unseren Familien zu spüren.

Den Abgeordneten, die für die Tötung ungeborenen Lebens stimmen, sollte man die Köpfe scheren, wie einst den Huren, die sich mit Deutschen einließen.

Über 80 Prozent der Zeitungen befinden sich in nicht polnischen Händen, und ich wundere mich nicht, dass sie all diese Dinge schreiben. Das ist ihr Geschäft.

Brüssel ist der Ort, wo sich Europa vereinigt, aber nicht in christlichem Geist (...), vielmehr vereinigt es sich im Geist des Liberalismus und der Freimaurer.

Gott wacht über uns, und wird es den Pharisäern nicht erlauben, das Werk zu zerstören, das wir mit so großer Mühe geschaffen haben. Bisher beobachten wir und notieren Taten und Gespräche. Wenn die Zeit gekommen ist, werden wir den Verrätern die Rechnung ausstellen.

Halleluja! Vorwärts! Mit Gott! Mit ganzer Kraft voraus!“

Rydzyk gegen Glemp

„Dieser Priester ist ein Heiliger, ein richtiger Kirchenvater“ – meint Anna Ziólkowska, Aktivistin der „Familie Radio Maryja“ in Stettin. Ziólkowska sowie weitere fünf

Millionen Menschen, die ihre Ansichten teilen, sind überzeugt, dass Tadeusz Rydzyk – und nicht Józef Glemp – der wahre Anführer des Katholizismus in Polen ist. Der Direktor von Radio Maryja ist in der Tat bereits der Führer einer alternativen Kirche, der Thorner katholischen Kirche. Tadeusz Rydzyk setzt sich durch, weil er ein starker, charismatischer Führer und ein talentierter Manager ist. Józef Glemp verfügt über keine dieser Eigenschaften.

Rydzyk ist die Personifizierung von Energie und Expansion, was vier bis fünf Millionen Anhänger und mehrere Dutzend starke Organisationen, die er in den letzten Jahren gegründet hat, belegen. Er verfügt über ein eigenes Radioprogramm, das sich vierzehn Prozent der erwachsenen Polen anhören, die Zeitung „Nasz Dziennik“ [Unser Tagblatt], aber auch über ca. zwanzig eigene Abgeordnete und Senatoren.

Józef Glemp ist passiv, und seine Art, die Kirche zu führen, wird von einem Teil der Bischöfe – zumindest seit 1997 – in Frage gestellt. Damals schuf man formal zwei Funktionen, die des Primas und die des Vorsitzenden der Bischofskonferenz. Hinsichtlich der zweiten Funktion tauchte mit Erzbischof Henryk Muszynski ein Konkurrent auf, was sogar die Anhänger des Primas als Misstrauensvotum werteten. Das größte Werk des Primas Glemp, die „Katholische Aktion“, kommt, trotz langjähriger Bemühungen, nicht aus dem Embryonalzustand heraus.

An den von Rydzyk organisierten Aktionen nehmen 150.000 bis 200.000 Personen teil. Sie sind bereit, immer wenn sie dazu aufgerufen werden, vor dem Parlament zu protestieren, schwarze Listen mit den Namen von Abgeordneten zu erstellen, die Gesetzesinitiativen unterstützen, die Rydzyk nicht gefallen,

Unterschriften für die Verschärfung des Gesetzes zum Schutz des ungeborenen Lebens zu sammeln, „soziale Trios“ loszuschicken, die diejenigen Kioskbesitzer, die erotische Schriften verkaufen, unter Druck setzen, Demonstrationen vor den Büros von Abgeordneten durchzuführen, die nicht gemäß den Weisungen Rydzyks abstimmen, „unsittliche“ Filme zu boykottieren oder Proteste vor dem Obersten Gerichtshof zu organisieren. Die Initiativen von Primas Glemp bilden dagegen eine Kette von Niederlagen oder stoßen auf Gleichgültigkeit. Tadeusz Rydzyk ist die ganze Zeit in Opposition zu den politi-

schsen Hauptkräften, und dennoch, oder gerade deshalb, wächst sein Einfluss immer weiter. Józef Glemp hat praktisch in keiner wichtigeren Formation Gegner, und dennoch ist seine Position schwächer.

Ameise gegen Raupe

Die offizielle Kirche beschäftigt sich hauptsächlich mit inneren Problemen. Nachdem sie nicht mehr gegen den Staat kämpft und sich nicht in die Politik einmischt, hat sie ihre Vitalität verloren und mobilisiert die Gläubigen nicht mehr. Rydzyk versetzt seine Anhänger dagegen in einen Zustand permanenter Bedrohung. In seinem Sender Radio Maryja hat Rydzyk die Feinde eindeutig definiert: Freimaurer, Juden, Eliten, die den „Neuerungen“ der Bischöfe und Pfarrer trauen, sowie wohlhabende Menschen, die „ihr Geld mit dem Betrug einfacher Menschen gemacht haben“. Der Soziologe Professor Ireneusz Bialecki vergleicht das Verhalten Rydzyks mit dem einer „kämpferischen Ameise“, während die offizielle Kirche immer häufiger „einer faulen Raupe gleicht, die Gefahr läuft, von der Ameise aufgefressen zu werden“.



Quelle: wprost, Nr.37, 2002

Vor einigen Jahren stellte Professor Józef Tischner fest, dass Radio Maryja eine eigene Vision der Evangelisierung sowie eine eigene Konzeption der Ökumene und des Verhältnisses zu den Juden habe. Ziel dieser Konzeption sei nicht die Verbesserung, sondern die Abschaffung der Demokratie. Und ein immer größer werdender Teil der Gesellschaft ist ähnlicher Auffassung. Fast vierzig Prozent der Polen meinen – gemäß den Umfragen des [Meinungsforschungsinstituts] CBOS –, dass die auf dem freien Markt basierende Demokratie sich nicht bewährt habe. Entgegen allem Anschein beschränkt sich die Anhängerschaft von Rydzyk nicht auf eine kleine Gruppe devoter Rentnerinnen. Es handele sich durchaus nicht um eine Randgruppe, mit der man sich – wie von einigen behauptet – nicht zu befassen braucht, erläutert Sergiusz Kowalski vom Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften. Immerhin hat Rydzyk bereits auf jeden siebten erwachsenen Polen Einfluss. Keiner anderen politischen Kraft ist es wie ihm gelungen, Hunderttausende Menschen zu mobilisieren. In einigen wenigen Jahren hat er mehr Anhänger gewonnen als der integralistische Bischof Lefebvre nach dreißig Jahren in Frankreich. Tatsächlich ist Pater Rydzyk zum einflussreichsten „neuen“ Religionsführer in Europa geworden.

Rydzyk, also Lepperismus in der Kirche

Die Thorner katholische Kirche wird schon von mindestens dreißig Bischöfen unterstützt, unter anderem von Ignacy Tokarczuk, Adam Lepa, Edward Frankowski oder Kazimierz Romaniuk. In Kürze könnte sie die Unterstützung weiterer fünfzig Bischöfe erhalten, würde also die Mehrheit des polnischen Episkopats hinter sich haben.

Johannes Paul II. hat schon mehrmals inoffizielle Emissäre zu Rydzyk geschickt, unter anderem Pater Konrad Hejma, den Direktor des römischen Zentrums Corda Cordi, was von polnischen Priestern in Rom bestätigt wird, aber niemals erhielt er die eindeutige

Erklärung, dass sich Radio Maryja verändern wird. Offiziell lehnt Radio Maryja mit seinem Chef den Papst nicht ab. Die polnischen Priester, die bei „L'Osservatore Romano“ arbeiten, behaupten allerdings, dass Rydzyk davon überzeugt sei, dass er direkt die Befehle Gottes ausführe, und daher die Vermittlung des Papstes nicht brauche. Ähnliches behaupteten alle Schismatiker, von der Pataria des XI. Jahrhunderts bis hin zu dem jüngst verstorbenen Bischof Lefebvre.

„Rydzyk, das bedeutet Lepperismus in der polnischen Kirche“ – sagt Bischof Tadeusz Pieronek. Fast fünfzehn Prozent der Katholiken Polens sind Anhänger Rydzyks, und Lepper wird von 12 bis 15 Prozent der erwachsenen Polen unterstützt. Die „Familie von Radio Maryja“ ist genauso stark wie die „Selbstverteidigung“ [Andrzej Leppers]. Primas Glemp fürchtet diesen Einfluss. Wir haben erfahren, dass einige Bischöfe vertrauenswürdige Priester gebeten haben, kompromittierendes Material über Pater Rydzyk, besonders aus der Zeit seines Aufenthalts in Deutschland zu sammeln, was ihn zum Rücktritt von seiner Funktion als Direktor von Radio Maryja hätte zwingen sollen.

Ihr werdet noch von mir hören!

Bereits als Kind war Tadeusz Rydzyk (Jahrgang 1945) sehr ehrgeizig, aber etwas schüchtern. Die Familie (die Mutter, zwei Brüder und eine Schwester) lebten in überaus bescheidenen Verhältnissen. Als Jugendlicher war er sehr stark auf sich selbst konzentriert. Oft sagte er: „Ihr werdet noch von mir hören“ – erzählt einer der Nachbarn der Familie Rydzyk. In der Schule war er ein durchschnittlicher Schüler. Eine Schulfreundin behauptet, dass er verschlossen und einsilbig war, dass er aber während des Sportunterrichts, zum Beispiel beim Fußball, als Mannschaftsführer auftrat.

In Olkusz wohnen noch immer die beiden Brüder Rydzyks, seine Schwester ist jüngst verstorben. Der ältere Bruder Mirosław unterhält Kontakte zu Tadeusz. „Das Episkopat hat

die Thorner Radiostation gezielt angegriffen, um die Menschen gegen Radio Maryja aufzubringen. Das sind antireligiöse Aktivitäten“ – meint Miroslaw Rydzyk gegenüber „Wprost“. Der zweite der Brüder ist schwer krank. Die Nachbarn behaupten, dass der berühmte Bruder ihn weder besucht noch ihm hilft, „obwohl er ´solche` Möglichkeiten hat“. Sie behaupten auch, dass Tadeusz Rydzyk seine Geschwister in Olkusz bis in die 1990er Jahre nicht besuchte.

Nach dem Abschluss des Höheren Priesterseminars der Redemptoristen in Tuchów und dem Studium der Theologie an der Warschauer Akademie für katholische Theologie kam Tadeusz Rydzyk 1971 nach Thorn. Er war der erste, der Beat-Messen organisierte, zu denen Hunderte von Jugendlichen kamen. „Es gab so einen Andrang, dass man die Lautsprecher außerhalb der Kirche aufbauen musste“ – erinnert sich Jerzy Wenderlich, Abgeordneter des Linken Wahlbündnisses, der als Gymnasiast in einer von Rydzyk organisierten Band Geige spielte.

Die deutsche Lektion

Im Jahre 1986 begab sich Rydzyk nach Deutschland und ließ sich in der Gemeinde Oberstaufen in Bayern nieder. Hier blieb er gegen den Willen der polnischen Kirchen- und Ordensbehörden, die ihn zurückrufen wollten. Er kehrte erst 1991 nach Polen zurück. In Deutschland lernte Tadeusz Rydzyk zwei Dinge: Business und einen Radiosender zu leiten. In Augsburg gab es einen religiösen Sender, der zum Muster für Radio Maryja wurde. Die Pfarrer aus Oberstaufen erinnern sich noch gut an Tadeusz Rydzyk. Sie erinnern sich auch daran, dass er nicht nur den Augsburger Sender hörte, sondern auch nach Augsburg fuhr, um sich anzuschauen, wie der Sender funktionierte. [...]

Während seines Aufenthalts in Deutschland nahm Rydzyk auch an Schulungen im Schiller-Institut (in den Dokumenten des Instituts figuriert er als Kursteilnehmer) teil, das 1984 von dem Amerikaner Lyndon LaRouche

gegründet wurde. Als Anhänger des „dritten Weges“ behauptet LaRouche, dass die Welt von einer global operierenden Regierung von Spekulanten beherrscht werde, der man sich zu widersetzen habe, indem man einen auf dem Naturrecht basierenden Nationalstaat schaffe. LaRouche ist ein Gegner der europäischen Einigung, der Börsen und der Weltbank.

Im Jahre 1991 kehrte Tadeusz Rydzyk nach Polen zurück und gründete Radio Maryja, für das er 1994 eine landesweite Konzession erhielt. Er erwies sich als hervorragender Geschäftsmann. Er imitiert amerikanische Prediger, die eigene Fernsehprogramme haben, wie Michael Manning, Kenneth Copeland oder William Branham. Die Mittel zur Unterhaltung des Senders und anderer Unternehmungen (100 Mio. Zloty jährlich, so Rydzyk während einer Sendung von Radio Maryja) bestehen aus Spenden, Geldüberweisungen oder testamentarischen Verfügungen aus Polen sowie Geschenken von Auslandspolen, besonders aus Argentinien und Brasilien, aber auch aus den USA und Kanada.

Thorn oder das neue Rom

Den Kern der Thorner Katholischen Kirche bildet ein fast vier Hektar großes Areal, der Sitz des Senders Radio Maryja an der Zwirki i Wigury Straße in Thorn. Entlang der Umfriedung sind Kameras installiert. Um in einen der Räume im Gebäude des Senders zu kommen, muss man eine spezielle Karte benutzen, in deren Magnetstreifen die Befugnis zum Öffnen einer bestimmten Tür eingetragen ist. Die Gebäude, der Hof und der Garten werden ebenfalls permanent überwacht. Jeder Gast des Radiosenders wird zusätzlich von nicht uniformierten Wachmännern observiert. Um mit einem hauptamtlichen Vertreter des Senders zu sprechen, muss man entsprechende Referenzen haben.

Auf dem Hof stehen spezielle Stellwände, auf denen man sich unter anderem die Martyrologie von Radio Maryja, also die Geschichte der Verfolgung des Senders und des Paters Direktor anschauen kann. Wir haben

auch eine Tafel mit Goebbels-Zitaten bemerkt sowie die Logos von Presseerzeugnissen, die auf der schwarzen Liste stehen, zum Beispiel „Gazeta Wyborcza“, „Wprost“, „Tygodnik Powszechny“ und „Polityka“. Mit der Recherche „feindlicher“ Publizistik beschäftigt sich bei Radio Maryja ein besonderes Team, das bisher über 7.000 Zeitungsabschnitte gesammelt hat.

Der Sieger Rydzyk

„Ich zweifle daran, ob Pater Rydzyk in der Lage ist, sich der Kirchenhierarchie unterzuordnen. Bisher waren alle Versuche vergeblich. Ich glaube nicht an seine wundersame Bekehrung“ – meint Bischof Tadeusz Pieronek. Derjenige, der Rydzyk daran hindert, offen gegen die offizielle Kirche vorzugehen, ist Johannes Paul II. Nach dessen Tod wird den Direktor von Radio Maryja nichts mehr bremsen können. Rydzyk wird in den nächsten zwei, drei Jahren von über sechs Millionen Personen unterstützt werden. „Nach dem Tod von Johannes Paul II. kann es in der Tat zu einem Schisma in der polnischen Kirche kommen. Pater Rydzyk hat dem Heiligen Vater schon lange die Gefolgschaft aufgekündigt. Es ist schade, dass sich unser Episkopat nicht bemüht hat, seine Möglichkeiten zu nutzen und Rydzyk zu bestrafen. Jetzt ist es dafür wohl zu spät“ – meint Jan Nowak-Jezioranski in einem Gespräch mit „Wprost“.

Edyta Metel: Polaków portret religijny [Der Polen religiöses Portrait]. In: Tygodnik Powszechny, 1.9.2002, S. 17.

Wie steht es in den letzten Jahren mit der Religiosität der Polen, nicht mit der an Feiertagen und bei Papstbesuchen präsentierten, sondern mit der Alltagsreligiosität? Worauf beruht sie und wodurch wird sie gespeist? Wie hat sie sich seit 1989 verändert? Und wohin zielt sie?

„Polen hat einen großen Vorteil: Noch sind die Kirchen an Sonntagen gut gefüllt, noch gibt es in den Priesterseminaren der Diözesen keine

Probleme mit dem Nachwuchs, noch immer sind viele junge Menschen in akademischen Bewegungen und Gemeinden engagiert. Ihr seid noch in der Lage, die Gläubigen auf die neue Zeit vorzubereiten.“ Diese Perspektive für die polnische Religiosität entwickelte in der Zeitschrift „Wież“ (März 2002) Pfarrer David Sullivan Mafr, ein in Polen ansässiger Ire.

Maria Sroczyńska, Autorin der Analyse „Das Phänomen der Volksfrömmigkeit in Polen – Kontinuität und Wandel“ (in der vor zwei Jahren vom Statistischen Institut der katholischen Kirche veröffentlichten Untersuchung „Die Kirche und die Religiosität der Polen 1945-1999“) weist nach, dass sich die traditionellen Merkmale der Volksfrömmigkeit, wie sie sich zwischen dem 16. und dem 18. Jahrhundert herausgebildet haben – trotz veränderter Milieus –, bis ins 20. Jahrhundert in der polnischen Gesellschaft erhalten haben. Die Dominanz des adligen Lebensstils sowie die schwache Entwicklung der Städte, in die die Dorfkultur hineingetragen wurde, sorgten dafür, dass eine Gesellschaft entstand, die sich zu einem adlig-dörflichen Wertesystem bekannte.

Sroczyńska zählt die charakteristischen Merkmale der Volksfrömmigkeit auf: der auf dem Bekenntnis beruhende Nationalismus (Pole und Katholik sind identisch); der kollektive Charakter dieser Religiosität (in erster Linie ist sie Sache der Gemeinschaft und erst dann Angelegenheit des Individuums); der Anti-Intellektualismus, der hinsichtlich der Behandlung religiöser Themen Oberflächlichkeit fördert; der Respekt und die Verbundenheit gegenüber den Priestern, die auch in außerreligiösen Fragen Autoritäten sind; Traditionalismus und Ritualisierung, die stärker mit der Einhaltung von Zeremonien und Vorschriften verbunden sind als mit der Ethik des Evangeliums; die Bedeutung der emotionalen Seite der Religion, ohne ausreichende Vertiefung. Und schließlich die schwache Verbindung der Religiosität mit der Alltagsmoral.

Diese Beschreibung soll uns als Bezugsmuster für die Analyse der neuen Phänomene im religiösen Leben der Polen dienen.

Man muss nichts tun, um Katholik zu sein

Nach Angaben des Statistischen Instituts der katholischen Kirche glauben 91 Prozent der Polen an die Existenz Gottes, 72 Prozent an den Himmel, zwei Drittel an die Wiederauferstehung und 41 Prozent an die Hölle. Ein fundiertes Wissen über Christus, Gott und den Menschen besitzt nicht viel mehr als ein Viertel der Polen.

Unter den Gläubigen überwiegen Frauen, die Bewohner von Dörfern und Städten bis zu 20.000 Einwohnern, Personen mit Grundschul- und Berufsausbildung, Landwirte, Rentner und Pensionäre. Unternehmer, Geschäftsleute, Menschen mit höherer Bildung und Bewohner von Städten mit über 100.000 Einwohnern bezeichnen sich seltener als gläubig oder tief gläubig. Am frommsten sind Personen, die älter als 55 Jahre sind, und den höchsten Prozentsatz an Atheisten notiert man bei Personen zwischen 18 und 25 Jahren.

Die Gläubigen kommen am stärksten bei sogenannten einmaligen Ritualen zusammen. Die Taufe halten 90 Prozent für sehr wichtig, die kirchliche Trauung 88 Prozent, die kirchliche Bestattung 92 Prozent (diese Zahlenangaben stammen aus dem von Irena Borowik und Tadeusz Doktor veröffentlichten Bericht „Religiöser und moralischer Pluralismus in Polen“, Krakau 2002).

Aufgrund der im Jahre 1991 von der für das Hauptamt für Statistik tätigen Forschungsgruppe „Religiöse Bekenntnisse“ und dem Institut für Religionssoziologie SAC durchgeführten Untersuchungen macht die Zahl der so genannten Sonntagskatholiken (Personen die mehr oder weniger regelmäßig, zumindest aber einmal im Monat praktizieren) 80 Prozent der polnischen Gesellschaft aus. Sroczynska behauptet hingegen, dass die Tendenz zur Vertiefung des Glaubens auf der Alltagsebene nicht dominierend ist, und dass der Prozentsatz an Katholiken, der eine solche Haltung ein-

nimmt, höchstens 15 Prozent erreicht. Warum ist das so?

Nach Ansicht des Theologiestudenten Pawel Fudala ist das Problem mit der Mentalität der Polen verbunden. „Folgendes Denken ist populär: Alles hängt sowieso von Kwasniewski oder Miller ab, die Frömmigkeit hingegen vom Papst. Ich selbst vermag nichts. Anders würde ein Amerikaner sprechen: Mein Glaube, ähnlich wie mein Geschäft, hängen von mir selbst ab. In Polen muss man hingegen nichts tun, um Katholik zu sein.“

„Heute ist die Energie das Sacrum. Es zählt die Selbstverwirklichung – hier und jetzt“ – meint Zbigniew Pasek, Religionswissenschaftler an der Krakauer Jagiellonen-Universität. Der Mensch will gesund, glücklich und befriedigt sein. „Man versichert ihm, dass die Macht mit ihm ist. Der liebe Gott mit einer unverständlichen Theologie befindet sich in der Krise. Dreißig Prozent der Polen wissen, worum es im Katholizismus geht, und mehr als zehn Prozent versuchen, danach zu leben. Diejenigen, die einst praktizierten, um die Kommunisten zu ärgern, sind allerdings weggefallen. In meiner Umgebung gibt es vereinzelt ein tieferes religiöses Leben, die meisten gehen jedoch aus Gewohnheit oder aus Tradition in die Kirche. Junge Männer sind auf der Suche nach Gesellschaft und dem Geld für eine Flasche Schnaps. Die Mehrheit jagt dem Geld hinterher, hat einen Säufer zum Ehemann und eigene Vorstellungen... Und diese Vorstellungen sind wichtiger als die Autorität der Kirche.“

[Wird der Glaube immer selektiver?]

Pfarrer Witold Zdaniewicz, Mitautor des Buches „Die Kirche und die Religiosität der Polen 1945-1999“ stellt die Antworten der Befragten auf die Frage vor: „Was ist die Bedingung, um Christ zu sein?“ Es stellt sich heraus, dass es für 97 Prozent der Befragten der Glaube an Gott ist, für 92 Prozent das Einhalten der zehn Gebote, für 67 Prozent das Gebet und für 63 Prozent die Sonntagsmesse. Nur für ein Viertel setzt das Modell eines

vorbildlichen Christen die Zurückhaltung bei vorehelichen sexuellen Kontakten voraus, und über 40 Prozent erachten diese Norm für das Christentum nicht als „unerlässlich“. Ähnlich steht es mit dem Verbot der Verhütung: als verbindlich erkennen es nur 25 Prozent der Befragten an.

„Man muss sich fragen, wo die Verantwortung für die Freiheit, die Verantwortung für den Mitmenschen geblieben ist“ – meint Pfarrer Zdaniewicz. „Wenn ein Mensch früher sündigte, und er sündigte natürlich, war er sich bewusst, dass er sich schlecht verhalten hatte. Heute nimmt er dies häufig so nicht mehr wahr. Die Akzeptanz moralischer Normen wird in Frage gestellt. Das neue Modell des Katholizismus ist somit ein selektiver Katholizismus.“

Noch krasser werden diese Tendenzen in der vor einem Jahr veröffentlichten Untersuchung „Die sozioreligiösen Haltungen der Bewohner des Erzbistums Lodz“ präsentiert. Aus diesen Forschungen ergibt sich, dass 22 Prozent der Befragten freie Liebe und schrankenlosen Sex für zulässig erachten, 37 Prozent voreheliches sexuelles Zusammenleben bejahen, fünf Prozent den Ehebruch, 23 Prozent die Scheidung, 56 Prozent die Verhütung und 16 Prozent die Schwangerschaftsunterbrechung akzeptieren.

Bei der Analyse dieser Daten schreibt Pfarrer Janusz Marianski:

„Die Abweichungen von der traditionellen Sexualmoral sind so bedeutend, dass man geradezu von einer sittlichen, vielleicht sogar moralischen Revolution sprechen kann. (...) Viele Katholiken, sogar diejenigen, die relativ regelmäßig praktizieren, gehen den Weg einer selektiven Religiosität.“

Im Bereich des Ehe- und Familienlebens zeichnet sich der Kern der moralischen Krise ab, der die Kirche von innen zersetzt, und die Schere zwischen der Morallehre der Kirche und der sog. modernen Mentalität bildet. Sogar in einer so grundsätzlichen Frage, wie der Achtung vor dem menschlichen Leben, sind die Ansichten der Katholiken unterschiedlich, und nur die Hälfte der Befragten optiert – von der

Empfängnis bis zu einem natürlichen Tod – für dessen Unantastbarkeit. Zahlreiche junge Katholiken entnehmen aus dem Depot des Glaubens das, was ihnen aus ihrer subjektiven Sicht entspricht. Sie ähneln Kunden in einem Supermarkt, die Waren aufgrund ihrer eigenen Bedürfnisse auswählen.“

Seine Skepsis hinsichtlich soziologischer Daten bringt der Jesuit, Pater Stanislaw Obirek, zum Ausdruck:

„Ich habe das Gefühl, dass die jungen Menschen nicht anders sind als ich es einmal war. Wir dürfen uns nicht von Stereotypen und weit verbreiteten Meinungen über die Jugend vereinnahmen lassen. Wichtige Dinge entstehen in Ruhe, im Gespräch, und nicht in Fragebögen. Wenn wir uns mit Etiketten begnügen, werden wir eine Situation wie zu Zeiten Jesu in Palästina haben. Dabei kann ein jeder von uns die Gnade erfahren, sowohl die öffentliche Sünderin als auch Zachäus wichtig ist. Außerdem stellt das Einhalten der Gebote ein Privileg und keinen Zwang dar. Eine auf Befehlen und auf Verängstigung basierende Argumentation ist unzureichend.“

Allerdings lehnt Pater Obirek die Verbindung der sexuellen Sphäre mit der Religiosität ab:

„Das wäre riskant. Das Beispiel des [vermutlich pädophilen] Erzbischofs Paetz, der sicherlich ein religiöser Mensch ist, mag Mahnung genug sein, um vorsichtiger darüber zu reden. Es genügt, die Heilige Schrift zu öffnen: die Geschichte Davids, die Sexualität der Patriarchen... Ich lehne es ab, dass man sich auf diese Sphäre konzentriert.“ Das heißt aber nicht, dass Pater Obirek die veränderte Haltung in Sachen Ehe nicht wahrnimmt: „Verbreitet haben sich die sog. Partnerschaften auf Zeit“ – räumt er ein. „Dabei gibt der zu beobachtende hohe Prozentsatz an Scheidungen zu denken. Wichtiger als die Gründung einer Familie ist es offenbar, richtig gewählt zu haben. Sicherlich sollte ich als Priester sagen, dass dies schlecht ist, aber dafür sehe ich zu viel...“

[Das Zeugnis, nicht die Institution]

Das Statistische Institut der katholischen Kirche hat sich ebenfalls mit der Erforschung der Ansichten der Polen gegenüber der katholischen Kirche beschäftigt. Hieraus ergibt sich, dass positive Meinungen überwiegen. Zwei Drittel der Befragten erklären sich mit der Feststellung einverstanden, dass die Kirche den Menschen geistig beistehe. Etwas weniger akzeptieren die Ansicht, dass die Kirche den Menschen die Wahrheit und deren Unsterblichkeit offenbare. Eine Ausnahme stellt die Ansicht über den Reichtum der Kirche dar („Die Kirche in Polen ist reich“), mit der 58 Prozent der Befragten übereinstimmen. Mit dem Vorwurf eines überflüssigen Interesses an der weltlichen Macht, bei gleichzeitiger Vernachlässigung der erlösenden Mission der Kirche, stimmen 32 Prozent der Befragten überein.

„Das Paradigma des Evangeliums muss gemeinsam aufgebaut werden. Die Kirche in Polen ist hingegen zu stark klerikalisiert“ – kommentiert Pater Obirek. „Ein Priester muss heute vom Sockel herunterkommen und zuhören, sich von den Menschen belehren lassen und in Erstaunen versetzt werden. Die Rituale ändern sich nicht, allerdings die Menschen, die ihnen unterliegen, durchaus. Hier existiert eine dramatische Differenz: Der Priester weiß nicht, was in den Köpfen der Menschen vorgeht, wobei sie meinen, dass er sie versteht.“

„Die ermittelten Daten bestätigen die Ergebnisse anderer Umfragen, aus denen hervorgeht, dass unter den Katholiken in Polen die Ansicht vorherrscht, dass der Hauptbereich der öffentlichen Aktivitäten der Kirche die Sphäre der Armut liegen sollte“ – so Arkadiusz Lankowski in der von dem Institut veröffentlichten Untersuchung. „Die soziologischen Untersuchungen ergeben, dass je stärker die Empfehlungen der Kirche ´existenziell verbindlich` sind, und dazu gehören die Weisungen im Bereich einer religiös motivierten Moral, sie desto häufiger von den Gläubigen abgelehnt werden. So kann man auch die 45 Prozent betragenden Meinungs-

äußerungen erklären, die öffentliche Aussagen der Kirche zu Themen, die mit der Moral verbunden sind, ablehnen.“

Lankowski weist nach, dass die Befragten die Äußerungen von Kirchenvertretern zur Rolle der Medien und des politischen Lebens im Lande als die unangebrachtesten Voten erachten. Drei Viertel der Polen sehen es als unbegründet an, dass sich Geistliche öffentlich zur Regierungspolitik äußern. Negative Ansichten zum Thema des Hauptziels kirchlicher Aktivitäten bringen die am besten ausgebildeten Befragten zum Ausdruck: 39 Prozent der Befragten mit höherer Ausbildung teilen die Auffassung, dass die Kirche vor allem an weltlicher Macht interessiert ist. Damit, dass die Kirche hauptsächlich mit der Erlösung des Menschen beschäftigt sei, waren 24 Prozent der Befragten mit höherer Ausbildung einverstanden.

„Die Intelligenz ist sich der Rolle der Kirche bewusst, aber sie behandelt nicht alles, was die Kirche sagt, so, als käme es von Gott“ – kommentiert Zbigniew Pasek diese Zahlen, und meint im Übrigen, dass die am stärksten intellektualisierte Religion in Polen nicht der Katholizismus, sondern der Buddhismus sei.

Pasek ist davon überzeugt, dass die Zukunft des Katholizismus in Polen davon abhängen wird, auf welche Art die Seelsorger den Kindern von Gott erzählen, wie die Priester in den Seminaren geformt werden, und wie sie ihren Dienst persönlich wahrnehmen: Ob das Geld für das Sakrament oder das Sakrament an sich wichtig ist?

„Wenn die Menschen in der Kirche tatsächlich Heilige vorfinden, so werden sie in diese Kirche kommen“ – meint Pasek. „In ein paar Jahren wird es auch in Polen zur Ablehnung des Materialismus kommen, und dann wird die Haltung der Kirche von besonderer Bedeutung sein. Die Kirche besteht aus dem Blut der Märtyrer und aus den Heiligen. Eine Chance ergibt sich auch aus den kirchlichen Erneuerungsbewegungen. Der Erfolg dieser Bewegungen ist aber auch von der Kirche

abhängig. Davon, wie sie wahrgenommen wird.“

Konkurrenzfähige Religion

Die Einwohner des Erzbistums Lodz wurden nach Eigenschaften gefragt, die sie bei ihren Priestern schätzen. Eine positive Einstellung zu den Menschen, Offenheit, Hilfsbereitschaft, Freundlichkeit, Gerechtigkeitssinn und Toleranz. Diese Tugenden wurden von einem Drittel der Befragten genannt. Fleiß, Ehrlichkeit, Bescheidenheit, Offenheit, Wahrheitsliebe und Diskretion wissen nur noch 16 Prozent der Befragten zu schätzen. Respektiert werden auch: tiefe Gläubigkeit, intensives Gebet, Eifer beim Gottesdienst, Organisationsfähigkeit, die Sorge um Arme und Bedürftige, seelsorgliche Fähigkeiten, Bildung, persönliche Integrität, die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen.

Unter den Eigenschaften, die den Gläubigen am meisten missfallen, beziehen sich die meisten (21 Prozent) auf den Materialismus, die Habgier, den Geiz und die Geschäftstüchtigkeit von Geistlichen. Den Befragten (neun Prozent) gefällt auch deren politisches Engagement nicht. Unter anderen, nicht akzeptierten Verhaltensweisen finden sich: Menschenverachtung, mangelnder Kontakt zu Gläubigen, Heuchelei, Trunksucht, amoralischer Lebenswandel, Nichtbeachtung des Zölibats sowie Glücksspiel.

Bei jungen Menschen der Diözese Lodz wurde die Motivation analysiert, die ihre Teilnahme an der Messe bestimmt. Es stellte sich heraus, dass ein Viertel den Besuch des Gottesdienstes als Gebot des Gewissens bezeichnet, 15 Prozent als Anpassung an die Tradition, 14 Prozent als religiöses Erlebnis, acht Prozent als Anpassung an familiäre Gebote, sieben Prozent als Pflichterfüllung gegenüber der Kirche, wobei neun Prozent „etwas anderes“ als Begründung nennen.

Ähnliche Ergebnisse erzielte man im Jahre 1998 bei gesamtpolnischen Untersuchungen. In der Umfrage wurde folgende Frage gestellt: „Gibt es etwas bei der Art der Gottesdienst-

feier, was sich Deiner Auffassung nach ändern sollte?“ Hierauf antworteten 33 Prozent der Befragten positiv und 31 Prozent negativ. Unter den Änderungsvorschlägen fanden sich: ein adäquater Umgang mit der Liturgie („damit die Messen nicht langweilig sind“), qualitativ bessere Predigten („die sollten interessanter und klüger sein“), ihre Entpolitisierung („sie sollten nichts Politisches enthalten“), der musikalische Rahmen („die Lieder sollten nicht wie in unserer Kirche gesungen werden“), die Qualität der Bekanntmachungen der Pfarrgemeinde („sie sollten kürzer und taktvoller sein“).

Pfarrer Janusz Marianski meint, dass die These vom deutlichen Übergewicht religiöser Motive im Verhältnis zu sozialen und die Tradition betreffenden Motiven im Lichte dieser Ergebnisse nicht aufrecht erhalten werden könne. Obschon Motive der Gewöhnung, der Tradition und des sozialen und familiären Brauchtums neben „gesellschaftlichen“ auch religiöse Inhalte haben können.

Der Ire Sullivan Mafr schreibt in „Wiez“:

„Wir leben heute in einer Welt, in der es viele Aktivitäten gibt, von denen einige wesentlich attraktiver sind als die Sonntagsmesse. Heute können die Menschen sonntags viele Dinge tun. Zum Beispiel erholen Sie sich nach samstäglichen Vergnügungen oder nach einer schweren Arbeitswoche. Deshalb muss die Religion konkurrenzfähig bleiben. Ein nicht attraktiver Gottesdienst und eine schlecht vorbereitete Predigt hält viele Menschen vom Kirchgang ab.“

Ein liebender Wächter

„Entgegen allem Anschein steigt die Zahl stark engagierter Katholiken“ – behauptet Pfarrer Andrzej Dziedziul, Leiter des Warschauer Hospizes an der Wilenska-Straße. „Das sieht man daran, wie sich die Religionsgemeinschaften, die Erneuerungsbewegungen, aber auch die Hospize entwickeln. Und daran, wie sich das Verhältnis zu den Behinderten verändert. Pfarrer Dziedziul ist der Ansicht, dass den Menschen ein oberflächliches Leben

nicht genügt, dass die Menschen Gott als Quelle des Guten brauchen. „Ein Leben im Glauben ist realistisch, und als Christen sind wir nicht dazu da, in Ruhe zu leben. Ich hoffe darauf, dass sich die Laien aktivieren, und sich weltliche Menschen engagieren.“ – sagt der Pfarrer.

„Der Mensch ist ein Wesen voller Widersprüche, und diese treten im religiösen Leben deutlich in Erscheinung“ – behauptet Irena Borowik, Religionssoziologin an der Jagiellonen-Universität. Sie geht davon aus, dass die Differenz zwischen dem Prozentsatz derjenigen, die ihre Religiosität nur verkünden, und der weitaus geringeren Zahl von Gläubigen, die Glaubensgebote in ihrem Leben verwirklichen, kein spezifisches Problem Polens darstellt. „Was die Kirche angeht, so kann sie in dieser Situation ein Wächter mit Zuchtrute sein. Sie kann aber auch ein liebender Wächter sein.“

Dazu Pfarrer Janusz Marianski: „Bereits der alte Kisiel [Stefan Kisielewski, in der VR Polen sehr populärer, regimekritischer und kirchenfreundlicher Intellektueller] forderte die Entwicklung einer attraktiven Theologie, wobei es scheint, dass bisher noch niemand eine solche Theologie geschaffen hat. Wenn ich an die Seelsorge denke, so habe ich den Eindruck, dass die Priester in den letzten zehn Jahren etwas dazugelernt haben, und sehen, dass man von einem direktiven und paternalistischen zu einem eher partnerschaftlichen Stil gelangen sollte, bei dem der Wille des Anderen berücksichtigt wird.“

Pfarrer Marianski geht davon aus, dass der Dialog der Priester mit den Gläubigen in den mit der Seelsorge betrauten Gemeinderäten stattfinden könnte, wenn diese in Polen denn auch richtig funktionieren würden. Nötig sei auch eine „elementare Veränderung des Modells der Seelsorge, das man in Anlehnung an die deutschen Seelsorger als Übergang von einer amtlich-direktiven zu einer gewinnend-aufsuchenden Seelsorge bezeichnen könnte, von einer auf Dienstleistungen basierenden zu

einer auf Evangelisierung und Gemeindegearbeit gerichteten Seelsorge.“

Schließlich müsse man festhalten, betont Pfarrer Marianski, „dass ein Soziologe, der die Kirche mit Methoden erforscht, die seiner Disziplin eigen sind, daran denken sollte, dass es darüber hinaus auch die Imponderabilien der göttlichen Gnade gibt, die für einen Soziologen nicht greifbar sind. Das Schicksal der Kirche sowie ihre Zukunft sind letztlich vom Heiligen Geist abhängig.“

[Wahl, nicht Abstammung]

Die aktuelle Religiosität der Polen unterscheidet sich von der vor zehn Jahren. Obschon es in Polen, wie gelegentlich behauptet wird, immer noch schwierig ist, nicht gläubig zu sein, weil dafür eine Begründung gefordert wird, so wenden sich doch die Jungen, Ausgebildeten und Begüterten, die entstehende Mittelschicht also, immer stärker von der Religion ab, oder behandeln sie zusehends selektiver. Gleichzeitig wächst – langsam, aber dennoch spürbar – die Zahl der Personen, die sich als tief gläubig bezeichnen. Jeder zehnte Großstadtbewohner und jede zehnte Person mit höherer Ausbildung gehört zur Gruppe dieser tief religiösen Menschen. Ein in Gänze bewusst gewähltes und erlebtes Christentum wird es als Massenphänomen in Polen allerdings nicht geben. Aber es wird auch keinen auf Abstammung basierenden religiösen Determinismus geben. Die Kirche der Zukunft wird eher eine Kirche der Wahl sein. Und diese Wahl wird unter anderem durch die Haltung der Kirche selbst beeinflusst.

Oder in den Worten von Pfarrer Stanislaw Obirek: „Die Religiosität wird so sein, wie wir selbst. Wie du und ich. [...]“

Buchreport

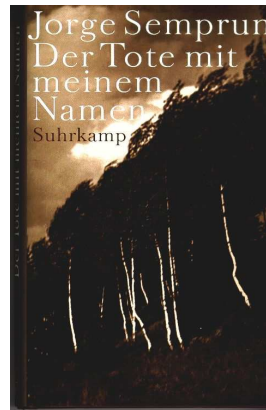
Gerhard Schüsselbauer

Streifzug durch die zeitgenössische europäische Literatur

Die zwei wichtigsten Ereignisse in der europäischen Literatur des Jahres 2002 fanden traditionell im Herbst statt: Litauen trat als Schwerpunktland der vergangenen Frankfurter Buchmesse als selbstbewusstes, exotisches europäisches Kleinod der Literaturwelt auf, und der Nobelpreis für Literatur wurde in dieser Kategorie erstmals an einen ungarischen Schriftsteller vergeben. Imre Kertész wurde Ende 2002 die Auszeichnung für seine auf höchstem literarischem Rang stehende „Trilogie der Schicksallosigkeit“ verliehen. Seine Werke „Roman eines Schicksallosen“, „Kaddisch für ein nicht geborenes Kind“ und „Fiasko“ zählen zu den Meilensteinen der europäischen Literatur des 20. Jahrhunderts, fanden aber erstaunlicherweise in seinem Heimatland zunächst wenig Beachtung. Selbst in ungarischen intellektuellen Kreisen war der Schriftsteller kaum bekannt. Eher wurden beim „Nobelpreis-Poker“ die Namen Péter Nádas und Péter Esterházy gehandelt. Bedauerlicherweise tut sich auch (oder gerade) heute die konservativ-nationale Rechte in Ungarn schwer mit der Anerkennung der dichterischen Leistung des ungarischen Juden Kertész. Das Werk Kertész' wurde bereits an anderer Stelle in den „aktuellen ostinformationen“ eingehend gewürdigt.¹

Im Folgenden möchten wir wieder einige neue Werke der europäischen Literatur vorstellen.

„So fand ich in Buchenwald, am fernsten Ort des Exils, an den Grenzen des Nichts - *östlich des Vergessens*... - auf dem tiefsten Grunde der Entwurzelung gewissermaßen, meine Bezugspunkte und meine Wurzeln wieder, um so lebendiger, als alles auf die Zukunft ausgerichtet war.“ (Jorge Semprun, *Der Tote mit meinem Namen*)



Jorge Sempruns Roman „Der Tote mit meinem Namen“, im Suhrkamp Verlag erschienen, ist ein weiteres Zeugnis der Geistesverwandtschaft vieler europäischer Schriftsteller. Ebenso wie Imre Kertész oder Boris Pahor überlebte

er die Haft in einem Konzentrationslager während der Nazi-Herrschaft und rückt in seinem Werk die Existenz und das Schicksal des Einzelnen inmitten des Massenterrors in den Mittelpunkt. Exemplarisch schildert er in philosophischen Betrachtungen seine Haft in Buchenwald im Jahr 1944. Sempruns autobiographischer Roman zeigt den jungen Spanier, dessen Leben wegen seiner kommunistischen Aktivitäten stets an einem seidenen Faden der allseits gegenwärtigen Todesdrohung im Konzentrationslager hängt. Seine Existenz, sein Dasein hingegen speisen sich aus der Erinnerung und der Kraft des Überlebenswillens. Semprun schreibt keine Nacherzählung des Lagergrauens, sondern nimmt einen „glücklichen Sonntag“ in der Hölle zum Anlass, das Geheimnis des (Über-) Lebens zu lüften. Diese ungeheuerliche Verdichtung des Geschehens auf wenige Stunden steht so als Paradigma für den Kampf und die Zweifel, aber auch die unauslöschlichen Hoffnungen des Menschen im Angesicht des übermächtigen Grauens.

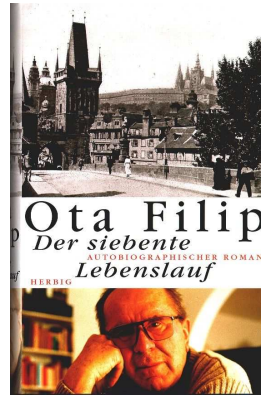
Der Lagerinsasse Semprun verbringt eine Nacht an der Seite eines sterbenden Leidensgenossen im Krankenrevier. Es sind diese Stunden, die sowohl eine denkwürdige als auch eine makabre Mischung, bestehend aus der Sehnsucht nach dem Tod durch Ermattung und dem unbändigen Willen eines jungen

¹ Vgl. Gerhard Schüsselbauer, Streifzug durch Ungarns Gegenwartsliteratur, aktuelle ostinformationen, 32. Jg., 1/2 2000, S. 66-69.

Menschen nach dem „kargen Rest der Dezembersonne“, ergeben. „Ich werde mit seinem Namen leben, er wird mit dem meinen sterben. Kurz, er wird mir seinen Tod schenken, damit ich weiterleben kann. Wir werden unsere Namen tauschen, das ist keine Kleinigkeit. Mit meinem Namen wird er in Rauch aufgehen; mit dem seinen werde ich überleben, möglicherweise.“ Ähnlich wie Kertész bringt es Semprun auf den Punkt: Es ist das Glück der Überlebenden gepaart mit der Bescheidenheit, für „das literarisch doch so einträgliche Gefühl nicht begabt“ zu sein, das die schriftstellerische Existenz der überlebenden Opfer bestimmt. In Wirklichkeit zeichnet auch Semprun die Fähigkeit aus, „seinem“ literarischen Thema eine besondere, nicht bloß nacherzählende, sondern „fabel“-hafte ästhetische Form zu geben. Das literarische Spiel mit dem Doppelgänger, „der lebende Tote als mein Bruder“, ist auch ein Spiel mit der Identität, dem „anderen Ich“, der „erkannte[n] Andersheit“. Der Ausweglosigkeit der Situation lässt den Häftling Semprun in die innere Emigration fliehen, Rimbaud oder Valéry zitieren, um Todesangst, Krankheiten, Leiden oder den Latrinengestank zu vergessen, denn „der Tod barg kein Geheimnis, kein Mysterium mehr.“ Am Ende schwingt sogar ein Stück Hoffnung mit, denn statt der Trauer Zarah Leanders ruft er einem wieder gefundenen Freund eine Melodie von Louis Armstrong in Erinnerung: „In the Shade of the Old Apple Tree“ – mitten an einem Sonntag im Dezember 1944.

„Am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts und an der Schwelle des dritten Jahrtausends habe ich nur einen bescheidenen Wunsch: Solange ich lebe, will ich keine Geschichte, keine Umstürze, keine Putsche, keine Revolutionen, geschweige denn Kriege, keine gerechten oder ungerechten Regime, keine Messiasse oder ideologischen Pferdekuren mehr erleben.“ (*Ota Filip, Der siebente Lebenslauf*)

Ota Filip's autobiographischer Roman *Der siebente Lebenslauf*, von der Münchner Herbig



Verlagsbuchhandlung veröffentlicht, legt ein beeindruckendes und bewegendes Zeugnis ab von der Manipulation des Lebens(laufes) des Einzelnen in der Zeit totalitärer Herrschaft. Dieses sehr persönliche und intime Buch steht gleichsam

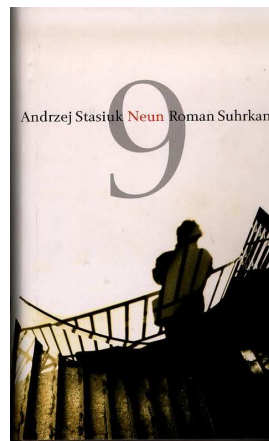
als ein pars pro toto für die un-zähligen Schicksale „gewöhnlicher“ Menschen im „kranke[n] Herz[en] Mitteleuropas“ während des 20. Jahrhunderts. In großartigem Stil geschrieben zeichnet Filip seinen siebenten Lebenslauf mit einem Hauch von melancholischer Grundstimmung und schonungsloser Ironie über die Zeithintergründe nach. In Tschechien wurde der Roman des Exilschriftstellers viel beachtet und rief ein spontanes Echo über die Aufarbeitung der CSSR-Vergangenheit hervor.

Ota Filip wurde 1930 in Schlesisch Ostrau geboren und arbeitete in den 1960er Jahren als Redakteur und Lektor bei verschiedenen Zeitungen sowie beim Rundfunk. 1969 wurde er wegen „Unterwühlung der sozialistischen Gesellschaft“ zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt. Seit seiner Ausbürgerung 1974 lebt er als Schriftsteller in Oberbayern und schreibt seit der sanften Revolution 1989 wieder als freier Essayist für tschechische Presseorgane. Bislang sind von ihm bereits zehn Romane auf Deutsch erschienen, darunter der bei Herbig in einer Neuauflage herausgegebene Roman *Café Slavia* (2001).

Der siebente Lebenslauf ist ein wichtiges, sehr detailliertes literarisches Dokument über die „verrückte[n] Jahre mitten im zwanzigsten Jahrhundert, über die ein Bürger, wenn er seine Vergangenheit zurückholen will, die halbe Wahrheit oder die halbe Lüge nur aus Lebensläufen erfährt, die für ihn Spitzel, Agenten und Offiziere der geheimsten Geheimdienste schrieben. Über das, was mit ihm geschah oder wie er und sein Leben von

geheimnisvollen Offizieren der Staatsicherheit oder des militärischen Nachrichtendienstes manipuliert wurde, wie man ihm Angst einjagte und wie einfach es für die Genossen war, ihm sein Rückgrat zu brechen, darüber erfährt er aber nicht einmal aus geheimen Akten des unheimlich geheimen politischen Überwachungs- und Vergewaltigungssystems die volle Wahrheit, sondern nur eine von einem perversen Machtapparat mehrmals verdrehte Pseudowahrheit.“ Zwischen Berichten, Akten der Staats- und Militärsicherheitsdienste und Verhörprotokollen kommt immer wieder die menschliche Stimme des jungen, später reifen Ota Filip zu Wort, der im ersten Teil des Romans keine Antwort auf die Frage, wer sein Vater Bohumil eigentlich ist, finden kann. Der zweite Teil ab Mai 1945 setzt damit ein, dass nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Befreiung der wiederum verspürte Geruch der Freiheit und der neuen Revolution wegen der nicht enden wollenden Gewalt mit einem solchen Grauen und Ekel verbunden ist, die sich beide durch die gesamte weitere Autographie ziehen. Filip's Wahrheit ist die Wahrheit der Zeit von 1939 bis 1953, und „am 13. Juli 1951 begann Oberst František Fic, der [ihm] zugeteilte Satan, Abteilungsleiter im tschechoslowakischen militärischen Nachrichtendienst, [den] siebenten Lebenslauf aufzuzeichnen.“ Dieser siebente Lebenslauf ist auch von dem Verlust der Unschuld und dem eigenen Versagen (Teil III) geprägt. Kindheit in Ostrau, Jugendjahre in Prag, Flucht, Verhöre, Militärzeit, Lager, Steinbruch – es ist die Suche nach der eigenen Wahrheit, die Filip erst in den Archiven des tschechischen Innenministeriums im Jahr 1998 aufarbeiten konnte. Selbstzweifel und die ewige Frage nach der Schuld bzw. Mitschuld am Freitod seines Sohnes bilden den Grundton dieser autobiographischen Abrechnung mit den totalitären Herrschaftsformen des 20. Jahrhunderts. Auch mehr als dreizehn Jahre nach der Zeitenwende konnte Ota Filip nicht den inneren Frieden finden.

„...die Innenstadt mit ihren Hochhäusern ging unter, mit ihrem endlosen, vor Schlaflosigkeit irren Autostrom, mit Menschen und Hunden, mit dem unterirdischen Ächzen der Metro, dem apokalyptischen Legato der Düsenflugzeuge und dem elektrischen Glanz des Himmelsgewölbes, all das ging unter, als wäre es nie gewesen.“ (Andrzej Stasiuk, *Neun*)



Als der Suhrkamp Verlag vor gut zwei Jahren den Roman *Die Welt hinter Dukla* des polnischen Schriftstellers Andrzej Stasiuk herausbrachte, wurde das Buch gleichsam als eine Offenbarung betrachtet. Einige Rezensenten hoben Stasiuk auf eine Ebene

mit Witold Gombrowicz oder Czesław Miłosz, zumal ihm ein Hang zur Verfremdung und zum Surrealistischen nachgesagt wurde, und feierten die Wiedergeburt bzw. Fortsetzung einer großartigen polnischen Erzähltradition, die sich nicht in ein einfaches kopflastiges Schema pressen lässt. Sogar der plumpe Vorwurf, gar keine Romane zu schreiben oder schreiben zu können, sondern eine gattungslose Aneinanderreihung von Metaphern tauchte immer wieder auf. Dabei hat Stasiuk sehr wohl begriffen, wie inhaltsleer der Gattungsbegriff „Roman“ spätestens seit der postmodernen Wende in der Literatur geworden ist. Und gerade die Komplexität und innere Zerrissenheit seines postkommunistischen Heimatlandes, das sich immer noch in einem Übergangsstadium (vielleicht gar vergleichbar der „Zone“ im Film „Stalker“ des russischen Filmemachers Tarkovskij) befindet, spiegelt sich in seinem Werk wider.

Stasiuk wohnt nicht mehr im Warschauer Arbeiterstadtteil Praga rechts der Weichsel, wo er 1960 geboren wurde, sondern in den Beskiden in Südpolen. Dort betreibt er mit seiner Frau den Literaturverlag „Czarne“; sein neues „Heimatkaff“ fungiert gleichsam als

Namensgeber. Stasiuk ist ein ungemein vielseitiger Schriftsteller und ein auch in deutschsprachigen Zeitungen und Zeitschriften gern gesehener Essayist, der mit seinem eloquenten EU-Skeptizismus allerdings auf einer typischen Modewelle schwimmt. Denn der konstruktive philosophische Zweifel David Humes' ist keineswegs mit dem „trendigen“, manchmal melancholischen „Europa? Nein danke“-Skeptizismus zu verwechseln.

Für sein neuntes Werk, das den symbolträchtigen Zahlentitel „*Neun*“ trägt, kehrt er aus der südpolnisch-galizischen Provinz ins Warschau der Nachwendezeit zurück. Ortsfremde werden Schwierigkeiten haben, Stasiuks Warschau-Roman gänzlich zu verstehen, oder aber gezwungen sein, mit einem Stadtplan nach Art des Gesellschaftsspiels „Scotland Yard“ dem *einen* Protagonisten Pawel nachzureisen. Denn es ist das Wechselspiel der Örtlichkeiten, das dem Roman seine Klasse gibt - eine metamorphische Reise durch die postsozialistische Hauptstadt Polens. Sie ist die *andere* Protagonistin in Stasiuks Roman. Das Buch ist ein Panoptikum abseits der Reiseführer, gleichsam ein Einblick in das metaphysische Seelenleben einer Stadt und ihrer Bewohner, die sich beide rasant wandeln und enorme innere Bruchlinien aufweisen. Pawel irrt wie in einem französischen Film Noir, oder besser noch wie in einem Klassiker der „Schwarzen Serie“ durch die Stimmungen und Atmosphären der postsozialistischen Wirklichkeit. Warschauer Straßen bilden den Hintergrund in diesem ProsaKonzert, in dieser „Symphonie der Großstadt“. „Irgendwo ganz in der Mitte musste eine Achse sein, wo die Stadt Anlauf nahm, eine Achse und ein magnetischer Punkt, denn sonst wäre doch längst alles in atomisierten Dreck zerfallen, das entfernte Wola, Zeran, Radosc, Falenica, Chomiczówka, Tarchomin, Okecie, Mlociny – eines nach dem anderen wäre in den Raum geflogen wie durch einen Ventilator gejagte Scheiße“.

Zu Beginn des Romans erwacht der Held Pawel eines Morgens in einer herunterge-

kommenen, verwüsteten Wohnung, sich an nichts erinnernd, der Spiegel ist zerschlagen, wie geschaffen für einen Auftakt zu einer furiosen Fahrt durch die Stadtteile Warschaus, die entweder „versifft“ (Wola), „verschlafen“ (Mokotów) oder aber „gerissen, halbtierisch“ (Praga) sind. Pawel will sich Geld vom reichen Bolek, einer typischen Figur in Polen nach 1989, borgen. Ein düsterer Strudel von Verfolgung und Gewalt entspinnt sich, der in einer Jagd über den Dächern der Marszalkowska-Straße endet. Die hektischen Übergänge der Geschichte sind geradezu genial wie für ein Drehbuch mit MTV-Schnittfrequenz konzipiert. „Glanz, Aura und Geruch flossen aus der Hauptader der Stadt wie Blut, das Fliegen anzieht“ - bis zum Finale zu Füßen des Kulturpalastes, einem Geschenk Stalins an Warschau, das freilich in Wirklichkeit in den 1950er Jahren von den Polen erbaut wurde.

Stasiuks Werke – und gerade sein Roman *Neun* – verkörpern eine exzentrische postsozialistische Literatur und zeigen schonungslos sowohl die Schattenseiten des verblassenden, aber immer noch gegenwärtigen Sozialismus als auch die „Segnungen“ der neuen freien Marktwirtschaft. Seine Protagonisten sind geradezu klassische Anti-Helden, die einerseits wie Treibgut im Großstadtleben schwimmen, andererseits jedoch eine große Lebenskraft verströmen. In dieser Zwischenwelt, bestehend aus „Aquarien voller Flitter, Köder, Müll und Wunderkram aus dem Porzellanmärchen von Tausendundeiner Kleinigkeit“ entwirft Stasiuk ein großartiges Gemälde der „Zone“ zwischen Sozialismus und Kapitalismus.

„Doch so sind Litauer beschaffen. Sie sind dazu da, dort Nutzen zu suchen, wo keiner ist, aus der Vergangenheit Missmut und Revanchegelüste zu schöpfen, andere anzuschwärzen und heutzutage auch sich selbst.“ (*Jurgis Kuncinas, Mobile Röntgenstationen*)



Litauen war Gastland der Frankfurter Buchmesse 2002. Welche Anstrengung es bedeutet, aus dem weißen Fleck auf der kulturellen Landkarte Europas ein etwas bekannteres Land der Literatur zu machen, davon

wissen die Herausgeber der Litauen-Reihe des kleinen Oberhausener Athena Verlages ein „baltisches“ Lied zu singen. Blicken wir nach Polen: Das ist der Papst, Boniek und Szczypiorski (und nun auch Stasiuk). Oder nach Tschechien: Das ist Prag, Bier und Kundera (und Filip). Oder nach Ungarn: Das ist Puszta, Paprika, Pick-Salami und Kertész (und Esterházy und Nádas und...). Oder nach Rumänien: Das ist Drakula, Ceausescus Erbe und Eliade.

Und nun Litauen. Vergebens kramt man nach Klischees, die eine erste, wenn auch irreführende Orientierung ermöglichen. Längst vergangen sind die Zeiten, als Vilnius das „Jerusalem des Nordens“ war, ein geistiges Zentrum des aufgeklärten europäischen Judentums bis zum Zweiten Weltkrieg. Danach versank Litauen im Sumpf der kommunistischen Gleichmacherei des sowjetischen (Kultur)-Imperialismus.

Naturgemäß ist es auf den ersten Blick nicht leicht, sich in der litauischen Literatur zu orientieren. Umso lohnenswerter ist das Eintauchen in diese zunächst fremde Literaturwelt. Schnell wird man gewahr, dass die litauische Gegenwartsliteratur dieselben Themen postsozialistischer oder auch westeuropäischer Nachbarn aufgreift. Jurga Ivanauskaites Roman *Die Regenhexe* (Deutscher Taschenbuch Verlag München 2002) löste in den 1990er Jahren einen regelrechten Skandal aus und sorgte für Furore, da der Roman wegen angeblicher

pornographischer und blasphemischer Inhalte zunächst nur in schmutzigen Sexshops verkauft werden durfte. Wohl gerade deshalb wurde das Buch zum Bestseller. Es greift das Schicksal dreier höchst unterschiedlicher Frauen auf drei verschiedenen Zeitebenen und deren bedingungslose Liebe in drei völlig verschiedenen Kontexten auf: im Katholizismus Ende des 20. Jahrhunderts, während der mittelalterlichen Inquisition sowie in der Zeit von Jesus.

Jurgis Kuncinas' Roman *Mobile Röntgenstationen* wurde im Herbst 2002 im Athena Verlag, der sonst eher auf Sachliteratur spezialisiert ist, herausgegeben. Der Roman taumelt zwischen Absurditäten des real existierenden Sowjet-Sozialismus und nationaler Selbstkritik. Er stellt auch eine Geschichte der Tuberkulose, mithin der permanenten Schwindsucht der Sowjetrepublik Litauen dar. „Es ist gar nicht so lange her, da befuhr Litauen jedes Jahr ein Bus. Indem er Flecken suchte in den Lungen der Leute, erreichte dieser Röntgenbus in den fünfziger und sechziger Jahren und wohl auch noch später die entlegensten Provinzstädte. Jeder Mensch, ob er wollte oder nicht, musste sich die Lungen röntgen lassen und vielleicht auch die Seele.“

Der Erzähler erinnert sich in Kuncinas' Roman in Rückblenden an die eigene Lebensgeschichte, die paradigmatisch die Krankheitsgeschichte der langen Phase der kommunistischen Herrschaft ist. „In der Epoche des Sozialismus – so etwas gab es! – wurde alles Elend, das die Tuberkulose brachte, mit dem größten Vergnügen dem faulenden und sterbenden Kapitalismus angelastet, klar, ein schöner Nährboden für Bazillen! Aber als die sich auch in den Zeiten des reifen Sozialismus nicht verabschieden wollte, hörte man auf, laut darüber zu sprechen. Aber diese Krankheit ließ sich durch nichts beeindrucken und streckte unbekümmert weiter ihre langen Krallen aus. Ratlosigkeit breitete sich aus. Man konnte sie weder zum Tode verurteilen noch nach Sibirien verbannen, wo sie sicher an der Kälte

krepiert wäre. Es war nicht möglich, sie raffiniert zu foltern oder einfach zu erschießen.“

Kuncinas' sehr persönliche Geschichte ist an der Oberfläche auch eine Liebesgeschichte, sein Held schlittert von einer Liebesaffäre in die nächste, ohne dass der Roman hier jedoch Tiefgang entwickeln könnte. Viel beeindruckender sind hingegen die Schilderungen der Identitätssuche im neuen, noch jungen Staat Litauen, eingedenk der Tatsache, dass man sich mit dem „Gepäck der Östlichkeit“ (István Eörsi) noch schwer tut, alle möglichen Hürden zur Aufnahme in die heiligen Hallen des goldenen (Kultur)-Europa zu überwinden. „[J]etzt sind wir gezwungen, wieder von vorne anzufangen, beim *Nullzyklus*. Wir, Osteuropas Waisenkinder, befruchtet aus dem Osten, schamhaft und mitleidig belehrt aus dem Westen, zuweilen gönnerhaft auf die Schulter geklopft von Tierschutzvereinen und Menschenrechtsorganisationen.“

Kuncinas ist mit seinen *Mobilen Röntgenstationen* ein kleines Meisterwerk über die Landschaften, das Volumen und die Höhlen einer post-sowjetischen, litauischen Lunge (oder vielleicht auch Seele) gelungen. Es ist, wie so oft, der permanente Kampf der Unangepassten und Andersdenkenden gegen die schleichende Sklerose der allgegenwärtigen Gängelung, Bevormundung und Unfreiheit.

Jorge Semprun, *Der Tote mit meinem Namen*. Suhrkamp Verlag Frankfurt/Main 2002, 204 S.

Ota Filip, *Der siebente Lebenslauf*. Herbig Verlagsbuchhandlung München 2001, 448 S.

Andrzej Stasiuk, *Neun*. Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 2002, 298 S.

Jurgis Kuncinas, *Mobile Röntgenstationen*. Athena Verlag Oberhausen 2002, 203 S.

Rezensionen

Michael Günther (Hg.): Werner Rietz. Ein Leben für die politische Bildung. agenda verlag Münster 2002, 147 S.

Es dürfte in der Bundesrepublik wenige Menschen geben, deren Leben für die politische Bildung eine mit Werner Rietz vergleichbare Bilanz aufweist: ein gutes Dutzend Einrichtungen, die er entweder persönlich gegründet oder mitgegründet bzw. gefördert hat - und keine trägt seinen Namen. Dazu ein unübersehbares Netzwerk menschlicher Beziehungen, entstanden aus seiner ständigen Suche nach Mitstreitern, die willens waren, sich in seine verschiedenen Initiativen einbinden zu lassen. Aus diesem Kreis geht der vorliegende, am Ende mit einigen Fotografien versehene Erinnerungsband zurück, der in über zwanzig Einzelbeiträgen Lebensweg und Lebensbild dieses umtriebigen Mannes umreißt.

1912 geboren, hat Werner Rietz seine Sozialisation in der ausgehenden Weimarer Republik und den zwölf Jahren Naziherrschaft erfahren. Wie viele seiner Generation war es ein aus dem Niedergang der Weimarer Republik erwachsender Idealismus, der ihn für Ideen des Nationalsozialismus anfällig machte. Die erste seiner zahlreichen und in die schematische Übersicht dieses Bandes nicht aufgenommene Gründung ist der 1934 von ihm ins Leben gerufene „Freiwillige Studentische Landdienst“, in dem sich u. a. Teile der aufgelösten bündischen Jugend zusammenfanden, um unter dem „Gefühl einer fortdauernden Bedrohung von polnischer Seite“ (S. 43) im östlichen Grenzgebiet auf deutschen Höfen auszuhelfen und vor Ort dem Deutschtum zu dienen. Damit begann für Werner Rietz eine Verstrickung, die es ihm nach dem Krieg angeraten erscheinen ließ, für eine Weile unter falschem Namen unterzutauchen.

Es spricht für die Glaubwürdigkeit dieses Lebensbildes, dass der Herausgeber - anders als in manch anderen Biographien - diese frühe Phase nicht einfach übergangen hat. Auch Bundespräsident Johannes Rau nimmt auf

diese Verstrickung Bezug. Er rechnet in seinem Vorwort Werner Rietz, mit dem er jahrzehntelang in einem persönlichen Kontakt stand, aufgrund einer gleichsam nachgeholtten Besinnung der „gar nicht so kleinen Zahl von Menschen“ zu, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit „ein geradezu existentielles Bewusstsein für die Ungeheuerlichkeit entwickelten, die das Nazi-Regime bedeutet hatte, die sich erschüttern ließen und die spürten, dass es für einen Neubeginn nicht allein auf staatliches und institutionelles Handeln ankam, sondern dass jeder Einzelne gefordert war.“ (S. 8)

Neben seinem früh angelegten und ein Leben lang durchgehaltenen Idealismus mag wohl diese im Nachhinein durchlebte Erschütterung der Antrieb für Werner Rietz' unermüdliches Bemühen gewesen sein, den Gründen für das Scheitern der Weimarer Republik und den Aufstieg des Nationalsozialismus nachzugehen und daraus Konsequenzen für die politische Bildung zu ziehen. Immer wieder war von ihm der Satz zu hören: „Die Weimarer Republik ist nicht gescheitert, weil Hitler gekommen ist, sondern Hitler ist gekommen, weil die Weimarer Republik nicht genügend Demokraten hatte.“ (S. 129) Und aus dieser - wenn auch verkürzten - Erkenntnis resultierte seine ständige Sorge, der Bundesrepublik könne unter extremen wirtschaftlichen und sozialen Belastungen ein vergleichbares Schicksal widerfahren. Dem zu wehren, dienten seine zahlreichen Gründungen, zu deren herausgehobenen Einrichtungen neben der Stätte der Begegnung (1951) und der Stiftung Mitarbeit (1963) das Gesamteuropäische Studienwerk (1954) zählt.

Bei all seinem Engagement für die politische Bildung blieb Werner Rietz dennoch ihrer Wirkung gegenüber skeptisch. So findet sich in einem Brief aus dem Jahr 1981 der Passus: „Aus immer neuen Niederlagen ist mir dann in den Jahren 1946 bis 1966 deutlich geworden,

wie wenig politische Bildung zu bewirken vermag, dass Gruppenpädagogik zwar besser ist als Frontalunterricht, dass auch gruppendynamische Prozesse zur Läuterung von Persönlichkeit, von Entfaltung der Ich-Stärke und Du-Fähigkeit, Wichtiges beitragen können, ja, dass in all diesen Zusammenhängen sogar Früherziehung einen bis dahin von mir überhaupt nicht erkannten Stellenwert im Prozess der Menschenbildung hat.“ (S. 78) Die Bedeutung der bis in die pränatale Phase zurückreichenden kindlichen Früherziehung gehört zu Werner Rietz' späten Einsichten, um deren Verbreitung er sich - auch um des Bestandes unserer Demokratie willen - in seinen

letzten, noch nicht von Krankheit gezeichneten Lebensjahren besonders intensiv bemüht hat.

Werner Rietz verstarb am 15. Januar 1998. Den Nachruf im Rahmen der Trauerfeier auf dem von Werner Rietz jahrelang geleiteten Vlothoer Jugendhof hielt Prof. Dr. Walter Hildebrandt. Er schloss ihn mit einem Gedicht aus Brechts „Buckower Elegien“:

„Ich benötige keinen Grabstein, aber
Wenn ihr einen für mich benötigt
Wünsche ich, es stünde drauf:
Er hat Vorschläge gemacht.
Wir haben sie angenommen...“ (S. 145)

Theo Mechtenberg

Alfons Nossol: Brücken bauen. Wege zu einem christlichen Europa von Morgen. Mit einem Vorwort von Karl Kardinal Lehmann, Verlag Herder, Freiburg 2002, 240 S.

Als Inspirationsquelle dieser Sammlung von Vorträgen, Predigten und Hirtenworten nennt der Oppelner Erzbischof den „Annus mirabilis 1989“, dem er eine herausragende Bedeutung als „Zeichen der Zeit“ beimisst und auf den die Texte als „seelsorglich-theologischer Versuch dieses historischen Umbruchs“ fast alle bezogen sind (S. 9); und dies in mehrfacher Hinsicht: einmal unter dem Aspekt eines Prozesses hin „zu einem versöhnten Europa“, in dessen Rahmen den deutsch-polnischen Beziehungen ein besonderer Platz zukommt (I); dann in Hinblick auf die Standortbestimmung der katholischen Kirche Polens „im Wandel der Zeit“ (II), wobei die „Spezifika der schlesischen Lokalkirche“ besondere Berücksichtigung finden (III); ferner - in einem eher losen Zusammenhang - bezüglich der Bedeutung „geistiger Wegbereiter eines neuen Europa“. Neben den „exemplarischen Gestalten“ des Widerstandes und Opfertodes in den Jahren des Nationalsozialismus (Dietrich Bonhoeffer, Helmuth James von Moltke, Edith Stein und dem evangelischen Märtyrerbischof Juliusz Bursche) sowie der oberschlesischen

„Mutter Eva“, Gründerin eines Zweigs evangelischer Diakonissen, geht der Autor in diesem Kapitel (IV) sehr ausführlich auf Reinhold Schneider ein, dem er eine geradezu prophetische Bedeutung „für die Gegenwart“ testiert; den Abschluss bilden theologische Reflexionen zur Ökumene sowie Überlegungen zu einer zeitgemäßen Theologenausbildung (V).

Nicht alle Teile dieses Sammelbandes sind für die politische Bildung von gleichem Interesse, wohl aber die angesichts ökonomischer und politischer Prioritäten für gewöhnlich vernachlässigte Frage, die wie ein roter Faden die Beiträge durchzieht: Was können und sollen Kirchen und Christen in den europäischen Einigungsprozess einbringen? Nossols Antwort: „Im gemeinsamen Dialog, der ‚Muttersprache der Menschheit‘, können die Kirchen die Einheit aller Christgläubigen als Grundlage des inneren Friedens Europas sichtbar machen. Denn einzig die ökumenische Solidarität ist jenes multikulturelle Integrationsmodell, das dem Europa von morgen eine

gemeinsame geistige Grundlage zu geben vermag – eine europäische Seele.“ (S. 10)

Das sagt sich leichter, als es getan ist. Die Problematik zeigt sich an den beiden immer wiederkehrenden Begriffen „Dialog“ und „Ökumene“. Der Autor weiß, welche Grenzen einer nicht nur kirchlichen Selbstbefangenheit zu überwinden sind, um überhaupt dialogfähig zu werden. So fordert er beispielsweise für die deutsch-polnische Partnerschaft und Kooperation einen Dialog, „frei von politischen oder ideologischen Rücksichten“. Seine Voraussetzung sei der „Ausbruch aus dem Verfangen sein in das eigene Leid, das auf der einen Seite die Verdrängung von Erinnerung und auf der anderen die Einkapselung in eine egozentrische Geschichtsdeutung zur Folge“ habe. Ein solcher Dialog verlange als Grundhaltung die „Empathie gegenüber dem Anderen, d. h. die Wahrnehmung des Konfliktes auch aus seiner Perspektive, so schmerzlich oder ungerecht dies zunächst auch erscheinen mag.“ (S. 26)

Die auf das deutsch-polnische Verhältnis gemünzten Sätze gelten uneingeschränkt auch als Maxime einer multikulturellen Einheit im zusammenwachsenden Europa. Nossol macht es sich keineswegs leicht, in diesem Kontext den Beitrag von Kirchen und Christen als positiv und unverzichtbar aufzuzeigen. Er weiß sehr wohl, dass die Kirchen auch ein Hindernis auf dem Wege zur Einheit Europas sein können und es in der Vergangenheit auch oftmals waren. Daher stelle sich heute die Aufgabe, die geschichtlich vorgegebenen „konfessionellen Trennlinien“ zu überwinden, statt sie zu verschärfen. Auch für die Gegenwart schließt er eine negative Entwicklung nicht von vornherein aus. So äußert er die Befürchtung, „dass durch die ‚Rückkehr‘ der lateinischen Völker nach Europa (der Balten, Polen, Ungarn, Tschechen, Kroaten, Slowaken, Slowenen) die konfessionstrennende Wirkung der Strukturgrenze zwischen Latinität und Orthodoxie eine weitere Verschärfung erfahren wird.“ (S. 32) Und im westlichen Europa bestehen, wie man weiß, weiterhin die

reformatorischen Kirchenspaltungen und können die Integrationskraft der Kirchen schwächen.

Auf diesem Hintergrund gewinnt für den Oppelner Erzbischof die Ökumene eine zentrale Bedeutung. Er betont „die gemeinsame kulturelle Tradition der getrennten christlichen Kirchen“. (S. 32) Seine These lautet: Die Kirchen sind zwar gespalten, die europäische Christenheit ist es indes nicht. „Die Christenheit und das Christentum gehören keine der Kirchen exklusiv.“ (S. 32) Und er geht noch einen Schritt weiter, indem er neben den westlichen Kirchen und der östlichen Orthodoxie auch den Einfluss des Judentums und des Islam „für die Identitätsbildung Europas“ hervorhebt. Nur unter Berücksichtigung dieses umfassenden Erbes könne man von den „christlichen Wurzeln“ Europas sprechen, also nicht im Sinne eines andere Einflüsse ausschließenden Anspruchs, sondern als notwendigen Beitrag, ohne den sich die europäische Identität nicht vollständig definieren lässt.“ (S. 35) In diesem Zusammenhang weist er die verbreitete Meinung zurück, die von Johannes Paul II. immer wieder eingeforderte „‚Neu-Evangelisierung‘ Europas“ bedeute die „Rekatholisierung“ unseres Kontinents. (S. 36) Bei den Kirchen gehe es im Rahmen des gesamteuropäischen Einigungsprozesses nicht in erster Linie um ihre institutionelle Einheit, wohl aber um ihre ökumenische Gemeinsamkeit.

Auf eine für einen polnischen Bischof geradezu erstaunliche Weise nimmt Nossol den säkularen Charakter heutiger Welt, in der und für die die Kirchen ihren Dienst der Versöhnung zu leisten haben, ernst: „Die neue moderne Welt, die sich in Europa herausgebildet hat, ist ihrem Selbstverständnis nach im Grunde a-religiös. Das heutige Weltbild rekuriert nicht mehr auf seine geistigen Quellen und spirituellen Reichtümer. Das Christentum und seine Werte – jahrhundertlang in Wissenschaft, Bildung, Erziehung, Staat, Kultur und Wirtschaft tradiert - haben aufgehört, der Urgrund von

Sinn- und Heilserfahrung zu sein.“ (S. 59)

Wie kann sich die Kirche - in diesem Kontext spricht Nossol, wohl mit Blick auf die eigene Glaubensgemeinschaft, im Singular - in dieser a-religiösen Welt überhaupt positionieren? Die Möglichkeit einer Abschottung schließt Nossol kategorisch aus. „Denn schon einmal, an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, hatte die Kirche diesen Fehler der Selbstisolierung begangen.“ (S. 60) Die Kirche würde ihren Auftrag verraten, überließe sie die säkularen Entwicklungen „in einem Gefühl von Inkompetenz und Ratlosigkeit“ sich selbst. (S. 61) Das christliche Engagement sei unter den Bedingungen eines „weltanschaulich neutralen Rechtsstaates“ geradezu notwendig, weil die Grundwerte, die der Rechtsstaat unter seinen Schutz stellt, Teil des christlichen Erbes sind und der „neutrale Staat die obersten Werte und letzten Normen nicht aus einer Philosophie oder Religion begründen darf, er aber gleichwohl auf Werte und Normen angewiesen ist.“ In dieser Grundsituation der modernen Welt sieht Nossol ein äußerst dramatisches Dilemma, da sie für den Menschen die Gefahr „völliger Orientierungslosigkeit“ in sich berge und „zu einer weitgehenden Relativierung aller Normen“ führen könne. Um den durch ein „Sinn- und Normenvakuum“ drohenden Gefahren zu begegnen, sei der christliche Glaube „als wesentlicher Gestaltungsfaktor der modernen Gesellschaft“ gefordert. (S. 62) Der Oppelner Erzbischof bedient sich in diesem Zusammenhang der Argumentation einer theologischen Ethik, um den unbedingt verpflichtenden Charakter von Normen und Werten zu verdeutlichen und „das Menschliche im Göttlichen“ zu begründen. Konsequenterweise zeigt er sich denn auch beunruhigt, „dass in der Präambel der am 7. Dezember 2000 in Nizza proklamierten „Charta der Grundrechte der Europäischen Union“ die ‘Invocatio Dei’ fehlt - und damit die Verankerung der ‘gemeinsamen Werte’ im absoluten Wert: in Gott.“ (S. 64) Allerdings wird dem Leser nicht recht einsichtig, wie sich - bei allem Respekt vor einem Dialog gegensätzlicher Auffas-

sungen - die Spannung, wenn nicht gar der Widerspruch, zwischen dem Befund einer a-religiösen Welt und der Forderung nach einer „Invocatio Dei“, um die ja auch gegenwärtig im Konvent gestritten wird, lösen lässt.

Die kirchliche Standortbestimmung in der modernen Welt verlangt zudem die Akzeptanz der Trennung von Kirche und Staat sowie die Absage an eine Gleichsetzung von Religion und Nation. Nur unter dieser Voraussetzung können, wie der Autor betont, die Kirchen dialogisch und ökumenisch der durch den „Annus mirabilis“ gegebenen europäischen Herausforderung entsprechen. Angesichts der eigenen geschichtlichen Erfahrungen und soziologischen Voraussetzungen, ist eine solche Einsicht für einen polnischen Bischof keineswegs selbstverständlich. Der Oppelner Erzbischof weiß sehr wohl, dass Polens „am Schnittpunkt von westlicher und östlicher Christenheit“ gelegene katholische Kirche in der Vergangenheit ihre „Rolle bei der Mitgestaltung der Ökumene“ nicht wahrgenommen hat; zu stark waren - aufgrund des polnischen Geschichtsverlaufs verständlich - Religion und Nation, „Polentum und Katholizismus“ miteinander vermengt. (S. 81) Er verdeutlicht aber auch die unter dem Einfluss des Zweiten Vatikanischen Konzils und des Pontifikats Johannes Pauls II. eingetretene Wende, indem heute „die interkonfessionelle Ökumene für die katholische Kirche Polens nicht bloß eine Angelegenheit der Kirchenpolitik darstellt..., sondern dass es hier um das geistige Profil der polnischen katholischen Kirche geht...“ (S. 91 f.), der er einen „progressiven Konservatismus“ (S. 4) bescheinigt. Und er fordert nachdrücklich eine vergleichbare Entwicklung in Ostmitteleuropa und auf dem Balkan: „Das ist die große ökumenische Herausforderung unseres Zeitalters; die Kirchen sollen ökumenische Mittel sein - nicht für die Vertiefung ethnischer und nationaler Konflikte, sondern für die Lösung der Gegensätze und für die Versöhnung. Letztlich ist der radikale Konfessionalismus ein anachronistischer Träger gewisser Elemente des Nationalismus. Dagegen muss

die Ökumene ein Mittel für die Errichtung der universalen Menschengesellschaft sein.“ (S. 101)

Die Herausforderung der Kirchen durch den politischen Umschwung des Jahres 1989, ihr Beitrag für ein Gelingen des europäischen Einigungsprozesses, eine vom Dialog bestimmte ökumenische Erneuerung der Kirchen - das sind die Grundanliegen dieses Sammelbandes, dem man über den Kreis theologisch interessierter Leser hinaus eine weite Verbreitung wünschen möchte. Was der

Rezensent allerdings vermisst, ist ein jeweils kurzer Hinweis auf Zeitpunkt und Anlass der Texte. Zudem sollten bei einer eventuellen Neuauflage die Druckfehler dieses sonst in einem vorzüglichen Deutsch geschriebenen Bandes getilgt werden, insbesondere die Verwechslung der beiden Weltkriege (S. 121) sowie die falsche Schreibweise des polnischen Primas Wyszyński (S. 5; 136).

Theo Mechtenberg

Johnny Erling (Hg.): China – der große Sprung ins Ungewisse. Ein Report. Herder Verlag, Freiburg im Breisgau/Basel/Wien 2002, 222 S.

Das Reich der Mitte geht zu Beginn des neuen Jahrtausends einer Großepoche der Erneuerung und Modernisierung entgegen. Man kann ruhig sagen, dass die 1949 ins Leben gerufene „Volksrepublik China“ nach vielen experimentellen Phasen der bisherigen kommunistischen Ära unter Mao Tse-tung und seinen Nachfolgern nunmehr politisch und ökonomisch, aber auch gesellschaftlich sowie in ihren Außenbeziehungen, in eine gänzlich neue Epoche der Normalisierung dieses bevölkerungsreichsten Landes der Erde eintritt. Der in Peking lebende Publizist und Sinologe Johnny Erling hat die Zeit kurz vor dem 16. Parteikongress der KP Chinas im Spätherbst 2002 dazu benutzt, als Insider in einem groß angelegten Überblick die überkommenen historischen Hypothesen, vor allem aber die sich anbahnenden, gewiss widersprüchlichen Schritte hin zu einer Großmacht modernen Zuschnitts zu beschreiben.

Das im Sommer 2002 vom Freiburger Herder Verlag veröffentlichte Buch umfasst neben dem Text eine Karte der Volksrepublik, zwölf Abbildungen sowie eine Zeittafel mit der Abfolge der Dynastien Chinas, die vom 21. Jh. v. Chr. bis zur Gegenwart reichen. In seinem Vorwort erwähnt der Autor ein Standardwerk über China aus dem Jahr 1901. Dort heißt es: „China ist eine Welt für sich, die ihren Weg

von anderen unbeeinflusst geht.“ Heute, ein Jahrhundert später, kann man trotz aller Eigenarten, die dem Land geblieben sind, das nicht mehr sagen. Im Gegensatz zu Japan, das im Meiji-Zeitalter (1868–1912) schon kurz nach der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts begann, sich zu öffnen und Kontakte auch zur weiteren Umwelt aufzunehmen, hat China diese Schritte erst im 20. Jahrhundert vollzogen. Diese Zeit kann man als das Jahrhundert der Wirren, der kolonialen Durchdringung, der Warlords und der Etablierung des Kommunismus bezeichnen. Haben wir nun, so müssen wir fragen, jetzt mit dem Beginn des neuen Jahrtausends auch ein Zeitalter der Konsolidierung erreicht? Hat mit dem Eintritt neuer Generationen von Politikern, Ökonomen und technischer Intelligenz eine Zeit der endgültigen Modernisierung begonnen? Und wenn das so ist, dann wäre immer noch die Frage zu stellen, in welche Richtung diese Verwandlungen tendieren.

Dieser Frage widmet sich der Autor des Buches. Er präsentiert den Stoff seines „Reports“ in mehreren Großabschnitten, die jeweils mit längeren Zitaten beginnen. So der erste Abschnitt mit einer Stelle aus den Gesprächen des Konfuzius (Kong fuzi, 551-479 v.Chr.). Dieser Anfang zeigt uns bereits, dass Erlings gesamte Studie, obgleich sie mit

einer Fülle praktischer, empirischer Beobachtungen arbeitet, auch den Anspruch erhebt, seine Untersuchungen unter der Perspektive einer angewandten Geschichtsphilosophie und Ideologiegeschichte abzuhandeln. So endet das erste seiner vorangestellten Zitate, das in diesem Falle von Konfuzius stammt, mit dem Satz: „Der Edle ist in der Lage, die Begriffe zu bestimmen und seine Worte zu Taten werden zu lassen.“ Damit haben wir schon einen kultursoziologischen Akzent festgehalten, der unübersehbar vorhanden ist. Später kommt Mao Tse-tung zu Wort und anschließend der unvergessene Reformler Deng Xiaoping. Die Studentenrevolte auf dem Tian'anmen-Platz von 1989 wird ebenso erwähnt wie das Erwachen alter und neuer Glaubensinhalte.

Über das Letztere macht sich der Verfasser unter dem Titel „Die Rückkehr des Glaubens“ seine eigenen Gedanken. Auch dabei greift Erling einleitend auf Konfuzius zurück. Von ihm erzählt er die folgende Geschichte, die für den atheistischen kommunistischen Staat nicht ganz leicht zu verarbeiten ist, es sei denn, man färbt das alles dialektisch ein:

„Der Schüler fragte, wie eine Regierung nach rechter Art beschaffen sein sollte. Meister Konfuzius sprach: „Sie muss für ausreichend Nahrung, genügend Waffen und für Glauben und Vertrauen für den Herrscher des Volkes Sorge tragen.“ Der Schüler fragte: „Auf welche dieser drei Bedingungen ließe sich als erstes verzichten?“ - „Auf die Waffen.“ - „Und danach?“ - Auf das Essen. Seit jeher müssen alle Menschen sterben. Wenn aber das Volk ohne Glauben und Vertrauen ist, lässt sich keine Regierung aufbauen.“

Diese Geschichte benutzt der Verfasser, um auf das von der Falungong-Bewegung in aller Heimlichkeit organisierte große Sit-in in Peking am 25. April 1999 hinzuweisen. Damals fand die größte Demonstration seit dem 4. Juni 1989, der blutig ausgehenden Demonstration auf dem Platz des himmlischen Friedens, statt. Der Autor dieses Reports berichtet, wie er sich im April 1999 unter die

zurückkehrenden Menschen mischt und einen der Passanten nach dem Codewort der Falungong, den drei Begriffen: „Zhen – Shan – Ren“ (Wahrhaftigkeit – Güte – Duldsamkeit) fragt. Da bricht dieser sein Schweigen und bestätigt, dass sie alle nach einem geheimen Plan, meist über die elektronischen Medien, aus allen Himmelsrichtungen Chinas zusammengekommen seien, um für die Lebenskraft ihrer mysteriösen Gemeinschaft ein Zeugnis abzulegen. Der Autor erläutert weiter, was es mit dieser sich aus buddhistischen, taoistischen und konfuzianischen Quellen speisende, einem Erlösungsgedanken huldigende Meditationsbewegung auf sich hat. Die Schrift „Falun Dafa“ enthält die Botschaft des Sektengründers, des heute in der Emigration in den USA lebenden fünfzigjährigen „Meister Li Hongzhi“. Er überragt an Anziehungskraft alle anderen unzähligen Sekten und sektenähnlichen Einrichtungen. Die Zahl ihrer Anhänger schätzen die Mitglieder von Falungong allein in China auf rund 60 Millionen. Auf alle Fälle hat die gesamte Unternehmung viel Unruhe ausgelöst, die bis in die höchsten Parteispitzen reicht, nicht zuletzt, weil in China Geheimgesellschaften eine lange Tradition haben.

Unter dem Hinweis „Die Religionen spüren Aufwind“ bringt Erling einige zusätzliche aufschlussreiche Angaben. Die staatliche Religionsbehörde habe 1997 in ihrem ersten Weißbuch zur Religion eingeräumt, dass es wieder 100 Millionen Gläubige in China gebe. Diese gehören zu zwei Dritteln den großen traditionellen Glaubensschulen des Daoismus (Taoismus) und Buddhismus, vorwiegend lamaistischer Prägung, an. Ein Drittel verteilt sich nach den Angaben der Behörde auf den Islam mit 17 Millionen, zehn Millionen Protestanten und vier Millionen Katholiken. Diesen fünf Religionen bzw. Konfessionen stehen nach all den Verfolgungen wieder 85.000 Kirchen, Moscheen und Tempel zur Verfügung.

Unter den unzähligen Sekten ist die Falungong am unheimlichsten. Bei ihr wird mit elektronischen Mitteln ein wahrer Geheimkrieg

ausgefochten, der den friedlichen Parolen der Falungong widerspricht. Eine ins Dunkle und ins Zwielficht führende Auseinandersetzung mit der Staats- und Parteimacht bahnt sich an. Mit immer wieder neuen, spektakulären Widerstandsaktionen unterlaufen Falungong-Aktivistinnen, so heißt es in dem Buch Erlings, die behördlichen Verfolgungen bis heute. Man dringt in örtliche Übertragungskabel ein und installiert Gegenprogramme. Die Manipulationen am Kabelfernsehen verblasen, so sagt der Autor später, gegen einen „High-Tech-Coup“, mit dem es Falungong-Aktivistinnen gelungen ist, einen chinesischen Satelliten zu „hacken“, um ihn in ihre Dienste zu stellen. Es ist kaum zu glauben, dass das Ende Juni des Jahres 2002 in Szene gesetzt wurde, nachdem Falungong bereits im Juli 1999 verboten worden war und die Jagd auf diese meditative Sekte aufgenommen wurde. Doch sind das nur Beispiele aus dem Arsenal der aktivistischen und elektronisch so versierten Unruhestifter, denen der Autor ein ganzes Kapitel seines Buches widmet.

Der Parteichef Zemin hat schon wissen lassen, dass er in der Gefahr sei, angesichts der Erfolge dieser Sekte und der Ohnmacht der Sicherheitskräfte, sich lächerlich zu machen. Das wäre eine Katastrophe, denn nichts ist in China schlimmer, als aus solchen Gründen „das Gesicht zu verlieren“. Dabei hat sich der Partei- und Staatschef Jiang Zemin, seit ihn Deng 1989 in diese Funktionen geholt hatte, stetig größere Reputation erworben. Damit setzte er eine Erfolgsgeschichte fort, die ihn schon als Parteisekretär von Shanghai ausgezeichnet hatte. Nun, da sich im Jahre 2002 seine Amtszeit als Erster Mann Chinas dem Ende zuneigt und er auf dem 16. Parteikongress der KP Chinas im November 2002 seine Verantwortung auf einen Vertreter der jüngeren Generation, den 1942 geborenen und als entschiedener Reformler geltenden Hu Jintao übergibt, ist er besonders daran interessiert, in Würde und hohem Ansehen seine Amtszeit zu beenden. Die Ärgernisse, die mit der Falungong-Bewegung in Verbindung

stehen, irritieren ihn da ebenso wie die Tatsache, dass er in der immer wieder eingeforderten Verschärfung der Korruptionsbekämpfung nicht recht weiter kommt.

Dabei sind seine Erfolge auf anderen Gebieten nicht zu leugnen. Als geistig beweglicher und zugleich praktischer Politiker hat er sich sehr bewusst außenpolitisch immer weiter geöffnet. 2001 schloss er sich der Front gegen den Terror an und im Herbst 2002 wurde er vom amerikanischen Präsidenten George W. Bush auf seiner Ranch in Texas zu einem Staatsbesuch empfangen. Zur gleichen Zeit bemühte sich Zemin geschickt und gewiss auch mit Hintergedanken um die Verbesserung der Beziehungen Chinas zu den Einwohnern von Tibet. Sein Nachfolger Hu Jintao, der einige Jahre (1988 bis 1992) in Tibet als Parteisekretär stationiert war, wird dort, auf diesem schwierigen Außenposten, sicherlich ganz neue, noch unbekannte Fakten schaffen.

Noch größer sind Zemins Erfolge in der Innenpolitik. Als Modernisierer und Reformler leitete Jiang Zemin vor allem die Anhebung des Lebensstandards für immer mehr Chinesen ein. Das kam nicht zuletzt dem neuen Mittelstand zugute. Dieses Thema belegt der Verfasser mit eindrucksvollen Beispielen: Die Einheitskleidung, die einst vorherrschte und in der schrecklichen Zeit der Kulturrevolution Chinas ideologische Bedeutung hatte, verschwand zunehmend. Die Fünftagewoche und der Urlaubsanspruch wurden eingeführt. „Der Traum einer eigenen Wohnung für ihre Kleinfamilie ist ebenso greifbar geworden wie die erste Auslandsreise“, schreibt der landes- und sprachkundige Sinologe. Zuerst eroberten Fahrräder und Nähmaschinen den Alltag der Chinesen. Das waren unter Mao noch Luxusgüter. Jetzt sind Videokameras und Kleinautos gefragt, und der Wintersport beginnt sich modisch zu entwickeln. Von hier aus ist es nur konsequent, dass sich Zemin auch für den Plan der Öffnung der Partei einsetzt, in Zukunft auch private Unternehmer als Mitglieder der Einheitspartei zu akzeptieren. Die Zukunft hat schon begonnen.

Eine merkwürdige Phase des Umbruchs. Denn daneben träumt die Staatsführung auch noch nach dem Muster des Diktators Josef Stalin, dem Anbeter der Gigantomanie, von der Herrschaft über die Natur.

„Der Mensch kann den Himmel bezwingen und die Natur verändern. Er kann Berge abtragen wie der Greis Yugong und wie der mythische Wasserkönig Yu die Flüsse kontrollieren. Nur dank des überlegenen Sozialismus können wir unsere Kräfte zu solchen Großtaten vereinigen.“

Das waren die Worte Jiang Zemins nach altem Schema, als er am 8. November 1997 zum Baubeginn des Drei-Schluchten-Dammes in der Nähe des Jangtse eine Rede an sein Volk hielt. Während bei uns sich die Grünen gegen den Bau von Transrapid-Strecken wehren, verhandeln wir mit China über den Bau solcher supermodernen Verkehrsmittel.

Das ist die eine Seite der Erneuerung. Die andere Seite wird im letzten Abschnitt des Buches unter dem Titel „Das Erwachen von Zivilcourage“ gebracht. Noch einmal wird zur Einführung auf ein Zitat aus den „Gesprächen des Konfuzius“ zurückgegriffen:

„Konfuzius kam in den Staat Wei und sagte: ‚Wie zahlreich ist das Volk hier!‘ Der Schüler fragte ihn: ‚Was soll man machen, wenn man so viele Menschen hat?‘ Konfuzius sagte ‚Lasst sie reich werden.‘ – ‚Was soll man machen, wenn sie reich sind?‘ Konfuzius sagte: ‚Lasst sie sich bilden!‘.“

Es ist bezeichnend, dass Erling diese Worte von Konfuzius gewählt hat, obgleich es in diesem letzten Kapitel um ganz andere; sehr handfeste Dinge geht, eben um die Zivilcourage, oder mit anderen Worten um das Erwachen des Aktivbürgers. Man könnte auch sagen: um den Topos einer „Demokratie von unten“! Zur Zeit noch in China eine absurde Idee und zugleich ein Lehrstück nach dem Muster von Bertolt Brecht. Denn für den Chinakenner Erling geht es um etwas Neues, was hier in die Köpfe eingepflanzt werden soll. Das Thema ist die Gründung von Bürgerinitiativen. Den Autor drängt es, zu beschreiben, wie sich selbst in

China, wo bisher der Staat über allen Köpfen herrschte - wie zaghaft auch immer die Signale sein mögen -, der Gedanke des mündigen Bürgers bemerkbar macht. So erwähnt der Autor in diesem Zusammenhang auch ausdrücklich - für China wirklich ein neuer Gedanke - die Idee der Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO) als Ausdruck einer wahren Demokratie von unten. Man spürt richtig, wie stark die Hoffnungen des Verfassers sind, dass solche Experimente keine Episode bleiben. Deshalb auch hier wieder der Rückgriff auf Konfuzius als der höchsten, über allen Parteiungen thronenden Autorität des Landes. Johnny Erling beginnt seine Betrachtungen in diesem letzten, in die Zukunft weisenden Kapitel mit einem langen Brief einer 16jährigen Pekinger Schülerin an die Ministerin für das Erziehungswesen, von dem der Autor betont, dass er nicht - wie sonst üblich - vorfabriziert oder von „oben“ angeregt sei, sondern tatsächlich das Produkt einer spontanen Eigeninitiative wäre. Dieser Protestbrief der Schülerin Tang Qing setzt sich kritisch mit der „Paukerelei“, der Enge des Denkens und den allseitigen formalistischen Einschnürungen des chinesischen Bildungswesens auseinander. In diesem Brief wird unter anderem auch neben der Kritik an den dirigistischen, mit Vorurteilen agierenden Methoden der chinesischen Erziehungsarbeit auf die „klammheimliche“ Freude in vielen Schulen und Lehrerkollegien über den anti-amerikanischen Terroranschlag am 11. September 2001 sehr kritisch Bezug genommen, um am Schluss des Schreibens in dem symbolträchtigen Ausruf zu gipfeln: „Wir brauchen frische Luft!“

Da wundert es nicht, dass die Untertitel dieses abschließenden Kapitels fast im Gleichklang lauten: „Das Ende der Manipulation“ oder „Aufbruch in eine Gesellschaft mündiger Bürger“, „Die Querdenker kommen“ und „Auch die Kirchen proben das Sit-in“. Im Zusammenhang damit wird gefordert, in allen Schulen problemorientierter zu lernen und der Abtötung der Phantasie in diesen öffentlichen

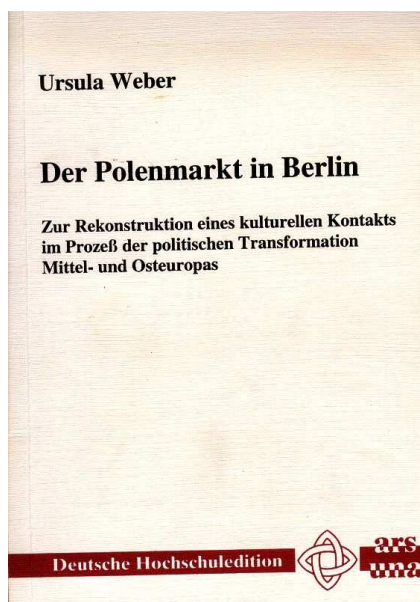
Einrichtungen entgegenzuwirken. Die letzteren Parolen erinnern lebhaft an unsere Zeit in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, als in Deutschland die Reformpädagogik ihren Siegeszug begann. Kurzum, es wird ganz allgemein noch einmal gefordert, die Zivilcourage zu stärken und „die politische Kultur des Diskurses“ zu pflegen. Zusammenfassend wird Front gemacht gegen den alten sowjetkommunistischen Gedanken einer „Demokratie von oben nach unten“. Da diese Idee auch über Jahrtausende in abgewandelter Form die gesamte Geschichte dieses Reiches der Mitte beherrscht hat, ist hierin der Knackpunkt der sich anbahnenden Auseinandersetzungen zu sehen. Die historische Leninsche Frage „Wer wen?“ taucht im Hintergrund auf zeitgemäße Art auf. Wie als Beleg für diese Lage berichtet der Verfasser unter dem Schlagwort „Schändung der Natur“ vom Beginn der Naturschutzbewegung. Wie so oft in der Geschichte, geht es um ein Symbol, um den im Bau befindlichen „Drei-Schluchten-Damm“ in der Nähe des Jangtse. Wenn auch in diesem Fall zunächst vergeblich, wird gegen ihn zu Felde gezogen. Doch hat sich am

konkreten Muster der allgemeine Gedanke des Naturschutzes entwickelt. Schon wird er langsam aber sicher im Gegensatz zur Verherrlichung des industriellen Denkens als genauso wichtige Aufgabe der Gesellschaft empfunden. Es ist interessant, dass der Autor in diesem Zusammenhang besonders eine ganze Reihe von Frauen beim Namen nennt, die mit ihrer Zivilcourage als Vorkämpferinnen des Umweltschutzes gefeiert werden.

Mit der Frage nach den Frauen und ihrer Rolle in diesem mit so mannigfaltigen dynamischen Wandlungen und Veränderungen konfrontierten Gemeinwesen wird ein zentrales weiteres hochexplosives Problemfeld angesprochen, das wie so vieles unter das alte Stichwort Fontanes „Ein weites Feld“ eingeordnet werden muss. Auf alle Fälle verstehen wir nun, wenn wir dieses letzte Kapitel des Buches gelesen haben, umso besser, warum die hier vorzustellende Veröffentlichung den herausfordernden, kühnen Titel trägt „China - Der große Sprung ins Ungewisse.“

Walter Hildebrandt

Ursula Weber: Der Polenmarkt in Berlin. Zur Rekonstruktion eines kulturellen Kontakts im Prozess der politischen Transformation Mittel- und Osteuropas. Neuried 2002, 237 S.



Die vorliegende Arbeit wurde am Lehrstuhl für Volkskunde an der Universität Tübingen im Jahre 2001 als Dissertation angenommen. Theoretischer Ausgangspunkt dieser Untersuchung ist das von dem britischen Anthropologen Victor Turner entwickelte Konzept der so genannten Liminalität, des Schwellenzustands. Schwellenzustände sind für gesellschaftliche Umbrüche, also auch für die seit 1989 in Gesamteuropa einsetzenden Transformationsprozesse durchaus typisch. Der sich zwischen 1989 und 1993 auf dem Gelände des heutigen Potsdamer Platzes tagtäglich veranstaltete Polenmarkt war sicherlich einerseits ein ganz realer, wenn auch ungewöhnlicher Handelsplatz,

andererseits aber auch symbolträchtiger Ausdruck eines solchen Schwellenzustands. Die Autorin hat diesen Umstand einführend wie folgt charakterisiert:

„Der Polenmarkt ist nun eines der symbolischen Mittel, welches an diesem Übergang in der jüngsten Geschichte seine Bedeutung entfaltet und als Schwellenphänomen interpretiert werden kann. Eine liminale Situation zeichnet sich durch eine starke Symboldynamik aus, weil sie durch Entstrukturierung und Verflüssigung eines Zustandes gekennzeichnet ist. Deshalb können Symbole innerhalb des Veränderungsprozesses an Bedeutung gewinnen, ebenso wie sie ihre Bedeutung auch einbüßen. Der Polenmarkt erschließt sich aus dieser Prozeßhaftigkeit und stellt sich als Phänomen des Schwellenzustandes dar, weil sich in ihm zum einen manifestiert, dass die alten Strukturen sich auflösen und neue im Entstehen begriffen sind und zum anderen, weil er für kurze Zeit eine Bedeutung innehatte, die sich auch wieder verflüchtigte und abgelöst wurde.“ (S. 29)

Um dieses Phänomen adäquat rekonstruieren zu können, beschäftigt sich Weber nicht nur mit dem historischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Umfeld der deutsch-polnischen Beziehungen, sondern ebenfalls mit ausgewählten Aspekten der Stereotypen- und Transformationsforschung. Ihr erkenntnisleitendes Interesse formuliert sie mittels dreier Leitfragen, in denen nach der Ursache und Spezifik des Polenmarktes, nach seiner Rezeption und nach seiner Bedeutung für Polen und Deutsche gefragt wird. Diesen Fragestellungen geht die Autorin in vier übergreifenden Kapiteln nach. Im ersten erfolgt eine chronologische Rekonstruktion des Polenmarktes, wobei sie nachweist, dass der Polenmarkt im Laufe der vier Jahre seiner Existenz vom Indikator für die sich in Osteuropa vollziehende Transformation zum Übergangsphänomen mutierte. Im zweiten Kapitel setzt sie sich mit den wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen der Reformen in Polen auseinander. Diese schufen angesichts deutlicher Verunsicherung und Verarmung sowie der Möglichkeit, frei ins marktwirtschaftliche

Ausland (also West-Berlin) ausreisen zu können, die Voraussetzung für die tagtägliche Inszenierung eines exotischen, illegalen, wenn auch von den Behörden mehr oder minder geduldeten Schwarzmarktes, der den Händlern Gewinnspannen bot, für die es sich ganz offensichtlich lohnte, große Strapazen und hohe Risiken auf sich zu nehmen. Im dritten Kapitel steht der Umgang mit dem Polenmarkt im Mittelpunkt, es geht um seine Topographie und Struktur sowie um die handelnden Personen. Rekonstruiert werden Erinnerungen und Assoziationen, in denen der Polenmarkt zum Beispiel mit den deutschen Schwarzmärkten der Nachkriegzeit verglichen wird oder das schillernde Stereotyp der „polnischen Wirtschaft“ ins Spiel kommt. Im vierten Kapitel, das der unterschiedlichen Rezeption des Polenmarktes gewidmet ist (administrativer, privater, öffentlicher und anderer Blick) geht die Autorin schließlich der Frage nach, ob sich der Handelskontakt zwischen Deutschen und Polen in einen Kulturdialog transformiert hat. Hier wird auch nach den Determinanten für das Verhältnis von Deutschen und Polen gefragt.

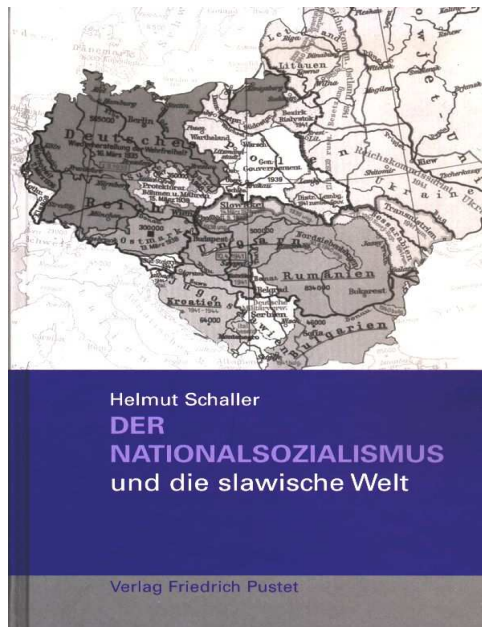
Um all diese Fragen befriedigend beantworten zu können, greift die Autorin auf eine entsprechend breite Materialgrundlage zurück und wendet eine der Ethnographie gemäße Wissenschaftsmethodik an. Dabei bilden die durch Feldforschung mittels teilnehmender Beobachtung gewonnenen Ergebnisse das wichtigste Material. Sie werden allerdings durch Interviews und Gespräche (auch im Berliner Behördenkreis) ergänzt. Schließlich wird auch auf schriftliche Quellen des Berliner Abgeordnetenhauses und des polnischen Sozialrats zurückgegriffen. Den jeweils aktuellen Diskurs in der veröffentlichten Meinung rekonstruiert die Autorin mittels einer Analyse der Berichterstattung zweier Berliner Tageszeitungen („Der Tagesspiegel“ und „die tageszeitung“). So entsteht in der Tat ein überaus dichtes, differenziertes und komplexes Bild des Phänomens Polenmarkt, in dem dessen gesellschaftliche Relevanz gleichsam ganzheitlich widergespiegelt wird. Dieses sehr systematisch ange-

legte Buch, in dem es deshalb gelegentlich zu Redundanzen kommt, ist daher all jenen zu empfehlen, die sich für interdisziplinäre, mehrdimensionale und originelle Rekonstruktions-

versuche komplexer Wirklichkeiten interessieren.

ZW

Helmut Schaller: Der Nationalsozialismus und die slawische Welt. Verlag Friedrich Pustet, Regensburg 2002, 320 S.



Der Marburger Slawist Helmut Schaller legt mit dieser Untersuchung eine Veröffentlichung vor, mit der – so könnte man meinen – Neuland beschriftet wird. Hierauf scheint der allgemeine und umfassende Titel hinzuweisen. Nach Lektüre dieses aufschlussreichen Buches kommt man allerdings zum Ergebnis, dass der Titel mehr verspricht als er halten kann. Denn eigentlich geht es bei dieser Darstellung in erster Linie um das Verhältnis der deutschen Slawistik und einiger „ostkundlicher“ Institutionen zu den slawischen Völkern und Staaten. Dass Schaller sich weitgehend auf die Slawisten beschränkt, wird bereits daran deutlich, dass die weiterhin aktuelle Diskussion um die Rolle der deutschen „Ostwissenschaft“ – mit solchen Größen der „kämpfenden Volkstumsgeschichte“ wie Hermann Aubin, aber auch den jüngeren Werner Conze und Theodor Schieder, kaum Erwähnung findet. Hierbei handelt es sich um Wissenschaftler, die im Dritten Reich bereitwillig in den Dienst der nationalsozialistischen Rassenideologie

und Großraumpolitik traten, und nach dem Zweiten Weltkrieg ihre wissenschaftlichen Karrieren auf entsprechenden Lehrstühlen unangefochten fortsetzen konnten. Die Aufarbeitung dieser dunklen Seiten der deutschen Ostforschung setzte in der Bundesrepublik relativ spät ein, wurde in der DDR zwar betrieben, unterlag aber dort starken ideologischen Vorgaben. In der Tat war es die polnische Geschichtswissenschaft, die sich schon recht früh mit der Problematik der (imperialistischen sowie nationalsozialistisch geprägten) deutschen Ostforschung zu beschäftigen begann. Das Standardwerk von Henryk Olszewski (*Nauka historii w upadku. Studium o historiografii i ideologii historycznej w imperialistycznych Niemczech – Geschichtswissenschaft im Verfall. Studien zur Historiographie und geschichtlichen Ideologie im imperialistischen Deutschland*, 1982) findet in der Auswahlbibliographie Schallers aber keine Erwähnung. Auch hätte man eigentlich damit rechnen dürfen, dass im Zusammenhang mit den Folgen nationalsozialistischer Besatzungspolitik in Polen auf die einschlägigen Arbeiten von Czesław Madajczyk und Czesław Łuczak verwiesen würde. Dies ist aber leider nicht der Fall. Immerhin führt Schaller den 1997 in deutscher Sprache veröffentlichten Aufsatz von Włodzimierz Borodziej an, in dem es um die deutsche „Ostforschung“ aus Sicht der polnischen Historiographie geht.

Sieht man von diesen einschränkenden Vorbemerkungen ab, so kann allerdings mit Fug und Recht behauptet werden, dass der Autor ein wenig bekanntes Kapitel deutscher Wissenschafts- und Ideologien Geschichte beschrieben hat, das erhellt, dass es trotz aller

nationalsozialistischer Gleichschaltungsversuche und Veröffentlichungsverbote durchaus auch deutsche Slawisten gab, die sich nicht einschüchtern ließen und die völkische und später nationalsozialistische Instrumentalisierung ihrer Wissenschaft nicht akzeptieren mochten. Dies gilt zum Beispiel für den auch international anerkannten Max Vasmer, der sich nach der Besetzung Polens persönlich für inhaftierte polnische Kollegen einsetzte, aber auch für Reinhold Trautmann, dessen Untersuchung über die wendischen Ortsnamen Ostholsteins, Lübecks, Lauenburgs und Mecklenburgs im Jahre 1939 nicht publiziert werden durfte, weil sie den „gegnerischen Thesen“ der polnischen Forschung Nahrung gegeben hätte.

Der von Schaller eingehend beschriebene Fall von Trautmann steht exemplarisch für die Parteilichkeit und Instrumentalisierung einer Wissenschaftsdisziplin, in der nur das erforscht und veröffentlicht werden sollte, was dem durch die Nazis definierten Interesse des deutschen Volkes entsprach. Die rassistische Volkstumsideologie und -politik der Nationalsozialisten ließ vor und während des Zweiten Weltkriegs keinen Zweifel daran, dass es sich im Osten des Reiches um einen mit aller Härte geführten Verdrängungsprozess gegen das Slawentum handeln sollte, der neben weitgehenden Vertreibungen und Umsiedlungen (Generalpläne Ost) ebenfalls die Isolierung und Vernichtung ausgesuchter Volksteile – wie zum Beispiel der polnischen Intelligenz – implizierte. Eine „Eindeutschung“ der Polen schloss man prinzipiell aus, auch wenn es im Rahmen der „Umvolkung“ und mit Hilfe der so genannten „Volkliste“ Ansätze in Richtung längerfristiger Assimilation gab.

Ein wesentlich freundlicheres Slawenbild wurde in dem nationalsozialistisch inspirierten und kontrollierten Schrifttum von den mit Hitlerdeutschland „befreundeten“ Völkern und „verbündeten“ Staaten gezeichnet. Hier wurde die Rassentheorie, wie Schaller in den entsprechenden Kapiteln seiner Darstellung

belegt, der politischen Notwendigkeit angepasst. Und so schnitten Slowaken, Kroaten und Bulgaren, aber auch zeitweilig die Ukrainer in entsprechenden Veröffentlichungen wesentlich besser ab als die eindeutig zu „Untermenschen“ erklärten Polen und Russen.

Schaller kommt allerdings insgesamt zum Ergebnis, dass es keine „ausgesprochene Rolle“ der Slawistik bei der Umsetzung nationalsozialistischer Bevölkerungspolitik gegeben habe. Auch kann er den Nachweis führen, dass neben den bereits erwähnten Wissenschaftlern Vasmer und Trautmann auch Professoren wie Reinhold Olesch und Gerhard Gesemann mit den offiziellen Stellen des Dritten Reiches in Konflikt gerieten, weil sie an ihren damals nicht opportunen Forschungsvorhaben festhielten. Aber es gab auch Fälle offenkundiger Unterstützung der NS-Linie. Dies gilt zum Beispiel für den nach dem Zweiten Weltkrieg zuletzt an der Johannes Gutenberg Universität in Mainz lehrenden Slawisten Friedrich-Wilhelm Neumann, der im Jahre 1938 einen programmatischen Aufsatz unter dem Titel „Das Slawentum und die deutsche Slawistik“ veröffentlichte, in dem er unter anderem „die rassistischen Unter- und Hintergründe des bolschewistischen Phänomens“ aufgeklärt wissen wollte. (S. 67)

Gesteuert und kontrolliert wurde die Osteuropaforschung bereits im Deutschen Reich durch die sogenannte Publikationsstelle in Dahlem und später durch die Nord- und Ostdeutsche Forschungsgemeinschaft. Die Publikationsstelle war bereits im Jahre 1931 zur Abwehr „polnischer Angriffe“ auf das preußisch-deutsche Geschichtsbild geschaffen worden, und wurde von dem Historiker Albert Brackmann geleitet, der auch für die Herausgabe des Sammelbandes „Deutschland-Polen“ (1933) sorgte und während des internationalen Historikerkongresses in Warschau versucht hatte, polnischen Gebietsansprüchen entgegenzutreten. (S. 38) Diese Aktivitäten intensivierten sich nach der Machtergreifung der Nazis noch erheblich. Aufgrund seiner

Recherchen im Bundesarchiv in Koblenz sowie der Auswertung der in den letzten Jahren veröffentlichten Fachliteratur konnte Schaller zahlreiche Dokumente erschließen und in seiner Darstellung veröffentlichen, die den „Zeitgeist“ sehr anschaulich widerspiegeln. Eine Kostprobe stellt das folgende Zitat Brackmanns aus seinem Tätigkeitsbericht für die Jahre 1934 und 1935 dar:

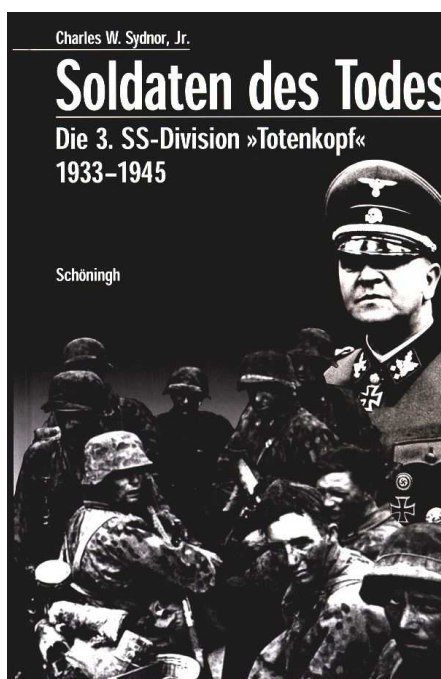
„Die Zeiten sind vorbei, in denen jeder tun und lassen konnte, was er wollte. Wir setzen mit unserer wissenschaftlichen Forschung überall da ein, wo es gilt, die Interessen des deutschen Volkstums zu stützen und zu fördern. Darum müssen wir alle unsere wissenschaftliche Arbeit rationalisieren und bestimmen lassen von dem einen großen Gedanken: Wie kann ich mit meiner Arbeit dem Vaterlande dienen? Also politische Zielsetzung, aber wissenschaftliche Methode.“ (S. 39) Besonders der letzte Satz bedarf sicherlich keines weiteren Kommentars. Ganz auf dieser Linie befand sich auch die Vierteljahresschrift „Jomsburg“, die sich mit den Völkern und Staaten im Osten

und Norden Europas befasste und – trotz wissenschaftlichen Anspruchs – sich ganz offenkundig an der nationalsozialistischen Ideologie orientierte. Neben Brackmann arbeiteten an diesem Organ auch so bekannte „Ostforscher“ wie Hermann Aubin und Theodor Oberländer mit, die ihre wissenschaftlichen und politischen Karrieren – auch Dank des Kalten Kriegs - im Nachkriegsdeutschland unangefochten fortsetzen konnten. Von der Mitarbeit ausgeschlossen blieben – wie der Fall des finnischen Slawisten Valentin Kiparsky zeigt – Wissenschaftler, bei denen man rassistische Einwände hatte.

Sieht man von den eingangs formulierten Hinweisen und Einwänden ab, so handelt es sich bei diesem gut edierten und mit einem entsprechenden Wissenschaftsapparat versehenen Buch um eine lesenswerte Untersuchung, die für jeden deutschen Slawisten Pflichtlektüre sein sollte.

ZW

Charles W. Sydnor, Jr.: Soldaten des Todes. Die 3. SS-Division „Totenkopf“ 1933-1945. Schöningh Verlag, Paderborn/München/Wien/Zürich 2002, 320 S.



Die erste Ausgabe dieses Klassikers erschien im Jahre 1977 unter dem Titel „Soldiers of Destruction“ in englischer Sprache. Sie stellte die erweiterte Fassung der Dissertation des Autors dar, und war das Ergebnis von Forschungen, die Sydnor zwischen 1967 und 1976 in deutschen und amerikanischen Archiven betrieben hatte. Die zweite englischsprachige Ausgabe aus dem Jahre 1990 enthielt nur leichte Verbesserungen gegenüber der ersten Auflage. Beide Auflagen wurden von der Fachwelt aufmerksam rezipiert. Ihre grundlegenden Thesen erfuhren auch durch die mittlerweile sehr zahlreich gewordene Fachliteratur zu Themen des SS-Staates und seines Funktionierens keinerlei Revision.

Erst 1999 erschien eine polnische Version und drei Jahre später schließlich die jetzt

vorliegende deutsche Fassung des Buches, die der Autor um ein Kapitel erweitert hat, in dem er auf die in den 80er und 90er Jahren erschienene Fachliteratur verweist, und unter anderem zu folgendem Ergebnis kommt:

„Das heute verfügbare zusätzliche Quellenmaterial, das mir damals unzugänglich war, bestätigt, dass die Waffen-SS (und zwar Einheiten aus ihren angesehensten Divisionen) ein wesentlicher und häufig entscheidender Bestandteil des unerbittlichen Apparates zur Vernichtung von Menschen war, den die SS in den Kriegsjahren betrieb.“ (S. 298)

Diese heute in der Geschichtswissenschaft nicht mehr angezweifelte These stellte Ende der 1970er Jahre – angesichts zahlreicher Apologeten der Waffen-SS - durchaus keine Selbstverständlichkeit dar. Insofern brachte die Einzelfallstudie Sydnors über die 3. SS-Division „Totenkopf“ in der Tat eine neue Perspektive, die bis heute Geltung hat, und insofern ist auch sehr zu begrüßen, dass sie nunmehr auch in deutscher Übersetzung vorliegt. Vielleicht wird sie im deutschsprachigen Raum so von einem breiteren Publikum, auch außerhalb der eigentlichen scientific society, stärker wahrgenommen.

Die gute und kompetente Übersetzung aus dem Englischen, die Bibliographie, das Verzeichnis der Abkürzungen, das Personen- und Ortsregister, aber auch die aufschlussreichen Fotografien sowie das Kartenmaterial erleichtern dem Leser den Zugang. Im ersten Kapitel zeichnet Sydnor die nicht gerade leicht nachvollziehbare Organisationsstruktur des Systems der Konzentrationslager und der SS-Totenkopfverbände zwischen 1933 und 1939 nach. Dabei darf nicht verwundern, dass dieses Kapitel stark auf die Person des Mörders von Ernst Röhm, Theodor Eicke, abhebt, der als hoher SS-Funktionär und Günstling von Himmler und Hitler das System der deutschen Konzentrationslager schuf und die SS-Totenkopfdivision kommandierte, bis er 1943 in Russland fiel. Das in den KZ erprobte „System Eicke“, das auf äußerster Brutalität gegenüber den „Reichsfeinden“ und auf fanatischem

Rassenhass und selbst-mörderischer Ergebnislosigkeit gegenüber den Führern des Systems basierte, wurde nicht nur zum Programm der in den KZ hantierenden SS-Wachmannschaften, sondern ebenfalls unangefochtene Leitlinie bei den Fronteinsätzen und „Säuberungen“ der Totenkopfverbände in Polen, Frankreich und in der Sowjetunion. Die von Eicke einer harten Schulung unterworfenen Männer zeichneten sich nach Beendigung ihrer Ausbildung in der Regel durch ein hohes Maß an Menschenverachtung, Rücksichtslosigkeit und Brutalität, aber auch durch Tapferkeit und Todesverachtung aus. Viele von ihnen begingen in Polen, Frankreich und Russland brutalste Kriegsverbrechen, legten aber in offener Feldschlacht auch ein ungewöhnliches Durchhaltevermögen, einen ungezähmten Siegeswillen und eine beträchtliche Selbstverleugnung an den Tag, was ihnen den Respekt ihrer militärischen Gegner, aber auch die uneingeschränkte Bewunderung des „Führers“ einbrachte. Dies war auch Ergebnis einer rücksichtslosen politischen Schulung und Siebung, bei der neben bedingungsloser militärischer Disziplin und Härte, eine auf der Rassenlehre beruhende fanatische Erziehung zum Hass (gegen rassistisch „minderwertige“ Völker und das „internationale Judentum“) höchste Priorität hatte. Der Autor entwickelt dies besonders eindrucksvoll in denjenigen Kapiteln, in denen er den überaus langwährenden Einsatz der Division in Russland beschreibt, wo sie sich aufgrund ihrer außergewöhnlichen Kampfkraft und angesichts der Niederlagen der Wehrmacht sehr bald zur flexibel einsetzbaren „Feuerwehr des Führers“ entwickelte.

Sydnor weist in diesem Kontext eindeutig nach, dass die Soldaten der 3. Waffen-SS „Totenkopf“ eben nicht „Soldaten wie alle anderen“ waren, sondern politisch indoktrinierte Exekutoren eines durchkalkulierten Vernichtungsprogramms. Die Tatsache, dass ein großer Teil dieser Männer sowohl in den Konzentrationslagern als auch in der 3. SS-Totenkopf-Division diente, verdeutlicht, dass

sie durch Terror und Mord an wehrlosen Häftlingen auf die Kriegsführung in Russland vorbereitet werden sollten. Umgekehrt stellte der zeitlich befristete Einsatz bei der SS-Totenkopf-Division nicht selten die Voraussetzung dafür dar, um sich in der gewaltigen Vernichtungsmaschinerie der Nazis weiter „bewähren“ zu können. In seinem Nachwort zur deutschen Ausgabe zeichnet Sydnor die Berufskarrieren einiger Angehöriger der SS-Division „Totenkopf“ nach, die sich später als Leiter zahlreicher Massenmord-Unternehmen „auszeichnen“ sollten.

Es ist gerade diese an einzelnen Personen festzumachende Zusammenarbeit und Interdependenz unterschiedlichster SS-Institutionen, die verdeutlicht, dass es sich bei den Angehörigen der Waffen-SS durchaus nicht um Soldaten im klassischen Sinne handelte, sondern vielfach um abgebrühte, von der Nazi-Führung legitimierte und hoch dekorierte Kriminelle, die ihre Verbrechen auch noch

nach dem Zweiten Weltkrieg ideologisch zu rechtfertigen suchten. Hieraus erklärte sich unter anderem auch die lange währende Konkurrenz und Abneigung zwischen Waffen-SS und Wehrmacht, die Sydnor ebenfalls deutlich beschreibt.

Mittlerweile weiß man, dass auch die Wehrmacht einen aktiven (kriminellen) Anteil am Weltanschauungskrieg der Nationalsozialisten hatte. Dies rechtfertigt aber keine – wie auch immer gearteten – Relativierungen. Denn wer sollte in diesem Zusammenhang wen exkulpiert?

Auch mehr als zwanzig Jahre nach seinem ersten Erscheinen in englischer Sprache bleibt „Soldaten des Todes“ in deutscher Übersetzung ein weiterhin aktuelles Standardwerk, dem man wünschen darf, dass es eine möglichst zahlreiche deutschsprachige Leserschaft erreicht.

ZW

Kathrin Behrens: Die Russische Orthodoxe Kirche: Segen für die neuen Zaren? Religion und Politik im postsowjetischen Rußland (1991-2000). Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn/München/Wien/Zürich 2002, 417 S.



Diese voluminöse Untersuchung zur Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) stellt die im Jahr 2000 an der Universität München abgeschlossene Dissertationsschrift der Autorin dar. Ziel der Arbeit ist es, die Rolle der

ROK in Politik und Gesellschaft des postkommunistischen Russland zu untersuchen.

Was die Bestimmung des theoretischen Rahmens angeht, so greift Behrens hinsichtlich der Definition einer demokratischen politischen Kultur auf die Ansätze von Archie Gray, Stephen White und Gerd Meyer zurück. Für ihre Untersuchung operationalisiert die Autorin dann aber folgerichtig das erweiterte „anwendungsfreundliche“ Konzept von Karl Rohe, in dem nicht nur nach den Inhalten, sondern auch nach der Form (Rituale, Denkmäler, Feiern) politischer Kultur gefragt wird. Dass sich diese Konzeption besonders gut für die Analyse der politischen und gesellschaftlichen Rolle einer Religion und einer Kirche eignet, ergibt sich im Falle der ROK schon alleine aus dem Umstand, dass es bei der durch Byzanz geprägten russischen Orthodoxie stets weniger die Inhalte, sondern

die Liturgie und die über Jahrhunderte tradierten Symbole und Rituale waren, die die kollektive Identität der Russen nachhaltig beeinflussten. Die durch die ROK vorgegebenen Wahrnehmungsmuster und Wertvorstellungen können somit auch in Transformationsgesellschaften – wie der postsowjetischen – soziale Integration und Systemstabilität fördern. Allerdings ist dies in hohem Maße von der jeweiligen historischen Situation und dem Verhältnis zu den bestehenden staatlichen Strukturen abhängig. Hier gab es kompromisslose Konfrontation oder vertrauensvolle Kooperation, aber auch beides gleichzeitig, wenn es – wie im Falle der ROK unter sowjetischer Herrschaft – um das pure Überleben der Institution ging. Insofern spielt die historische Komponente immer eine entscheidende Rolle, wobei bereits an dieser Stelle gesagt werden kann, dass es zwischen der Staatsführung und der ROK in den Jahren 1991 bis 2000 – außer dem stürmischen Zeitraum zwischen 1991 und 1993 – zu keiner grundsätzlichen Polarisierung kam. Vielmehr dominierte in dieser Periode, da sich beide Formationen angesichts der überaus schwierigen Transformationsprozesse ihrer Schwäche und Krisenanfälligkeit bewusst waren, das Bemühen, zu kooperieren und sich gegenseitig zu unterstützen. Es handelte sich dabei allerdings um eine Zusammenarbeit der Eliten, denn die Masse der Gesellschaft und der Gläubigen nahm an diesem Dialog kaum teil.

Um die Frage zu beantworten, in welcher Form sich die ROK am postkommunistischen Wertewandel beteiligte, untersucht die Autorin drei grundlegende Aspekte:

Erstens setzt sie sich mit dem innerkirchlichen Bereich auseinander, um die strukturellen und hierarchischen Ordnungen, aber auch ihre wichtigsten internen Probleme (Isolation von der Bevölkerung, Stillstand im sozialen Bereich) zu beleuchten.

Zweitens wird nach der Reaktion der ROK auf die verstärkte Präsenz anderer Kirchen (Protestanten, Katholiken, Moslems, Sekten) gefragt, also danach, wie sie sich gegenüber

der stärker werdenden kirchlichen Konkurrenz positionierte.

Drittens geht es um die Analyse der Beziehungen zwischen Kirche und Staat, zum Beispiel um die Kooperation der ROK mit einzelnen Ministerien oder mit den Streitkräften, aber auch um ihre – zum Teil unübersichtlichen und skandalträchtigen – Finanzstrukturen.

Hinsichtlich des Forschungsstandes hebt die Autorin mit Recht hervor, dass die Rolle der ROK im Verhältnis zur politischen Kultur Russlands in der Fachliteratur bisher kaum explizit behandelt wurde. Dies bezieht sich in erster Linie natürlich auf die Frage, inwiefern der spezifische „orthodoxe Wertekanon“ mit demokratischen Wertekategorien zu vereinbaren ist. (S. 28)

Deshalb musste sich Behrens – und hier liegt das besondere wissenschaftliche Verdienst dieser Untersuchung – in erster Linie auf Primärtexte (Interviews, Reden, Vorträge von Kirchenvertretern), offizielle Stellungnahmen und Dokumente (Beschlüsse der Landes- und Bischofssynoden) stützen. Sie nutzte zudem die Internet-Seite der ROK sowie einschlägige, von der Kirchenhierarchie zu besonderen Anlässen herausgegebene Sammelbände. Weitere wichtige Quellen bildeten russische Zeitungen und Zeitschriften, zum Beispiel die Religionsbeilagen der „Russkaja Mysl“ oder der „Nezavisimaja Gazeta“. Ebenso wurden die Aussagen des fundamentalistischen Flügels der ROK, die zumeist in der nationalbolshewistischen „Sovetskaja Rossija“ erschienen, ausgewertet.

Natürlich konnte die Autorin auch auf die Aussagen und einschlägigen Aufsätze solcher Akteure und Experten wie Gleb Jakunin, Anatolij Krasikov oder Sergej Filatov zurückgreifen. Hinsichtlich der deutschsprachigen Darstellungen erwiesen sich die Veröffentlichungen Gerd Strickers vom Schweizer Institut „Glaube in der 2. Welt“, als besonders ergiebig, aber auch auf die etwas älteren Publikationen von Ernst Benz, Wolfgang Kasack, Otto Luchterhand, Thomas Meyer,

Paul Roth, Gerhard Simon u.a. wird recht häufig verwiesen.

Was die Periodisierung und den Aufbau ihrer Arbeit angeht, so rekonstruiert Behrens nach einer kurzen historischen Einführung zunächst die Ära Gorbacev (1985-1991) als Ausgangspunkt für die „Zeit des Aufbruchs“ (S. 70-104), da sich hier der Übergang von der Repression religiöser Gemeinschaften zur gesetzlich garantierten Religionsfreiheit entwickelte.

Im nächsten Abschnitt, der den bezeichnenden Titel „Die ROK zwischen Triumph und Niederlage“ trägt (S.105-189), geht es um die Jahre 1991 bis 1993, eine an äußeren Ereignissen reiche und dramatische Zeit, in der die ROK sehr unterschiedliche Positionen vertrat. In diese Phase fällt die kontrovers diskutierte gewaltsame Auflösung des Parlaments durch El'cin und – Ende 1993 – die Annahme der neuen Verfassung, in der Gewissens- und Religionsfreiheit sowie die Trennung von Staat und Kirche garantiert wurden.

Der sich anschließende Abschnitt, in dem die Periode von 1994 bis 1997 beleuchtet wird, und der die Überschrift „Die ROK auf dem Wege zur Staatskirche trägt?“ (S. 191-307), markiert einen Zeitraum, in dem es zu einer Festigung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche kam. Mit einzelnen Ministerien wurden Verträge abgeschlossen, der Staat gewährte der ROK Finanzprivilegien, schließlich kam es 1997 zur Verabschiedung des neuen Religionsgesetzes, das die ROK privilegierte, andere Glaubensgemeinschaften aber diskriminierte, und somit einen intoleranten und undemokratischen Zuschnitt hatte.

Schließlich die letzte Phase von 1998 bis 2000 (S. 308-368), in der Behrens den Zwiespalt zwischen äußerer Stabilisierung und inneren Spannungen schildert, wobei sie konstatiert, dass von der ROK recht widersprüchliche Signale für das neue Jahrtausend ausgehen.

Nach Lektüre dieser sehr breit, aber auch sehr differenziert dargestellten und analysierten Einzelabschnitte kommt man mit der Autorin

in der Tat zu dem nur wenig überraschenden Ergebnis, dass die Hauptfunktion der ROK auch im Zeitraum zwischen 1991 und 2000 darin bestand, als Bewahrerin nationaler Identität zu fungieren. Durch die ständige Präsenz bei Staatsakten, feierlichen Anlässen und durch ihre Aktivitäten innerhalb der Streitkräfte wurde die ROK als Stifterin politischer Legitimität instrumentalisiert. Hingegen erwiesen sich demokratische, auf die gesellschaftliche und soziale Emanzipation der russischen Gesellschaft zielende Diskussionsansätze innerhalb der ROK als relativ kurzlebig. Die ROK – so die Einschätzung der Autorin – diente somit als Surrogat für eine fehlende effiziente Demokratie in Russland. Dabei wurden zwischen 1991 und 2000 in erster Linie Wertvorstellungen wie nationale Größe, Patriotismus, imperialer Anspruch und „starker Staat“ – unter wohlwollender Schirmherrschaft des Staates - gepflegt und propagiert. Die hieraus resultierende Annäherung staatlicher Akteure an die Hierarchie der ROK war mit dem Bestreben verbunden, die gesellschaftliche Integration und Stabilität der Gesellschaft zu fördern. Dem Zeitgeist folgend wurden demnach sozialistische Gedenktage durch kirchliche Feiertage ersetzt, Kirchen und Klöster wieder errichtet und renoviert. Das prominenteste Beispiel bildet in diesem Kontext wohl die wieder aufgebaute und als Nationalheiligtum dienende Christus-Erlöser-Kirche in Moskau. Diesem Komplex und den damit verbundenen Aspirationen des Staates (besonders des Moskauer Bürgermeisters Jurij Lužkov) widmet die Autorin einen exemplarischen, sehr lesenswerten Abschnitt. (S. 252-259)

So konnte affektive Systembindung erzeugt werden, wobei es im Hinblick auf die militärische Tradition und die Streitkräfte zu der altbewährten Verzahnung von Orthodoxie, Patriotismus und nationaler Größe kam. Damit verbunden war aber auch die ebenso traditionelle Abkehr vom Westen, dessen demokratische Staatsordnung von der Kirchenhierarchie der ROK, allen voran von dem

Patriarchen Aleksij II. und dem Metropoliten Kirill von Kaliningrad und Smolensk, für Russland nicht akzeptiert wurde. Die populäre, identitätsstiftende und deshalb häufig praktizierte Gleichsetzung von Orthodoxie und Russentum führte in der Folge zu einer nur wenig toleranten Haltung gegenüber den anderen in Russland aktiven Kirchen, schürte Misstrauen und Hass gegen das Fremde.

Im Verhältnis zur dominanten Aufgabe des nationalen Wiederaufbaus blieb die immer wieder von staatlichen und kirchlichen Akteuren angemahnte Aufgabe der moralischen Erneuerung lediglich eine verbale Pflichtübung und beschränkte sich auf die Formulierung erhabener Aufrufe, in denen an den Einzelnen und sein Gewissen appelliert wurde, ohne dass ein entsprechendes Maßnahmeninstrumentarium, das die materielle und geistige Not des bedürftigen und ausgegrenzten Teils der Bevölkerung gelindert hätte, zur Verfügung gestellt werden konnte. Die Unglaubwürdigkeit der Kirchenhierarchie ergab sich aber nicht nur aus ihrem sozialen Versagen, sondern auch aus ihren obskuren, seitens des Staates geförderten, Geschäftspraktiken. So war die ROK für breite Bevölkerungsschichten als Vorbild kaum akzeptabel. Während die Kirchenführung für sich in Anspruch nahm, auf Seiten der Schwachen und Armen zu stehen, musste im gesellschaftspolitischen Alltag der Eindruck entstehen, dass deren Repräsentanten die Nähe, Fürsprache und materielle Unterstützung der Mächtigen in Politik und Geschäftswelt suchten. Inwiefern die dabei erzielten Erlöse, zum Beispiel bei

dem durch die ROK betriebenen Mehrwertsteuerfreien Import und Verkauf von Tabak und Alkohol, tatsächlich karitativen Zwecken zufließen, blieb dabei ungeklärt.

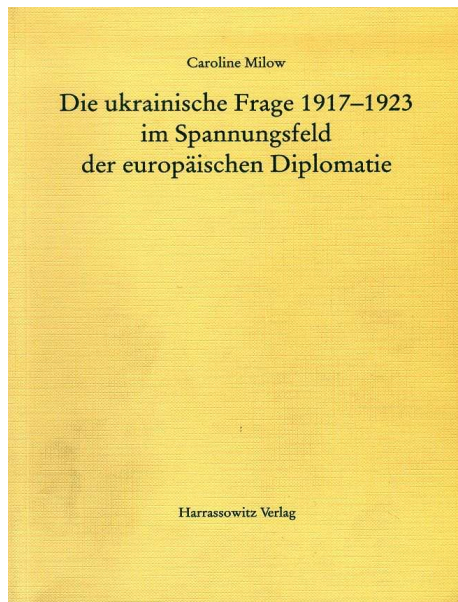
Von einer Formation, in der Kritik mit Verrat gleichgesetzt wird, und in deren Reihen zu Intoleranz, Denunziation und unbedingtem Gehorsam aufgerufen wird, konnten – wie man das vielleicht noch in der Periode des Aufbruchs erhofft hatte – auch keine Impulse für Demokratie und Bürgergesellschaft ausgehen. Insofern kann man dem Resümee der Autorin nur beipflichten, wenn sie abschließend zu folgender Beurteilung kommt:

„Die orthodoxe Führung wird daher auch in naher Zukunft vor allem auf Veränderungen in Politik und Gesellschaft und die damit verbundenen Anforderungen reagieren, zu einem ‚Motor‘ für eine sich herausbildende, aktive Bürgergesellschaft und eine demokratische politische Kultur wird sie jedoch schwerlich werden.“ (S. 385)

Diese sorgfältige und in einem leserfreundlichen Stil gehaltene Untersuchung von Kathrin Behrens, die zum großen Teil auf der Auswertung von Primärquellen beruht, liefert neben einem reichen Fundus an Fakten, der in der Regel aus russischen Publikationen erschlossen wurde, auch eine differenzierte Analyse der gesellschaftspolitischen Rolle der ROK zwischen 1991 und 2000. Sie ist jedem Leser, der an der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung in Russland interessiert ist, deshalb sehr zu empfehlen.

ZW

Caroline Milow: Die ukrainische Frage 1917-1923 im Spannungsfeld der europäischen Diplomatie. Harrassowitz Verlag, Wiesbaden 2002, 570 S.



Diese sehr umfangreiche und deskriptiv angelegte Untersuchung von Caroline Milow wurde im Jahre 1998 an der Universität Regensburg abgeschlossen. Angesichts ihres Volumens und ihrer Ausführlichkeit muss sie eine entsprechend lange Entstehungsdauer gehabt haben. Die Autorin, die durch ein Promotionsstipendium der Hanns-Seidel-Stiftung gefördert wurde, hat umfangreiche Archivstudien betrieben, wobei sie in erster Linie englische und amerikanische Quellen auswertete. Den Hauptteil ihrer Informationen erschloss sich Milow dabei aus dem Österreichischen Staatsarchiv (Archiv der Republik, Verwaltungsarchiv, hier besonders der Nachlass Richard Riedel).

Die Periodisierung der Arbeit von 1917 bis 1923 erscheint plausibel, markiert doch das Jahr 1917 den Beginn ukrainischer staatlicher Selbstständigkeit (Central'naja Rada) und 1923 das vorläufige Ende aller Unabhängigkeitsbestrebungen mit der Eingliederung der Ukraine in die UdSSR sowie der Unterstellung Ostgaliziens unter polnische Verwaltung.

Auch leuchtet ein, dass die Autorin sich nicht nur mit den durch das Thema vorgegebenen außenpolitischen Implikationen der überaus komplexen Situation in der Ukraine befasst, sondern in einem ersten einleitenden Teil (S.

17-68) ebenfalls die nicht minder komplizierten innenpolitischen Entwicklungen rekonstruiert (Ukrainische Bewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts; Revolution von 1917 und Ukrainische Volksrepublik; Ukrainisches Hetmanat unter Pavlo Skoropad'skyj; Zeit des Direktoriums unter Volodymyr Vynnycenko, Symon Petljura u.a.; Entstehung der Sowjetukraine). Das erweist sich schon deshalb als sinnvoll und notwendig, weil die folgenden Kapitel ohne dieses chronologisch geordnete Ablaufraster nur schwer nachzuvollziehen wären. In ihnen kommt es zwangsläufig zu Redundanzen, da die gleichen Entwicklungen aus den unterschiedlichen Perspektiven und Interessenlagen der involvierten und die Entwicklung lange bestimmenden Partner und Gegner – also der Akteure Frankreichs, Großbritanniens, der USA, Deutschlands sowie Österreich-Ungarns - vorgestellt und interpretiert werden. Revolution, Bürgerkrieg und Intervention sorgten darüber hinaus dafür, dass es gleich mehrere russische (Freiwilligenarmee unter Denikin, Bol'seviki) und ukrainische (Ukrainische Volksrepublik, Westukraine, Sowjetukraine) Machtzentren mit weitreichenden Aspirationen, aber auch mit kaum überschaubaren Fraktionierungen gab, so dass die Neuordnung der russischen – und damit auch ukrainischen – Frage für recht lange Zeit offen blieb. Die sich häufig verändernden militärischen und wirtschaftlichen Konjunkturen bewirkten denn auch eine entsprechende Schaukelpolitik bei allen Beteiligten, denn die Frage, auf welches Pferd man denn nun schließlich setzen sollte, stellte sich immer wieder neu.

Milow beschreitet bei der Rekonstruktion der innenpolitischen Verhältnisse kein Neuland, denn dieses Thema wurde in der Vergangenheit ausführlich von so bekannten Ukrainisten wie Oleg S. Pidhainy, Dmytro Dorošenko, Taras Hunczak, Rudolf A. Mark u.a. behandelt. Ähnlich steht es mit der Darstellung

der Politik der Mittelmächte gegenüber der Ukraine, denn auch hier kann man – mit Milow – auf die bereits 1966 erschienene, sehr ausführliche und verdienstvolle Quellenedition von Theophil Hornykiewicz verweisen.

Somit steht – wie im Titel avisiert – die durch den Ersten Weltkrieg und die Oktoberrevolution hervorgerufene Internationalisierung der ukrainischen Frage im Mittelpunkt dieser Untersuchung.

Dabei bewegten sich die Repräsentanten der ukrainischen Unabhängigkeitsbewegung bekanntlich zwischen allen Fronten und konnten auf diplomatischer Ebene immer wieder nur recht kurzfristige und brüchige Bündnisse schließen. Die Partner der Ukrainer erwiesen sich hinsichtlich einer ukrainischen Unabhängigkeit und Staatlichkeit als wenig verlässlich, vielmehr wurde die Ukraine – als ein an Bodenschätzen reicher Agrarproduzent – zum Objekt der jeweiligen Eigeninteressen der beteiligten Konfliktparteien degradiert.

Dies gilt einerseits für die Westmächte Frankreich und Großbritannien, deren schwache Unterstützung ukrainischer Unabhängigkeitsbestrebungen spätestens nach dem mit den Mittelmächten abgeschlossenen Separatfrieden von Brest-Litovsk gänzlich zurückging. Die Autorin weist dies mit Hilfe einer ganzen Reihe von bisher nicht veröffentlichten Quellen in mehreren Abschnitten schlüssig nach (S. 166-193). Ähnliches gilt andererseits für die Mittelmächte, die angesichts ihrer dramatischen Versorgungslage die Ukraine in erster Linie als wichtigen Rohstoff- und Getreidelieferanten wahrnahmen. Diese deutsche „Supermarktmentalität“, die von der Autorin als „einfach kommen und zugreifen“ apostrophiert wird, wirkte sich bekanntlich fatal aus. Im übrigen sorgte die deutsche Unterstützung des reaktionären Hetmanats unter Skoropad'skyj für eine Radikalisierung der landhungrigen Bauern, die hinsichtlich einer längst fälligen Landreform nunmehr den Versprechungen der Bol'seviki mehr Glauben schenkten. Den Vertragsverhandlungen von Brest-Litovsk räumt die Autorin deshalb auch

viel Platz ein, wobei besonders die wirtschaftlichen Implikationen des Vertragswerks detailliert beleuchtet werden (S. 115-166). Hier wertet Milow in erster Linie den eingangs erwähnten Nachlass von Richard Riedel aus.

Die Bol'seviki verfolgten – wie sich im Falle der Ukraine von Beginn an zeigte – eine sehr eigentümliche Auslegung des von Lenin verkündeten Selbstbestimmungsrechts der Völker, während sich die militärischen Führer der russischen Freiwilligenverbände, die von den Westmächten zeitweise eine massive Unterstützung erfuhren, sich die Ukraine nur als integralen Bestandteil eines ungeteilten Russlands vorstellen konnten. Weder die einen noch die anderen waren an einer echten Eigenstaatlichkeit der Ukraine interessiert.

Schließlich musste mit dem um seine Eigenstaatlichkeit ringenden Polen gerechnet werden, das nach einer über 120 Jahre währenden Teilung und Fremdherrschaft wie selbstverständlich die Einbeziehung Ostgaliziens in das präsumptive polnische Staatsgebiet anstrebte. Dass die Delegaturen der polnischen Außenpolitik mit Ignacy Paderewski und Roman Dmowski an der Spitze aufgrund ihrer guten Beziehungen zu den Führern der Westmächte hinsichtlich der Lösung der polnischen Frage diplomatisch wesentlich mehr Erfolge erzielen konnten als die ukrainischen Nobodys, die darüber hinaus noch untereinander zerstritten waren und gegeneinander agierten, zeichnet Milow in den entsprechenden Abschnitten eindrucksvoll nach.

Die massive Unterstützung Polens durch die Westmächte, auch während des polnisch-ukrainischen Kriegs um Ostgalizien, ergab sich dabei in erster Linie aus der Furcht vor einem weiteren Vordringen der Roten Armee nach Westen. Erst der immer stärker werdende militärische Druck der Bol'seviki sorgte schließlich auch für das spektakuläre, zwischen Petljura und Józef Pilsudski abgeschlossene polnisch-ukrainische Militärbündnis. Die darin seitens Petljura gemachten Konzessionen (Abtretung der Westukraine an Polen) führten

aber zur endgültigen Spaltung der ukrainischen Unabhängigkeitsbewegung und zu einer Stärkung sowjetischer Positionen. Durch die sich nach dem Frieden von Riga anschließende faktische Teilung der Ukraine zwischen der UdSSR und der Republik Polen verschwand die Frage nach einer staatlichen Unabhängigkeit der Ukraine somit für viele Jahrzehnte von der Tagesordnung internationaler Politik.

Insgesamt hat die Autorin die unübersichtliche Gemengelage bei der internationalen Auseinandersetzung um die Ukraine in beeindruckender Weise rekonstruiert, auch wenn es zu einigen Wiederholungen kommt, die der enormen Materialfülle und dem die unterschiedlichen Perspektiven der internationalen Akteure einbeziehenden Aufbau der

Arbeit geschuldet sind. Vielleicht hätte hier etwas gestrafft werden können.

Als ausgesprochen hilfreich erweist sich bei der Lektüre dieses voluminösen Werkes deshalb der ebenfalls sehr ausführliche Anhang (S. 451-570), der aus einem Quellen- und Literaturverzeichnis, einem Abschnitt mit Kurzbiographien der wichtigsten Akteure, Karten, Tabellen und einem Index besteht.

So kann die abschließende Beurteilung dieses Werks nur positiv ausfallen: Es ist jedem Historiker und historisch Interessierten, der sich mit der neuesten Geschichte Ostmittel- und Osteuropas und dem weiterhin aktuellen Problem der Bildung von Nationalstaaten beschäftigt, sehr zu empfehlen.

ZW

Michael Garleff: Die baltischen Länder. Estland, Lettland, Litauen vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Verlag Friedrich Pustet, Regensburg 2001, 269 S.

„Back to the Baltics!“ jubelte das in Tallinn erscheinende Magazin „City Paper. The Baltic States“ in seiner Sommerausgabe 2002¹ und feierte damit den Gewinn des „Grand Prix Eurovision de la Chanson“ durch die lettische Sängerin Marija Naumova. Nachdem das für Estland startende baltisch-karibische Duo Tanel Badar und Dave Benton mit ihrem Schunkel-Rap „Everybody“ im Jahr zuvor triumphiert hatte, ging der Sangespreis somit abermals in ein baltisches Land. Mag der Anlass – ein ästhetisch durchaus fragwürdiges Ereignis – banal erscheinen, so sollte die Bedeutung der beiden Erfolge aus drei Gründen nicht unterschätzt werden.

Erstens: Das nationale Selbstbewusstsein in Staaten, die allzu oft lediglich als Fußnote der europäischen Geschichtsschreibung Erwähnung fanden, erhielt einen enormen Schub. Jeweils mehr als 5.000 Menschen bereiteten den siegreichen Barden einen begeisterten Empfang in den jeweiligen Hauptstädten. Der estnische Ministerpräsident Mart Laar, der sich

gemeinsam mit dem Präsidenten und dem Bürgermeister Tallins zur Siegerehrung eingefunden hatte, nutzte sogar das gerne gepflegte Bild der „Sangesnation“, mit der Estland spätestens seit der „singenden Revolution“ etikettiert wird, indem er darauf hinwies, dass sich sein Land „erst mit Gesang vom Sowjet-imperialismus befreit, dann mit Gesang die Türen zu Europa aufgestoßen habe.“² Übermütige Kommentatoren sprachen gar von einer „neuen baltischen Dynastie“.

Zweitens: Das lettische Siegerlied von 2002 könnte tatsächlich zur einst besungenen „Brücke“ werden, da Marija Naumova Angehörige der zahlenmäßig großen und nicht immer geliebten russischen Minderheit in Lettland ist und mit ihrem temperamentvollen Beitrag nun zur „Lieblingsrussin aller Letten“ avancierte³. Mochten Politiker erfolgreich um die Aufnahme in die Nato und in die Europäische Union verhandeln – zur „Person

¹ City Paper. The Baltic States No. 59, July/August 2002, S. 14.

² „Estland ohne Eurovision?“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.5.2001.

³ Vgl. ebd., S. 15.

des Jahres 2002“ wurde in Lettland die Kesse Blondine Naumova gewählt⁴.

Und last but not least trugen sowohl die künstlerischen Erfolge als auch die organisatorisch erfolgreich bewältigte Durchführung der publikumswirksamen Popveranstaltung der Welt in der Sakuu Suurhall am 25. Mai 2002 vor über 150 Millionen Fernsehzuschauern dazu bei, offensichtlich enorme Vorbehalte in größeren europäischen Staaten abzubauen: „Können die das überhaupt in Tallinn? Gibt es genug Hotels? Kamas? Restaurants?



Allesamt klangen so, als müsste die Toskanafraktion [...] plötzlich in die tiefste Taiga umziehen.“⁵ So „gruselten sich manche Moderatoren noch vor laufender Kamera, in die Dritte Welt reisen zu müssen, wenn im kommenden Mai das Finale in Tallinn stattfindet. Bei den Zuschauern löste der estnische Sieg nur die Frage aus, wo das Land überhaupt liegt⁶. Umso verständlicher die ironische Freude der Balten darüber, dass der Sangespreis gleich zweimal hintereinander an zwei kleine Staaten ging, „some Spaniards and Germans may have never heard of earlier“⁷.

⁴ Vgl. Hannes Gamillscheg, „Der Platz der Balten“, in: Frankfurter Rundschau vom 8.1.2003.

⁵ Jan Feddersen, „Die guten Engel von Estland“, in: die tageszeitung vom 14.5.2001.

⁶ Sebastian Hammelehle, „Estland: douze points“, in: Die Woche vom 1.6.2001.

⁷ Ebd.

Zugegebenermaßen entzieht sich die Situation auf der iberischen Halbinsel unserer Kenntnis. Was den deutschsprachigen Raum betrifft, gäbe es sicherlich ausreichend Literatur, um eventuelle Bildungslücken hinsichtlich des Baltikums zu schließen. Sehr zu empfehlen ist z.B. die bei der Bundeszentrale für politische Bildung kostenlos erhältliche Themenausgabe der Wochenzeitung „Das Parlament“ „Die baltischen Staaten“ vom 14. Oktober 2002 mit zahlreichen Artikeln zur historischen und zur aktuellen Entwicklung in Estland, Lettland und Litauen. Zu den jüngsten Veröffentlichungen in Buchform zählt der vom Regensburger Verlag Friedrich Pustet gemeinsam mit der Südosteuropa-Gesellschaft München veröffentlichte Band „Die baltischen Länder. Estland, Lettland, Litauen vom Mittelalter bis zur Gegenwart“.

Autor dieses Beitrags zur von Horst Glassl und Ekkehard Völkl herausgegebenen Reihe Ost- und Südosteuropa, Geschichte der Länder und Völker, ist Michael Garleff, Direktor des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Oldenburg. Man muss angesichts einiger früherer Publikationen nicht unbedingt die Ansicht des Verlags teilen, dass dieses Buch „erstmalig einen allgemeinverständlichen Überblick über die Entwicklung der baltischen Staaten vom Mittelalter bis zur Gegenwart“ biete. Dennoch erfüllt es zweifellos den eigenen Anspruch, einem größeren Leserkreis umfassend und kompetent „die politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung Estlands, Lettlands und Litauens vom 12. Jahrhundert bis heute“ vorzustellen.

Dabei ist sich Garleff sehr wohl der Problematik bewusst, die drei baltischen Staaten in einem gemeinsamen Band abzuhandeln – „denn diese Länder haben im Laufe

der Zeit weder politisch noch sozial oder kulturell eine Einheit gebildet“ (S. 13). So definieren sich die Esten mit Verweis auf ihre finnische Verwandtschaft oftmals lieber als „nordisch“, während die katholischen Litauer, deren Großreich sich im Mittelalter bis an das Schwarze Meer erstreckte, ganz selbstverständlich als Teil des mitteleuropäischen Kulturraums betrachten⁸. Erst die in den Ostseeprovinzen lebenden Deutschen russischer Reichsangehörigkeit führten den Begriff „Balten“ als Sammelbezeichnung ein. Im Ersten Weltkrieg bezeichnete „Baltikum“ dann das entsprechende deutsche Okkupationsgebiet. Bei Abschluss des Hitler-Stalin-Paktes umfasste der Begriff „Baltikum“ auch noch Finnland, einen Staat der heute Skandinavien zugerechnet wird. Im internationalen Sprachgebrauch wird mittlerweile gewöhnlich nicht mehr nach sprachwissenschaftlichen, provinziellen oder geschichtlich bedingten Grenzen differenziert. (S. 14) Insofern ist es legitim, analog zu der von Georg von Rauch vorgelegten Geschichte der baltischen Staaten⁹ eine Gesamtdarstellung zu veröffentlichen, zumal Garleff keine unzulässige gleichsetzende, sondern unter Berücksichtigung der Spezifika eine vergleichende Perspektive wählt.

Nach einer kurzen Skizzierung der historischen Entwicklungslinien seit der Frühgeschichte des Siedlungsraumes, deren Beginn beispielsweise in Litauen in 1000-Jahr-Feiern gewürdigt wird, beschäftigt sich ein erstes umfangreicheres Hauptkapitel mit dem Mittelalter. Fernhandel, Mission und Siedlungsbewegung prägten von Lübeck ausgehend das damalige Staatengebilde Alt-Livland. In ihrer Folge wurde der Raum zum Austragungsort zahlreicher blutiger Konflikte. Aus fünf geistlichen Territorien entstand die heftig umstrittene „Livländische Konföderation“, ein Staatenbund, von dem insbesondere die Stände profitierten. Neuen

Konfliktstoff brachte die Reformation, in einer Region, in der es bereits schwierig war, Katholizismus und orthodoxes Christentum in der Balance zu halten. Andererseits markiert die Reformation durch erweiterte kulturelle Entwicklungsmöglichkeiten für die Masse der Bevölkerung den Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit. Alt-Livland zerfiel schließlich „in den Stürmen des Livländischen Krieges“ 1558 bis 1562. Estland geriet unter schwedische, Livland unter polnische Herrschaft und Kurland als weltliches Lehnherzogtum des letzten Ordensmeisters Gotthard Kettler unter Polen. Doch nur kurze Zeit später brach der russisch-polnische-schwedische Krieg in Livland aus, der bis 1583 tobte und den Übergang Livlands an Polen-Litauen zur Folge hatte.

„Estland, Livland, Kurland unter polnischer und schwedischer Herrschaft“ ist das Kapitel überschrieben, das den Zeitraum von 1561 bis 1710/1795 behandelt. Garleff erläutert, wie ein Krieg nach dem anderen geführt wurde, um für Polen-Litauen, Russland oder Schweden die Herrschaft an der Ostsee zu sichern. Den Preis zahlte die Bevölkerung: „So kamen in dieser Kriegsepoche mehr als die Hälfte aller Esten ums Leben.“ (S. 37). Den entsprechenden Zeitraum für Litauen untersucht das Kapitel zur Union von Lublin 1569 bis 1772/1795. Mit der dritten Teilung Polens ging auch das Großfürstentum Litauen als Teilstaat der „Republik beider Nationen“ unter und fiel für eineinhalb Jahrhunderte an das Zarenreich. Während Garleff in der Union bemerkenswerte Belege für ein Klima der religiösen Toleranz ausmacht, kennzeichnet sich die Lage im russischen Zarenreich im 18. Jahrhundert durch die erniedrigende Leibeigenschaft der Bauern. Ein Aufstandsversuch von Letten und Esten im Jahre 1784 wurde blutig niedergeschlagen, doch wiesen z.B. in der Herrnhuter Bewegung und natürlich in der Aufklärung immerhin geistige Kräfte aus der völligen Rechtlosigkeit.

Zeitlich weiter greift das Kapitel „Kulturelle Entwicklung“ aus, indem die Entwicklung von

⁸ Vgl. „Identität und Diversität im Baltikum“, in: Neue Zürcher Zeitung vom 11.3.2002.

⁹ Georg von Rauch, Geschichte der baltischen Staaten. München 1990.

Literatur, Architektur und bildender Kunst seit dem 12. Jahrhundert kurz abgehandelt werden. Von geistiger Blüte zeugen ebenfalls die Universitäten im Baltikum, allen voran die 1632 von Gustav II. Adolf gegründete Universität von Dorpat, heute Tartu, die im 19. Jahrhundert als das „nordische Heidelberg“ galt (S. 66).

In politisch-gesellschaftlicher Hinsicht lassen sich die Ostseeprovinzen des Zarenreichs im 19. Jahrhundert“ nach Garleffs Analyse durch drei Hauptströmungen charakterisieren: „die Agrarfrage und die mit ihr verbundenen Verfassungsreformen, das nationale Erwachen der Esten und Letten sowie die so genannte Russifizierung“ (S. 73). Wie der Autor schlüssig darlegt, laufen alle drei Prozesse „auf die große Krise der Revolution von 1905 zu und münden im Umbruch des Ersten Weltkriegs 1914/18 mit der Herauslösung der baltischen Länder aus dem russischen Reichsverband und der Erringung der Selbstständigkeit“ (ebd.). Das machtpolitische Vakuum nach dem Zusammenbruch der beiden großen Nachbarländer Deutschland und Russland wurde von den Balten genutzt, um ihre eigenen nationalpolitischen Zielsetzungen zu verfolgen. Mit dem Manifest des estnischen „Rettungskomitees“ vom 24. Februar 1918, der Proklamation des lettischen Volksrates vom 18. November 1918 und der Erklärung der Taryba vom 11. Dezember 1917 verkündeten die baltischen Völker ihren Unabhängigkeitswillen bis hin zum Freiheitskrieg 1918 bis 1920. Mit den zwischen Februar und August 1920 unterzeichneten Friedensverträgen begann für die baltischen Staaten die Zeit der Eigenstaatlichkeit. Ein umfangreiches Kapitel widmet sich dieser wichtigen Phase, die bis 1939 dauern sollte. Garleff erläutert, wie sich Verfassungen und Parteiensystem entwickelten, folgt Grundzügen der Wirtschafts- und Sozialpolitik einschließlich der überfälligen Agrarreformen, vergleicht die jeweiligen Regierungsformen und die kulturelle Autonomie der nationalen Minderheiten. Die Außenpolitik war einerseits von „politischer

Windstille“ (v. Rauch), andererseits insbesondere in Litauen von massiven Spannungen geprägt: Gegenüber Polen gab es in der Vilnius-Frage einen Konflikt an der Grenze zum Krieg mit Polen, in der Memel-Frage massive Probleme mit Deutschland. Der Versuch einer baltischen Dreier-Entente blieb angesichts großer Interessengegensätze „mehr auf dem Papier, als dass sie Wirklichkeit“ wurde (Anderson). Angesichts der feindseligen Nachbarn konnte man dies als vertane Chance interpretieren.

„Die baltischen Staaten zwischen den Machtblöcken“ lautet die Überschrift zum Zeitraum 1939 bis 1945. Zwischen Nazi-Deutschland und der Sowjetunion wurde das Baltikum zum Spielball imperialistischer Großmachtinteressen. So lieferte der Hitler-Stalin-Pakt die Balten zunächst der UdSSR aus, deren Einmarsch im August 1940 Massendeportationen folgten. Rund 11.000 Esten, 16.000 Letten und 21.000 Litauer wurden ins Innere der Sowjetunion verschleppt (S. 166 f.). Zuvor hatten die Nationalsozialisten bereits die Deutschbalten zur „Rückkehr ins Reich“ aufgerufen, was die Siedlungsverhältnisse wesentlich verändern sollte. Die deutsche Besatzung, im Sommer 1941 noch freudig als vermeintliche Befreiung vom Sowjetjoch begrüßt, brachte ihrerseits brutale Unterdrückung, rücksichtslose wirtschaftliche Ausbeutung, Deportationen, Hinrichtungen und die Ermordung fast der gesamten jüdischen Bevölkerung des Baltikums.

Gemessen daran, dass die Zeitspanne, in der „die sozialistischen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen“ existierten, immerhin rund 45 Jahre umfasste, fällt das entsprechende Kapitel mit einem Umfang von acht Seiten recht knapp aus. Darin zeigt Garleff, wie seit dem erneuten Einmarsch der Roten Armee im Sommer und Herbst 1944 der gesamte baltische Raum zwangsweise sowjetisiert wurde, was durch den stetigen Zuzug von Russen auch enorme Veränderungen in der ethnischen Zusammensetzung mit sich brachte.

Eine ausführliche Würdigung erfährt mit Recht „Die ‚Singende Revolution‘ und der Weg zur Unabhängigkeit“. Auch wenn es die bekannten Zweifel gegenüber der These „Männer machen Geschichte“ anzumelden gilt, so ist der baltische Weg in die Freiheit sicherlich untrennbar mit dem Namen Michail Gorbacevs verbunden. Beispielhaft für die vielen Reformprojekte, die im Windschatten von Glasnost und Perestrojka entstanden, sei die „grüne Bewegung“ genannt: u.a. in Estland der „Phosphoritkrieg“ gegen den von Moskau geplanten Phosphoritabbau, in Lettland die Proteste gegen ein weiteres Daugava-Kraftwerk sowie in Litauen der Widerstand gegen die Errichtung eines dritten Kernkraftwerks Ignalina (S. 180). Als massenwirksame Sammlungsbewegungen der Unabhängigkeitskräfte etablierten sich im Oktober 1988 in allen drei Republiken die so genannten Volksfronten. Geschichte schrieben die 300.000 friedlich protestierenden Teilnehmenden des estnischen Sängereftes vom Herbst 1988 sowie am 23. August 1989 die eine Million Esten, Letten und Litauer umfassende Menschenketten zwischen den drei Hauptstädten anlässlich des 50. Jahrestags der Unterzeichnung des von der KPdSU lange Zeit geleugneten Hitler-Stalin-Paktes. Angesichts dieses Massenprotestes war es für die zivilisierte Welt ein Schock, als Moskau Panzer auffahren ließ und den Protest der Balten blutig niederschlug – ein letztes Mal, wie sich zeigen sollte. Nachdem Referenden im Februar und im März 1991 in allen drei Staaten überwältigende Mehrheiten für die Unabhängigkeit ergeben hatten, erklärten Estland am 20. und Lettland am 21. August ihre Selbständigkeit. Zuvor hatten die litauischen Deputierten bereits am 11. März 1990 die Unabhängigkeit ihres Landes proklamiert.

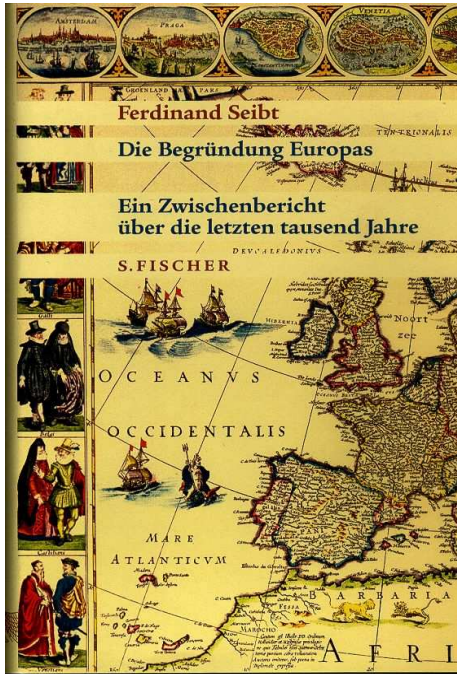
Garleffs Analyse der baltischen Staaten in den 1990er Jahren vergleicht die Entwicklungen in der Innenpolitik – u.a. hinsichtlich der ökonomischen Entwicklung und der Minderheitenpolitik – und in der (im Baltischen Rat koordinierten) Außenpolitik. Das Kapitel verdeutlicht, welche enormen Transformationsanstrengungen in den drei Staaten unternommen wurden, was die jeweilige Aufnahme in die UNO, in den Europarat und in die OSZE sowie nicht zuletzt den Sprung vor die Tür der Europäischen Union und die der Nato ermöglichte.

Abschließend befassen sich zwei längere Exkurse mit der Kulturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts sowie mit der Funktion der baltischen Länder als „Brückenland“ in Nordosteuropa.

Ein hilfreicher Anhang mit Zeittafel (1184 bis 2001), Kurzbiographien (vor allem von Wissenschaftlern, Künstlern und Politikern bis hin zu Algirdas Brazauskas, Lennart Meri und Vaira Vike-Freiberga), Kurzbeschreibungen verschiedener historischer Stätten und Landschaften, eine kleine Literaturliste, ein Personen- und ein Ortsregister sowie (im Mittelteil) eine Zusammenstellung von rund 30 (nicht durchweg guten) Fotos und Zeichnungen runden den Band ab. Wenn es etwas zu bemängeln gibt, dann wie auch bei anderen Veröffentlichungen dieser Reihe den Umstand, dass man sich aus akademischer Sicht einen wissenschaftlichen Apparat gewünscht hätte, der die eigene Forschungsarbeit unterstützen würde. Ansonsten ist dem Buch eine weite Verbreitung zu wünschen und ein Publikum, das die spannenden Entwicklungen im Nordosten Europas nicht nur anlässlich von Sangeswettbewerben wahrnimmt.

MW

Ferdinand Seibt: Die Begründung Europas. Ein Zwischenbericht über die letzten tausend Jahre. S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2002, 416 S.



Europas Geschichte ist sehr wechselvoll und weist viele divergierende, mitunter gegenläufige Entwicklungstendenzen sowie Phasen der Vorherrschaft und des Niedergangs von unterschiedlichen Völkern und Staaten auf. Die Grundlegung der europäischen Geschichte der letzten tausend Jahre ist Gegenstand des neuen Geschichtswerks von Ferdinand Seibt, das jetzt im S. Fischer Verlag erschienen ist. Sein Interesse besteht nicht darin, der endlosen Bibliothek über die europäische Geschichtsschreibung ein weiteres Werk hinzuzufügen. Er möchte nicht gebetsmühlenartig die Herrschaftsdynastien, kriegerischen Auseinandersetzungen, Vormachtsbestrebungen, Neuerungen und Rückschritte, adeligen Geburten und königlichen Todes- sowie Erbfälle aufzählen und altprofessoral durchnummerieren. Ihm geht es in erster Linie um die perspektivische Betrachtung, wie sich der alte Kontinent, aus der Tradition der antiken Hochkulturen stammend, im Schmelztiegel des Mittelalters herausgebildet und damit maßgeblich die Neuzeit geprägt hat. Doch hier zeigt sich schon ein erster kritischer Ansatzpunkt und die eigentliche, vielleicht

einzig konzeptionelle Schwäche des Buches: Ferdinand Seibt ist ein sehr angesehener Mediävist, der vor allem durch seine Bücher über die Kaiser Karl IV. und Karl V. sowie durch sein Standardwerk „Glanz und Elend des Mittelalters“ großes Ansehen erworben hat. Ihm ist allerdings kein „Zwischenbericht über die letzten tausend Jahre“ gelungen, wie der zweite Buchtitel suggerieren möchte, sondern vielmehr ein Panoptikum der Zeit seit Karl dem Großen bis Ende des 16. Jahrhunderts (mit einigen Ausflügen in die Neuzeit). Daher müsste der Titel eigentlich lauten: „Ein Zwischenbericht über die ersten fünfhundert Jahre der letzten tausend Jahre“. Seibt bleibt stets seiner Begeisterung zur Erforschung der einzelnen Perioden des Mittelalters treu, eine Gesamtschau des angestrebten Zeitraumes vermag er jedoch nicht zu geben. Darüber hinaus verwundert es reichlich, dass man in der Bibliographie vergebens die Namen solcher renommierter Geschichtswissenschaftler wie Salewski, Mommsen, Stürmer, Schilling, Schulze oder den in Oxford lehrenden Spanier Felipe Fernández-Armesto sowie Eric Hobsbawm sucht. Gerade Michael Salewski und Felipe Fernández-Armesto haben in den letzten Jahren monumentale, viel beachtete Werke zur europäischen Geschichte des vergangenen Jahrtausends veröffentlicht.

Trotz der hier vorgebrachten Kritik gelang Seibt freilich ein äußerst lesenswertes Buch über die historischen Entwicklungslinien, die die Geschichte der Reichs-, Staaten- und Nationenbildung, der Wirtschafts- und Handelsgeschichte sowie die Kirchen- und Kunstgeschichte nachzeichnen. Zudem vermag er es, die historische Betrachtung mit einer unpräzisen philosophischen Ebene zu verknüpfen. Darüber hinaus gelingt ihm eine hervorragende Melange, bestehend aus einer epochengeschichtlichen Betrachtung verknüpft mit dem roten Faden der europäischen Kultur. Man muss nicht erst die heutige mühsame

Diskussion um das Vorhandensein einer europäischen Identität aufgreifen. Kulturelle Gemeinsamkeiten der europäischen Völker hatten trotz aller grausamen Konflikte stets in den letzten tausend Jahren Bestand. Zu allen Zeiten gab es den „Export“ und „Import“ von Waren, Dienstleistungen, Ideen und wissenschaftlichen Theorien, nur war deren Dispersionsgeschwindigkeit Feine andere als im jetzigen Zeitalter der Globalisierung. Wenn man so will, dann war Marco Polo einer der ersten europäischen Globalisierer.

Europa ist kein geographisches, statisches Konstrukt, sondern ein dynamisches Konzept, eine permanent neu zu definierende Idee – sie ist gleichsam eine Ovid'sche Metamorphose in Raum und Zeit. Natürlich ist für den Erfolg Europas der „Raum das Schicksal“ (S. 57), mithin der komparative Vorteil des europäischen Kontinents (vgl. David Landes – *Wealth and Poverty of Nations*), aber auch die geistigen und wissenschaftlichen Leistungen müssen hervorgehoben werden. Dies wird im ersten Teil von Seibts Buch über die Begründung der „Tausend Jahre“ (S. 17 ff.) sehr deutlich. Seibt gibt dem Leser einen konzisen Überblick über die Kontinuitäten und Bruchlinien in der Zeit der Konsolidierung seit Karl dem Großen bis zur Krise des 20. Jahrhunderts und zur schwierigen prozessualen Einigung Europas heute. Es geht ihm auch um die verschwimmenden Grenzen Europas, aber man wünscht sich von Seibt etwas mehr Einblick in die zweifellos enorm wichtigen außereuropäischen Einflüsse aus der arabischen Welt, der chinesischen Erfindungen und der indischen Philosophie. Ohne die arabisch-islamische Wissenschaft hätte es nicht so bald eine Renaissance der Aristotelischen Philosophie im Spätmittelalter und den späteren Aufschwung der Mathematik gegeben.

Der zweite Teil ist klar und profan mit „Holz und Stein, Gold und Eisen“ überschrieben. Europa verfügt über viele Wege der

materiellen Selbstfindung. Städte, Regionen und Staaten sowie später Nationen prägen Europa wie keinen zweiten Kontinent. Kommerzielle Tauschverhältnisse, die Rolle des Geldes und der Infrastruktur ragen ebenso heraus wie die Form unserer Behausungen und Kleidung. Natürlich diene der Rohstoff Eisenerz nicht nur als Werkzeug, um den Wohlstand zu mehren, sondern auch um weite Teile Europas wie im Dreißigjährigen Krieg zu verwüsten.

„Die Entfaltung Europas“ seit dem 8. Jahrhundert im Sinne der Entwicklung der einzelnen Machtzentren auf dem Kontinent sowie in England behandelt Seibt in seinem dritten umfangreicheren Abschnitt. Europa ist wahrlich nicht arm an Konflikten und Erbfolgestreitigkeiten, allerdings haben tatsächlich nur wenige große Schlachten und Revolutionen das Gesicht Europas entscheidend verändert (S. 229). Dabei ragen die Jahre 1066, 1526, 1683, 1789 sowie 1848 heraus. Erst das 20. Jahrhundert brachte mit den beiden Weltkriegen und der Oktoberrevolution 1917 eine extreme Umwälzung, in der sich letztendlich das Kräftegleichgewicht maßgeblich verschob. Seibt betont darüber hinaus die großen institutionellen Komplexe, die Europa hervorgebracht hat, ohne die das moderne Leben unmöglich vorstellbar wäre. Europas Geschichte ist maßgeblich auch, aber nicht ausschließlich eine Geschichte des Christentums und der Kirchen. Nicht zuletzt reichen die Folgen des endgültigen Schismas 1054, der Reformation und der Glaubenskriege bis zum heutigen Tag. Trotz allem ist es tröstlich zu erfahren, wenn Seibt mit dem Blick ins „andere Europa“ auch einen „Traum, eine Utopie vom Schönen“ (S. 359) zu verbinden weiß. Denn Europa ist auch ein Kontinent einer ungeheueren ästhetischen Vielfalt in Kunst und Literatur.

GSch